



BAND 11

STUDIEN DES AACHENER KOMPETENZZENTRUMS  
FÜR WISSENSCHAFTSGESCHICHTE



Richard Kühl

# LEITENDE AACHENER KLINIKÄRZTE UND IHRE ROLLE IM „DRITTEN REICH“

**Studien des Aachener Kompetenzzentrums  
für Wissenschaftsgeschichte**

Band 11

Herausgegeben von  
Dominik Groß



Richard Kühl

**Leitende Aachener Klinikärzte  
und ihre Rolle im „Dritten Reich“**



Leitende Aachener Klinikärzte und ihre Rolle im „Dritten Reich“

Von der Medizinischen Fakultät  
der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen  
zur Erlangung des akademischen Grades  
eines Doktors der Theoretischen Medizin  
genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Richard Kühl M. A.

aus

Mönchengladbach

Berichter: Herr Universitätsprofessor  
Dr. med. Dr. med. dent. Dr. phil. Dominik Groß

Frau Professorin  
Dr. med. Nicole Kuth

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Dezember 2010

*This publication is a result of the research project  
"Leitende Aachener Ärzte im 'Dritten Reich'",  
supported by the START-Program of the Faculty of Medicine,  
RWTH Aachen University.*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

D 82 (Diss. RWTH Aachen, 2010)  
ISBN print: 978-3-86219-014-0  
ISBN online: 978-3-86219-015-7  
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-30150>

© 2011, kassel university press GmbH, Kassel  
[www.upress.uni-kassel.de](http://www.upress.uni-kassel.de)

Abbildung Umschlag: Städtische Krankenanstalten Aachen,  
ca. 1943 (Stadtarchiv Aachen)  
Umschlaggestaltung: Jörg Batschi Grafik Design, Kassel  
Printed in Germany

# Inhalt

<b>I. Einleitung</b>	7
1. Forschungsstand	7
2. Fragestellung und Herangehensweise	14
3. Material, Methodik und Quellenlage	17
4. Konzeption	19
<b>II. Zur Geschichte der Städtischen Krankenanstalten bis 1933</b>	21
1. Gesundheitsversorgung in Aachen. Ein Überblick über die Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert	21
2. Städtische Krankenanstalten: Werdegänge und Sozialprofil der leitenden Ärzte am Ende der Weimarer Republik	24
<b>III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“</b>	29
1. Frühjahr 1933	29
1.1 <i>Denunziationen: Friedrich Paulus und der Fall Schepermann</i>	30
1.2 <i>Die Entlassung des jüdischen Arztes Richard Herz</i>	32
2. Nazifizierung: Strukturelle und personelle Veränderungen	36
2.1 <i>Die Krankenanstalten in der Wahrnehmung und der Propaganda der NSDAP</i>	36
2.2 <i>Der Ausbau der Städtischen Krankenanstalten</i>	39
2.2.1 <i>Naturheilklinik: Albert Boosfeld</i>	39
2.2.2 <i>Orthopädische Klinik: Friedrich Pauwels</i>	41
2.2.3 <i>Augenklinik: Peter Geller und Adolf Thier</i>	43
2.2.4 <i>Kinderklinik: Hanns Jouck</i>	45
2.3 <i>NSDAP-Beiträge im Vergleich mit anderen Aachener Krankenhäusern und die Nazifizierung „von unten“</i>	46
2.4 <i>Der Ärztliche Direktor Ludwig Beltz. Zum Machtgefälle zwischen der Kreis- und der Krankenhausleitung</i>	55
3. Zwangssterilisierungen. Die Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Aachen	59
3.1 <i>Beteiligte Ärzte in Aachen</i>	60
3.2 <i>Max Krabbel und Eduard Borchers</i>	64
3.2.1 <i>„Tradition!“ Max Krabbel und der Mythos vom „katholischen Aachener Widerstand“</i>	64
3.2.2 <i>Zwischen Mitwirkung und Resistenz: Die Causa Eduard Borchers</i>	71
4. Das Reservelazarett Aachen im Zweiten Weltkrieg	86

<b>IV. Nachkriegszeit</b>	93
1. <b>Entnazifizierung und Wiederaufbau</b>	93
2. <b>„In ungewöhnlichen Zeiten muß man ungewöhnliche Wege gehen“. Die städtische Personalpolitik in der frühen Nachkriegszeit</b>	99
2.1 <i>Innere Klinik: Ferdinand Hoff – Ein emblematischer Fall</i>	99
2.2 <i>Ehemalige SS-Mitglieder</i>	104
2.2.1 Chirurgische Klinik: Wilhelm Klostermeyer	104
2.2.2 Frauenklinik: Georg Effkemann	106
2.2.3 Urologische Klinik: Karl Heusch	109
2.2.4 HNO-Klinik: Adolf Greifenstein	114
2.3 <i>Pathologisch-bakteriologisches Institut</i>	116
2.3.1 Martin Staemmler: Ein „kritischer Nationalsozialist“?	116
2.3.2 Werner Beck und seine Rolle im „Generalgouvernement“ (1940-1945)	142
3. <b>Die Personalpolitik der Städtischen Krankenanstalten auf dem Weg zur Universitätsklinik</b>	148
3.1 <i>Neueinstellungen in den 1950er Jahren</i>	148
3.2 <i>Zugzwang: Der Fall Aloys Greither</i>	153
4. <b>Die Gründungsprofessoren</b>	156
4.1 <i>NSDAP-Mitgliedschaften</i>	156
4.2 <i>Berührungen mit NS-Tätern, Konfrontation mit NS-Verbrechen.     Besondere Fallbeispiele</i>	164
4.2.1 Karl Boventer und sein Verhältnis zu Gerhard Rose	164
4.2.2 Alfred Jäger und sein Verhältnis zu Karl Brandt	172
<b>V. Schlussbemerkungen</b>	177
<b>VI. Zusammenfassung</b>	179
<b>VII. Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	183
<b>VIII. Abkürzungsverzeichnis</b>	211
<b>IX. Abbildungsverzeichnis</b>	213

## I. Einleitung

Im Oktober 2006 beschloss die Medizinische Gesellschaft Aachen auf Initiative des Psychiaters Frank Schneider, die dem Aachener Pathologen Martin Staemmler (1890-1974) im Jahr 1972 verliehene Ehrenmitgliedschaft zu annullieren. Diesem Beschluss war ein im April 2006 in der US-amerikanischen Zeitschrift „Lancet“ erschienener medizinhistorischer Aufsatz vorausgegangen,<sup>1</sup> in dem die Rolle Staemmlers im Nationalsozialismus eingehend beleuchtet wird und auf den die Medizinische Gesellschaft Aachen nun reagierte. Staemmler, von 1950 bis 1960 Chefarzt des Pathologischen Instituts der damaligen Städtischen Krankenanstalten Aachen, hatte der NSDAP angehört und war im „Dritten Reich“ mit einer Vielzahl von rassenhygienischen Schriften in Erscheinung getreten.

Durch die Berichterstattung über den Fall Staemmler in der regionalen Presse wurde die NS-Vergangenheit eines Aachener Chefarztes zum ersten Mal Gegenstand der öffentlichen Wahrnehmung in Aachen. Nachdem daraufhin am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der RWTH Aachen eine Prüfung von Erwähnungen weiterer Aachener Ärzte in der NS-Forschungsliteratur und Stichprobenanfragen im ehemaligen Berlin Document Center (BDC) im Bundesarchiv erfolgt waren, bestand Gewissheit, dass es sich bei dem Fall Staemmler um keinen Einzelfall handelt.<sup>2</sup>

2008 entschied sich die Medizinische Fakultät der RWTH Aachen nach anonymer Begutachtung, ein von besagtem Institut beantragtes START-Forschungsprojekt von anderthalb Jahren Dauer über „Leitende Aachener Klinikärzte im Dritten Reich“ zu fördern. Es sollte die Biographien des leitenden ärztlichen Personals der Universitätsklinikums Aachen, der Städtischen Krankenanstalten und der übrigen allgemeinen Aachener Krankenhäuser für den Zeitraum 1933 bis zur Gründung der Medizinischen Fakultät der RWTH 1966/67 einer systematischen Untersuchung unterziehen. Der Fokus lag hierbei auf der Frage nach Verstrickungen dieser Ärzte in die Umsetzung der NS-Gesundheitspolitik. Die Ergebnisse des im Oktober 2008 gestarteten und im Mai 2010 abgeschlossenen Projekts werden im vorliegenden Band vorgestellt.

### 1. Forschungsstand

Der Beginn einer Kritischen Medizingeschichte des Nationalsozialismus fällt in die Zeit Ende der 1970er Jahre.<sup>3</sup> Seitdem ist so viel geforscht worden, dass für bestimmte Einzelthemen sehr umfangreiche, zum Teil monographische Bibliographien vorliegen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Woywodt et al. (2006).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Groß/Schäfer (2008).

<sup>3</sup> Vgl. Baader (1999); vgl. aus internationaler Perspektive besonders auch Kater (2000), S. 35 ff.; einen Überblick zum aktuellen Forschungsstand bietet Henke (2007); kürzere Überblickdarstellungen zum Thema Medizin im Nationalsozialismus bei Meusch (2005) und Westermann/Schäfer (2008).

<sup>4</sup> Eine umfassende Bibliographie „Medizin im Nationalsozialismus“ wird derzeit von einer vierköpfigen Kommission um den Medizinhistoriker Robert Jütte im Auftrag der Bundesärztekammer (BÄK) erstellt und soll 2011 in Buchform erscheinen.

## I. Einleitung

In den ersten vier Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ hatte die in Alexander Mitscherlichs bekannter Dokumentation des Nürnberger Ärztesprozesses („Medizin ohne Menschlichkeit“)<sup>5</sup> zu findende Einordnung, von 90.000 deutschen Ärzten seien 350 in die NS-Medizinverbrechen verwickelt gewesen, ein weitreichend exkulpierendes „Bild“ von der Rolle der Ärzteschaft im Nationalsozialismus zu prägen vermocht. In den 1980er Jahren brachten Medizinhistoriker und Publizisten<sup>6</sup> zentrale Aspekte der weitreichenden historischen *Liaison* von Medizin und Nationalsozialismus ans Licht: den Antisemitismus, das biologistische Denken in Kategorien von „Minderwertigkeit“ und „Hochwertigkeit“, die Affinität für „rassenhygienische“ Bevölkerungspolitik. Auch wurde nun bekannt, dass von den 90.000 Ärzten im „Dritten Reich“ über 45 % Mitglied der NSDAP waren – so viele wie in keiner anderen akademischen Berufsgruppe.<sup>7</sup>

In den 1980er Jahre erschienen zahlreiche Pionierstudien über die ideologischen Fundamente und Voraussetzungen der Medizin im Nationalsozialismus<sup>8</sup> und den Anteil der Ärzteschaft an der Umsetzung von NS-Verbrechen. Erst in dieser Zeit entstanden grundlegende historiographische Arbeiten über die beiden großen NS-Medizinverbrechenskomplexe, die Zwangssterilisierungen von „Erbkranken“<sup>9</sup> und die massenhafte Ermordung von psychisch kranken und behinderten Menschen.<sup>10</sup> Auch die Frage nach ideen- und ideologiegeschichtlichen Kontinuitäten des „Dritten Reichs“ wurde in den 1980er Jahren gestellt,<sup>11</sup> zum Teil auch bereits unter institutionen- und personenhistorischen Gesichtspunkten an den Medizinischen Fakultäten.<sup>12</sup>

Hierauf aufbauend<sup>13</sup> entstand seit den 1990er Jahren eine große Zahl an regional-historischen Untersuchungen zur Aufarbeitung der NS-Zeit.<sup>14</sup> An vielen Medizinischen Fakultäten kam es nun zu Forschungsprojekten, die sich der eigenen Geschichte widmeten<sup>15</sup> – ein Prozess, der bis heute andauert.<sup>16</sup>

---

<sup>5</sup> Mitscherlich/Mielke (1949).

<sup>6</sup> Zu nennen sind hier besonders die Medizinhistoriker Gerhard Baader, Klaus Dörner, Fridolf Kudlien, Walter Wuttke-Groneberg und Rolf Winau sowie der Publizist Ernst Klee; im internationalen Feld Michael H. Kater, Robert Jay Lifton, Robert Proctor und Paul Weindling.

<sup>7</sup> Vgl. Kater (2000), S. 103 ff.

<sup>8</sup> Schmuhl (1987); Weingart (1988).

<sup>9</sup> Vgl. insbesondere die Studie von Bock (1986).

<sup>10</sup> Vgl. Klee (1983); Klee (1985); Müller-Hill (1984); Schmuhl (1987).

<sup>11</sup> Vgl. hierzu die Bibliographie von Beck (1995). Von den seither vorgelegten Arbeiten sind die internationale Perspektive einbeziehende Studie von Kühl (1997), die Studie von Schwartz (1995) über „sozialistische Eugenik“ sowie die nach Kontinuitäten nach 1945 fragende Untersuchung von Hahn (2000) hervorzuheben; zur aktuellen Diskussion vgl. den Themenband Westermann/Kühl/Groß (2009).

<sup>12</sup> Vgl. z. B. Jacobi/Chroust/Hamann (1982); van den Bussche (1989).

<sup>13</sup> Zum Forschungsstand Anfang der 1990er Jahre vgl. Frei (1991).

<sup>14</sup> Insbesondere betrifft dies die Umsetzung der „Erbgesundheits“-Politik und die Durchführung der Zwangssterilisierungen; vgl. an Pionierstudien der 1970er und 80er Jahre bereits z.B. Wiesenberg (1986); an neueren diesbezüglichen regionalhistorischen Studien Birk (2005); Ehlers (1994); Heitzer (2005); Hinz-Wessels (2004); Paulus (2000); Reiter (2005).

<sup>15</sup> Vgl. u.a. Aumüller et al. (2001); Esch et al. (1997); Grün/Hofer/Leven (2002); Forsbach (2006).

In jüngster Zeit kam es zu neuen Impulsen vor allem durch vertiefende Fragestellungen zum Themenkomplex „Ärztliches Handeln im Nationalsozialismus“. Unter Anwendung sozial-, mentalitäts- und alltagsgeschichtlicher Methodiken rückte so insbesondere die Frage nach Spielräumen und Motiven von „ganz normalen“ Ärzten im NS-Staat in den Vordergrund und verschärfte den Blick für die „Grautöne“ zwischen Überzeugung, Opportunismus und Resistenz.<sup>17</sup> Auch die seit Ende der 1990er Jahre unter methodologischen Gesichtspunkten neu belebte medizinhistorische Biographik<sup>18</sup> hat an diesem Forschungstrend ihren Anteil. Im Mittelpunkt der überwiegenden Zahl der Untersuchungen standen jedoch (weiterhin) die Universitätskliniken (bzw. Medizinischen Akademien)<sup>19</sup> und – in jüngster Zeit auch – das medizinische und pflegerische Personal der in die Umsetzung der NS-„Erb- und Rassenpflege“ maßgeblich involvierten Gesundheitsämter.<sup>20</sup>

Demgegenüber sind die niedergelassene Ärzteschaft<sup>21</sup> und das ärztliche Personal der städtischen und konfessionellen Krankenhäuser bislang eher selten Gegenstand von Untersuchungen geworden.<sup>22</sup> Es gibt keine monographische Darstellung zur Geschichte des allgemeinen deutschen Krankenhauses, die sich mit der NS-Zeit und damit verbundenen Fragen nach (Dis-)Kontinuitäten auseinandersetzt, und auch nur wenige Aufsätze sind unter diesem Blickwinkel entstanden:

In den einschlägigen Überblicksdarstellungen zur Krankenhausgeschichte blieben lange Zeit Bezüge auf den Nationalsozialismus sogar vollständig ausgeblendet. Das gilt beispielsweise für Dieter Jeters monumentale „Geschichte des Hospitals“, die von 1966 bis 1987 in sechs Bänden erschien,<sup>23</sup> und – noch augenfälliger, weil dezidiert den Bogen vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart spannend – für Axel Hinrich Murkens 1988 veröffentlichte Geschichte des Krankenhauses.<sup>24</sup> In einer Vielzahl von Veröffentlichungen zur Historie einzelner Einrichtungen dominiert weiterhin eine keineswegs an den Fragestellungen der allgemeinen NS-Medizinforschung orientierte

<sup>16</sup> Aktuell entstehen an den Universitäten Münster (Ursula Ferdinand) und Kiel (Karl-Werner Ratschko) entsprechende Forschungsarbeiten.

<sup>17</sup> Vgl. v.a. Ley (2004). Siehe z. B. auch Baader (2002); Braß (2004), passim; Labisch (2002). Vgl. auch den Themenband Kühl/Ohnhäuser/Schäfer (2010).

<sup>18</sup> Vgl. hierzu – der Trend wurde maßgeblich von der durch Ulrich Herberts „Best“-Studie (1996) in der allgemeinen Geschichtsschreibung wieder etablierten Biographik angestoßen – die methodologischen Überlegungen bei Gradmann (1998). Vgl. an wichtigen bis dato erschienenen Untersuchungen v.a. Doneith (2008); Oevermann (2000); Schleiermacher (1998); Schmidt (2009); Schwach (2009).

<sup>19</sup> Vgl. z. B. Esch et al. (1997); Forsbach (2006). Daneben standen auch die Landeskrankenhäuser in den letzten Jahren zunehmend im Blickfeld, insbesondere aufgrund der Verstrickung in die NS-„Euthanasie“, vgl. z. B. Braß (2004).

<sup>20</sup> Vgl. hierzu die grundlegende Studie von Vossen (2001); vgl. auch bereits Bach (1989) sowie in jüngerer Zeit Fleiter (2005); Nitschke (1999); Vossen (2001); Vossen (2005). Siehe auch zuletzt den Themenband Hüntelmann/Vossen/Czech (2006).

<sup>21</sup> Vgl. aber Mack (2001); Schmidt (2004); Tascher (2010).

<sup>22</sup> Vgl. Bauer (2002); Hoede (2001); Lienert (2001); Vasold (1991); Wenge (2008); vgl. auch als frühes Beispiel einer kritischen Krankenhausmedizingeschichtsschreibung Bolk (1983).

<sup>23</sup> Vgl. Jetter (1966-1987).

<sup>24</sup> Vgl. Murken (1988). Vgl. hierzu die rückblickenden (selbstkritischen) Bemerkungen Murkens in Färber-Toller/Lüderitz (2004), S. 193 f.

## I. Einleitung

Geschichtsschreibung. Ein Konsens etwa darüber, dass bestimmte Themen – zum Beispiel: die Vertreibung politisch missliebiger und „nicht-arischer“ Kollegen, die Beteiligung von Ärzten an der Durchführung der Zwangssterilisierungen, der Anteil der NSDAP-Mitgliedschaften unter den Ärzten, die Frage nach NS-Belastungen und dahingehende Kontinuitäten nach 1945 – selbstverständlicher Teil einer sich als kritisch verstehenden Krankenhausgeschichtsschreibung sein sollten, besteht nicht.<sup>25</sup> In den durchaus wenigen vorliegenden Monographien und Aufsätzen über einzelne Krankenhäuser, in denen die Autoren die NS-Zeit tatsächlich eingehender untersuchen, werden die Schwerpunkte sehr unterschiedlich gesetzt.<sup>26</sup> Manchen der oben beispielhaft genannten Themen wird nachgegangen, anderen nicht. Deziidiert methodische Überlegungen liegen ihnen zumeist nicht zugrunde. Das mag auf der einen Seite daran liegen, dass es sich bei diesen Studien zumeist um Überblicksdarstellungen zur Geschichte eines Krankenhauses von seinen Anfängen bis zur Gegenwart handelt und daher sowohl die inhaltlichen Schwerpunkte als auch die methodischen Instrumentarien nicht konzipiert auf die NS-Zeit bezogen sind. Ins Gewicht fällt auf der anderen Seite aber wohl auch, dass es bis heute kaum Anstöße für eine systematische Erforschung der Krankenhausgeschichte im Nationalsozialismus gegeben hat.<sup>27</sup>

So trat auch die „Deutsche Gesellschaft für Krankenhausgeschichte“ in diesem Zusammenhang nicht in Erscheinung. Weder in den Schwerpunktthemen der von ihr seit 1982 ausgerichteten Symposien noch in der gesellschaftseigenen, in mittlerweile in 26 Einzelbänden erschienenen Zeitschrift „Historia Hospitalium“ finden sich überhaupt Spuren einer nennenswerten Beschäftigung mit Aspekten der Krankenhausgeschichte im „Dritten Reich“.<sup>28</sup>

Insgesamt blieb die Historiographie des deutschen Krankenhauswesens somit in einem Maße von den skizzierten Entwicklungen in der allgemeinen medizinhistorischen NS-Forschung unberührt, das erklärungsbedürftig ist.<sup>29</sup>

---

<sup>25</sup> Vgl. zuletzt z.B. Götz (2004); Heiss (2007); Mokros/Schwenke/Meißemann (2007); Technische Universität Dresden (2000).

<sup>26</sup> Vgl. aus jüngerer Zeit: Bauer (2002); Hoede (2001); Lienert (2001); Wenge (2008).

<sup>27</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang aber z. B. Labisch (1994); Vasold (1998).

<sup>28</sup> So finden sich in den Jahrgängen der „Historia Hospitalium“ von 1980 bis heute lediglich zwei (!) Aufsätze, die sich mit Aspekten der Krankenhausgeschichte im Nationalsozialismus befassen, von denen einer, Stürzbecher (1988), sich auf die Einwirkungen des Bombenkriegs beschränkt und der andere – dieser befasst sich mit den Zwangssterilisierungen im „Dritten Reich“ – erst jüngst erschien, siehe Wolter (2007). Dazwischen erschien eine Reihe von Aufsätzen über die Geschichte einzelner Krankenhäuser, in denen der Untersuchungszeitraum die Jahre 1933 bis 1945 einschloss, jedoch von wenigen Ausnahmen abgesehen – siehe Büsche-Schmidt (1992) – ein Bezug auf die NS-Zeit vermieden oder diese äußerst oberflächlich thematisiert wurde, siehe z. B. Otten (1983/84); Murken (1992); Brüner/Pomiluek (1997).

<sup>29</sup> Mit Blick auf die „Deutsche Gesellschaft für Krankenhausgeschichte“ spielt gewiss eine Rolle, dass die dort über Jahrzehnte und bis in die jüngste Zeit an der Spitze wirkenden Medizinhistoriker noch einer Generation entstammten, die sich vor allem mit architekturhistorischen Fragen in der Krankenhausgeschichte befasste. Zwar regte sich in ihren Foren schon relativ früh Kritik an bestimmten Charakteristika der traditionellen Krankenhausgeschichtsschreibung, etwa in Bezug auf die weitgehende Vernachlässigung sozial- und frauengeschichtlicher Ansätze – vgl. zum Beispiel Labisch (1979/80) und

Sind hier auf der einen Seite generelle Berührungängste auch offenkundig, so kann das Thema auf der anderen Seite hinsichtlich der Möglichkeiten zur Bearbeitung einiger zentraler erkenntnisleitender Fragestellungen als begrenzt und daher als wenig „attraktiv“ angesehen werden. Dies betrifft beispielsweise die häufig unbefriedigende Aussagekraft von Quellen, die Aufschluss über Mentalität, Motive und auch mögliche Konflikte bei der Mitwirkung von Krankenhausärzten im Kontext desjenigen NS-Verbrechenskomplexes zu geben vermögen, in den „gewöhnliche“ Krankenhäuser so zahlreich und unmittelbar wie in keinen anderen verstrickt waren. Angesprochen sind die Zwangssterilisierungen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) von 1933, auf dessen Grundlage bis zum Ende der Diktatur zwischen 300.000 und 400.000 Männer, Frauen und Kinder ihrer Fruchtbarkeit beraubt wurden. Die Sterilisierungen, die in den meisten Fällen von Amtsärzten sowie Leitern von Heil- und Pflegeanstalten beantragt wurden und über die anschließend so genannte Erbgesundheitsgerichte entschieden, wurden in den Universitätskliniken sowie den städtischen und konfessionellen Krankenhäusern durchgeführt. Während sich die Forschung mittlerweile mit der Beteiligung der Amtsärzte<sup>30</sup> und der Anstaltsleiter<sup>31</sup> auf der einen Seite sowie mit der Tätigkeit der medizinischen Sachverständigen der Erbgesundheitsgerichte<sup>32</sup> auf der anderen intensiv befasst hat, stießen die Ärzte der Krankenhäuser – die Exekutive der „Erbgesundheitsgerichtsverfahren“ – bislang nicht auf ein vergleichbares Forschungsinteresse.

Letzteres hat vermutlich folgende Gründe: Erstens ist in der Forschung seit langem bekannt, dass in den Krankenhäusern Widerstand gegen die Umsetzung des Gesetzes überaus selten war.<sup>33</sup> Eine Untersuchung der Selbstwahrnehmung der Täter oder eine Analyse ihres Handlungsspielraums, der mit den Optionen „Bejahung“ und „Verweigerung“ bereits umrissenen war, mag daher als Forschungsfrage wenig „attraktiv“ erscheinen, zumal auch individuelle Nachkriegsäußerungen hierüber rar sind, da die überwiegende Zahl der Ärzte in Deutschland auch nach 1945 von der Notwendigkeit eugenischer Zwangseingriffe überzeugt war und hierzu kein kritisches Verhältnis entwickelte.<sup>34</sup> Zweitens sind in diesem Zusammenhang zeitgenössische Schriftzeugnisse selten auffindbar, da zwischen den Ärzten, die die Eingriffe vornahmen, und denjenigen, an denen sie durchgeführt wurden, in den meisten Fällen faktisch kein Arzt-„Patient“-Verhältnis bestand. In aller Regel führten die Ärzte die Operationen an Menschen durch, die sie nie zuvor gesehen hatten und die sie nach der Sterilisierung auch nie wieder sahen. An strikt zeitgenössischen Zeugnissen über die von ihnen durchgeführten Eingriffe ist häufig nicht viel mehr überliefert als eine Notiz in der Krankenakte über Zeitpunkt und Technik der Sterilisierung.<sup>35</sup>

---

Schaper (1981/82) –, nicht jedoch im Hinblick auf das in ihrem Periodikum spätestens in den 1990er Jahre nachgerade laute Schweigen zur NS-Geschichte.

<sup>30</sup> Vgl. Vossen (2005); Hüntelmann/Vossen/Czech (2006).

<sup>31</sup> Vgl. Ley (2004).

<sup>32</sup> Vgl. statt vieler: Einhaus (2006); Justizministerium des Landes NRW (2008); Kramer (1999).

<sup>33</sup> Vgl. Schmidt (2004).

<sup>34</sup> Vgl. Westermann (2010), S. 136 ff.

<sup>35</sup> Vgl. statt vieler hierzu zuletzt Bildstein/Groß/Kühl (2009).

## I. Einleitung

Aber nicht nur aus diesen Gründen sind die Möglichkeiten der historiographischen Biographik auf diesem Feld begrenzt. In aller Regel setzte sich das leitende ärztliche Personal der kommunalen und konfessionellen Krankenhäuser aus medizinhistorisch unbedeutenden Medizinerinnen zusammen, aus „ganz gewöhnlichen“ Ärzten, an deren Biographien sich nicht nur Historiker lange Zeit desinteressiert zeigten, sondern auch die Archive an ihren Nachlässen. Was beispielsweise der Nachweis einer NSDAP-Mitgliedschaft für die Beurteilung des tatsächlichen politischen Denkens eines Arztes bedeutet, lässt sich häufig nicht näher klären, da zu wenige oder gar keine oder verklärende Ego-Dokumente vorliegen.<sup>36</sup> Eine zudem häufig dürftige Quellenlage zur kommunalen Krankenhausgeschichte<sup>37</sup> mag nicht nur erklären, weshalb das Thema von der Medizingeschichte eher wenig frequentiert worden ist, sondern auch, weshalb ebenso in allgemeinen regionalhistorischen Studien zur Geschichte des Nationalsozialismus lange Zeit nur am Rande auf die Geschichte der jeweiligen Krankenhäuser eingegangen worden ist. Das gilt auch für Aachen.<sup>38</sup>

### *Medizinhistorischer Forschungsstand zu Aachen*

In Aachen wurde nach 1945 über keine ärztliche Persönlichkeit der Zeit des Nationalsozialismus mehr geschrieben als über Ludwig Beltz.<sup>39</sup> Nach dem Internisten, der von 1924 bis zu seinem Tod 1944 als Ärztlicher Direktor den Städtischen Krankenanstalten vorstand, wurde in den 1980er Jahren eine Straße auf dem alten Klinikumsgelände benannt. Über ihn war bekannt, dass er ein Gegner des Regimes war. Im „Dritten Reich“ hatte er sich gegen das Abhängen der Kreuze in den Patientenzimmern und das Verbot geistlichen Beistands gewehrt. Vergangenheitspolitisch fügte sich die Biographie Beltz' im Nationalsozialismus in die bis in die 1990er Jahre hinein kolportierte Erzählung vom „katholischen Aachener Widerstand“, der nicht nur für den Stand der Ärzteschaft, sondern auch für andere städtische Funktionsebenen in Anspruch genommen worden war.<sup>40</sup>

Über die Verstrickung der Städtischen Krankenanstalten Aachen und ihrer Ärzte in den Nationalsozialismus hingegen war lange Zeit nichts bekannt. Es wurde hierüber weder geforscht noch wurde das Thema „erinnerungspolitisch“ wahrgenommen. So sucht man auch in den Jubiläumsschriften der Medizinischen Fakultät, der Nachfolge-Institution der Städtischen Krankenanstalten, vergeblich nach entsprechenden Hinweisen. In der bis heute umfangreichsten Textsammlung zur Geschichte der Städtischen Krankenanstalten und der Universitätsklinik, der 1991 erschienenen Festschrift zum 25-

---

<sup>36</sup> Entsprechend zurückhaltend ist die Forschung in diesen Fällen mit Rückschlüssen oder Einordnungen; vgl. hierzu beispielsweise die kollektivbiographisch angelegte Sozialstudie über die Chefarzte des Krankenhauses Hamburg-Barmbek mit dem Untersuchungszeitraum von 1913 bis 1945 von Pieper (2003). Hier wurden die Ärzte auf ihre NSDAP-Mitgliedschaft hin überprüft, jedoch wurden die Ergebnisse in keiner Weise kommentiert.

<sup>37</sup> Vgl. z. B. Kerl (2000), S. 76.

<sup>38</sup> Vgl. die umfassende regionalhistorische NS-Studie von Elmar Gasten und dessen auf eine Thematisierung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) sich beschränkende Berücksichtigung medizinhistorischer Aspekte, Gasten (1993), S. 103 ff.

<sup>39</sup> Vgl. Boverter (1982); Murken (1982); Boverter (1988); Murken (2004).

<sup>40</sup> Vgl. Krebs/Tschacher (2007).

jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät, die viele Rückbezüge auf ihre Vorgängerinstitution offeriert, fehlt jeder kritische Bezug auf die NS-Zeit.<sup>41</sup> Dasselbe gilt für sämtliche medizinische Doktorarbeiten, die am ehemaligen RWTH-„Institut für Geschichte der Medizin und des Krankenhauswesens“ entstanden sind und die die Geschichte einzelner Aachener (Fach-)Kliniken behandeln.<sup>42</sup>

1995 erschien eine kleine Studie des Lehrers Harry Seipolt, die sich erstmals der Aufarbeitung der Zwangssterilisierungen und der NS-„Euthanasie“-Morde in der Region Aachen zuwandte und dabei auch die Rolle der Aachener Krankenhäuser bei der Umsetzung der „Erbgesundheits“-Politik des Regimes thematisierte.<sup>43</sup> In der Aachener regionalhistorischen NS-Forschung war Seipolts Arbeit bis dato auch insofern singulär, als sie überhaupt medizinhistorische Aspekte in den Blick nahm.<sup>44</sup> Doch ist diese verdienstvolle Pionierstudie, die auch Namen der an den Zwangssterilisierungen beteiligten Ärzte nannte, in Aachen kaum beachtet worden. Hierauf aufbauende Untersuchungen folgten nicht.

Auch in den seit Mitte der 1990er Jahre in Verfolg der Aufdeckung des Falls Schneider/Schwerte<sup>45</sup> von der RWTH Aachen initiierten Forschungsprojekten zur Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit wurde der Geschichte der Kliniken im „Dritten Reich“ nicht nachgegangen. Ausschlaggebend hierfür war die erst 1966 erfolgte Gründung der Medizinischen Fakultät. Aus diesem Grund spielten die Städtischen Krankenanstalten als Vorgängerinstitution des Universitätsklinikums keine Rolle in der 2003 veröffentlichten, vom Rektorat unterstützten Studie Ulrich Kalkmanns zur Geschichte der Aachener Fakultäten in der NS-Zeit.<sup>46</sup> Auch fiel eine Berücksichtigung der Ärzte durch das Raster des Zugriffs des zweiten großen Projekts zur Aufarbeitung der NS-Geschichte der RWTH heraus: Ab dem Jahr 2003 erstellten die Historiker Werner Tschacher und Stefan Krebs im Auftrag des Rektorats eine umfangreiche Datenbank mit Biographien von Würdenträgern der Hochschule – u.a. den Rektoren, den Ehrensenatoren und den Namensgebern von Straßen und Plätzen – und untersuchten die Reintegration von NS-belasteten RWTH-Wissenschaftlern nach 1945 und die vergangenheitspolitischen Implikationen dieses Themas.<sup>47</sup> Nur in einem Fall jedoch – im Fall des Orthopäden Friedrich Pauwels, nach dem die Straße am heutigen Klinikum

---

<sup>41</sup> Vgl. Murken (1991a). In diesem Sammelband war der Vorgängerinstitution ein umfangreicher Aufsatz gewidmet, vgl. Murken (1991b); auch in einigen Darstellungen der einzelnen Abteilungen erfolgte ein Rückblick auf die Städtischen Krankenanstalten und ihre leitenden Ärzte, siehe u.a. Mittermayer (1991); Reim (1991); Lentner/Riepe (1991). Vgl. aber auch Effert (1995).

<sup>42</sup> Vgl. z.B. Brans (1995); zuvor beispielsweise auch Kullig (1974); vgl. daneben Meyer/Albrecht (1999/2000).

<sup>43</sup> Seipolt (1995).

<sup>44</sup> Vgl. an NS-regionalhistorischen Überblickdarstellungen und Detailstudien zu Aachen bislang vor allem: Haupts (1993); Gasten (1993); Jaud (1996). Siehe auch den Schwerpunktband der „Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins“ (Bd. 101; 1997/98).

<sup>45</sup> Vgl. hierzu u.a.: Autorenkollektiv für Nestbeschmutzung (1996); König/Kuhlmann/Schwabe (1997); Leggewie (1998); Loth/Rusinek (1998); Lerchenmüller/Simon (1999).

<sup>46</sup> Kalkmann (2003).

<sup>47</sup> Vgl. Krebs/Tschacher (2005).

## I. Einleitung

benannt ist – war ein Arzt der Städtischen Krankenanstalten Gegenstand des überaus verdienstvollen Projekts.<sup>48</sup>

Insofern unreißt, abgesehen von einigen Vor- und Erweiterungsstudien, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Leitende Aachener Klinikärzte im Dritten Reich“ in der Zwischenzeit veröffentlicht worden oder im Erscheinen sind,<sup>49</sup> die Studie von Seipolt aus dem Jahr 1995 weiterhin den Stand einer kritischen Geschichte der Medizin in Aachen in der Zeit des Nationalsozialismus.

## 2. Fragestellung und Herangehensweise

Im Untersuchungszeitraum – der Zeit von der NS-„Machtergreifung“ 1933 bis zur Gründung des Universitätsklinikums 1966/67 – waren insgesamt 43 Chefärzte an den Städtischen Krankenanstalten bzw. am Universitätsklinikum Aachen tätig. Auf die Vita dieser Ärzte konzentriert sich die vorliegende Studie. Dabei gehört es nicht zu den erkenntnisleitenden Fragestellungen, wie das wissenschaftliche Gesamtwerk bzw. das gesamte medizinische Wirken dieser Ärzte einzuordnen und zu würdigen sei. Dafür ist hier nicht der Ort.<sup>50</sup> Im Vordergrund stehen die zwölf Jahre der NS-Zeit im Leben und Wirken dieser Ärzte.

Die Untersuchung umfasst zwei Hauptteile: In einem ersten wird die Geschichte der Städtischen Krankenanstalten und ihrer leitenden Ärzte zwischen 1933 und 1945 behandelt. In einem zweiten Teil gilt das Interesse den Biographien im Nationalsozialismus derjenigen Ärzte, die erst nach 1945 in Aachen wirkten.

In Bezug auf beide Untersuchungszeiträume sind die zentralen Fragestellungen zunächst solche, die das ärztliche und (standes-)politische Handeln im Nationalsozialismus betreffen:

- In welchem Maße waren sie in der NSDAP und deren Untergliederungen organisiert? Übernahmen sie hierbei politische Funktionen?

---

<sup>48</sup> HArch Aachen, Biographische Datenbank (Dossier F. Pauwels).

<sup>49</sup> Siehe Schäfer/Groß (2008); Bildstein/Groß/Kühl (2009); Döbber/Groß/Schreiber (2010), Kühl/Schäfer (2010); Schäfer/Döbber/Groß (2010); Schreiber/Lohmeier (2011). Am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der RWTH Aachen entstehen derzeit ferner drei medizinische Dissertationsschriften: Klaus Bildstein untersucht die Geschichte des Alexianerkranken-hauses zwischen 1933 und 1939; Carola Döbber weitet den Ansatz der vorliegenden Studie auf die konfessionellen Krankenhäuser Aachens aus und liefert vertiefende Untersuchungen zu drei Ärzten der Städtischen Krankenanstalten (im Einzelnen: Max Krabbel, Theodor Möhlmann, Georg Effkemann [Städtische Krankenanstalten], Hermann Gatersleben [Marienhospital] sowie Erich Zurhelle und Hermann Schröder [beide: Luisenhospital]); Katharina Mahr untersucht das Schicksal der 1939 bei Kriegsbeginn aus der Aachener Alexianer Heil- und Pflegeanstalt in verschiedene Anstalten des Rheinlandes verlegten Patienten; es handelt sich dabei um die erste systematische Studie über die NS-Kranken- und Behindertenmorde an Aachener Psychiatriepatienten im Nationalsozialismus.

<sup>50</sup> Zum Teil durch das Forschungsprojekt über Aachener Klinikärzte im Nationalsozialismus angeregt, wird derzeit am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der RWTH Leben und Werk einzelner Ärzte in medizinischen Promotionsprojekten näher nachgegangen. Eine in Arbeit befindliche Dissertation von Ute Wrobel (Erstbetreuung: Peter Rathert) widmet sich Karl Heusch; die Doktorandin Maren Weber arbeitet über Sven Effert.

- Propagierten sie die Ziele der NS-Rassenhygiene? Lassen sich Forschungen, Publikationen oder Vortragstätigkeiten in diesem Bereich nachweisen?
- Welche Ärzte waren an der Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ über medizinische Gutachtertätigkeiten, über eine Beisitzerfunktion in „Erbgesundheits(ober)gerichten“ oder in Form der Durchführung von Zwangssterilisierungen beteiligt? Welche Motive und welche Handlungsspielräume lassen sich auf Seiten der beteiligten Ärzte eruieren?
- Liegen Hinweise oder Belege für eine mittelbare oder unmittelbare Verstrickung in andere NS-Medizinverbrechenskomplexe vor (z.B. NS-„Euthanasie“, Menschenversuche in den Konzentrationslagern)?
- Wie verhielten sie sich gegenüber jüdischen und/oder zu politisch missliebig erklärten Kollegen? Wer denunzierte, wer half?
- Gibt es Belege oder Hinweise auf Formen des aktiven oder passiven Widerstands gegen den Nationalsozialismus? Gab es Ärzte, die sich der Mitwirkung an der „Erbgesundheits“-Politik des Regimes ganz oder teilweise verweigerten? Wenn ja, mit welchen Mitteln geschah das? Welche Konsequenzen hatte dies für sie?

Ferner gilt das Interesse der Untersuchung ideologischen, strukturellen und personellen Kontinuitäten und Brüchen an den Kliniken zum einen nach 1933 und zum anderen nach 1945. Im Einzelnen ist zu fragen:

- Welchen Veränderungen war die Personalpolitik an den Städtischen Krankenanstalten nach der NS-„Machtergreifung“ unterworfen? Welchen Einfluss hatten politische Faktoren auf die Einstellung neuer Ärzte? Kam es zu Entlassungen von (leitenden) Ärzten?
- Welche Faktoren trieben die „Nazifizierung“ an den Städtischen Krankenanstalten nach 1933 voran? Welche Ärzte waren hieran beteiligt?
- In welcher Weise interagierten die NS-Stadtverwaltung und insbesondere das Gesundheitsamt mit den Aachener Krankenhäusern? Welches Verhältnis bestand zur lokalen NSDAP?
- Kam es nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ zu Entlassungen NS-belasteter Ärzte? Welche Rolle spielten die Entnazifizierungsverfahren hierbei bzw. bei der Reintegration?
- Lassen sich in der nach 1945 verfolgten Personalpolitik an den Kliniken signifikante Unterschiede zu der Zeit vor 1945 bzw. vor 1933 feststellen?
- Welche Rolle spielte die NS-Vergangenheit von Ärzten bei Einstellungen an den Städtischen Krankenanstalten bzw. bei der Berufung der Gründungsprofessoren in den Jahren 1966/67?
- Fand eine Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit statt, und, wenn ja, wann setzte sie ein?

Angesichts der auf 18 Monate begrenzten Laufzeit des Forschungsprojekts war es nicht in sämtlichen Fällen möglich, allen Spuren, die die hier untersuchten Ärzte im National-

## I. Einleitung

sozialismus hinterlassen haben, nachzugehen. Auch thematische Einschränkungen und Schwerpunktsetzungen waren notwendig. Eine Orientierung über das in zeitlicher Hinsicht mit Blick auf die Zahl der im Fokus stehenden Ärzte „Machbare“ gab das schon erwähnte Projekt von Tschacher und Krebs. Sie untersuchten 146 Einzelbiographien und erstellten biographische Einzeldossiers, in denen die wichtigsten Daten und Zusammenhänge aufgeführt werden. Zudem legten sie insgesamt fünf Detailanalysen vor, die als Aufsätze erschienen sind.<sup>51</sup> Es erschien sinnvoll, dieses Vorgehen auf die Laufzeit und die Zahl der zu untersuchenden Biographien des Projekts „Leitende Aachener Klinikärzte im Dritten Reich“ zu übertragen.

So sollten zum einen zu allen 43 Chefärzten Kurzanalysen erfolgen, in denen ihre Rolle im Nationalsozialismus in den nach Quellenlage wesentlichen Punkten bestimmt wird. Dies erfolgt im ersten Teil der Untersuchung in Form einer kollektivbiographisch angelegten Analyse. Ein einzelbiographischer Zugriff wird im zweiten Teil der Studie verfolgt, da hier Lebenswege von Ärzten in den Blick genommen werden, die in der NS-Zeit an verschiedenen Orten und Kontexten tätig gewesen waren. Gleichwohl galt es auch hier ein (kollektivbiographisches) Profil der leitenden Aachener Ärzteschaft und mögliche personalpolitische Strategien der Stadtverwaltung nach 1945 herauszuarbeiten.

Zum anderen sollten an insgesamt sechs dieser Mediziner Detailanalysen vorgenommen werden, verteilt auf die Untersuchungszeiträume Nationalsozialismus, frühe Nachkriegszeit und Gründung der Universitätsklinik. Für die Zeit des Nationalsozialismus in Aachen sind dies die Chirurgen Eduard Borchers und Max Krabel, die beide vom NS-Regime die „Ermächtigung“ zur Durchführung der Zwangssterilisierungen erhalten hatten. Die Wahl fiel auf sie, da sich an ihren Beispielen signifikante Unterschiede in der individuellen Wahrnehmung ihrer Mitwirkung an der Umsetzung des GzVeN feststellen ließen. Unter den Ärzten, die nach 1945 an den Städtischen Krankenanstalten tätig wurden, fiel die Wahl auf Martin Staemmler und Werner Beck. Sie im zweiten Teil der Untersuchung in den Mittelpunkt zu rücken, bot sich nicht nur durch die in beiden Fällen vergleichsweise gute Quellenlage an, sondern ist vor allem darin begründet, dass diese beiden Mediziner im Hinblick auf ihre aktive Verstrickung in den Nationalsozialismus herausragen. Mit Blick auf das ärztliche Personal zur Zeit der Gründung des Universitätsklinikums wurde den Biographien Alfred Jägers und Karl Boventers im Nationalsozialismus näher nachgegangen, da ihre Namen in der Forschungsliteratur im Zusammenhang mit einer möglichen Mitwirkung an NS-Medizinverbrechen genannt worden sind.<sup>52</sup> Diese bislang nicht näher belegten Angaben galt es zu kontextualisieren und sie auf Faktizität zu überprüfen.

---

<sup>51</sup> Tschacher (2004); Krebs/Tschacher (2005); Krebs/Tschacher (2007); Krebs/Tschacher (2009); Krebs/Tschacher (2010).

<sup>52</sup> 2008 wurde eine Verbindung Jägers zu Karl Brandt belegt; aus diesem Grund und in Betracht seiner in dieser Zeit von ihm verfolgten Forschungen – Unterdruckversuche am Auge – wurde auf die Notwendigkeit einer näheren Untersuchung der Rolle Jägers im Nationalsozialismus hingewiesen; vgl. Groß/Schäfer (2008), S. 202; Boventer gehörte 1944/45 dem Wehrhygienischen Institut in Pfaffersode an, in dem Malariaversuche am Menschen durchgeführt wurden; vgl. Klee (1997), S. 132 ff., Klee (2001), S. 68.

### 3. Material, Methodik und Quellenlage

Grundlegend für die Untersuchung war die systematische Auswertung der Bestände des ehemaligen Berlin Document Centers (BDC) im Bundesarchiv in Berlin, in dem sich die NS-Zentralkartei und weitere Materialien von Partei- und Staatstellen sowie die Reichsärztekartei befinden. Ebenfalls auf sämtliche Ärzte bezog sich die Suche nach Entnazifizierungsakten sowie die Überprüfung nach Aktenkundigkeit in Vorermittlungs-, Ermittlungs- und Strafverfahren, die im Archiv der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg dokumentiert sind.<sup>53</sup> Im Zentrum weiterer einzelbiographischer Nachforschungen stand die Frage nach überlieferten Nachlässen sowie Quellen (bzw. der z. T. bereits vorhandenen Forschungsliteratur) zu denjenigen Einrichtungen, in denen die jeweiligen Ärzte in der Zeit des Nationalsozialismus tätig waren.

Die Recherchen gestalteten sich am problematischsten für die Situation in Aachen selbst: Neben wenigen für die Untersuchung relevanten Dokumenten im Landesarchiv NRW – so dem (unvollständigen) Bestand „Erbgesundheitsachen“ der Regierung Aachen – findet sich in den im Stadtarchiv Aachen aufbewahrten Aktenbeständen der Stadtverwaltung im Nationalsozialismus nur ein Bruchteil der Unterlagen, die das Städtische Krankenhaus betreffen bzw. betrafen. Das Archiv des Krankenhauses selbst ging 1966 an das Universitätsklinikum über; jedoch wurden sämtliche Akten der Zeit vor 1945 in der Zwischenzeit (zu einem nicht bekannten Zeitpunkt) vollständig vernichtet.<sup>54</sup> Die ältesten Unterlagen im Archiv der Universitätsklinik betreffen die Orthopädische Klinik und beginnen im Jahr 1947.

Auf eine Vielzahl von Quellen, die für eine Konturierung der Geschichte der Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“ hilfreich gewesen wären, kann somit nicht zurückgegriffen werden. Konkret sind u.a. verloren: Patientenakten; Verfügungen der Stadtverwaltung; Unterlagen des Krankenhauses zur Durchführung des GzVeN; Korrespondenzen mit Partei- und Staatsstellen. Da selbst die jährlichen Bedienstetenlisten sowie gesicherte Daten etwa über die Entwicklung der Bettenzahlen oder über die Einnahmen und Ausgaben des Krankenhauses fehlen, lässt sich der Kontext, in dem die Chefärzte der Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“ wirkten, nur sehr lückenhaft rekonstruieren. Mit Blick auf die Ziele des ersten Teils des Forschungsprojekts ist die Quellenlage nachgerade als prekär zu bezeichnen.

Erhalten sind zu einem Großteil die Personalakten der Chef-, Ober- und Assistenzärzte. Dieser im Stadtarchiv Aachen aufbewahrte Aktenbestand stellt für den ersten Teil der Untersuchung mithin die wichtigste regionale Quellengrundlage dar. Zumin-

---

<sup>53</sup> Noch nicht eingesehen werden konnte die am „Institut für Zeitgeschichte“ in München in Arbeit befindliche Datenbank, die auch Verfahren, die im Archiv der Außenstelle des Bundesarchivs in Ludwigsburg nicht aufbewahrt werden, berücksichtigt.

<sup>54</sup> Ein nicht geringer Teil der – hiervon nicht betroffenen, weil nicht im Klinikumsarchiv, sondern im Archiv der Personalabteilung aufbewahrten – Personalakten des wissenschaftlichen Personals der Medizinischen Fakultät fiel Anfang der 1980er Jahre einem Archivbrand zum Opfer; hiervon verschont gebliebene Akten wurden dem Hochschularchiv der RWTH übergeben und konnten eingesehen werden (siehe die Aufstellung im Anhang).

## I. Einleitung

dest emblematisch konnten anhand der Dokumente Aspekte der Nazifizierung des Städtischen Krankenhauses erhellt werden. Dies betrifft insbesondere politische Denunziationen und Entlassungen von Ärzten sowie Aktivitäten in NS-Organisationen. Vielfach stellten die Personalakten auch eine wichtige Ergänzung, in manchen Fällen auch ein Korrektiv zu den Informationen dar, die sich über die Entnazifizierungsakten und die Unterlagen des ehemaligen BDC im Bundesarchiv erschließen ließen. Angesprochen sind vor allem Aktivitäten in angeschlossenen Verbänden der NSDAP wie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), der SA, der SS und dem NS-Ärztebund. Auch stellt dieser Quellenbestand für den Versuch, den „Alltag“ an den Städtischen Krankenanstalten zu thematisieren, die einzige strikt zeitgenössische Grundlage dar: Hier finden sich vereinzelt Hinweise auf Konflikte mit der NS-Stadtverwaltung und auf Auseinandersetzungen innerhalb der Ärzteschaft der Städtischen Kliniken.

Dennoch bleibt zu konstatieren, dass zur Geschichte der Städtischen Krankenanstalten im Nationalsozialismus die erhaltenen zeitgenössischen Quellen enorme Lücken aufweisen und zu bestimmten Fragen – darunter zentralen wie der ideologischen Einwirkung auf das Arzt-Patient-Verhältnis – sogar ganz schweigen. Umso problematischer gestaltete sich in diesem Zusammenhang die Auswertung der wiederum vielfach „eloquenten“ Zeugnisse, die die hier untersuchten Ärzte nach 1945 in ihren Entnazifizierungsverfahren über sich selbst und ihre Kollegen einbrachten.<sup>55</sup> Eine Überprüfung dieser Angaben war nicht immer möglich; manches konnte lediglich auf seine Glaubwürdigkeit hin analysiert werden.<sup>56</sup> Dabei galt es zugleich, weitere Zeugnisse zu Persönlichkeit und Umfeld der Ärzte zu ermitteln und diese mit in die Analyse einzubeziehen.

Ein weiteres Hauptaugenmerk der Recherchen richtete sich daher auf die Suche nach zeitgenössischen Ego-Dokumenten sowie Zeugnissen Dritter, so vor allem politische Beurteilungen durch Partei- und Staatsstellen.<sup>57</sup> Konnten Letztere in durchaus einigen Fällen – u.a. im ehemaligen BDC im Bundesarchiv – aufgefunden werden, so

---

<sup>55</sup> Aufgrund der Quellenlage wurde Anfang 2009 in der regionalen Presse auch um Auskünfte von Zeitzeugen gebeten. Siehe die Artikel von Borrenkott (2009) und Goertz (2009), vgl. ferner den Aufruf des Aachener Geschichtsvereins – [Kottmann] (2009). Die Angaben aus diesen Interviews werden im Folgenden mit der entsprechen Vorsicht, die bei der Anwendung der Methoden der oral history notwendig ist, berücksichtigt. Der Verfasser bedankt sich herzlich bei allen, die sich für ein Interview zur Verfügung stellten. Sie sind im Anhang dieses Buches namentlich aufgeführt.

<sup>56</sup> Letzteres betrifft insbesondere Behauptungen über Motive für Beitritte in NS-Organisationen. Dies konnte unter Rückgriff auf Untersuchungen über NSDAP-Mitgliedschaften im Spannungsfeld von Zwang und Freiwilligkeit sowie anhand des in der historiographischen Forschung rekonstruierten Profils typischer Verteidigungsstrategien in Entnazifizierungsverfahren und schließlich auch anhand vergleichbarer Fälle aus der Medizingeschichte im Nationalsozialismus näher untersucht werden. Vgl. hierzu die vielfältigen Beiträge im Themenband von Benz (2009). Auch profitierte die vorliegende Untersuchung in diesem Zusammenhang von den bereits vorliegenden Studien zur Geschichte Medizinischer Fakultäten im „Dritten Reich“, insbesondere von der Untersuchung Forsbachs (2006).

<sup>57</sup> Lebenserinnerungen hat von den hier untersuchten Ärzten mit Ferdinand Hoff lediglich einer niedergeschrieben, siehe Hoff (1971). Publierte Erinnerungen an die NS-Zeit liegen ferner von Carl Capellmann vor, der in den 1950er Jahre über seine Zeit als Leiter des Reservelazarets Aachen, in das die Städtischen Krankenanstalten teilweise umfunktioniert worden waren, Zeugnis ablegt, siehe Capellmann (1956).

war das Ergebnis der Suche nach Selbstzeugnissen insgesamt wenig zufriedenstellend. Neben vereinzelt, selten vollständig erhaltenen Korrespondenzen konnten insgesamt lediglich sieben Nachlässe – von zudem sehr unterschiedlichem Umfang – ermittelt werden: Das Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der RWTH Aachen verfügte bereits vor dem Start des Forschungsprojekts über die (Teil-)Nachlässe zweier Aachener Ärzte (Karl Boventer und Philipp Keller). Die weitere Recherche ergab, dass nur in einem weiteren Fall der Nachlass eines Arztes an ein Archiv übergeben wurde (Karl Heusch). Über die Kontaktaufnahme mit Angehörigen der hier untersuchten Ärzte war es möglich, vier weitere Nachlässe in Privatbesitz einzusehen und auszuwerten (Ludwig Beltz, Eduard Borchers, Hanns Jock, Martin Staemmler).<sup>58</sup>

#### 4. Konzeption

Die Untersuchung gliedert sich in zwei Hauptteile. Zunächst werden die Geschichte der Aachener Städtischen Krankenanstalten und das Wirken der hier tätigen Ärzte im Nationalsozialismus im Hinblick auf die skizzierten erkenntnisleitenden Fragestellungen untersucht. Das zweite Hauptkapitel widmet sich der NS-Vergangenheit der nach 1945 nach Aachen gekommenen leitenden Ärzte bis zur Gründung des Universitätsklinikums und der Medizinischen Fakultät in den Jahren 1966/67.

Im Folgenden wird zunächst – in einem einleitenden Kapitel – die Entwicklung des Aachener Städtischen Krankenhauses von seinen Anfängen bis zum Jahr der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 im Kontext der allgemeinen Gesundheitsversorgung Aachens in ihren wesentlichen Zügen nachgezeichnet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Geschichte der einzelnen Fachkliniken nach dem Ersten Weltkrieg. Zudem wird versucht, Grundzüge eines Sozialprofils derjenigen leitenden Ärzte herauszuarbeiten, die zum Ende der Weimarer Republik an den städtischen Kliniken tätig waren.

Der erste Hauptteil beginnt mit der Untersuchung der Auswirkungen der NS-„Machtergreifung“ auf den Krankenhausbetrieb im Jahr 1933: Im Fokus stehen dabei die Frage nach den NSDAP-Beitritten leitender Ärzte in der Frühphase des Regimes sowie eine Untersuchung von Denunziationen und Entlassungen von Ärzten aus politischen und „rassischen“ Gründen. Daran anschließend wird der zwischen 1934 und 1940 betriebene Ausbau der Kliniken unter personalpolitischen Gesichtspunkten analysiert. Dabei gilt das Interesse dem Prozess der „Nazifizierung“ des Krankenhauses und der Rolle, die die leitenden Ärzte in diesem Kontext spielten. Dabei wird zunächst noch weitgehend unter Ausblendung der Umsetzung der NS-Gesundheitspolitik untersucht, welche strukturellen Veränderungen nach dem „Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ von 1935 diesen Prozess an den Kliniken vorantrieben. Ein besonderes Augenmerk liegt anschließend auf der Auswertung der vorhandenen Quellen zur Rolle der leitenden Ärzte Aachens, die in die Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ eingebunden waren. Einzelbiographische Detail-

---

<sup>58</sup> An dieser Stelle sei den Nachkommen sehr herzlich für ihre Bereitschaft gedankt, dem Verfasser Materialien überlassen und sich für Gespräche zu Verfügung zu stehen.

## I. Einleitung

analysen erfolgen hierbei über die beteiligten Aachener Chirurgen Max Krabbel und Eduard Borchers. Das abschließende Unterkapitel des ersten Hauptteils der Studie widmet sich der Geschichte der Kliniken im Zweiten Weltkrieg.

Zu Beginn des zweiten Hauptteils werden personelle Veränderungen an den Krankenanstalten in der frühen Nachkriegszeit in den Blick genommen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach möglichen Entlassungen aufgrund von NS-Belastungen und nach den langfristigen personalpolitischen Weichenstellungen an den Kliniken. Am Beispiel zweier erst nach 1945 nach Aachen gekommener leitender Ärzte des Pathologisch-bakteriologischen Instituts werden Detailanalysen vorgenommen. Daraufhin wird die Entwicklung der Städtischen Krankenanstalten im Spiegel personalpolitischer Entwicklungen und Strategien der 1950er und frühen 1960er Jahre näher untersucht. Abschließend gilt das Interesse den 1966/67 berufenen Gründungsordinarien der Medizinischen Fakultät der RWTH.

Eine Zusammenfassung und eine Diskussion der Ergebnisse schließen die Untersuchung ab.

## II. Zur Geschichte der Städtischen Krankenanstalten bis 1933

### 1. Gesundheitsversorgung in Aachen. Ein Überblick über die Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert

Die Anfänge der späteren Städtischen Krankenanstalten Aachen reichen in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Von einem „zentrale[n] Krankenhaus, das auf gewaltigem Raum geplant ist, der der Stadt abgetreten wurde“,<sup>59</sup> wird schon in der bekannten, erstmals 1818 veröffentlichten „Voyage fait en 1813 et 1814 dans le pays entre Meuse et Rhin“ des damaligen Präfekten des Rurdepartements, Baron de Ladoucette, berichtet. Offenbar war damit bereits die Schaffung eines städtischen Hospitals auf dem Wingartsberg gemeint, welches das alte, seit dem 14. Jahrhundert bestehende Gemeindegospital am Radermarkt (Elisabethspital) ablösen sollte.<sup>60</sup> Das Vorhaben nahm zwanzig Jahre später konkrete planerische Gestalt an: 1835 beschloss das Oberbürgermeisteramt hier die Errichtung eines Krankenhauses mit einer chirurgischen und einer internistischen Abteilung.<sup>61</sup> Im Jahr 1848 wurde mit dem Bau begonnen. 1855 konnten die Räumlichkeiten bezogen werden. Die städtische Einrichtung, die den Namen „Maria-Hilf-Hospital“ erhielt, umfasste anfänglich insgesamt 260 Krankenbetten.

Im Verfolg der rasanten Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dem damit zusammenhängenden Wachstum der Bevölkerung Aachens und spezifisch neuen Anforderungen an das kommunale Gesundheitswesen<sup>62</sup> war es bald notwendig geworden, das Krankenhaus räumlich zu erweitern. Die seit den 1880er Jahren geführten Überlegungen führten zum Umzug der Kliniken auf das Parkgelände an der Goethestraße. Im Jahr 1900 wurde dort mit dem Bau einer weitaus größeren Krankenhausanlage im modernen Pavillonstil begonnen, in die die bereits vorhandene Anstalt Marienberg integriert wurde. Ebenfalls auf dem neuen Klinikgelände befanden sich das Altenpflege- und Waisenheim Josephinum sowie die „Irrenanstalt“ Mariabrunn, die 1906 zur Städtischen Heil- und Pflegenanstalt wurde, ohne jedoch den Krankenanstalten angegliedert zu sein.<sup>63</sup> 1905 konnte die Innere Abteilung in die bereits errichteten Pavillons einziehen; 1914 folgte die Chirurgische Klinik, die seit 1892 auch als Abteilung für Geburtshilfe fungierte und über zwei Stationen für Haut- und Geschlechtskrankheiten verfügte (jeweils für Männer und für Frauen). Da die für sie vorgesehenen Pavillons 1914 noch nicht fertig gestellt waren, wurde die Chirurgie im renovierten Josephinum (rund 200 Betten) untergebracht.

---

<sup>59</sup> Ladoucette (2009), S. 38.

<sup>60</sup> Einen medizinhistorischen Überblick über die Region Aachen zum Beginn des 19. Jahrhunderts bietet Schmitz-Cliever (1963).

<sup>61</sup> Vgl. Plassmann-Lenzen (1979), S. 20 ff. Vgl. zu den im Folgenden thematisierten Entwicklungslinien, wenn nicht anders ausgewiesen, dies. sowie Lenzen (1979); Murken (1991).

<sup>62</sup> Zur Entstehung sowie zur Sozial- und Verwaltungsgeschichte des modernen kommunalen Krankenhauswesens im 19. Jahrhundert vgl. Labisch/Spree (1995); Labisch/Spree (1996); Labisch/Spree (2001). Einen Überblick im internationalen Vergleich bieten Prüll/Tröhler (2005).

<sup>63</sup> Vgl. StA PA Krapoll.

## II. Zur Geschichte der Städtischen Krankenanstalten bis 1933

In der Weimarer Republik wurden die seit dem Umzug unter der Bezeichnung „Städtisches Elisabeth-Krankenhaus“ firmierenden Kliniken ausgebaut. Neue selbstständige Abteilungen kamen hinzu. Bereits in den letzten Monaten des Weltkrieges, im Juni 1918, war im Josephinum provisorisch eine nun von der Chirurgischen Klinik abgekoppelte militärärztliche Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten eingerichtet worden, aus der 1919 eine selbstständige Klinik entstand.<sup>64</sup> 1923 folgte die Eröffnung einer Abteilung für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden.<sup>65</sup> Zwei weitere Abteilungen waren im Aufbau: in der Chirurgie war die Radiologie untergebracht, in der Medizinischen (Inneren) Klinik Stationen für kranke Kinder.<sup>66</sup> Den Krankenanstalten angegliedert wurde zudem die Städtische Prosektur.

Mit somit vier größeren klinischen Abteilungen und einem weiten Einzugsgebiet, das bis in den deutschsprachigen Raum Belgiens – bis nach Eupen/Malmedy und Limburg – reichte, avancierten die Städtischen Krankenanstalten in der Weimarer Republik zum größten Krankenhaus der Region Aachen.



*Abb. 1: Das Maria-Hilf-Hospital im Jahr 1914, kurz vor seinem Abriss*

Von der Entwicklung jedoch zu einer Universitätsklinik oder einer Medizinischen Akademie, wie dies zu dieser Zeit in anderen Großstädten angestrebt und – in der näheren Umgebung beispielsweise in Köln und Düsseldorf<sup>67</sup> – umgesetzt wurde, war man noch weit entfernt. So verfügte das Krankenhaus weder über eine ausreichende Zahl an

---

<sup>64</sup> Vgl. StaA PA P 27.

<sup>65</sup> Vgl. StaA PA M 59.

<sup>66</sup> Vgl. StaA PA M 102.

<sup>67</sup> Zu Düsseldorf vgl. Esch et al. (1997); zu Köln vgl. Frank/Moll (2006).

Fachkliniken, noch hatte das leitende ärztliche Personal insgesamt ein Profil, das eine solche Entwicklung auf absehbare Zeit realistisch erscheinen ließ. Noch gegen Ende der Weimarer Republik war die langfristig angelegte Personalpolitik der Stadt keineswegs danach ausgerichtet, etwaige Voraussetzungen für die Entwicklung zum Rang einer Medizinischen Akademie zu schaffen.<sup>68</sup> Für das Fehlen dahingehender Ambitionen von Seiten der Stadt waren vor allem zwei Gründe ausschlaggebend.

Erstens wies Aachen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine relativ dichte Infrastruktur in der Gesundheitsversorgung auf, wobei den Städtischen Kliniken allenfalls der Status eines *primus inter pares* unter den bestehenden Krankenhäusern zukam.<sup>69</sup> Insbesondere die beiden großen konfessionellen Krankenhäuser, das evangelische Luisenhospital, 1867 gegründet, und das seit 1850 bestehende katholische Marienhospital, genossen über die Stadtgrenzen hinaus Ansehen und begegneten der städtischen Einrichtung hinsichtlich des Renommées ihrer leitenden Ärzte durchaus auf Augenhöhe.<sup>70</sup> Daneben bestanden in Aachen, um nur die wichtigsten weiteren Einrichtungen zu nennen, das über drei Spezialkliniken verfügende Krankenhaus Forst und das Kranken- und Entbindungshaus Sanatorium Emmichstraße.

Zweitens war der Weg der Städtischen Krankenanstalten seit der Jahrhundertwende wiederholt vor Probleme gestellt und von Rückschlägen gekennzeichnet. Bereits der Umzug auf das Areal an der Goethestraße war wegen Finanzierungsengpässen immer wieder verzögert worden. Das den Bauplänen zu entnehmende Vorhaben der Einrichtung einer selbstständigen pädiatrischen Abteilung wurde nicht realisiert.<sup>71</sup> Der Erste Weltkrieg, in dem die Anstalten als Reservelazarett fungierten, bedeutete nicht nur eine Verlängerung einiger Provisorien wie der Unterbringung der Chirurgischen Klinik im Josephinum, sondern faktisch auch das Ende der Umsetzung des noch nicht abgeschlossenen Pavillonbebauungsplans. Nach dem Krieg bereiteten die Auswirkungen der Inflation auf die finanzielle Situation der Stadt erneut Probleme. Notwendige Sanierungsarbeiten und insbesondere der Aufbau der Hautklinik verliefen aus diesen Gründen nur schleppend.<sup>72</sup> Vor dem Hintergrund der Sorge, dass man den Anschluss an „[d]ie moderne Entwicklung des Gesundheitswesens der Grossstädte“ verlieren könnte,<sup>73</sup> bestellte die Stadt einen medizinischen Beigeordneten, der 1921 sein Amt antrat.<sup>74</sup> Nach einer Phase der Stabilität Mitte der 1920er Jahre, in denen der Ausbau

---

<sup>68</sup> Dass solche Überlegungen noch zum Ende der Weimarer Republik keine Rolle spielten, wurde 1932 deutlich, als zum Nachfolger eines akademisch ausgewiesenen Chefarztes der chirurgischen Klinik ein Arzt verbeamtet wurde, der weder habilitiert war noch ausgeprägte Interessen im Bereich der Forschung hatte.

<sup>69</sup> Vgl. hierzu die Übersicht bei Guttstadt (1900), S. 1-4.

<sup>70</sup> Vgl. zur Geschichte des Luisenhospitals Koppen (1967); Simons (1992).

<sup>71</sup> Siehe das Faksimile des Bauplans des Krankenhauses an der Goethestraße in: Murken (1991), S. 14.

<sup>72</sup> Vgl. Lentner/Riepe (1994).

<sup>73</sup> So der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Heusch, am 30. März 1920 in seiner Begründung für den Antrag seiner Fraktion in der Stadtversammlung Aachen, eine „Vorlage betreffend Einrichtung der Stelle eines medizinischen Beigeordneten“ einzubringen, StaA PA Clauditz, Bl. 1.

<sup>74</sup> Damit wurden nun auch die weiteren Zweige der städtischen Verwaltung im Bereich der Gesundheitsversorgung – neben dem Krankenhauswesen betraf dies vor allem die Kranken- und Säuglingsfürsorge und das Schularztwesen – in einem Ressort zusammengefasst.

der Kliniken wieder aufgenommen wurde, brachten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929/30 erneut dringliche Erweiterungsmaßnahmen zum Erliegen. In der Weimarer Republik sollte es, was dem Ansehen des Krankenhauses erheblich schadete,<sup>75</sup> nicht mehr gelingen, das als neues Hauptgebäude vorgesehene (und alternativ zur ursprünglichen Pavillonplanung errichtete) Albert-Servais-Haus am Kopf der Krankenhausanlage fertig zu stellen.

### **2. Städtische Krankenanstalten: Werdegänge und Sozialprofil der leitenden Ärzte am Ende der Weimarer Republik**

Die in den 1920er Jahren maßgeblich gestaltende Figur an den Städtischen Krankenanstalten war der 1924 als neuer Ärztlicher Direktor des Krankenhauses und Chefarzt der Medizinischen Klinik berufene Internist *Ludwig Beltz*.<sup>76</sup> Bis zu seinem Wechsel nach Aachen hatte vieles in seinem Werdegang nach einer universitären Laufbahn ausgesehen.

Beltz, 1882 als Sohn eines Hotelbesitzers in Krefeld geboren, war nach seinem 1906 in Berlin mit der Promotion abgeschlossenen Studium und einer Assistentenzeit an verschiedenen Kliniken in Köln und Düsseldorf ab 1908 am Augusta-Hospital in Köln tätig geworden. Hier absolvierte er seine internistische Fachausbildung bei Franz Külbs. Bereits im Jahr 1909 wurde er dessen Sekundärarzt und erhielt 1913 einen Lehrauftrag an der Akademie für praktische Medizin in Köln. Im Ersten Weltkrieg wurde Beltz als Feldarzt, zuletzt im Rang eines Stabsarztes, eingesetzt. 1919 erhielt er, nun als Oberarzt an der Medizinischen Klinik der gerade gegründeten Medizinischen Fakultät der Universität Köln tätig, den Titel des Privatdozenten; 1922 wurde ihm die außerordentliche Professur verliehen. In Fachkreisen hatte er sich einen Namen mit Studien zur Hämatologie gemacht und arbeitete ferner auf dem Gebiet der Nervenheilkunde. Die bereits bei seinem Dienstantritt zu den im Rheinland größten Abteilungen für Innere Medizin gehörende Medizinische Klinik der Städtischen Krankenanstalten Aachen, bis 1924 geleitet von Felix Wesener, wurde unter Beltz weiter ausgebaut. Seit seiner Bestellung firmierte die Abteilung als Klinik für Innere und Nervenleiden. Später sollten aus ihr die beiden selbstständigen Abteilungen für Röntgenologie und Kinderheilkunde hervorgehen.

Chefarzt der zweiten großen Klinik der Städtischen Krankenanstalten, der Abteilung für Chirurgie, war seit 1932 *Max Krabbel*.<sup>77</sup> Er folgte dem Chirurgen und Geburtshelfer Robert Fütth nach, der die Klinik seit 1918 geführt hatte. Krabbel, Jahrgang 1887, katholisch, in Witten geboren und in Aachen aufgewachsen, hatte sein Medizinstudium 1910 in Bonn abgeschlossen. Anschließend war er Famulant an den Städtischen Krankenanstalten Aachen, wurde 1911 approbiert und hiernach am Johannishospital in Bonn zum Chirurgen ausgebildet. Im Ersten Weltkrieg war er als Militärarzt in den Reservelazaretten in Bonn und Aachen tätig. 1919 schließlich erhielt er am Aachener

---

<sup>75</sup> Entsprechend wurde der Abschluss der Bauarbeiten im Nationalsozialismus von den NS-Stadtoberen propagandistisch genutzt, siehe hierzu Kap. 2.2.

<sup>76</sup> Vgl. zu seiner Biographie auch Boventer (1982); Boventer (1988); Murken (1982); Murken (2004).

<sup>77</sup> Vgl. zu seiner Vita auch Döbber/Groß/Schreiber (2010).

Forster Krankenhaus seine erste Chefarztstelle. Obgleich der promovierte Mediziner offenbar zu keinem Zeitpunkt wissenschaftliche Ambitionen hatte, meldete sich Krabbel recht häufig in Fachzeitschriften zu Wort und publizierte auch nach seinem Wechsel an die Städtischen Krankenanstalten diverse Beiträge zu klinischen Themen.



*Abb. 2: Gesamtblick auf das Klinikumsgelände an der Goethestraße (ca. 1908)*

Mit der Leitung der 1918 im damaligen Aachener Reservelazarett zunächst nur provisorisch eingerichteten militärärztlichen Abteilung war der Dermatologe *Friedrich Heinrich Hubertus* („Fritz“) *Paulus* betraut worden. Ab 1919 begann er, nun offiziell zum Direktor ernannt, mit dem Aufbau einer selbstständigen Abteilung.

Paulus, Jahrgang 1877, war gebürtiger Aachener.<sup>78</sup> Seine medizinische Fachausbildung hatte er nach seinem in Bonn absolvierten Studium in Berlin bei Oskar Lassar, einer zentralen Figur der damals weltbekannten „Berliner Dermatologenschule“, abgeschlossen. In seiner Heimatstadt anschließend als Arzt in eigener Praxis tätig, war er daneben für einige Jahre Leiter einer Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten im Krankenhaus Forst gewesen, die nach seinem Weggang 1913 jedoch wieder aufgelöst wurde. Im Ersten Weltkrieg wurde er als Militärarzt eingesetzt, zuletzt, wie bemerkt, im Aachener Reservelazarett. Mit der Beibehaltung der militärärztlichen Abteilung für dermatovenerologische Erkrankungen reagierte die Stadt vor allem auf den Anstieg venerischer Patienten nach dem Krieg. Zunächst sehr bescheiden ausgestattet – die Klinik war unter sanitären bzw. hygienischen Gesichtspunkten eigentlich unzureichend und verfügte anfänglich über lediglich 23 Betten –, stellte die Stadt nach Beschwerden

---

<sup>78</sup> Vgl. zu den folgenden biographischen Angaben über Paulus: StaA PA P 27.

## II. Zur Geschichte der Städtischen Krankenanstalten bis 1933

von Seiten der Krankenkassen Geld für Umbauarbeiten zur Verfügung. Mitte der 1920er Jahre umfasste die Abteilung knapp 110 Betten und war nun auch personell besser ausgestattet.<sup>79</sup>

Der 1923 eingerichteten HNO-Klinik stand als Gründungsdirektor der aus der Zell an der Mosel stammende Mediziner *Karl von Meurers* vor, Jahrgang 1879, katholisch.<sup>80</sup> Auch seine Laufbahn war bereits zuvor eng mit der Karlsstadt verbunden. Am Luisenhospital hatte er 1905 nach Abschluss seines Studiums in Heidelberg und München und dem Erhalt der Approbation seine erste Anstellung als Arzt erhalten. Zwei Jahre später kehrte er zur Beendigung seiner Facharztausbildung an die Universitätsklinik Heidelberg zurück und wurde 1911 Chefarzt am Forster Krankenhaus in Aachen. Dort blieb er, unterbrochen vom Ersten Weltkrieg, in dem er als Stabsarzt diente und u.a. an den Schlachten in Ypern (1915) und an der Somme (1916) teilnahm, bis zu seinem Wechsel an die Städtischen Krankenanstalten.

Auch der aus Mühlingen (Schwäbische Alb) stammende Radiologe *Theodor Möhlmann* kannte die Städtischen Krankenanstalten Aachen bereits, als er dort 1921 dauerhaft als Facharzt tätig wurde.<sup>81</sup> 1894 in einer katholischen Familie geboren, hatte Möhlmann 1912 mit dem Studium der Medizin in Münster und Bonn begonnen. Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er von 1915 bis 1918 als Feldhilfsarzt teilnahm, nahm er es in Göttingen wieder auf. Nach Erhalt der Approbation 1920 wurde er im Juni desselben Jahres in Aachen an den Städtischen Krankenanstalten als Volontärassistent tätig, wobei er sich offenbar für eine dauerhafte Anstellung empfahl. Nach dem Abschluss seiner Fachausbildung an der Universitätsklinik Bonn und dem Städtischen Krankenhaus in Cottbus wurde er wieder eingestellt und 1922 beamtet. Seine Stellung entsprach in der Zeit der Weimarer Republik der eines Oberarztes der Chirurgischen Klinik.

Mit Blick auf Gemeinsamkeiten muss zunächst genannt werden, dass die Städtischen Krankenanstalten Aachen attraktiv waren für Ärzte, die im universitären Bereich keine Ambitionen (mehr) hatten, ihre Perspektiven in der Krankenhaustätigkeit sahen und sich in diesem Zusammenhang langfristig an Aachen zu binden bereit waren. Ausgeprägte Aktivitäten im Bereich der Forschung verfolgte keiner von ihnen; auch in anderer Hinsicht traten sie in Fachkreisen nicht sonderlich hervor. Das gilt auch für die einzigen am Städtischen Krankenhaus mit Titularprofessuren ausgestatteten Ärzte, Beltz und von Meurers, die in Aachen keine nennenswerten dahingehenden Tätigkeiten mehr entfalteten.<sup>82</sup>

Gemeinsam war den Chefärzten ferner die konfessionelle Prägung. Gewissermaßen traditionell spiegelte sich die katholische Signatur Aachens in der Personalpolitik der Stadtverwaltung. Bereits zur Zeit der Gründung des Krankenhauses in den 1850er Jahren hatten Auseinandersetzungen um die Vergabe der Betten an katholische und protestantische Patienten die Eröffnung hinausgezögert und die zehn Jahre darauf

---

<sup>79</sup> Vgl. Lentner/Riepe (1994).

<sup>80</sup> Vgl. zu den folgenden biographischen Angaben über von Meurers: StaA PA M 59.

<sup>81</sup> Vgl. zu den folgenden biographischen Angaben über Möhlmann: StaA PA M 102.

<sup>82</sup> Bereits Boverter (1988) hat darauf hingewiesen, dass von Beltz für die Zeit nach 1926 keinerlei medizinische Veröffentlichungen mehr nachweisbar seien, ein Befund, der durch die bibliographischen Recherchen der vorliegenden Studie bestätigt wird.

erfolgte Gründung des evangelischen Luisenhospitals mitbewirkt.<sup>83</sup> Noch in den 1920er Jahren waren an den Städtischen Krankenanstalten zumindest sämtliche *Chefärzte* im katholischen Milieu verankert.<sup>84</sup> Das galt, was eine entsprechende ideelle Prägung betrifft, offenbar vor allem für Beltz und von Meurers. Auch im Fall von Krabbel, dessen Schwester über viele Jahre dem „Katholischen Frauenbund“ vorstand, ist eine starke konfessionelle Sozialisierung anzunehmen.



*Abb. 3: Krankensaal im Pavillon 12 der Städtischen Krankenanstalten (ca. 1908)*

Hinsichtlich der Charakteristika der städtischen Personalpolitik an den Krankenanstalten fällt auch auf, dass frei werdende Chefarztstellen in der Regel nicht öffentlich ausgeschrieben worden zu sein scheinen<sup>85</sup> und vielmehr solche Ärzte bevorzugt wurden, deren Vita zuvor bereits mit dem Raum Aachen eng verbunden gewesen war, qua Herkunft (Krabbel, Paulus) und/oder beruflichem Werdegang (von Meurers, Möhlmann). Anders jedoch, als die lokale nationalsozialistische Presse vor 1933 in ihrer Propaganda gegen „Zentrums-Schiebungen“ suggerieren wollte, bestanden zwischen

---

<sup>83</sup> Vgl. Murken (1991b); Koppen (1967).

<sup>84</sup> Eine Ausnahme war der Leiter der den Krankenanstalten angegliederten städtischen Prosektur, Georg Wehrsig. Der 1883 im Hirschberg geborene Mediziner war protestantischen Glaubens. Von 1902 bis 1907 studierte er Medizin in Tübingen, Leipzig und Halle Medizin (1907 Staatsexamen; 1908 Promotion). 1912 absolvierte er das Kreisarztexamen in Berlin und war ab 1913 Leiter der Prosektur in Aachen.

<sup>85</sup> Vgl. hierzu die Vorgänge um die Bestellung Krabbels, StaA PA K 164, Bl. 13.

## II. Zur Geschichte der Städtischen Krankenanstalten bis 1933

den leitenden Ärzten und der Zentrumspartei offenbar nicht die engsten Beziehungen. So war, soweit bekannt, keiner der Chefarzte Mitglied in der regional tonangebenden, zutiefst katholisch geprägten Partei, und nachweislich standen zwei von ihnen ihr nicht am nächsten. So zeigten der Röntgenologe Möhlmann und der Hautarzt Paulus offen Sympathien für andere politische Parteien. Paulus stand der Sozialdemokratischen Partei nahe, ohne formell Mitglied zu sein. 1930 hatte er sich jedoch der „Eisernen Front“ angeschlossen, einem Zusammenschluss von SPD, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (ebenfalls SPD-nah) und Gewerkschaftsverbänden, der sich als Antwort auf den Schulterschluss von NSDAP und weiteren rechtsradikalen Parteien und Parteienungen („Harzburger Front“) gebildet hatte. Möhlmann hingegen befand sich politisch im extremistischen Spektrum der gegenüberliegenden Seite und war offenbar der einzige unter den insgesamt zwanzig Ärzten an den Städtischen Krankenanstalten, der sich vor 1933 als Anhänger der Nationalsozialisten zu erkennen gegeben hatte. Irritiert habe man sich hierüber, Möhlmanns eigenen Angaben zufolge, im Kollegenkreis geäußert. Im Zusammenhang mit der Angleichung seines Gehalts an das der übrigen Chefarzte glaubte er, dass Verzögerungen vor allem erfolgt seien, „weil meine“, wie er 1934 an den nunmehr nationalsozialistischen Oberbürgermeister Quirin Jansen schrieb, „auch unter den damaligen schwierigen Umständen niemals verhehlte nationalsozialistische Gesinnung bekannt war“.<sup>86</sup> Offizielles Mitglied der NSDAP wurde er vor der „Machtergreifung“ nicht, soll sich aber, ebenfalls seinen eigenen Angaben nach, bereits um 1930 als Sympathisant gezeigt und ab Ende 1932 in der NSDAP-Ortsgruppe Aachen-Burtscheid eingebracht haben.<sup>87</sup>

Für das Gros ihrer ärztlichen Kollegen waren Möhlmann und Paulus aber weder in der einen noch in der anderen Hinsicht exemplarisch. Wie weit Teile des Standes in Deutschland war auch die Aachener Ärzteschaft bürgerlich-konservativ geprägt und übte sich nach außen hin in politischer Zurückhaltung.<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> Schreiben Theodor Möhlmann an Quirin Jansen vom 6.11.1934, StaA PA M 102, Bl. 60.

<sup>87</sup> Vgl. StaA PA M 102, Bl. 1.

<sup>88</sup> Vgl. hierzu die Sozialstudie von Pieper (2003).

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

#### 1. Frühjahr 1933

Am 30. Januar 1933, dem Tag der „Machtergreifung“, soll es in Aachen keine Fackelzüge oder ähnliche Aufmärsche gegeben haben. Die Stadt war bis dahin keine Hochburg der Nationalsozialisten. Sie gehörte zu den drei „katholischsten“ Großstädten Deutschlands. 91 % der Bevölkerung gehörten der katholischen Konfession an. Aachen war eine „Zentrums“-Hochburg. Noch anderthalb Monate nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler sollte die Zentrumspartei aus den schon nicht mehr freien Reichstagswahlen vom März 1933 als stärkste Partei in Aachen hervorgehen, mit mehr als zehn Prozentpunkten vor den Nationalsozialisten.<sup>89</sup> Der Aachener Zentrums-Oberbürgermeister Wilhelm Rombach hielt sich bis zum 11. Juli 1933 im Amt.<sup>90</sup>

Es ist nicht überliefert, wie die Klinikleitung der Städtischen Krankenanstalten auf Hitlers Machtübernahme reagierte. Eine öffentliche (oder nichtöffentliche) Ergebniseinschätzung durch die Kliniken ist nicht bekannt. Auch der Schritt zu einem demonstrativ geschlossenen Eintritt der Chefärzte in die NSDAP, wie dies in den ersten Wochen nach dem 30. Januar an einigen anderen deutschen Krankenhäusern der Fall war, wurde nicht vollzogen.

Ende April 1933 vermeldeten die Nationalsozialisten in der lokalen Presse aus Anlass der Übernahme des „Aachener Ärztevereins“ durch die „Bewegung“, dass „fast die gesamte Aachener Jungärzteschaft, die Assistenten der Städtischen Krankenhäuser, der NSDAP beigetreten ist.“<sup>91</sup> Unter den bis dato fünf Chefärzten der Krankenanstalten hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits zwei der Partei angeschlossen: der Radiologe Theodor Möhlmann und der Dermatologe Friedrich Paulus. Ihre Motive hätten unterschiedlicher nicht sein können. Im Falle Möhlmann war es im Kollegenkreis, worauf schon hingewiesen wurde, seit längerem kein Geheimnis, dass er den Nationalsozialisten nahe stand. Noch im selben Jahr wurde er in die SS aufgenommen und trat 1934 der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) sowie dem NS-Ärztebund bei.<sup>92</sup> Paulus wiederum erklärte nach 1945, er sei aus Angst, seine Stellung zu verlieren, in die Partei eingetreten. Diese im Entnazifizierungsverfahren nicht näher erklärte Behauptung ist – anders als, wie noch gezeigt wird,<sup>93</sup> eine Reihe weiterer von ihm zur Selbstentlastung aufgeführter Angaben – vor dem Hintergrund seiner Mitgliedschaft in der „Eisernen Front“ recht glaubwürdig: Unmittelbar nach der Zerschlagung der Weimarer Republik hatte sich Paulus allerdings nicht nur durch seinen Beitritt zur NSDAP, sondern auch durch konkrete Handlungen bereits als dienstbarer Befürworter der „neuen Zeit“ präsentiert:

---

<sup>89</sup> Kösters (1998), S. 94 f.

<sup>90</sup> Vgl. Gasten (1993), S. 62.; vgl. auch Gasten (1992).

<sup>91</sup> „Pg. Stadt. Dr. Schoeneck Vorsitzender des Aachener Aerztereins“, in: Westdeutsches Grenzblatt vom 28.4.1933.

<sup>92</sup> Vgl. die Angaben in seiner Personalakte, StaA PA M 102, sowie die Akten zum Entnazifizierungsverfahren, LA NRW NW-1079-6225; LA NRW NW 1037-B II-894.

<sup>93</sup> Vgl. das Unterkapitel IV.1 dieser Arbeit.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

#### 1.1 Denunziationen: Friedrich Paulus und der Fall Schepermann

Am 5. April 1933 schrieb Hans Schepermann,<sup>94</sup> seit 1931 Oberarzt bei Paulus, an den Oberbürgermeister:

„Mir wurde heute durch Herrn Med. Rat Dr. Clauditz mitgeteilt, daß ich wegen ‚kommunistischer Umtriebe‘ von meinem Amt suspendiert sei. – Ich muß die mir von irgendeiner Seite gemachte Unterstellung, daß ich etwas mit der kommunistischen Partei oder einer anderen kommunistischen Organisation zu tun und irgendwelche ‚Umtriebe‘ gemacht hätte, auf das entschiedenste zurückweisen. – In Anbetracht der großen Gefahr, in der ich mich in der heutigen Zeit bei Vorliegen solcher Verdächtigungen befinde, bitte ich höflichst und dringend mit möglichster Beschleunigung gegen mich ein Disziplinarverfahren einleiten zu wollen.“<sup>95</sup>

Angesichts der in dieser Zeit nachweislich auch in Aachen<sup>96</sup> um sich greifenden Verhaftungswellen gegen „kommunistische Umtriebe“, reagierte die Stadtverwaltung im Fall Schepermann auf den ersten Blick bemerkenswert besonnen: Am Beginn stand der Beschluss, dass Schepermann in jedem Fall „bis zur Beendigung des Disziplinarverfahrens im Amte bleibt.“<sup>97</sup> Bereits am Tag nach seiner Suspendierung war Schepermann wieder in der Hautklinik tätig und arbeitete damit, was ihm zu diesem Zeitpunkt offenbar noch nicht bewusst war, im Kreis derjenigen, die ihn denunziert hatten.

Den Stein ins Rollen gebracht hatte sein junger ärztlicher Kollege Hans Ransoné,<sup>98</sup> gerade approbiert, seit zwei Monaten Assistent der Hautklinik und, anders als Schepermann, einer derjenigen, die im April 1933 der NSDAP beigetreten waren.<sup>99</sup> Ransoné wollte bei einer abendlichen Gesellschaft im Hause Schepermann, die er mit seiner Schwägerin und einigen Kollegen besucht hatte, vom Hausherrn den Satz vernommen haben, dass es keine Alternative zum Kommunismus gäbe, und dass alle, die dies nicht so sähen, „Idioten“ seien. Tags berichtete Ransoné seinem Chefarzt Paulus davon, woraufhin dieser sich umgehend an den Städtischen Beigeordneten wandte.

Das Motiv Paulus', diese Information zum Zweck der politischen Denunziation aufzugreifen, war wohl ein doppeltes. Erstens vermochte ihm vor dem Hintergrund seiner ehemaligen Zugehörigkeit zur „Eisernen Front“ ein dokumentiertes Vorgehen

---

<sup>94</sup> Johannes (Rufname: Hans) Schepermann (1893-1968) war ein Schüler von Ferdinand Sauerbruch. Bei ihm promovierte er 1922 in München mit einer medizinhistorischen Arbeit über „Die Technik der Scheidenspülung“. Vor Antritt seiner Stelle in Aachen 1931 war er u.a. in der Dermatologischen Abteilung des St. Barbara-Hospitals in Hamborn und bei Friedrich Bering (1878-1950) an der Städtischen Hautklinik Essen Assistenzarzt gewesen.

<sup>95</sup> Schepermann an Rombach am 5.4.1933, StaA PA Schepermann, unpag.

<sup>96</sup> Vgl. Gasten (1993), S. 50 ff.

<sup>97</sup> Beschluss des Finanzausschusses vom 5.4.1933, StaA PA Schepermann, Bl. 37.

<sup>98</sup> Hans Ransoné (1905-?) schloss 1931 sein Studium der Medizin in Bonn mit der Promotion ab und war anschließend, 1932/33, in der Chirurgischen Klinik in Aachen als Praktikant bei Füh und dessen Nachfolger Krabbel tätig. Zum 1.1.1933 erhielt er die Approbation. Ab dem 1.2.1933 war er als Assistenzarzt bei Paulus tätig. 1938 schied er aus den Städtischen Krankenanstalten Aachen aus. Vgl. StaA PA Ransoné.

<sup>99</sup> Vgl. StaA PA Ransoné.

gegen einen „Kommunisten“ in seiner engsten Umgebung erhebliche Vorteile gegenüber den Nationalsozialisten und deren Einschätzung von seiner „politischen Zuverlässigkeit“ einzubringen. Zweitens wollte er Schepermann ohnehin „loswerden“: Bereits in den Monaten zuvor war es wiederholt zu mehr oder weniger offen ausgetragenen Differenzen gekommen. Im Dezember 1932 schließlich hatte Paulus Beschwerde gegen Schepermann erhoben, „mit dem Zwecke der Dienstentlassung.“<sup>100</sup>



*Abb. 4: Friedrich Paulus*

Die Stadtverwaltung hatte dem allerdings wegen des Bagatelldcharakters der Vorwürfe nicht entsprochen, im Gegenteil: Paulus wurde vor die Konsequenz gestellt, entweder einen neuen Versuch der Zusammenarbeit zu unternehmen oder schriftlich gegen die Entscheidung der Verwaltung vorzugehen. „In diesem Falle beabsichtige ich,“ so der Oberbürgermeister an Paulus im Dezember, „die Oberarztstelle an Ihrer Abteilung eingehen zu lassen, Herrn Dr. Schepermann lediglich als Arzt der Untersuchungs- und Beratungsstelle weiter zu beschäftigen und Sie von der Leitung dieser Stelle zu entbinden.“<sup>101</sup> Die Schärfe dieser Zurückweisung ging fraglos darauf zurück, dass die Verwaltung derartige Trennungen von Mitarbeitern der Hautklinik schon kannte. Auch die beiden Vorgänger Schepermanns und eine weitere Assistenzärztin soll der Chefarzt unter Anwendung ähnlicher Methoden aus der Anstellung gedrängt haben.<sup>102</sup> Die

---

<sup>100</sup> StaA PA Schepermann, Bl. 18.

<sup>101</sup> Oberbürgermeister Rombach an Paulus am 10.11.1932, in: StaA PA Schepermann, Bl. 32R.

<sup>102</sup> Vgl. die Protokolle über die Gespräche des Stadtdirektors mit Schepermann, Paulus und anderen in: StaA PA Schepermann, Bl. 20 ff.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

Kenntnis um die „Methode Paulus“ war es wohl auch, die den zurückhaltenden Umgang der Verwaltung mit der „Meldung“ Paulus’ erklärt, sein missliebiger Oberarzt habe sich „kommunistischer Umtriebe“ schuldig gemacht. Die Skepsis der Stadtverwaltung war, wie sich schon nach wenigen Tagen herausstellte, allzu begründet. Paulus’ Kronzeuge revidierte am 7. April in einem „Nachtrag“ zum Protokoll seine Aussage. Er sei zunächst

„der festen Überzeugung gewesen, dass diese Bemerkung [über den Kommunismus] von Dr. Schepermann getan worden sei, habe dann aber später nach Rücksprache mit Dr. R[...], der ebenfalls eingeladen war, mich davon überzeugen müssen, dass nicht Dr. Schepermann, sondern Fr. A[...] diese Äußerung gemacht hat.

Von dieser Änderung der Sachlage war Herr Dr. Paulus, als er die Meldung erstattete, nichts bekannt.“<sup>103</sup>

Wer oder was Ransoné bei seiner ersten Aussage gegen seinen Oberarzt, aber auch dann bei seinem Umschwenken – er denunzierte mit „Fr. A.“ nun seine eigene Schwägerin! – angetrieben hatte, verraten die Quellen nicht. Die Polizei Aachen kam zu dem Ergebnis, dass eine Verbindung Schepermanns zur KPD nicht nachweisbar sei und „die gegen ihn erhobene Beschuldigung [...] nicht zutreffen [dürfte].“<sup>104</sup>

Lief die Intrige somit zunächst ins Leere, sollte Paulus sein Ziel am Ende dennoch erreichen: Dass Schepermann Ende 1933 die erste Gelegenheit nutzte, die Städtischen Krankenanstalten Aachen zu verlassen, verwundert freilich nicht.

Die Vorgänge in der Hautklinik im April 1933 sind ein erstes eindrückliches Beispiel dafür, wie sich an den Städtischen Krankenanstalten nach der NS-„Macht ergreifung“ die überzeugten Nationalsozialisten ebenso zu erkennen gaben wie Opportunisten die neuen Verhältnisse zum eigenen Vorteil zu instrumentalisieren bereit waren. Dass zu diesem Zeitpunkt die Nationalsozialisten noch nicht die Macht über Rat und Verwaltung übernommen hatten, gilt es auch zu bedenken bei der Entlassung des jüdischen Arztes Richard Herz, die etwa zeitgleich zu den Ereignissen um Schepermann vollzogen wurde.

#### *1.2 Die Entlassung des jüdischen Arztes Richard Herz*

Hinsichtlich der Frage nach antisemitischen Einstellungen an den Städtischen Krankenanstalten und den für Personalentscheidungen maßgeblichen Verwaltungseinrichtungen der Stadt bewegt man sich für die Zeit vor 1933 auf schwankendem Boden. Quellen, die konkret Auskunft über antisemitische Vorfälle oder Einstellungen innerhalb der hier wirkenden Ärzteschaft geben würden, sind (bislang) nicht bekannt. Auffallend ist jedoch, dass Ärzte jüdischer Herkunft weder in leitenden Funktionen noch in einer nennenswerten Zahl unter den Assistenzärzten vertreten waren. Unter den in dieser Zeit an den Krankenanstalten tätigen Chefarzten war Ludwig Beltz der einzige, von dem bekannt ist, dass sich unter seinen Schülern Mediziner jüdischer Herkunft befan-

<sup>103</sup> Ransoné an Rombach am 10.4.1933, StaA PA Schepermann, Bl. 44.

<sup>104</sup> Polizeipräsident Aachen an Rombach am 19.4.1933, StaA PA Schepermann, Bl. 46.

den.<sup>105</sup> Mit Richard Herz arbeitete in Beltz' Abteilung auch der zu Beginn des Jahres 1933 einzige – zwanzig Ärzte waren insgesamt hier angestellt – jüdische Arzt der Städtischen Krankenanstalten. Aber auch außerhalb der Städtischen Kliniken präsentiert sich das Bild in Aachen ähnlich: An den insgesamt sieben Krankenhäusern war im Jahr 1933 lediglich am Sanatorium Emmichstraße ein Arzt jüdischer Herkunft in herausgehobener Funktion tätig: Otto Goldschmidt, dort behandelnder Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden.<sup>106</sup> Ob dieses Gesamtbild auf einen strukturell „realen“ Antisemitismus an Aachener Spitälern hinweist oder ob diese äußerst geringe Repräsentanz eher im Kontext des generell in Aachen anzutreffenden katholischen Proporztes interpretiert werden muss, kann hier nicht entschieden werden. Die Schnelligkeit und „Selbstverständlichkeit“, mit der die Stadtverwaltung sich Herz' entledigen sollte, spricht jedoch für Ersteres:

Richard Herz, Jahrgang 1900 und gebürtiger Aachener, war seit 1929 an den Städtischen Krankenanstalten tätig. Herz hatte Medizin in Tübingen und Berlin studiert. 1925 erhielt er Approbation und promovierte 1926 in Berlin mit einer Arbeit über einen Fall von Promyelozytenleukämie.<sup>107</sup> Nach seiner Zulassung als Arzt war er zunächst an der Dermatologischen Abteilung der Potsdamer Städtischen Krankenanstalt bei Fritz Ueberschär (1890-1949) tätig und anschließend Assistent in der dortigen Inneren Abteilung bei Max Schmid (1880-?). 1927 begann er eine praktische radiologische Ausbildung<sup>108</sup> in Berlin und Aachen. Nach dieser Zusatzqualifikation waren die ersten beruflichen Stationen das Allgemeinkrankenhaus in Schorndorf/Württemberg und die Universitätsfrauenklinik Köln, bevor er 1929 eine freigewordene Assistentenstelle bei Beltz in Aachen antrat.

Als an den Städtischen Krankenanstalten zu Beginn des Jahres 1933 die Verlängerung der Verträge aller Assistenzärzte anstand, hatte sich Beltz am 9. März bereits für eine Weiterbeschäftigung von Herz ausgesprochen.<sup>109</sup> Unmittelbar vor den Vertragsunterzeichnungen, am 31. März, wandte sich der Städtische Beigeordnete Walther Clauditz an Oberbürgermeister Rombach mit den Worten, dass „[g]egen die Person des Herrn Dr. Herz an sich nichts einzuwenden“ sei. Doch trage er, Clauditz, da „Herr Dr. Herz jüdischer Konfession ist, [...] in Anbetracht der politischen Lage Bedenken, den Anstellungsvertrag ohne weiteres zu verlängern. Ich bitte hierzu um Entscheidung.“<sup>110</sup>

---

<sup>105</sup> Zu diesen zählte der Kinderarzt Karl Leven, vgl. Johannsen (2005), S. 46 ff.

<sup>106</sup> Otto Goldschmidt, geboren 1875, hatte 1898 in München in München promoviert, im selben Jahr die Bestallung und 1903 die Facharztanerkennung erhalten. Am Krankenhaus Emmichstraße blieb er offenbar bis 1937 oder 1938 – das „Aachener Adreßbuch“ nennt ihn in dieser Funktion bis einschließlich 1938 – behandelnder HNO-Arzt. Am 30.9.1938 wurde ihm von den Nationalsozialisten die ärztliche Approbation entzogen (vgl. den Eintrag im Reichsarztregister BArch Berlin). Seine Stellung am Sanatorium nahm Wilhelm Kleu ein.

<sup>107</sup> Herz (1926).

<sup>108</sup> Er ist nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Radiologen, der etwa zur selben Zeit – 1925 – in Frankfurt am Main promovierte und als Verfasser mehrerer Monographien zur Röntgenkunde hervorgetreten ist.

<sup>109</sup> Aus formalen Gründen konnte die Unterschrift unter die Verträge erst zum Ende des Monats erfolgen, da von Seiten der Assistenzärzte Tarifverhandlungen eingeleitet worden waren.

<sup>110</sup> Schreiben Clauditz an Rombach vom 31.3.1933, StaA PA Herz, Bl. 29

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

Der Zentrumspolitiker Rombach, der zwei Tage zuvor im Rat der Stadt den Antrag der NSDAP auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Adolf Hitler mit einer flammenden Rede durchgesetzt hatte,<sup>111</sup> quittierte diese Bedenken postwendend mit Zustimmung und entschied noch am selben Tag, „dass eine Verlängerung unter den jetzigen Verhältnissen nicht erfolgen kann.“<sup>112</sup> Am 1. April, also tags darauf, war Herz nicht mehr Arzt an den Städtischen Krankenanstalten.

Wie Beltz auf die Nachricht die Entlassung seines langjährigen Assistenzarztes reagierte, wird anhand der Akten nicht in allen Details ersichtlich. Festzustehen scheint zunächst, dass er und Herz vor vollendete Tatsachen gestellt worden waren. Ob und in welcher Form Beltz Protest einlegte, bleibt zwar spekulativ. Doch fällt ins Auge, dass er die nun frei gewordene Stelle recht lange vakant hielt und – möglicherweise am Ende gescheiterter Vermittlungsversuche – erst drei Wochen nach der Entlassung Herz' ein – glänzendes – Zeugnis ausstellte. Hier formulierte er auch sein Nichteinverständnis recht deutlich: „Ich verliere in ihm einen außerordentlich geschätzten Mitarbeiter, dessen Ausscheiden ich lebhaft bedaure.“ (vgl. Abb. 5)

Über das weitere Leben von Richard Herz ist nur wenig bekannt. Sein Eintrag in der Reichsärztekartei vermerkt, dass er 1938 emigrierte.<sup>113</sup> In den 1950er Jahren stellte er über einen Dortmunder Rechtsanwalt Antrag auf Entschädigung für seine Entlassung 1933, die ihm, da die rassistischen Hintergründe offenkundig waren, zugesprochen wurde.<sup>114</sup>

---

<sup>111</sup> Wilhelm Rombach (1874-1973), Jurist, war zunächst Stadtassessor, dann Beigeordneter und schließlich Landrat in Düren, bevor er 1922 zum Regierungspräsidenten ernannt und 1928 zum Oberbürgermeister von Aachen gewählt wurde. Nach 1945 war er Staatssekretär im Innenministerium NRW. In Aachen ist im Stadtteil Brand eine Straße nach ihm benannt; seit 1998 trägt ein in Herzogenrath errichtetes Wohnheim des Aachener Vinzenz-Heim seinen Namen. Zur Rolle Rombachs 1933 vgl. weniger die apologetische Monographie von Simons (1996) als vielmehr Gasten (1993), S. 62 ff.

<sup>112</sup> So Clauditz – die Entscheidung durch Rombach mit diesen Worten anführend – an Beltz am 31.3.1933, StaA PA Herz, Bl. 30.

<sup>113</sup> BArch Reichsarztregister.

<sup>114</sup> Vgl. StaA Herz.

Städtische Krankenanstalten  
Innere-und Nervenabteilung  
(Elisabeth-Krankenhaus)  
Chefarzt: Professor Dr. BELTZ  
-----

Aachen, den 21 April 1933

Ze u g n i s

Herr Dr. Richard H e r z aus A a c h e n war von 13. Mai 1929 bis 1. April 1933 als Assistenzarzt auf meiner Abteilung tätig.

Herr Dr.H.hat während dieser Zeit der Reihe nach alle Abteilungen unter meiner Aufsicht selbständig geführt: die großen Stationen für innerlich kranke Männer und Frauen, für Kinder und die Abteilung für Infektionskranke. Herr Dr.H! kann heute auf eine überaus gründliche Ausbildung in der gesamten inneren Medizin mit allen Nebenzweigen, wie Röntgendiagnostik, neurologische, endoskopische und chemisch-physikalische Untersuchungsmethoden zurückblicken. Seine besonders haematologische Vorbildung brachte es mit sich, daß Herr Dr.H. sich während seiner Tätigkeit an der Klinik besonders mit den Erkrankungen des Blutes beschäftigte und seine Kenntnisse auf diesem Gebiete vorzüglich erweiterte.

Neben der großen Erfahrung, die er auf diese Weise sich erworben hat, hat Herr Dr.H. es auch verstanden, sich das Vertrauen und die Anhänglichkeit der ihm anvertrauten Kranken in seltener Weise zu sichern, ohne sich in seiner streng-ärztlichen Auffassung des Krankheitsfalles beeinflussen zu lassen. Ich verliere in ihm einen außerordentlich geschätzten Mitarbeiter, dessen Ausscheiden ich lebhaft bedaure.

gez.Prof. Dr. Beltz

Chefarzt der inneren Abreilung  
der städtischen Krankenanstalten

A a c h e n

*Abb. 5: Von Ludwig Beltz ausgestelltes Zeugnis für den jüdischen Assistenzarzt Richard Herz*

## 2. Nazifizierung in Aachen: Strukturelle und personelle Veränderungen

### 2.1 Die Krankenanstalten in der Wahrnehmung und der Propaganda der NSDAP

Da die Aachener NSDAP in ihrer ersten Reihe mit ungewöhnlich vielen gesundheitspolitisch überaus aktiven Politikern besetzt war, wundert es nicht, dass die Krankenhäuser in Aachen stark im Blickfeld der lokalen NS-Machthabern standen. Der praktische Arzt Hans Schoeneck (1890-1942),<sup>115</sup> bis zur „Machtergreifung“ als medial geschickter NSDAP-Fraktionsvorsitzender der in Aachen wohl bekannteste NS-Politiker, wurde im April 1934 Direktor des städtischen Gesundheitswesens. Hiernach gelangte der NS-Kreisleiter Eduard Schmeer als Städtischer Beigeordneter für das Wohlfahrts- und Sozialwesen 1935 auf die Position, in der nach dem „Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ die Fäden auf kommunalgesundheitspolitischem Gebiet zusammenliefen.<sup>116</sup> Auch der NS-Oberbürgermeister Quirin Jansen war innerhalb der Ärzteschaft präsent: Kein anderes Nebenamt zelebrierte Jansen in der Öffentlichkeit so wie das des Oberfeldführers des Deutschen Roten Kreuzes, in dem er zugleich die Funktion des Kreisführers innehatte.<sup>117</sup> Zentrale Figur war jedoch fraglos NS-Kreisleiter Schmeer, der dieses Amt – illegitimer Weise<sup>118</sup> – mit dem des Beigeordneten in Personalunion führte.

Die Nationalsozialisten trieben den bereits vor 1933 begonnenen Neu- und Ausbau der Städtischen Krankenanstalten als eines ihrer kommunalpolitischen Prestigeprojekte voran. Dies zeigt eindrücklich die herausgehobene propagandistische Platzierung des Themas in den „Wahlkämpfen“ nach 1933. „Unter der Regierung Adolf Hitlers“, so warb die Aachener NS-Spitze im Vorfeld der Reichstagswahlen 1936,

„wurde der vorbildliche, neuzeitliche Bau des Städtischen Krankenhauses zum Wohle der kranken Bevölkerung Aachens vollendet und seiner Bestimmung übergeben. In den Jahren der chaotischen innerdeutschen Zustände wurde er begonnen, doch jahrelang blieb der halffertige Bau liegen, der Zerstörung durch Witterungseinflüsse ausgesetzt. Ohne Adolf Hitler wäre der Bau vollends verkommen!“<sup>119</sup>

Auch im Vorfeld der Volksabstimmung über den „Anschluss Österreichs“ am 10. April 1938 wurden in Aachen die Städtischen Krankenanstalten als ein Argument „für das Werk des Führers“ in die Propaganda eingebracht. Am Wahltag schmückten Haken-

---

<sup>115</sup> Der gebürtige Tiegenshofer Hans Schoeneck war seit 1929 Mitglied der NSDAP und in Aachen bis 1934 als Arzt niedergelassen. Nach seiner Zeit als Ärztlicher Direktor des Gesundheitswesens Aachen (1934-1937) wurde er zum Amtsarzt des Gesundheitsamtes Bonn ernannt. Schoeneck kam 1942 im Krieg gegen die Sowjetunion ums Leben. Vgl. zu ihm Gasten (1993), siehe auch die E-Akte: LA NRW NW-1051-2619.

<sup>116</sup> Vgl. Labisch/Tennstedt (1985).

<sup>117</sup> Vgl. zum Beispiel „Großkundgebung des Roten Kreuzes“, in: Westdeutscher Beobachter vom 16.9.1938 und „Das Deutsche Rote Kreuz marschiert“, in: Westdeutscher Beobachter vom 20.9.1938.

<sup>118</sup> Obgleich eine solche Personalunion eigentlich nicht vorgesehen und Schmeer von höheren staatlichen Stellen gedrängt worden war, eines der Ämter aufzugeben, verblieb Schmeer bis 1942 in beiden Funktionen. Vgl. Gasten (1993), S. 70 f.

<sup>119</sup> „Unter der Regierung Adolf Hitlers“, in: Westdeutscher Beobachter vom 14.3.1936.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

kreuzfahnen und andere Nazi-Embleme die Fassade des Krankenhauses,<sup>120</sup> welches endlich „als eins der schönsten und besteingerichteten des Rheinlandes gelten“<sup>121</sup> dürfe. Im propagandistisch aufbereiteten „stolze[n] Rechenschaftsbericht“ der Aachener NS-Verwaltung hieß es:

„Als der Nationalsozialismus die Stadtverwaltung übernahm, fand er einen Rohbau zu einem neuen städtischen Krankenhause vor, der mangels verfügbarer Mittel in seiner Ausführung stecken geblieben war. Es bedurfte erst der nationalsozialistischen Tatkraft, um die für die Fertigstellung notwendigen Gelder zu beschaffen. Der Ausbau und die Einrichtung dieses Krankenhauses geschah dann nach den modernsten hygienischen Gesichtspunkten. Die darin untergebrachten Kliniken wurden mit den neuesten Instrumenten und Apparaten ausgestattet. Es war aber auch höchste Zeit, denn die Verhältnisse in dem alten Mariahilfkrankenhause waren unhaltbar geworden.“<sup>122</sup>



*Abb. 6: Blick auf das Hauptgebäude des Neubaus der Städtischen Krankenanstalten (ca. 1935)*

Mochten sich die lokalen NS-Machthaber auch als großzügige Förderer der Krankenanstalten inszenieren, so war es in der Aachener Bevölkerung offenbar kein Geheimnis, dass die Aachener Krankenhäuser von Anfang an aufgrund der schon 1933 einsetzen-

<sup>120</sup> Ein Foto hiervon findet sich im Westdeutschen Beobachter vom 11.4.1938.

<sup>121</sup> „So bauten wir auf!“, in: Westdeutscher Beobachter vom 6.4.1938

<sup>122</sup> Ebd.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

den radikal antikirchlichen Politik der Aachener NSDAP<sup>123</sup> in mancher Hinsicht keinen leichten Stand hatten. Nach bisherigem Forschungsstand waren hiervon jedoch noch am wenigsten die Städtischen Krankenanstalten betroffen, wenngleich sie intervenierenden Zugriffen bereits aus strukturellen Gründen stark ausgesetzt waren.<sup>124</sup> Von Schikanen aber, zum Teil auch von willkürlichen repressiven Maßnahmen waren vielmehr die konfessionellen Krankenhäuser berührt.



*Abb. 7: Eduard Schmeer, Aachener NS-Kreisleiter und zuständiger städtischer Beigeordneter für das Gesundheitswesen (1935-1942)*

So brachten die Machthaber insbesondere der katholischen Alexianer Heil- und Pflegeanstalt ein enormes Misstrauen entgegen. Hier war das Pflegepersonal, die Alexianerbrüder, keineswegs von Bespitzelungen und willkürlichen Verhaftungen ausgenommen,<sup>125</sup> obwohl sich das Krankenhaus aufgrund seines auf der ganzen Linie NS-konformen leitenden Arztes Wilhelm Koester reibungslos in die „Erbgesundheitspolitik“ des Regimes einband.<sup>126</sup> Vor Schwierigkeiten war wiederholt auch das katholische Marienhospital gestellt. Nachdem sich das Hospital – wie auch andere katholische Spitäler im

---

<sup>123</sup> Vgl. Kösters (1997/98); auch Siemons (1998).

<sup>124</sup> Vgl. Murken (2004), vgl. auch die Erinnerungen von Capellmann (1956).

<sup>125</sup> Vgl. Kauffman (1978), S. 256 ff.

<sup>126</sup> Vgl. Bildstein/Groß/Kühl (2009).

Deutschen Reich – als einziges Krankenhaus Aachens geweiht hatte, Zwangssterilisierungen durchzuführen, und schließlich auch die Versuche der Stadtoberen, das Hospital mit dem Ziel der Nivellierung seines konfessionellen Charakters in die Städtischen Krankenanstalten einzugliedern, nicht gelangen, verschwand es – um nur eine der Schikanen zu nennen – kurzerhand (1938) aus dem Telefonbuch. Politische Vorbehalte gab es auch gegenüber dem evangelischen Luisenhospital, was gegen Ende der 1930er Jahre deutlich in Form von Repressalien sichtbar wurde.<sup>127</sup>

Bereits 1933 kam es zu weitreichenden personellen Entlassungen und Umbesetzungen beim leitenden Personal der Verwaltungseinrichtungen der Stadt,<sup>128</sup> wovon in Teilen auch das städtische Gesundheitswesen betroffen war.<sup>129</sup> Doch war die Aachener NSDAP auf die alten Funktionsebenen angewiesen. An den Städtischen Krankenanstalten kam es 1933 – und auch danach – zu keinen Entlassungen in den leitenden Funktionen. Eine herausgehobene Rolle spielten politische Kriterien auch bei der Besetzung der leitenden Chefarztstellen in den im Nationalsozialismus hinzugekommenen Fachkliniken, wie im Folgenden gezeigt wird, in nur wenigen Fällen.

## 2.2 Der Ausbau der Städtischen Krankenanstalten

### 2.2.1 Naturheilklinik: Albert Boosfeld

Am 1. Oktober 1934 wurde im Josephinum als nationalsozialistisch gewollte Einrichtung eine Naturheilklinik eröffnet. Später kamen die obersten beiden Etagen des Neubaus als Räumlichkeiten hinzu. Als leitender Arzt wurde der Mediziner, Apotheker und Nahrungsmittelchemiker Dr. med. Dr. phil. Albert Boosfeld bestellt.

In der propagandistischen Berichterstattung über die Klinik wurde Boosfelds Person von den NS-Obersten nicht exponiert. Den Aufbau der Klinik, die, wie es bereits kurze Zeit nach der Eröffnung im „Westdeutschen Beobachter“ hieß, „als die beste

---

<sup>127</sup> Siehe Kapitel III.3.2.2. dieser Arbeit.

<sup>128</sup> Vgl. Gasten (1993), S. 50 ff.

<sup>129</sup> An nationalsozialistischen Funktionären ist hier beispielsweise Walther Zieger (1904-1944) zu nennen, der zunächst (1933) als Stadtamtman, dann (1934) als Stadtdirektor im Dezernat I tätig und später (ab 1942) kommissarischer Leiter des Dezernats IV war. Er war zugleich als Kreisschulungsleiter der NSDAP aktiv. Zieger, seit 1932 NSDAP-Mitglied, gab ab 1935 Ausbildungskurse u.a. beim Krankenkassenverband Aachen über Staatsbürgerkunde, NS-Weltanschauung sowie Vererbungslehre, Rassenkunde und Bevölkerungspolitik; 1943 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. 1944 ist er an der Ostfront verschollen. Vgl. zu ihm die Materialien in StaA PA 300. Ein weiteres Beispiel ist der frühe Nationalsozialist und NSDAP-Kreisamtsleiter Herbert Aschermann (1900-1948), gebürtiger Plauer (Sachsen), Dr. med. 1925 in Rostock, 1926 Approbation; er war zunächst in Privatpraxis tätig, dann ab 1934 im Versorgungsamt Oldenburg; im Dezember 1936 erfolgte sein Wechsel zum Versorgungsamt Aachen, zum 1.1.1939 übernahm er, nun auf Lebenszeit verbeamtet, die Stelle des städtischen Schularztes und wurde im November 1939 zum Medizinalrat ernannt. Nach der Eroberung Aachens durch die Alliierten 1944 war er bis Kriegsende im Staatlichen Gesundheitsamt Plauen tätig. Aschermann war NSDAP-Mitglied von 1922-1927 und wieder ab 1933, ebenso im „Reichsbund deutsche Familie“ (ab 1933), im Reichsdozentenbund (ab 1935) und im NS-Ärztebund (ab 1935). Er wurde vom Nachkriegsvorsitzenden des Aachener Ärztevereins Otto Gronau beschrieben als „Nazi widerlichsten Formats“; Gronau an den Oberstadtdirektor am 28.8.1949, StaA PA 884, Bl. 30.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

von ganz Deutschland betrachtet werden kann“,<sup>130</sup> rechneten sich öffentlichkeitswirksam die lokalen NS-Granden – Jansen, Schoeneck und Schmeer – an.<sup>131</sup>



*Abb. 8: Blick auf die Terrasse der Naturheilklinik*

Über die Vita Albert Boosfelds ist nicht viel bekannt.<sup>132</sup> 1893 in Herbesthal geboren, meldete er sich 1914 freiwillig zum Kriegsdienst. 1916 wurde er schwer verwundet und aus dem Heeresdienst entlassen. In den 1920er Jahren veröffentlichte er nur wenige Publikationen zu naturheilkundlichen Themen; auf diesem Gebiet trat er auch nach 1933 nicht sonderlich hervor. 1930 erhielt er mit 36 Jahren die ärztliche Approbation; laut Reichsärztekartei war er Allgemeinpraktiker.<sup>133</sup> Ob er über eine psychotherapeutische Ausbildung verfügte – Psychotherapie war integraler Bestandteil der Behandlungsmethoden der Klinik<sup>134</sup> –, ist nicht bekannt. Boosfeld hatte Verbindungen zur Aachener NSDAP. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des NS-Ärztbundes in Aachen und war in der Partei im Hauptamt für Volksgesundheit aktiv.

Mit einiger Skepsis von Seiten der Parteioberen, die der zitierten Einschätzung der Naturheilabteilung nur ein dreiviertel Jahr später konträr gegenübersteht, war die Klinik 1934 gestartet: „Um [...] die Entwicklung der Klinik abzuwarten“, so Schmeer kurz vor der Eröffnung, „bitte ich, den Vertrag [mit Boosfeld] vorläufig nur auf ein Jahr, und zwar mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten, erstmals kündbar am 1.7.35, abzuschließen.“<sup>135</sup>

---

<sup>130</sup> „Die Aachener Naturheilklinik“, in: Westdeutscher Beobachter vom 21. Juni 1935.

<sup>131</sup> Dies sei den genannten „größten Förderern“ der Naturheilklinik „vor allem“ zu danken, ebd.

<sup>132</sup> Die folgenden Angaben zur Vita Boosfelds basieren auf der Auswertung seiner Personalakte; StaA PA Boosfeld.

<sup>133</sup> BArch Reichsarztregister.

<sup>134</sup> „Die Aachener Naturheilklinik“, in: Westdeutscher Beobachter vom 21. Juni 1935.

<sup>135</sup> StaA PA Boosfeld.



*Abb. 9: Albert Boosfeld*

Über die tatsächliche Frequentierung der Klinik, die für „Geisteskranke“ und Infektionskranke nicht offen stand,<sup>136</sup> ist nichts Genaues bekannt. Doch scheint sie sich durchaus „entwickelt“ zu haben. 1938 wurden die Räumlichkeiten erweitert.<sup>137</sup> Doch mag das Fehlen von Erwähnungen dieser Klinik und ihres Chefarztes in der – inzwischen recht vorangeschrittenen – Forschung zur Geschichte der Naturheilkunde im Nationalsozialismus<sup>138</sup> ein Indiz dafür sein, dass ihr wohl, anders als von der lokalen NS-Propaganda behauptet, keine nennenswerte überregionale Bedeutung zukam. In diese Richtung deutet auch, dass die Beschäftigung Boosfelds über die Jahre hinweg eine Teilzeitanstellung blieb: Für ihn ging im Städtischen Krankenhaus der Arbeitstag nach drei Stunden Dienst um 11 Uhr morgens zu Ende.<sup>139</sup>

#### 2.2.2 Orthopädische Klinik: Friedrich Pauwels

Am 1. November 1934, einen Monat nach der Eröffnung der Naturheilklinik, nahm die Orthopädische Klinik an den Städtischen Krankenanstalten ihren Betrieb auf. Mit Friedrich Pauwels (1885-1980) gewann das Krankenhaus eine Autorität als Gründungsdirektor, dessen Name zu diesem Zeitpunkt zwar noch keinen Weltruf hatte, aber über-

---

<sup>136</sup> „Die Aachener Naturheilklinik“, Westdeutscher Beobachter vom 21.6.1935.

<sup>137</sup> Vgl. Poll/Siemons (2003), S. 322.

<sup>138</sup> Vgl. Heyll (2006); Sievert (1996).

<sup>139</sup> Siehe den Dienstvertrag in: StaA PA Boosfeld.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

regional bereits bekannt war.<sup>140</sup> Zuvor hatte er am Aachener Luisenhospital eine orthopädische Klinik aufgebaut, war dort zuletzt jedoch wegen der Enge der Räumlichkeiten mit dem dortigen Leiter der Chirurgie Eduard Borchers aneinandergeraten und hatte sich zu einem Wechsel entschlossen.<sup>141</sup> Obgleich Pauwels nach Qualifikation und Anerkennung auch eine Anstellung an einer bedeutenderen Einrichtung wie einer Medizinischen Klinik oder einer Universitätsklinik hätte anstreben können,<sup>142</sup> entschied er sich dafür, in der Karlsstadt zu bleiben. Der gebürtige Aachener hatte seit 1913 durchgehend Anstellungen an Einrichtungen in seiner Heimatstadt gesucht, war hier zunächst als Leiter der von seinem Schwager August Sträter gegründeten Medico-mechanischen Zanderanstalt und dann ab 1924 am Luisenhospital tätig gewesen.

„Ich nehme die Stelle an, wenn ich nicht gezwungen werde, an Partei-Versammlungen und anderen Veranstaltungen teilzunehmen. Wenn man mich in Ruhe läßt, arbeite ich wie ein Pferd.“ Darauf begann Dr. Schoeneck seinen Bericht: „Pauwels ist kein Nationalsozialist und wird auch nie einer werden.“ – So soll es sich 1934 im Büro des Leiters des Gesundheitsamtes beim Vorstellungsgespräch zugetragen haben – jedenfalls nach einem Bericht von Pauwels' zweiter Ehefrau.<sup>143</sup> Für eine Anstellung als Gründungsdirektor der städtischen Klinik soll sich ferner Landgerichtsrat Hugo Cadenbach, Vorstandsvorsitzender der Stolberger Zink und Kuratoriumsvorstand Luisenhospital, verwendet haben.<sup>144</sup> Auf nennenswerten Widerstand bei Schoeneck scheinen beide nicht gestoßen zu sein. Alles weist darauf hin, dass der NSDAP-Politiker den angesehenen Arzt für die Städtischen Krankenanstalten haben wollte, auch ohne Parteibuch. Schon im Vorfeld hatten Informationen über ein in den Quellen nicht näher benanntes „angebliches Verhalten des Dr. Pauwels in Österreich“<sup>145</sup> – es liegt nahe, hier abfällige Bemerkungen über das NS-Regime oder ähnliches anzunehmen<sup>146</sup> – der Ausfertigung eines Vertrags nicht im Wege gestanden. Wird man die Überlieferung des Vorstellungsgesprächs auch nicht wörtlich nehmen dürfen, so gibt es in der Tat keine Hinweise darauf, dass man Pauwels von Parteiseite – weder vor noch nach seiner Einstellung – sonderlich behelligt hätte.

Ob Zugeständnis oder nicht: Pauwels trat 1934 dem Reichslehrerbund (RLB) und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) bei.<sup>147</sup> Seine im selben Jahr erfolgte Mitgliedschaft in der SA ging auf die Zwangsvereinigung von SA und „Stahlhelm“ –

---

<sup>140</sup> Zur Biographie vgl. im Überblick Voswinkel (2001) sowie die – bereits sehr gründliche und durchaus historisch-kritische – Biographie von Weigmann (1990).

<sup>141</sup> Vgl. Weigmann (1990), S. 64.

<sup>142</sup> Offenbar interessierte sich Pauwels nicht für solche Optionen. Noch 1946 wurde ihm – mittlerweile 62 Jahre alt – ein Ordinariat (in Frankfurt am Main) angetragen, das er ablehnte, vgl. StA PA 468, Bl. 23.

<sup>143</sup> Weigmann (1990), S. 72.

<sup>144</sup> Vgl. Weigmann (1990), S. 64.

<sup>145</sup> StA PA 468.

<sup>146</sup> So auch bereits die Schlussfolgerung von Weigmann (1990), S. 72.

<sup>147</sup> Eine Verwechslung mit Friedrich Paulus, wie sie Weigmann (1990), S. 72, für möglich hält, kann ausgeschlossen werden. 1942 firmierte Pauwels zudem als Anwärter für eine Mitgliedschaft im NS-Ärztetbund. Vgl. LA NRW NW-1079-14020; HArch Aachen, Biographische Datenbank (Dossier F. Pauwels), Bl. 552.

dem Pauwels schon vor 1933 angehört hatte – zurück.<sup>148</sup> In keiner dieser NS-Organisationen scheint er aktiv in Erscheinung getreten zu sein. NSDAP-Mitglied wurde er nicht.<sup>149</sup>



*Abb. 10: „Arbeiten wie ein Pferd“, Friedrich Pauwels (links im Bild)*

### 2.2.3 Augenklinik: Peter Geller und Adolf Thier

Im Mai 1935 erfolgte die Eröffnung einer Augenklinik an den Städtischen Krankenanstalten. Die Stadt gliederte damit die alte städtische Augenheilanstalt nach der Pensionierung des langjährigen leitenden Arztes Sanitätsrat Hermann Vüllers (1862-1944) an und verlegte sie von der Stephans- in die Goethestraße.

Wie auch im Fall der Naturheilklinik wurde die Leitung dieser neuen Abteilung lediglich nebenamtlich besetzt. Die Wahl der NS-Stadtoberen fiel auf Peter Geller, Jahrgang 1900, gebürtiger Aachener katholischer Konfession. Geller war seit 1930 niedergelassener Augenarzt in eigener Praxis.<sup>150</sup> Von 1935 bis 1939 fungierte er zudem als Vorsitzender des Ortsausschusses des Rheinischen Blindenfürsorgevereins. Als er an

---

<sup>148</sup> Über Pauwels SA-Mitgliedschaft nach 1934 liegen widersprüchliche Informationen vor, die auch nach einer Prüfung der Unterlagen des BDC nicht aufgeklärt werden konnten: So soll Pauwels einerseits noch 1934 aus der SA wieder ausgetreten sein; andere Quellen berichten von einer (erneuten?) SA-Mitgliedschaft ab 1940, die bis 1944 angedauert hätte. Über den SA-Dienststrang liegen keine Informationen vor; vgl. die Angaben in: LA NRW Reg. Aachen 21301, T. 1, Bl. 23 ff.; HArch Aachen, Biographische Datenbank (Dossier F. Pauwels), Bl. 551 f. Vgl. auch bereits Weigmann (1990), S. 72.

<sup>149</sup> In den Unterlagen des ehemaligen BDC im Bundesarchiv Berlin, darunter auch der NSDAP-Mitgliederkartei, ließen sich keinerlei Hinweise auf eine Mitgliedschaft in der Partei auffinden; vgl. auch hier bereits die Ergebnisse der Recherchen zu Pauwels von Tschacher und Krebs in: HArch Aachen, Biographische Datenbank (Dossier F. Pauwels), Bl. 551.

<sup>150</sup> Zunächst in der Adalbert-, dann in der Wilhelmstraße.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

der Augenklinik seinen Dienst antrat, verfügte die Abteilung über zwanzig Betten.<sup>151</sup> Neben der Behandlung der Augenkranken seiner Klinik (und der der anderen Abteilungen des Krankenhauses) war er auch für schulärztliche, vom Gesundheitsamt zugewiesene Reihenuntersuchungen zuständig.

Unter den ärztlichen Kollegen soll Geller, der bereits 1933 der NSDAP beigetreten war, angeblich nicht als überzeugter Nationalsozialist angesehen worden sein; er selbst behauptete (und ein befreundeter Mediziner bestätigte dies), dass der jüdische Ophthalmologe Friedrich Meyerbach (1898-?) – dieser praktizierte in derselben Straße wie Geller – ihm vor der Emigration die Praxiskartei übergeben habe, damit Geller sich um dessen jüdische Patienten kümmere. Meyerbach habe um Gellers NSDAP-Mitgliedschaft gewusst, aber auch, dass er kein Antisemit gewesen sei.<sup>152</sup> Demgegenüber gab Geller nach 1945 wenig überzeugende Gründe für seine frühe Parteiangehörigkeit an: Er sei hierzu gezwungen gewesen, da er 1933 eine Kassenzulassung angestrebt hätte;<sup>153</sup> hierfür jedoch war eine Parteimitgliedschaft keineswegs eine Voraussetzung.<sup>154</sup> Zudem gehörte Geller weiteren NS-Organisationen an und war aktiver SA-Mann.<sup>155</sup> Als stellvertretender Beisitzer im Erbgesundheitsgericht Aachen war er zudem an der Umsetzung der Zwangssterilisierungen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ beteiligt.<sup>156</sup>

1940 wurde Geller zur Wehrmacht eingezogen und leitete die Klinik nunmehr als einen Teil des Reservelazaretts Aachen. 1941 wurde er nach Rumänien versetzt, dann an die Ostfront.<sup>157</sup> In Aachen wurde Geller von dem Aachener Augenarzt Adolf Thier (1889-1964) vertreten, ohne dass dieser jedoch in ein Dienstverhältnis mit der Stadt

---

<sup>151</sup> Vgl. Erbstöber (1969). Jedoch verfügte Geller über ein im Vergleich zur früheren Städtischen Anstalt stark reduziertes Personal. Hatte Vüllers in der alten Einrichtung über einen Assistenten und mehrere Schwestern verfügt, wurde Geller lediglich eine Hilfskraft zugeteilt; Geller an Schmeer und Jansen am 18.3.1936, StA PA Geller.

<sup>152</sup> So Gellers eigene Erklärung vom 17.12.1945 und von Wilhelm Studte bestätigte Aussage (29.12.1945); siehe: LA NRW NW 1079 Nr. 10.092. Vgl. zu Studte Kapitel IV.1.

<sup>153</sup> Erklärung Gellers vom 17.12.1945, ebd.

<sup>154</sup> Die „Verordnung über die Kassenzulassung“ (22.4.1933) sah die Voraussetzung einer „arischen“ Abstammung vor, nicht einer Parteimitgliedschaft. Das Gesetz diene zur Handhabung des Ausschlusses jüdischer Ärzte von der kassenärztlichen Praxis; 1934 folgte der Entzug der Kassenzulassung für Ärzte mit jüdischen Ehepartnern, Vgl. Klee (2001), S. 44. Erst zum 28. September 1933 – und damit nach Gellers Parteieintritt – wurden, wiederum allerdings nicht als *conditio sine qua non*, Mitgliedschaften in NS-Organisationen zu einem Kriterium der Begünstigung bei der Kassenzulassung, vgl. Heiss (2007), S. 49.

<sup>155</sup> LA NRW NW 107910-092; StA PA Geller.

<sup>156</sup> LA NRW NW 1079-10.092. Zur Rolle Gellers in den Erbgesundheitsgerichtsverfahren vgl. Kapitel III.3 dieser Arbeit.

<sup>157</sup> Zunächst war Geller in Rumänien stationiert, wurde dann in Russland und zwischen April 1944 und Januar 1945 in Polen eingesetzt. Das Kriegsende erlebte er als Arzt in einem Lazarett; von Mai 1945 bis November 1945 war er in amerikanischer Gefangenschaft. Vgl. LA NRW NW 1079-10.092. Nach dem Krieg kehrte Geller nicht mehr an die Städtischen Krankenanstalten zurück, sondern übernahm die Augenabteilung des Forster Krankenhauses, wo er von 1946 bis zu seinem Ruhestand 1967 tätig war. Vgl. Erbstöber (1969), S. 74.

eintrat.<sup>158</sup> Thier entstammte einer in Aachen bekannten Ophthalmologen-„Dynastie“. Er war der Sohn des langjährigen Chefarztes der Augenklinik des Marienhospitals, Carl Wilhelm Thier (1858-1931). Adolf Thier schloss seine Ausbildung zum Augenarzt 1923/24 in München bei Carl von Hess bzw. nach dessen plötzlichem Tod (1923) bei Carl Wessely ab. Ab 1926 in eigener Praxis tätig<sup>159</sup> und späterhin am Marienhospital (ab 1929), gehörte auch Thier zu den frühen Aachener NS-Ärzten (NSDAP-Beitritt 1933). Er war zum Teil aktives Mitglied in NS-Organisationen. Er gehörte der SA (1933), der NSV und der NSKOV (beide 1934), dem VDA und dem NS-Ärztebund (beide 1935) und dem NS-Reichskriegerbund (1940) an.<sup>160</sup> Über seine Tätigkeit als Leiter der Augenabteilung des Reservelazarett liegen keine gesicherten Informationen vor.

#### 2.2.4 Kinderklinik: Hanns Jouck

Als letzte der vier in der Zeit des Nationalsozialismus hinzugekommenen Abteilungen des Städtischen Krankenhauses wurde 1941 eine Kinderklinik gegründet. Die Abteilung ging – wie einige Jahre zuvor die Röntgenabteilung – aus der Medizinischen Klinik Ludwig Beltz' hervor. Chefarzt wurde der erst 33-jährige Hanns P. Jouck.

Jouck, 1908 geboren als Sohn katholischer Eltern in Deuerburg (Kreis Bitburg), war bereits in den 1930er Jahren Assistenzarzt am Städtischen Krankenhaus und am Mariannen-Institut Aachen gewesen. Er hatte sich hier sowie später am Rudolf-Virchow-Krankenhaus in Berlin und an der Universitäts-Kinderklinik Köln-Lindenburg auf das kinderärztliche Fach spezialisiert. Seine Facharztanerkennung erhielt er 1938 und ließ sich anschließend zunächst in Krefeld und 1941 in Aachen nieder. Warum die Stadtverwaltung den Aufbau der Fachklinik einem noch recht jungen, klinisch eher wenig erfahrenen Pädiater anvertraute, bleibt spekulativ. Seine Personalakte hat sich nicht erhalten wie auch weitere Quellen zur Geschichte der Klinik im „Dritten Reich“ fehlen. Im Besitz des Parteibuchs war er seit 1937, gehörte außerdem dem NS-Ärztebund, der NSV und dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) an. Politische Ämter hat er, soweit bekannt, in der Partei nicht wahrgenommen.<sup>161</sup> Es liegt nahe, im Zusammenhang mit der Bestellung Joucks zum Chefarzt (auch) das Stichwort „Beziehungen“ zu nennen, denn Jouck war seit 1936 Schwiegersohn von Friedrich Pauwels.

---

<sup>158</sup> Vgl. LA NRW NW-1079-10503.

<sup>159</sup> Zunächst in der Wallstraße, dann in der Wilhelmstraße.

<sup>160</sup> Vgl. LA NRW NW-1079-10503. Jean Roemer, sozialdemokratischer Kreistagsabgeordneter in Düren, soll ab 1940 sein SA-Untergebener in einer Sanitätsstaffel gewesen sein und behauptete Folgendes: „Meine antifaschistische Einstellung war ihm bekannt. Er hat mich mehrfach unter schwierigen Umständen vor Bestrafungen wegen revolutionärer Reden [!] geschützt.“ Zeugnis Jean Roemer vom 9.5.1946, ebd. Nach dem Krieg war Thier wieder als niedergelassener Augenarzt tätig und führte seine Praxis bis 1962, vgl. Erbstöber (1969), S. 65 u. 73.

<sup>161</sup> Vgl. NS-Mitgliederkartei im Bundesarchiv; LA NRW NW 1079 Nr. 6474; StAA 11186 Hauptverwaltung [Aufstellung] Beamte und Angestellte in der Stadtverwaltung (29.10.1945), unpag.



*Abb. 11: Hanns Jouck*

Viel Zeit für den Aufbau der Klinik hatte Jouck nicht: Ende 1942 wurde er zur Wehrmacht als Truppenarzt einberufen, ein Vorgang, den der *Kinderarzt* sich – so erinnern es seine Söhne – dadurch erklärte, dass er mit der NS-Kreisleitung aneinandergeraten war.<sup>162</sup> Worum es hierbei gegangen sein soll, ist jedoch unklar.

Ein Vertreter wurde nach der Einberufung Joucks nicht nach Aachen geholt; formal fiel die Zuständigkeit wieder Ludwig Beltz zu. Faktisch scheint die Abteilung bis 1944 von Beltz' Assistenzärztin Gertrud Ossmann (später: Karhoff) geleitet worden zu sein.<sup>163</sup>

### *2.3 NSDAP-Beitritte im Vergleich mit anderen Aachener Krankenhäusern und die Nazifizierung „von unten“*

Man hat lange angenommen, unter den NSDAP-Mitgliedern seien mit Blick auf einzelne Berufsgruppen vor allem die Juristen und Lehrer zahlenmäßig besonders hervorgetreten. Es waren aber die Ärzte: Seit Ende der 1980er Jahre ist belegt, dass sie unter allen akademischen Berufsgruppen den höchsten Organisationsgrad innerhalb der NSDAP und ihrer angeschlossenen Verbände aufwiesen. Mittlerweile müssen die damaligen Schätzungen des kanadischen Historikers Michael Kater, der nach einer Stichprobe in den Unterlagen des ehemaligen BDC in Berlin auf eine Mindestzahl von

---

<sup>162</sup> Persönliche Mitteilung Hanns-Paul Jouck und Dr. Theodor Jouck a. d. Verf.

<sup>163</sup> Vgl. StaA PA Gertrud Karhoff sowie das Kapitel III.4 der vorliegenden Arbeit.

45 % NSDAP-Mitgliedern in der gesamten Ärzteschaft kam,<sup>164</sup> wohl nach oben korrigiert werden. Zwar liegt bislang für das gesamte Reichsgebiet noch keine umfassende statistische Auswertung vor, doch kamen in der Zwischenzeit regionale Untersuchungen zu weitaus höheren Werten. Uwe Zimmermann hat 1999 für die Region Aachen nachgewiesen, dass hier über 62 % aller Ärzte der NSDAP angehörten.<sup>165</sup> Dieser hohe Prozentsatz bildet sich auch bei den Beitritten der Chefärzte an den Städtischen Krankenanstalten Aachen ab (siehe im Überblick Tabelle 1). Der Vergleich mit anderen Aachener Hospitälern zeigt, dass sie hier keine Ausnahme darstellten (siehe Tabellen 2 bis 5). So waren nach Aufhebung der Mitgliedersperre mit Ausnahme von Beltz und von Meurers alle Chefärzte der Städtischen Einrichtung in die NSDAP eingetreten. Ähnlich zeigen sich die Beitritte an den anderen Krankenhäusern.

Die jüngere NS-Forschung hat (zurecht) betont, dass es in der NS-Diktatur keinen direkten Zwang für Parteieintritte gab.<sup>166</sup> Die Begeisterung vieler Ärzte für den Nationalsozialismus rührte von zentralen ideologischen Übereinstimmungen her: Dies betrifft beispielsweise den innerhalb der Ärzteschaft schon vor 1933 ausgeprägten Antisemitismus,<sup>167</sup> ihre seit spätestens der Jahrhundertwende weithin geteilte Affinität für biologistische Denkmodelle, das Denken in Kategorien von „Minderwertigkeit“ und „Hochwertigkeit“ von Menschengruppen und schließlich für ihre durch alle Parteien hindurch anzutreffende Forderung nach der Umsetzung „rassenhygienischer“ bzw. eugenischer „Hinaufpflanzungs“-Programmatiken.<sup>168</sup> „Nationalsozialismus ist nicht anderes als angewandte Biologie“ – in diesem Satz von Rudolf Hess fanden sich offenbar viele Mediziner wieder.<sup>169</sup> Dass das Regime den Ärzten von Anfang an eine tragende Rolle bei der Umsetzung dieser Programmatiken versprach und dieses Versprechen auch hielt,<sup>170</sup> erklärt fraglos einen Großteil der massenhaften NSDAP-Beitritte unter den Ärzten.

Doch liegt es angesichts der eklatant überproportional hohen Beitrittszahlen bei den Ärzten auf der Hand danach zu fragen, inwiefern bei dieser Berufsgruppe möglicherweise ein Sonderfall vorliegt, wonach neben der unbestritten vielfach anzutreffenden ideologischen Übereinstimmung auch materielle Beweggründe vorlagen. Ist Letzteres als massenhafte Exkulpationsstrategie von der Forschung längst widerlegt, so wurde in jüngster Zeit jedoch darauf hingewiesen, dass das Regime mit Hilfe der „Reichsärzteordnung“ (RÄO) ab dem Jahr 1935 quasi „hoheitliche“ Zugriffsmöglichkeiten auf den einzelnen Arzt schuf und damit NS-konforme Lebensläufe regelrecht etablierte;<sup>171</sup> sich

---

<sup>164</sup> Kater (2000), S. 150 ff.

<sup>165</sup> Vgl. zu Zimmermanns Studie Rüter (2001).

<sup>166</sup> Vgl. Benz (2009).

<sup>167</sup> Vgl. Bareuther (1998); Waigand (2001)

<sup>168</sup> Vgl. Schwartz (1995).

<sup>169</sup> Vgl. Lifton (1988), S. 36.

<sup>170</sup> Vgl. hierzu, die machtpolitischen Aspekte innerhalb der Ärzteschaft sehr differenziert beleuchtend, Ley (2004).

<sup>171</sup> Vgl. Tascher (2010).

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

dem zu widersetzen, erforderte offenbar mehr individuelle Courage als lange Zeit angenommen.<sup>172</sup>

<b>Abteilung</b>	<b>Leitender Arzt</b>	<b>NSDAP/ NS-Untergliederungen</b>
Chirurgische Klinik	Max Krabbel	NSDAP (1937) NSV, NS-Ärztebund, Fördermitglied SS, RLB, RDB
Medizinische Klinik	Ludwig Beltz (zugleich Ärztlicher Direktor)	- NSV, Fördermitglied SS, RDB
Hautklinik	Friedrich Paulus	NSDAP (1933) NSV
HNO-Klinik	Karl von Meurers	- -
Naturheilklinik (ab 1934)	Albert Boosfeld	NSDAP (1933) NS-Ärztebund
Orthopädische Klinik (ab 1934)	Friedrich Pauwels	- NSV, SA, RLB
Röntgenklinik	Theodor Möhlmann	NSDAP (1933) SS, NSV, NS-Ärztebund, RDB
Augenklinik (ab 1935)	Peter Geller	NSDAP (1933) SA, NSV, NS-Ärztebund
Kinderklinik (ab 1941)	Hanns Jouck	NSDAP (1937) NSV, NS-Ärztebund, NSKK

Tab. 1: Städtische Krankenanstalten 1933-1944

Insofern steht die *einzel*biographische Forschung immer wieder vor dem Problem, zu viel oder zu wenig in die vorhandenen Informationen hinein zu interpretieren. In vielen Fällen, in denen NS-Mitgliedschaften belegt sind, fehlen aufschlussreiche aus der NS-Zeit stammende Zeugnisse, die die Motivlage im Einzelfall näher zu beleuchten vermögen. Häufig äußerten sich die Betroffenen in den Entnazifizierungsverfahren hierüber. Dabei behaupteten sie zumeist, es habe ein großer Druck bestanden oder sie seien mitunter in NS-Organisationen „hineingeschlittert“. Tatsächlich lässt sich nicht überall darüber hinweggehen, wie das Beispiel SA-Mitgliedschaften zeigt.

Hier gingen in der Tat einzelne Mitgliedschaften von Personen, die 1933/34 eingetreten waren, auf die Zwangsvereinigung von „Stahlhelm“ und SA zurück.<sup>173</sup> Mehrere Ärzte behaupteten später, sie seien aber auch dem „Stahlhelm“ nur deshalb beigetreten, um damit die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation vermeiden zu können. Einige gaben an, vom „Stahlhelm“ hätten sie sich zudem versprochen, dass dieser bremsend auf die Nazifizierung aller Gesellschaftsbereiche einwirken und dem

<sup>172</sup> Vgl. ebd.

<sup>173</sup> Vgl. zum „Stahlhelm“ Hoffstadt (2010).

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

konservativ-bürgerlichen Denken Gewicht in der NS-Diktatur verleihen würde.<sup>174</sup> Problematisch ist hier im Einzelnen jedoch die Überprüfung, ob den nachweislichen SA-Mitgliedschaften tatsächlich eine „Stahlhelm“-Mitgliedschaft vorausgegangen war, da deren Mitgliederlisten für den Raum Aachen nicht überliefert sind.

Abteilung	Leitender Arzt	NSDAP/ NS-Untergliederungen
Innere Medizin	Erwin Moos ( <i>zugl. Ärztlicher Krankenhaus-Direktor</i> )	NSDAP (1937) SA, NS-Ärztebund ( <i>Anwärter</i> )
Chirurgie	Eduard Borchers	- NSV, SA, NS-Ärztebund
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	Erich Zurhelle	NSDAP (1937) SA
Augenkrankheiten	Rudolf Wolff	NSDAP (1933) NS-Ärztebund
HNO	Wilhelm Kleu	NSDAP (1933) NSKK
Röntgeninstitut	Theo Kreuzwald	- NSV
Hautkrankheiten	Carl Capellmann	NSDAP (1937) NSV, NS-Ärztebund, HJ-Arzt

Tab. 2: Luisenbospital (Stand: 1943)

Ein anderes Beispiel für die Schwierigkeit einer „fairen“ retrospektiven Einordnung stellen die SS-Fördermitgliedschaften dar. Bei den Ärztlichen Direktoren der Krankenhäuser fällt sie umso mehr ins Auge, als sie bei den meisten anderen Chefärzten Aachens nicht festzustellen ist. Wie ist dies zu werten? Bekannt ist einerseits, dass SS-Fördermitgliedschaften in einer Reihe von Entnazifizierungsverfahren als so belastend eingestuft wurden, dass Personen des öffentlichen Dienstes ihre Anstellung verloren. Andererseits ist die NS-Forschung in den letzten Jahren vermehrt auf Fälle exponierter Persönlichkeiten gestoßen, deren SS-Fördermitgliedschaften ganz offenkundig nicht in einer ideologischen Übereinstimmung begründet, sondern vielmehr deshalb erfolgt waren, um etwaige Forderungen abwehren zu können, der „Bewegung“ nicht länger, wie es in der NS-Propaganda hieß, „fern zu stehen“.<sup>175</sup> Sich für eine Fördermitglied-

<sup>174</sup> So beispielsweise der Aachener Prosektor Georg Wehsig: „[...] der Stahlhelm schien mir damals die einzige bürgerliche Organisation, die sich mit einer gewissen Erfolgsaussicht gegen die Überhandnahme des Nationalsozialismus behaupten und zur Wehr setzen konnte. Leider kam es da anders“; Erklärung vom 5.2.1947; LA NRW 1079-3497. Ähnlich äußerten sich Eduard Borchers und weitere Ärzte, vgl. Kühl/Schäfer (2010), S. 92, Anm. 24.

<sup>175</sup> Vgl. exemplarisch die Thesen von Johannes Bähr für exponierte Angestellte der Dresdner Bank: Bähr (2006), S. 501, Anm. 103.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

schaft in der SS zu entschließen, soll oftmals der leichteste Weg gewesen sein, in Ruhe gelassen zu werden und nicht der NSDAP beizutreten.<sup>176</sup>

<b>Abteilung</b>	<b>Leitender Arzt</b>	<b>NSDAP/ NS-Untergliederungen</b>
Chirurgie	Hermann Gatersleben ( <i>zugl. Ärztlicher Krankenhaus-Direktor</i> )	NSDAP (1940) <i>Fördermitglied SS</i>
Innere Medizin	Rudolf Schild	- <i>nicht ermittelt</i>
Augenkrankheiten	Adolf Thier	NSDAP (1933) <i>NSV, SA, NS-Ärztebund, NS-Reichskriegerbund, NSKOV, VDA</i>
HNO	Carl Schetter	- <i>SA, NSV, NSKOV, NS-Ärztebund-Anw.</i>
Geburtshilfe	Ernst Fey	n.e. <i>n.e.</i>

Tab. 3: Marienhospital (Stand: 1940)

Es gibt nach allem, was über die 1933 in Aachen der SS als Fördermitglieder beigetretenen Ärzte eruiert werden konnte, in der Tat allen Grund, diese Motivlage und keineswegs ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus oder zur SS anzunehmen.<sup>177</sup> So fällt in ihren Fällen auch auf, dass sie erst spät (Gatersleben 1940) oder gar nicht (Beltz, Raffauf) der NSDAP beitraten.<sup>178</sup> Ferner fällt bei einem Gesamtüberblick über die

<sup>176</sup> So führte beispielsweise der Prüfungsausschuss der Universität München 1946 bezüglich SS-Fördermitgliedschaften aus: „[...] was the easiest way to buy release from all kinds of other Party obligations. We by no means approve of such procedure, but it is careless mistake, rather than proof Nazi ideology.“ Zit. nach Kuss (1999), S. 17.

<sup>177</sup> Das prägnanteste Aachener Beispiel ist in diesem Zusammenhang gewiss Ludwig Beltz, der als NS-Gegner in Aachen bekannt war und weder Mitglied der NSDAP noch des NS-Ärztebundes wurde. Auch gibt es keine Hinweise darauf, dass er auf seine Chefärzte Druck ausgeübt hätte, sich der Partei anzuschließen. Das Gegenteil scheint hier der Fall gewesen zu sein. Hierauf weisen die Fälle von Meurers und Pauwels hin, die beide zu seinem Freundeskreis zählten und nicht Parteimitglieder wurden. Vgl. zu Beltz ausführlich Kapitel III.2.4 in dieser Arbeit.

<sup>178</sup> Es ist auch möglich, dass sich einzelne dieser Ärzte aufgefordert sahen, einer konkreten Aufforderung nachzukommen. So rechtfertigte der Kreisarzt Otto Niermann nach 1945 seine SS-Fördermitgliedschaft damit, dass Ende 1933 der Regierungspräsident einen dahingehenden Druck auf führende beamtete Ärzte ausgeübt hätte, „mit dem Bemerkten, wer beitrifft, braucht später nicht Mitglied der Partei zu werden.“ Beigefügtes Schreiben Otto Niermanns zum Entnazifizierungsfragebogen in: LA NRW NW-1087-1520. Ähnlich argumentierte der Ärztliche Direktor des katholischen Marienhospitals, Hermann Gatersleben, in der Rechtfertigung seiner SS-Fördermitgliedschaft: Er habe geglaubt, „den Eintritt in die Partei dadurch verhindern zu können“, beigefügtes Schreiben Hermann Gaterslebens zum Entnazifizierungsfragebogen in: LA NRW NW-1079-13872.

leitende Aachener Ärzteschaft auf, dass bei den älteren und habilitierten Chefärzten NSDAP-Mitgliedschaften seltener zu finden sind.

<b>Abteilung/ <i>Fachärztliche Behandlung</i></b>	<b>Leitender/ <i>Behandelnder Arzt</i></b>	<b>NSDAP/ <i>NS-Untergliederungen</i></b>
Chirurgie	Egon Sulger	NSDAP (1937) <i>NSV, SA, NS-Ärztebund</i>
Gynäkologie	Ludwig Tutschek	- <i>n. e.</i>
Innere Medizin	Carl Raffauf ( <i>zugl. Ärztlicher Krankenhaus-Direktor</i> )	- <i>NSV, NS-Reichskriegerbund, Fördermitglied SS</i>
[Orthopädie]	Karl Gründgens	n.e. <i>n.e.</i>
[Augenkrankheiten]	Wilhelm Studte	- -
[Ohrenkrankheiten]	Josef Neuy	NSDAP (1937) <i>SA</i>

Tab. 4: Krankenhaus Forst (Stand 1937)

Dies kann zum Teil als Folge oder Ausdruck des tradierten Selbstverständnisses einer im Kaiserreich geprägten Generation von Ärzten interpretiert werden, die sich, aus einem elitär-bürgerlichen Berufsverständnis heraus, einen Habitus der politischen Zurückhaltung zu eigen gemacht hatte.<sup>179</sup> Zugleich ist zu vermuten, dass bei einzelnen dieser Ärzte auch der Gedanke, dass sie der Professorentitel „schützen“ würde, voranden war. Zu anderweitigen Beitritten und zumindest formellen Zugeständnissen fanden sich jedoch beinahe alle – und damit auch die habilitierten – leitenden Ärzte der Krankenhäuser Aachens bereit: Mit den nachweislichen Ausnahmen von Wilhelm Studte und Karl von Meurers waren die Chefärzte in einer NS-Untergliederung organisiert.

Für die jüngeren, die Nazifizierung „von unten“ dynamisierenden Ärzte waren die Motivlagen für NS-Beitritte ebenfalls vielschichtig. Einer Äußerung des späteren RWTH-Dozenten für Medizingeschichte Egon Schmitz-Cliever zufolge wurde Bewerbern an den Städtischen Krankenanstalten Aachen schon im Vorfeld empfohlen, der Partei beizutreten. Bereits 1933, als der gebürtige Aachener sein Medizinstudium aufnahm, habe er von den leitenden Ärzten den Hinweis erhalten, dass eine NSDAP-Mitgliedschaft „wohl Vorbedingung“ für eine Anstellung sein würde.<sup>180</sup>

<sup>179</sup> Vgl. allgemein Mommsen (2000); vgl. mit Blick auf die Ärzteschaft Pieper (2003).

<sup>180</sup> Wörtlich: „Mein Eintritt in die NSDAP im Mai 1933 [...] wurde durch existentielle Gesichtspunkte bestimmt. Wenn ich – damals noch Student – bei der allgemeinen Ueberfüllung des ärztlichen Berufes an den städtischen Krankenanstalten [Aachen] zu meiner Ausbildung eine Stelle erlangen wollte, war die Zugehörigkeit zur NSDAP nicht zu umgehen. Eine Stelle an gerade d i e s e m Krankenhaus wurde von mir besonders angestrebt, weil meine Eltern seit 30 Jahren in der Nähe des Krankenhauses wohnen und meine dortige Tätigkeit für mich familiär und wirtschaftlich von Bedeutung war. Vor

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

Fachärztliche Behandlung	Behandelnder Arzt	NSDAP/ <i>NS-Untergliederungen</i>
Augenkrankheiten	Julius Bohnen	NSDAP (1933) <i>SA</i>
Nieren-/Blasenleiden	Eduard von Hofmann	n.e. <i>n.e.</i>
Chirurgie/Frauenkrankheiten	Heinrich Meller	NSDAP (1937) <i>SA, NS-Ärztebund</i>
Innere und Nervenleiden	Hans van Rey	NSDAP (1933) <i>NSV, SA, NS-Ärztebund</i>
Gynäkologie, Röntgenologie	Hans Weigand	NSDAP (1933) <i>SA</i>
Allgemeinmedizin	Hans Söller	- <i>NSV, SA, NS-Ärztebund</i>
Chirurgie/Frauenkrankheiten	Ernst Viehöfer	- <i>NS-Ärztebund</i>
Chirurgie	Franz Hubert Fesenmeyer	NSDAP (1933) <i>NSV, SA, NSKOV, RLB, NS-Ärztebund, VDA, Reichskolonialbund</i>
HNO	Wilhelm Kleu	NSDAP (1933) NSKK

*Tab. 5: Aachener Sanatorium Emmichstraße (Stand: 1939)*

Ab dem September 1933 wurden bei der Kassenzulassung Ärzte privilegiert behandelt, die der NSDAP angehörten.<sup>181</sup> Auch bei der Anstellung in Krankenhäusern gab es für angehende Ärzte zweifellos Druck, sich einer Parteiorganisation anzuschließen. In einer Anweisung des Reichs- und Preußischen Ministers des Inneren vom 23. Mai 1935 heißt es:

---

„... allem war aber auch rein fachlich das grosse Krankenhaus mit seinem vielen Spezialabteilungen für mich ein erstrebenswertes Arbeitsfeld. Nach Rücksprache mit den damaligen Aerzten bestärkte ich mich in der Gewissheit, dass eine Parteizugehörigkeit wohl Vorbedingung wäre.“ Erklärung Egon Schmitz Cliever vom 7.10.1946, LA NRW NW 1079-2011. Allerdings variierte Schmitz-Cliever kurz darauf seine Beweggründe für die Parteimitgliedschaft, da er wegen seiner überaus hohen Zahl von Mitgliedschaften in NS-Organisationen (NSDAP, SA, NSV, NSDStB, NSDÄB) in Erklärungsnot geriet und zunächst in die Kategorie III B 2 (Juli 1947) eingestuft worden war. Im Revisionsverfahren gab er an: „Der Eintritt in die Partei erfolgte im Alter von neunzehn Jahren, im Zuge einer allgemeinen Panik in den Kreisen der Studentenschaft, die nach einem Ministerialerlass vom April 1933 für ihr Weiterstudium fürchteten. Sämtliche anderen Zugehörigkeiten zu Organisationen erfolgten automatisch ohne eigenen Willen“ – letzteres freilich entsprach der Unwahrheit. Erklärung Schmitz-Cliever vom 27.10.1948, ebd.

<sup>181</sup> Vgl. Klee (2001), S. 44; Heiss (2007), S. 49.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

„Es wird mir berichtet, daß in staatlichen und kommunalen Krankenanstalten die Besetzung der Oberarzt, Assistenzarzt- und Medizinalpraktikantenstellen oft in einer Weise erfolgt, die dem Willen des nationalsozialistischen Staates und der Bewegung in keiner Weise entspricht. SA, SS, HJ und andere verdiente PG-Ärzte werden angeblich bei ihren Bewerbungen um solche Stellen von den maßgebenden Stellen vielfach absichtlich übergangen. Da ich allergrößten Wert darauf lege, daß gerade unter den Ärzten der Krankenhäuser nationalsozialistischer Geist herrscht, ersuche ich, in geeigneter Weise [...] darauf hinzuwirken, daß in Zukunft bei der Besetzung von Krankenhausarztstellen die Bewerbungen der vorbezeichneten Ärzte unter der Voraussetzung gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt werden.“<sup>182</sup>

Insofern werden bei den Beitritten zu NS-Organisationen neben der Überzeugung durchaus auch materielle Motive zum Tragen gekommen sein. In Aachen liefen zudem, wie die Auswertung der erhaltenen Personalakten der Assistenzärzte zeigte,<sup>183</sup> ab 1935 Bewerbungen über den Tisch des NS-Kreisleiters Eduard Schmeer, bei dem die Bewerber auch persönlich vorstellig werden mussten; offensichtlich spielte Schmeer hier seine Macht aus. Belegt ist sogar, dass er selbst bei Famulanten noch nachträglich eingriff, wenn diese für ihn nicht in Frage kamen.<sup>184</sup> Die meisten Bewerber für Assistenzarztstellen hatten sich wie auch an anderen Krankenhäusern im Vorfeld die Rückversicherung irgendeiner Stelle besorgt, dass gegen sie „politische Bedenken“ nicht vorlagen.<sup>185</sup> Häufig am Ende von Bewerbungsschreiben finden sich vorausseilende Hinweise auf die bei Einstellungen relevanten politischen Kriterien. Dies klang dann, um aus der Bewerbung des 1937 als Assistenzarzt von Pauwels angestellten August Drinnenberg zu zitieren, zum Beispiel so:

„Ich bin arischer Abstammung, Mitglied der Hitler-Jugend (als H.J.-Arzt), Mitglied des NS-Ärztbundes. Ich war nie politisch tätig, gehörte keiner Partei an und war nie Mitglied einer Loge. Heil Hitler!“<sup>186</sup>

Entsprechend wurden auch ihre Zeugnisse ausgestellt, wenn sie wieder gingen. Über den scheidenden Assistenzarzt der Röntgenklinik beispielsweise, Karl Abrahams, hieß es:

„Dr. Abrahams hat über seinen Krankenhausdienst hinaus regelmäßig S.A. Dienst und wiederholt bereitwilligst [sic!] an ärztlichen Reihenuntersuchungen im Rahmen des Amtes für Volksgesundheit teilgenommen.“<sup>187</sup>

---

<sup>182</sup> Zit. nach Heiss (2007), S. 49.

<sup>183</sup> Im Einzelnen aufgeführt im Quellenverzeichnis im Anhang.

<sup>184</sup> Vgl. StaA PA Ehse.

<sup>185</sup> Vgl. z. B. StaA PA Cormann.

<sup>186</sup> Bewerbungsschreiben Drinnenberg vom 5.7.1937; StaA PA Drinnenberg, Bl. 5. August Drinnenberg (1908-1951), gebürtiger Hüfelder (kath.); Medizinstudium in München, Berlin, Würzburg und Frankfurt/M., dort 1933 medizinisches Staatsexamen; von 1934-1935 am dortigen Städtischen Krankenhaus Frankfurt; zum 15.7.1937 Assistenzarzt bei Pauwels an den Städtischen Krankenanstalten Aachen (1939 Facharztanerkennung); NSDAP-Anw. seit 1937, HJ-Arzt; NSDÄB, RLB, NSV. 1939 Zulassung zum „Amt für Volksgesundheit“; 1940 als Lagerarzt zur Organisation Todt abgeordnet; danach bis 1944 an der Orthopädischen Klinik in Aachen.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

An sämtlichen Abteilungen wurden zwischen 1933 und 1944 Ärzte ausgebildet und eingestellt, die „lupenreine“ Nationalsozialisten waren. Diese „Jungärzte“ scheinen es auch überwiegend – von den Chefärzten ist dies nur im Fall Theodor Möhlmann belegt<sup>188</sup> – gewesen zu sein, die Aufgaben in der ideologischen Schulung des Pflegepersonals und anderweitige politische Vortragstätigkeiten in den Krankenanstalten übernahmen. Ein eindrückliches Beispiel ist der Fall Robert Huth (1912-1944/45?).



*Abb. 12: „Jungarzt“ Robert Huth*

Huth hatte sich 1936 zunächst als Medizinalpraktikant in Aachen beworben, absolvierte hier dann auch sein praktisches Jahr in den Abteilungen von Beltz und Krabbel und wurde anschließend von Paulus als Assistenzarzt übernommen. Huth war bereits zu Beginn seines Studiums an der Universität Bonn 1930 dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund und der NSDAP beigetreten; 1932 wurde er SA-Mann. Nach seinem Studium wurde er in den NS-Ärztebund aufgenommen und als SS-Arzt aktiv. An den Städtischen Krankenanstalten war Huth für die Schulung der braunen Schwestern in Aachen zuständig, die 1942 die Schwesternschaft der Elisabethinerinnen vollständig verdrängt hatten (die Elisabethinerinnen wurden nun in anderen Krankenhäusern, zumeist im besetzten belgischen Raum, eingesetzt).<sup>189</sup> Huth war ein überzeugter Rassenhygieniker – er hatte schon als Student neben seinem Studium „rassenkund-

---

<sup>187</sup> [Zeugnisentwurf, undat.], StaA PA Abrahams, unpag.

<sup>188</sup> Möhlmann hielt in den Städtischen Krankenanstalten Vorträge im Auftrag des Amtes für Volksgesundheit, vgl. StaA PA M 102, Bl.67.

<sup>189</sup> Vgl. Capellmann (1956).

liche Arbeiten“ für H. F. K. Günther („Rasse-Günther“) betrieben<sup>190</sup> – und unterrichtete die Schwesternschaft in „Erb- und Rassenpflege“. <sup>191</sup>

#### *2.4 Der Ärztliche Direktor Ludwig Beltz: Zum Machtgefälle zwischen der Kreis- und der Krankenhausleitung*

Wenn hier auf das Verhältnis zwischen dem NS-Kreisleiter Eduard Schmeer und dem Ärztlichen Direktor der Städtischen Krankenanstalten, Ludwig Beltz, fokussiert wird, hat dies einen besonderen Grund. Denn mit Beltz soll den Kliniken, so heißt es in einem größeren, im Jahr 1988 im „Jahrbuch des Aachener Geschichtsvereins“ veröffentlichten Beitrag über ihn, ein Mediziner von Rang vorgestanden haben, der

„zweifellos zu den wenigen [gehörte], die frühzeitig die ungeheuerlichen Gefahren, die in der nationalsozialistischen Weltanschauung und ihrer Anwendung lagen, erkannten: Der Größenwahnsinn, die germanische Rassenlehre, die Judenverfolgung, die Propagandalügen, der maßlose Nationalismus, die Bekämpfung des Christentums u.a waren seinem innersten Wesen, das von einem christlich-humanistischen Weltbild geprägt war, tief zuwider. So konnten dann Konflikte zwischen ihm, dem Leiter eines großen Krankenhauses, und der nationalsozialistischen Stadtverwaltung, seinem Dienstherrn, nicht ausbleiben.“<sup>192</sup>

Angesichts von sehr hoch gegriffenen Charakterisierungen seines antinazistischen Wirkens – es ist die Rede u.a. von einem „heroischen Arzt“,<sup>193</sup> der gegen den Nationalsozialismus „kämpfte“<sup>194</sup> –, sollen diese Angaben auf Faktizität und Kontext näher untersucht werden. Neben dem Verhältnis zwischen NS-Kreisleitung und Krankenhausleitung interessiert ebenso die Frage – und auch hier erscheint eine besondere Berücksichtigung der Rolle des Ärztlichen Direktors begründet –, wie sich die NS-Herrschaft auf das Verhältnis zwischen den Chefärzten und damit auf den „Alltag“ an den Kliniken auswirkte: Inwiefern trug Beltz’ Wirken an der Spitze des Krankenhauses dazu bei, dass, wie es behauptet wurde, „Gleichgesinnte in ihrem Widerstand gegen das Unrechtsregime“ bestärkt wurden?<sup>195</sup> Diesen Angaben wird auch vor dem Hintergrund nachgegangen, dass sich die Krankenanstalten Aachen hinsichtlich der Übertritte ihres leitenden Personals in die NSDAP und ihrer angeschlossenen Verbände keineswegs von anderen Kliniken unterschieden. Welche möglichen Konflikte ergaben sich hieraus?

Der hier verfolgte Versuch einer Rekonstruktion der Rolle Ludwig Beltz’ ist dabei ein erstes, aber gewiss besonders signifikantes Beispiel dafür, wie schwierig es sich vor dem Hintergrund einer für die Städtischen Krankenanstalten Aachen überaus prekären Quellenlage gestaltet, dem Denken und Handeln von Einzelpersonen auch nur halbwegs „gerecht“ zu werden. Hinzukommt im Fall von Ludwig Beltz, dass in der Litera-

---

<sup>190</sup> Vgl. Huths Lebenslauf in der Bewerbung vom 21.12.1935, StaA PA Huth, unpag.

<sup>191</sup> Persönliche Mitteilung von Hilde Ebert, die als NS-Schwester an den Städtischen Krankenanstalten tätig war.

<sup>192</sup> Boverter (1988), S. 451 f..

<sup>193</sup> Murken (1982), o. S.

<sup>194</sup> Boverter (1982), o. S.

<sup>195</sup> Boverter (1988), S. 452.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

tur bereits ein „Bild“ besteht, das einer kritischen Überprüfung und Kontextualisierung umso mehr deshalb harret, da es sich bei der Forschungsliteratur über ihn zugleich um ein Stück Erinnerungspolitik in Aachen handelte. Die Autoren,<sup>196</sup> die sich Anfang der 1980er Jahre dem Fall Beltz zuwandten, warben – am Ende mit Erfolg – darum, eine Straße auf dem ehemaligen Klinikgelände nach ihm zu benennen. Dass das hierbei gezeichnete „Bild“ sich bei näherem Hinsehen als recht eindimensional präsentiert, kann nicht verwundern.

Es fällt bei der kritischen Lektüre dieser Beiträge auf, dass besonders um zwei Punkte, die in Studien mit historisch-kritischem Anspruch hätten untersucht bzw. benannt werden müssen, ein Bogen gemacht wurde. Erstens wurde der Frage nach Beltz' Zugehörigkeit zu NS-Organisationen nicht nachgegangen. Ausgeblendet blieb damit, dass auch Beltz sich zumindest in der Frühphase des Regimes zu formalen Zugeständnissen politischer Art bereit erklärte bzw. sich hierzu gezwungen sah.<sup>197</sup> Zweitens wurde nicht darauf hingewiesen, dass den Studien keinerlei unmittelbar aus der NS-Zeit stammende Zeugnisse vorlagen, die oppositionelle Handlungen durch Ludwig Beltz oder ein Vorgehen der NS-Kreisleitung gegen ihn näher belegt hätten. Die Autoren stützten sich auf Angaben, die sämtlich aus der Nachkriegszeit stammen.

So stellt die zeitlich früheste Quelle über eine aktive NS-Gegnerschaft Beltz' ein knapper Zeitungsbericht aus dem Jahr 1946 dar. Ein namentlich nicht genannter Autor schreibt dort über Beltz' Rolle in der NS-Zeit:

„Seit 1933 war sein Leben ein Kampf an zwei Fronten, einmal gegen Krankheit und Tod und zum zweiten gegen eine Staatsform, deren unversöhnlicher Gegner Prof. Dr. Beltz war. Der Forderung, die Kreuze aus dem Krankenhaus zu verbannen, setzte er als einer der wenigen aktiven Widerstand entgegen. Das Verbot, Geistliche der Pfarreien Kranke und Sterbende versehen zu lassen, wurde von ihm in zahlreichen Fällen durchbrochen. Waren Juden, Polen oder sonst von den Wegbereitern rassistischer Absurditäten ‚geächtete‘ Patienten, so war er gerade zu ihnen ostentativ freundlich und von wohlthuender Menschlichkeit.“<sup>198</sup>

Diese Angaben bildeten denn auch die beinahe einzige Grundlage der seit den 1980er Jahren erschienenen Beiträge zur Vita Beltz' nach 1933. Die Autoren, von denen einer (Karl Boventer) als Famulant an den Krankenanstalten Beltz noch persönlich kennengelernt hatte, zeichnen ein eindrückliches, aber häufig nicht näher belegtes, eher „instinktologisch“ konstruiertes Bild von seiner Persönlichkeit und thematisieren im Hinblick auf seinen „Kampf“ gegen die Nationalsozialisten die Punkte, die dem Artikel aus dem Jahr 1946 zu entnehmen sind, in nahezu wortwörtlicher Übernahme als Fakten. Als einzige weitere (bzw. als solche ausgewiesene) Quelle dienten mündliche Mitteilungen einer ehemaligen Mitarbeiterin: Karola Abels, von 1939 bis 1944 Assistenzärztin in der Medizinischen Klinik. Zu zweien der drei im Artikel aus dem Jahr 1946 genannten Punkte konnte die Zeitzeugin nähere Informationen beisteuern. Schaut man

---

<sup>196</sup> Es handelte sich um den Medizinhistoriker Axel Hinrich Murken und den Arzt Karl Boventer; vgl. zu der Rolle Boventers im „Dritten Reich“ das Kapitel IV.4 in dieser Arbeit.

<sup>197</sup> Vgl. das vorangegangene Kapitel 2.3.

<sup>198</sup> Aachener Volkszeitung vom 11.10.1946.

sich jedoch ihre – rund vierzig Jahre nach den Ereignissen erinnerten – Aussagen genauer an, wird deutlich, wie wenig konkret sich der Gehalt dieser Angaben rekonstruieren lässt. Zum einen betrifft dies den Punkt des Widerstands gegen das Abhängen der Kreuze in den Patientenzimmern. Laut Abels gestaltete sich dies wie folgt:

„Als eines Tages der leitende Verwaltungsbeamte des Krankenhauses deswegen in Beltz eigenem Dienstzimmer vorsprach, antwortete dieser trocken: ‚Ich habe die Kreuze nicht aufgehangen [sic!] und werde sie deswegen auch nicht abnehmen, denn, was die Kreuze den Patienten geben, kann ich ihnen nicht geben.‘

Als sich sein Gegenüber dennoch anschickte, das an der Wand hängende Kreuz herunterzunehmen, bemerkte Beltz halblaut zu den Umstehenden: ‚Seht mal, wie er zittert!‘ Darauf unterblieb die Entfernung des Kreuzes.“<sup>199</sup>

Abgesehen von der Berechtigung zu fragen, ob das Abhängen dieses *einen* Kruzifix (in Beltz' Dienstzimmer) unterblieben ist oder ob die Vorführung dieses Verwaltungsbeamten<sup>200</sup> die Kreuze im gesamten Krankenhaus rettete, drängt sich die Frage auf: Wie ist dieser Vorfall, der keinerlei Konsequenzen zeitigte, hinsichtlich des tatsächlichen Drucks und insbesondere des *Nachdrucks*, mit dem die Kreisleitung das Abhängen der Kreuze verfolgte, zu deuten? Was sagt dieser Vorgang auch in Bezug auf das Verhältnis zwischen Krankenhausleitung und Kreisleitung aus?



Abb. 13: Ludwig Beltz (ca. 1943)

Eine recht aufschlussreiche Spur legt die Zeitzeugin Abels mit der Präzisierung einer weiteren aus dem Jahr 1946 stammenden Angabe. Demnach habe Kreisleiter Schmeer in den Krankenanstalten ein Spitzelsystem aufgebaut und sei von diesen Agenten wie-

---

<sup>199</sup> Boventer (1988), S. 453.

<sup>200</sup> Gemeint war wohl der Krankenhausverwalter Johann Reibold.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

derholt „über angeblich [!] ostentativ freundliche Behandlung von Juden, Polen, Kriegsgefangenen und anderen geächteten Gruppen durch Beltz“<sup>201</sup> unterrichtet worden. Fällt bereits in Auge, dass auch hier eine Angabe aus dem Artikel von 1946 wörtlich übernommen und möglicherweise im Kontext falsch eingeordnet wird, kommt Abels konkret lediglich auf *einen* Spitzelbericht an Schmeer zu sprechen. Was sie aber von der Reaktion Schmeers berichtet, ist erstaunlich: Der Bericht wurde nicht zum Anlass genommen, unter Einschaltung der in solchen Fällen üblichen Dienstwege gegen den Chefarzt vorzugehen. Der Kreisleiter hat diesen Vorgang offenbar – diese Schlussfolgerung lässt der Blick in die inzwischen aufgetauchte Personalakte zu – noch nicht einmal aktenkundig gemacht. Laut Abels habe er vielmehr den Bericht Beltz „zur Stellungnahme“<sup>202</sup> geschickt. Der Denunzierte habe daraufhin den Spitzel – dessen Identität Schmeer somit preisgegeben haben müsste – zu sich geholt und „ihm die unwahren [!] Behauptungen vor[gehalten]. Darauf brach der Betroffene tränenden Auges zusammen und widerrief seine verleumderischen Aussagen.“<sup>203</sup>

Wird auch evident, dass diese Angaben in ihren Einzelheiten so, wie sie erinnert wurden, nicht durchgehend zuverlässig sein können, so gibt es andererseits aber keine Anhaltspunkte, die es gerechtfertigt erscheinen lassen würden, an ihrem „wahren Kern“ zu zweifeln: So konnten im Rahmen der Recherchen für die vorliegende Studie mit Beltz’ Eintreten für seinen jüdischen Assistenzarzt Richard Herz 1933 sowie mit seiner augenfälligen Passivität im Zusammenhang mit der Umsetzung der „Erbgesundheitspolitik“ des Regimes (siehe das folgende Kapitel) zwei bislang nicht bekannte Aspekte seiner Resistenz im Nationalsozialismus anhand von zeitgenössischen Dokumenten eruiert werden. Die NS-Gegnerschaft Beltz’ und wiederholte Auseinandersetzungen mit NS-Funktionären wurden auch in Zeitzeugeninterviews, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung noch möglich waren, durchweg bestätigt, hierunter auch durch eine ehemalige NS-Schwester. Nach ihrer Auskunft war allgemein bekannt, dass Beltz kein Nationalsozialist gewesen sei. Sie erinnert sich besonders an ein spannungsreiches Verhältnis zwischen dem Ärztlichen Direktor und der NS-Schwester-Oberin Ehrhardt.<sup>204</sup> Weitere das Bild vom NS-Gegner bestätigende Schlussfolgerungen lassen die aus einem Interview mit dem Sohn von Ludwig Beltz stammenden Angaben über den Kreis derjenigen Ärzte zu, mit denen Beltz nach 1933 in einem Vertrauensverhältnis stand. Die Rekonstruktion der Biographien dieser Ärzte ergab, dass hier in beinahe allen Fällen Hinweise für eine etwaige NS-Nähe fehlen und dieser Kreis zugleich die *einzigsten* Chefärzte der Krankenanstalten einschließt, die nicht der NSDAP beigetreten waren.<sup>205</sup>

---

<sup>201</sup> Boverter (1988), S. 453.

<sup>202</sup> Ebd.

<sup>203</sup> Ebd.

<sup>204</sup> Persönliche Mitteilung Hilde Ebert a. d. Verf. (2010).

<sup>205</sup> Zum engeren Kreis um Beltz gehörten demnach die Aachener Ärzte Karl von Meurers, Wilhelm Studte, Leo Baumann und Robert Fühth sowie der Fabrikant Hubert Krantz. Zum weiteren Kreis zählten die Aachener Ärzte Carl Capellmann, Eugen Drouven, Theo Kreuzwald, Ludwig Tutschek, Georg Wehrsig und Erich Zurhelle. Auch zu dem jungen Arzt und späteren RWTH-Dozenten Egon Schmitz-Cliever soll ein Kontakt bestanden haben. Siehe das Protokoll zum Gespräch mit Ludwig Beltz (jun.) in: GfE Aachen (Mappe Beltz).

Kurzum: Bei aller Vorsicht vor Schlüssen, die bei der (hier unumgänglichen) Anwendung von Methoden der „oral history“ geboten sind, ist davon auszugehen, dass Beltz sich mit einem Kreis NS-kritischer Aachener Ärzte umgab und als ihr Mittelpunkt angesehen werden kann.

Äußerst spekulativ müssen gleichwohl Schlussfolgerungen bleiben, die das Verhältnis zwischen Kreisleitung und Ärztlicher Leitung der Kliniken betreffen. Die überlieferten Auseinandersetzungen mit der NS-Kreisleitung weisen darauf hin, dass sich beide Seiten – Kreisleitung und Krankenhausleitung – gewissermaßen auf einer unverbindlichen Ebene arrangierten und einander zugleich mit Vorsicht begegneten. Offenbar legte Schmeer es zu keinem Zeitpunkt (anders als in anderen Fällen)<sup>206</sup> ernsthaft darauf an, gegen den renommierten und als NS-Gegner bekannten Arzt vorzugehen.<sup>207</sup>

Schwierig ist einzuschätzen, mit welchen Mitteln sich Beltz der nazifizierenden Dynamik „seiner“ Kliniken in den Weg zu stellen imstande gewesen wäre. Das gilt vor allem im Hinblick auf den Einfluss, den er bei der Einstellung von Ärzten nach 1933 (noch) hatte: Aus den vorhandenen Quellen geht, wie schon gezeigt, deutlich hervor, dass Schmeer hier als zuständiger Beigeordneter seine Macht ausspielte – von der Bestellung von Ärzten in den leitenden Funktionen bis zur Zulassung und Ablehnung von Famulanten.

### **3. Zwangssterilisierungen. Die Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Aachen**

In die Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) waren ganz gewöhnliche Krankenhäuser involviert, so unmittelbar und zahlreich wie in keinen anderen NS-Verbrechenskomplex. Im Juli 1933 von den Nationalsozialisten verabschiedet und zum 1. Januar 1934 in Kraft getreten, sah das Gesetz die zwangsweise Sterilisierung von Frauen, Männern und Kindern vor, bei denen eine der folgenden „Erbkrankheiten“ festgestellt worden war: „angeborener Schwachsinn“, Schizophrenie, „manisch-depressives Irresein“, Fallsucht, Veitstanz, Blindheit, Taubheit und „schwere körperliche Missbildungen“.<sup>208</sup>

Vom Regime hierzu „ermächtigte“ Ärzte, zumeist leitende Chirurgen und Radiologen der Krankenhäuser, führten die Zwangseingriffe operativ oder durch Bestrahlung durch. Ein näheres Arzt-„Patient“-Verhältnis bestand dabei in aller Regel nicht. Die Ärzte nahmen die Eingriffe an Menschen vor, die sie in den meisten Fällen nie zuvor gesehen hatten. Sie waren als Ärzte die Exekutive eines Gesetzes, auf dessen Grundlage ein engmaschiges System der erbbiologischen „Erfassung“ und ein scheinlegales Prozedere zur „Selektion“ der Bevölkerung geschaffen worden waren.

---

<sup>206</sup> Vgl. hierzu Kapitel III.3.2 in der vorliegenden Studie.

<sup>207</sup> Der alltägliche Druck auf Beltz nahm nach Auskunft seines Sohnes gleichwohl bedrohliche Formen an. So berichtet Ludwig Beltz (jun.) im Gespräch von anonymen Drohanrufen und einer ausgeprägten Bespitzelungsmentalität auch bei einigen ärztlichen Kollegen. Siehe das Protokoll zum Gespräch mit Ludwig Beltz (jun.) in: GTE Aachen (Mappe Beltz).

<sup>208</sup> Gütt/Rüdin/Ruttke (1934).

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

In den Gesundheitsämtern wurden Abteilungen für „Erb- und Rassenpflege“ eingerichtet, die die Zwangssterilisierungsverfahren in der Regel auf Anzeigen entweder von Ärzten oder Gemeindeschwestern einleiteten.<sup>209</sup> Das Gesetz hatte daneben auch den Leitern der Kranken- und Strafanstalten sowie den Direktoren von Heil- und Pflegeanstalten die Antragsberechtigung zugesprochen. Vom Gesundheitsamt wurden die Anträge auf Unfruchtbarmachung an so genannte „Erbgesundheitsgerichte“ (EGG) weitergeleitet. Hier entschieden ein vorsitzender Jurist sowie ein beamteter und ein nicht beamteter Arzt als medizinische Beisitzer über den Zwangseingriff. Für den Transport der Verurteilten in die Krankenhäuser zur Durchführung der Zwangssterilisation sorgten die Gesundheitsämter notfalls mit Polizeigewalt. Die größten Gruppen unter den Betroffenen waren Psychatriepatienten, Sinti und Roma und Angehörige der unteren sozialen Schichten. Insgesamt wurden zwischen 1934 und dem Zusammenbruch des NS-Regimes zwischen 300.000 und 400.000 Menschen in Deutschland zwangssterilisiert.

#### 3.1 Beteiligte Ärzte in Aachen

Auch in Aachen wurden in der überwiegenden Zahl der Fälle die Anträge auf Unfruchtbarmachung von den Amtsärzten gestellt: den Amtsärzten der Kreise Aachen-Stadt und Aachen-Land, *Franz Josef Hurck*<sup>210</sup> und *Otto Niermann*.<sup>211</sup>

Nach den erhaltenen Unterlagen des „Erbgesundheitsgerichts“ Aachen tat sich daneben unter den Aachener psychiatrischen Klinikdirektoren an der Umsetzung des Gesetzes über das Stellen von Anträgen besonders *Wilhelm Koester*, leitender Arzt des Alexianerkrankenhauses,<sup>212</sup> hervor. Etwa 20 Prozent der Anstaltsinsassen wurden auf sein Betreiben zwischen 1934 und 1939 „Erbgesundheitsgerichtsverfahren“ zugeführt, ein im Vergleich mit anderen Heil- und Pflegeanstalten durchaus hoher Anteil.<sup>213</sup> Auch war Koester in einem hohen Maße bereit, über die vom Gesetz vorgeschriebene Anzeigepflicht hinaus zu agieren: In rund 90 Prozent der von ihm angezeigten Fälle schrieb Koester den entsprechenden Antrag selbst.<sup>214</sup> Befürchtungen, die andere Psychiater bisweilen beim Stellen dieser Anträge dahingehend hatten, das Aachener „Erbgesundheitsgericht“ könnte der Expertise nicht folgen, scheint Koester womöglich umso weniger gehabt zu haben, da er als Beisitzer dem Gericht selbst angehörte. In der Tat folgten die mit ihm bekannten Ärzte und Juristen seinen Diagnosen in fast allen

---

<sup>209</sup> Vgl. hierzu Bock (1986); Fleiter (2005).

<sup>210</sup> Franz Josef Hurck, geboren 1881, war zuvor Kreisarzt in Schleiden gewesen. 1930 erfolgte seine Versetzung nach Aachen. Er war Mitglied der NSDAP, des NS-Ärztbundes und weiterer NS-Organisationen. Siehe: LA NRW, NW-1079-16254.

<sup>211</sup> Otto Niermann, geboren 1895, war zuvor in Prüm in der Behörde Trier tätig gewesen. Im Nationalsozialismus trat er der NSDAP, dem NS-Ärztbund und als Fördermitglied der SS bei.

<sup>212</sup> Der Psychiater Wilhelm Koester, Jahrgang 1893, war seit 1933 Mitglied der NSDAP. Von ihm ist zudem bekannt, dass er auf Vorträgen für eugenische Maßnahmen eintrat; hierbei führte er, um zu zeigen, „wie ungeheuer wichtig das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses für unser Volk“, seine Patienten vor. 1939 wurde er zur Wehrmacht einberufen; er fiel vermutlich im Krieg. Vgl. Seipolt (1995), passim; Bildstein/Groß/Kühl (2009), passim.

<sup>213</sup> Vgl. Bildstein/Groß/Kühl (2009), S. 44.

<sup>214</sup> Vgl. ebd., S. 47.

Fällen.<sup>215</sup> Als weitere Mediziner, die von ihrer Antragsberechtigung nachweislich Gebrauch machten, sind *Konrad Krapoll*,<sup>216</sup> Chefarzt der Städtischen Heil- und Pflegeanstalt, und die leitenden Ärzte der Pflegeanstalt Josephinum – im Nationalsozialismus umbenannt in „Karin-Göring-Stift“ – *Joseph Thelen*<sup>217</sup> und *Kurt Manteuffel*<sup>218</sup> zu nennen. Eingebunden in die Gutachtertätigkeit bei der Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ waren nach den überlieferten Akten des „Erbgesundheitsgerichts“ zwei weitere Aachener Ärzte: der Polizeiarzt *Otto Gronau*<sup>219</sup> und die Schulärztin *Maria Cramer*.<sup>220</sup>

Das Aachener „Erbgesundheitsgericht“ nahm im Mai 1934 seine Arbeit auf; seine erste „Sitzung“ fand in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Düren statt.<sup>221</sup> Die meisten Erbgesundheitsgerichtsverhandlungen fanden den Quellen zufolge hier statt sowie in den Räumlichkeiten der Amtsgerichte des Zuständigkeitsbereichs des Gerichts.<sup>222</sup>

Dem „Erbgesundheitsgericht“ Aachen stand der in der NSDAP Aachen-Forst aktive Landgerichtsrat *Erwin Müller* vor.<sup>223</sup> Über die Anträge auf Unfruchtbarmachung entschied daneben zum einen ein beamteter Beisitzer, der aus den Reihen der Kreisärzte des Zuständigkeitsgebiets kam. Ihrerseits selbst im Rahmen der Antragsstellung aktiv, waren dies die schon erwähnten Amtsärzte für Aachen-Stadt und Aachen-Land Hurck und Niermann sowie der Jülicher Kreisarzt *Wilhelm Keutgen*.<sup>224</sup> Zum anderen

---

<sup>215</sup> So sind von insgesamt 134 nachweislich von Koester vor das Erbgesundheitsgericht gebrachten Patienten lediglich vier mit dem Urteil aus dem Verfahren entlassen worden, dass eine Sterilisierung nicht erfolgen brauche, vgl. ebd.

<sup>216</sup> Konrad Krapoll (auch: Crapoll), geboren 1863, wurde 1906 zum Leiter der Städtischen Heil- und Pflegeanstalt (vormals Mariabrunn) ernannt; ab 1909 war er für die städtischen Hilfsschulen ärztlich tätig. Im Nationalsozialismus trat er der NSDAP, der NSV und der NSKOV bei und war Hilfsarzt beim Gesundheitsamt. Die Leitung der Städtischen Heil- und Pflegeanstalt behielt er bis zur Auflösung der Anstalt 1939. Er verließ danach Aachen nach Berlin, wo er 1942 verstarb. Vgl. StaA PA Krapoll; BArch Berlin Eintrag Reichsarztregister.

<sup>217</sup> Über den promovierten Arzt Joseph Thelen ist wenig bekannt. Er wurde laut Verwaltungsbericht der Stadt Aachen (1913, S. 255) im Jahr 1906 dirigierender Arzt im Josephinum. Das Aachener Adressbuch führt ihn in dieser Funktion bis Ende der 1930er Jahre auf.

<sup>218</sup> Johannes Hermann Kurt Manteuffel, geboren 1876, erhielt 1900 die Approbation. In Aachen war er städtischer Vertrauensarzt und offenbar Nachfolger von Thelen als dirigierender Arzt im Karin-Göring-Stift; vgl. BArch Berlin, Reichsarztregister.

<sup>219</sup> Vgl. zu Gronau Kapitel IV.1 in dieser Arbeit.

<sup>220</sup> Maria Cramer, geboren 1887, wurde 1918 approbiert. Die Fachärztin für Kinderkrankheiten war ab 1934 im Gesundheitsamt Aachen als Stadtschulärztin tätig; 1940 trat sie der NSDAP bei. Vgl. LAW NRW Reg. Aachen 21301 Teil 1 sowie BArch Reichsarztregister.

<sup>221</sup> LA NRW, Rep. 216/305, General-Akten des Amtsgerichts Abt. 9 zu Aachen betreffend Erbgesundheitsachen 1934 bis Dezember 1935, Bl. 1.

<sup>222</sup> Siehe die Sitzungsberichte in: LA NRW, Rep. 216/305, General-Akten des Amtsgerichts Abt. 9 zu Aachen betreffend Erbgesundheitsachen 1934 bis Dezember 1935.

<sup>223</sup> Vgl. Scipolt (1995), S. 36.

<sup>224</sup> Wilhelm Keutgen, geboren 1895, promovierte 1924 in Bonn; 1924 absolvierte er das Kreisarztexamen in Berlin und war anschließend stellvertretender Amtsarzt im Landkreis Jülich und Kreisinspekteur des Roten Kreuzes. Er war Mitglied der Zentrumsparterie, trat 1933 jedoch in die NSDAP und andere NS-Organisationen ein; nach Mitteilungen von ehemaligen Mitarbeitern galt der Jülicher Kreisarzt als „überzeugter Nazi und Aktivist“, der engen Kontakt zur NS-Kreisleitung unterhielt und in der

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

gehörten zwischen 1934 und 1944 als weitere, nicht beamtete Beisitzer dem Gericht neben dem Psychiater *Koester* der zeitweilige NSDAP-Fraktionsvorsitzende *Hans Schoeneck*, der Internist und Vorsitzende des Aachener Ärztevereins *Hans van Rey*,<sup>225</sup> der Augenarzt *Peter Geller*,<sup>226</sup> der Facharzt für nervöse und psychische Erkrankungen *Hermann Weege*<sup>227</sup> und der HJ-„Gauarzt“ und NSDAP-Ratsherrn *Hugo Lambertz* an.<sup>228</sup>

Zur Durchführung der Zwangssterilisierungen an den Aachener Krankenhäusern waren nach Aktenlage folgende Ärzte „ermächtigt“ worden:

- am Luisenhospital: die Chirurgen *Eduard Borchers*<sup>229</sup> und *Leo Funken*<sup>230</sup> sowie der Gynäkologe *Erich Zurbelle*,<sup>231</sup>

---

Erbgesundheitspolitik „brutal“ vorgegangen sei; für ihn hätte es „keine sogen. Grenzfälle“ gegeben; siehe Einschreiben an den Entnazifizierungsausschuss vom 22.11.1946 in: LA NRW NW-1049-41323. 1947 wurde er dennoch wieder Kreisarzt in Jülich.

<sup>225</sup> Hans van Rey, geboren 1882, stammte aus einer in der Region bekannten Ärztesfamilie. Der Internist hatte in Aachen die Hausarztpraxis seines Vaters übernommen. Er verfügte über eine neurologische Ausbildung. In der Weimarer Republik war er Mitglied der Deutschen Volkspartei, trat er im Nationalsozialismus der NSDAP bei und bekleidete in der SA den Rang eines Sanitätssturmführers. Den Vorsitz über den Aachener Ärztevereins hatte er im Jahr der „Machtergreifung“ übernommen. Van Rey wurde in der Revision des Entnazifizierungsverfahrens von der Kategorie III in die von Belastungen freisprechende Kategorie V eingestuft, nachdem ihm der von den Nationalsozialisten verfolgte Bonner Arzt Adolf Nussbaum 1948 bescheinigt hatte, van Rey habe im Zweiten Weltkrieg Nussbaums Sohn Moritz bei der Emigration in die USA geholfen, vgl. LA NRW NW-1079-3865 (E-Akte H. van Rey). Zur Verfolgung Nussbaums und seiner Familie im Nationalsozialismus vgl. Forsbach (2006), S. 355 ff.

<sup>226</sup> Geller – vgl. zu ihm ausführlich Kapitel III.2.2.3 dieser Arbeit – war als stellvertretender Beisitzer berufen worden; seine Beteiligung ließ sich durch Recherchen von Carola Döbber und dem Verf. im Bestand „Erbgesundheitsachen“ der Regierung Aachen im Landesarchiv NRW in vier Fällen für die Zeit 1934 bis 1941 nachweisen.

<sup>227</sup> Über die Biographie Hermann Ludwig Alexander Weeges, dem neben Köster einzigen psychiatrisch ausgebildeten Gutachter am Erbgesundheitsgericht, ließen sich nur wenige Informationen eruieren. Der gebürtige Frankfurter, geboren 1878, erhielt 1903 die Approbation und ließ sich laut Reichärztesregister 1924 als Nervenarzt nieder. Laut einem Schreiben des EGG-Vorsitzenden Erwin Müller aus dem Jahr 1935 soll Weege zuvor fünf Jahre als Oberarzt an einer Heil- und Pflegeanstalt tätig gewesen sein, vgl. Seipolt (1995), S. 36. 1939 bei Kriegsbeginn sei er „b[e]i Dr. Rey Verpfl[ichted]“ gewesen, siehe BArch Berlin Eintrag Reichsärztesregister.

<sup>228</sup> Hugo Lambertz, geboren 1891, erhielt 1919 die Approbation; 1923 ließ er sich als Allgemeinpraktiker in seiner Heimatstadt Aachen nieder. 1933 trat er in die NSDAP und den NS-Ärztebund ein. Er war von 1934 bis 1938 Gauarzt der HJ und 1936 ehrenhalber von den Nationalsozialisten in den Rat der Stadt Aachen aufgenommen worden. Im Zweiten Weltkrieg war er Luftschutzarzt. Vgl. LA NRW NW-1070-14.210 (E-Akte H. Lambertz); vgl. auch LA NRW Regierung Aachen 21306 Teil 2, S. 543; BArch Reichsärztesregister.

<sup>229</sup> Vgl. zu ihm das folgende Unterkapitel.

<sup>230</sup> Leo Funken, geboren 1911, approbiert 1937, Facharzt für Chirurgie, Mitglied von NSDAP und SS; LA NRW Reg. Aachen 21301 Teil 1.

<sup>231</sup> Erich Zurbelle, geboren 1881, wurde 1907 Privatdozent für Geburtshilfe und Gynäkologie in Bonn und dort 1913 a.o. Professor; von 1913 bis 1919 war er am Krankenhaus Aachen-Forst tätig und daneben zeitweilig Stadtverordneter (ab 1916); ab 1920 fungierte er als leitender Arzt der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung des Luisenhospitals. Zurbelle war Mitglied der NSDAP, der SA-Reserve, der NSV und des NS-Ärztebundes. Von 1943 bis 1944 war er Leiter der „Beratungsstelle für

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

- am Krankenhaus Forst: der Chirurg *Egon Sulger*<sup>232</sup> und der Gynäkologe *Ludwig Tutschek*,<sup>233</sup>
- am Krankenhaus Emmichstraße: die Chirurgen *Heinrich Meller*<sup>234</sup> und *Franz Hubert Fesenmeyer*<sup>235</sup> sowie der Gynäkologe *Hans Weigand*,<sup>236</sup>
- in den Röntgeninstituten im Stadtgebiet: die Radiologen *Friedrich Irlé*<sup>237</sup> und *Theo Kreuzwald*,<sup>238</sup>
- an den Städtischen Krankenanstalten: der Chirurg *Max Krabbel* und der Radiologe *Theodor Möhlmann*.

Als einziges Aachener Krankenhaus beteiligte sich das katholische Marienhospital nicht an der Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.

Wie häufig die genannten Ärzte der Aachener Krankenhäuser die Operationen jeweils vornahmen, lässt sich aufgrund der nicht vollständig erhaltenen und zudem über den Ort des Eingriffs nicht immer Auskunft gebenden Patientenakten<sup>239</sup> bzw. der

---

Kinderlosigkeit in der Ehe“; er blieb am Luisenhospital bis zu seinem Tod 1952 tätig; LA NRW NW-1087-70; Koppen (1967), S. 100; Seipolt (1995), S. 53.

<sup>232</sup> Egon Sulger, geboren 1892, war Facharzt für Chirurgie; 1926 wurde er zum Privatdozenten und später zum a.o. Professor an der Universität Heidelberg ernannt; ab 1932 fungierte er als Chefarzt der Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Aachen-Forst und wurde 1940 Oberarzt im Reservelazarett Aachen. Er war Mitglied der NSDAP, der SA, der NSV und des NS-Ärztbundes; LA NRW NW-1079-7828.

<sup>233</sup> Ludwig Tutschek, geboren 1890, erhielt 1917 die Approbation. Er war im Aachener Krankenhaus Forst Chefarzt der Abteilung für Geburtshilfe und Gynäkologie. Tutschek war nicht Mitglied der NSDAP; LA NRW Reg. Aachen 21301 Teil 1.

<sup>234</sup> Heinrich Meller, geboren 1879, erhielt 1905 die Approbation und war von hier an in verschiedenen Krankenhäusern Aachens tätig; 1913 erhielt er die Facharztanerkennung für Chirurgie und war von 1918 bis 1940 am Sanatorium Emmichstraße sowie als Arzt in eigener chirurgisch-gynäkologischer Praxis tätig; 1940 erfolgte der Wechsel nach Gevelsberg und 1943 in Hogenstadt. 1945 kehrte er nach Aachen zurück. Im „Dritten Reich“ wurde er Mitglied der NSDAP, des NS-Ärztbundes und der Sanitäts-SA; LA NRW NW-1079-4797; BARch Reichsarztregister.

<sup>235</sup> Franz Hubert Fesenmeyer, geboren 1887, war Facharzt für Chirurgie; 1933 wurde er NSDAP-Mitglied und fungierte in der SA als Sturmbannführer; 1935 ließ er sich in Aachen nieder und war dort nebenberuflich am Krankenhaus Emmichstraße sowie ab 1938 als Betriebsarzt bei den Philips-Radio-Werken in Aachen tätig; LA NRW NW-1079-14481.

<sup>236</sup> Hans Weigand, geboren 1892, erhielt 1920 die Approbation; der Facharzt für Geburtshilfe und Gynäkologie wurde 1933 NSDAP-Mitglied und gehörte ferner der SA an; LA NRW Reg. Aachen 21301 Teil 1.

<sup>237</sup> Friedrich Irlé, geboren 1887, erhielt 1914 die Approbation und 1922 die Facharztanerkennung für Radiologie. Er war Leiter des Röntgen- und Lichtheilinstituts des Krankenkassenverbandes für den Regierungsbezirk Aachen. BARch Berlin Reichsarztregister.

<sup>238</sup> Theo Kreuzwald, geboren 1894, war Facharzt für Röntgenologie und ab 1927 in Aachen niedergelassenen mit privatem Röntgeninstitut, er fungierte zudem als Leiter der radiologischen Abteilung des Luisenhospitals; im Zweiten Weltkrieg war er in den Reservelazaretten Detmold und Aachen tätig; er gehörte der NSV an, nicht aber der NSDAP; von 1947 bis 1947 war er erneut am Luisenhospital beschäftigt. Kreuzwald verstarb 1955; LA NRW-NW-1079-14023; Koppen (1967), S. 102.

<sup>239</sup> Patientenakten liegen nur im Fall des Alexianerkrankenhauses vor; vgl. Bildstein/Groß/Kühl (2009).

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

ebenfalls nicht vollständig überlieferten Akten des Aachener „Erbgesundheitsgerichts“ nicht mehr genau beziffern. Es fällt bei der Durchsicht der noch vorhandenen Quellen jedoch ins Auge, dass der ganz überwiegende Teil der zur Zwangssterilisierung Verurteilten an die Chirurgische Abteilung der Städtischen Krankenanstalten überwiesen wurde und das Luisenhospital, das Krankenhaus Aachen Forst sowie das Sanatorium Emmichstraße in auffallend wenigen Fällen eingebunden waren.<sup>240</sup> Hierfür dürften, was auch im Vergleich mit anderen Städten nicht ungewöhnlich wäre,<sup>241</sup> in erster Linie Motive der „Bevorteilung“ der städtischen Einrichtung – für die Krankenhäuser waren die Zwangseingriffe durchaus lukrativ – zum Tragen gekommen sein. Möglicherweise hat dabei auch eine Rolle gespielt, dass der Chirurgischen Abteilung in den Städtischen Krankenanstalten mit Max Krabbel ein überzeugter und den gesundheitlichen Risiken der Zwangsoperationen weitestgehend bedenkenlos gegenüberstehender Eugeniker vorstand.<sup>242</sup> Dies scheint im Luisenhospital bezogen auf den leitenden Chirurgen so nicht der Fall gewesen zu sein. Der dort „ermächtigte“ Eduard Borchers trat nach 1945 öffentlich dafür ein, Refertilisierungsoperationen bei einem Teil der im Nationalsozialismus Zwangssterilisierten durchzuführen.<sup>243</sup>

#### 3. 2 Max Krabbel und Eduard Borchers

##### 3.2.1 „Tradition!“ Max Krabbel und der Mythos vom „katholischen Aachener Widerstand“

Der Chirurg Max Krabbel ist gewissermaßen das Musterbeispiel eines katholischen, familiär und standespolitisch eng mit Aachen verbundenen Arztes, dessen Wirken im Nationalsozialismus den Mythos vom „katholischen Aachener Widerstand“ exemplarisch, wie hier gezeigt werden wird, konterkariert.

„Tradition!“ Mit diesem Ausruf schloss 1932 eine der für Krabbel werbenden Empfehlungen, als ein Nachfolger für den pensionierten Chefarzt der Chirurgischen Klinik der Städtischen Krankenanstalten, Robert Füth, seit 1918 in dieser Funktion tätig, gefunden werden musste.<sup>244</sup> Fühth's Vorgänger war Krabbel's Vater gewesen, ein in der Karlsstadt angesehener Mann. Heinrich Krabbel (1850-1918) hatte der Chirurgischen Abteilung dreißig Jahre vorgestanden und war daneben viele Jahre Vorsitzender des Aachener Ärztlichen Vereins und des Vereins der Ärzte des Regierungsbezirks gewesen. Auch engagierte er sich in gesundheitspolitischen Zusammenhängen kommunalpolitisch, u.a. im Badeausschuss der Stadt Aachen.

---

<sup>240</sup> Vgl. hierzu am Beispiel der zur Zwangssterilisierung verurteilten Psychatriepatienten der Alexianer Heil- und Pflegeanstalt die Verteilung der Durchführung auf einzelne Krankenhäuser: Von den 134 aktenmäßig überprüfbareren Fällen ist in 87 Fällen der Ort der Sterilisierung eruierbar. 79 Patienten wurden demnach an die Städtischen Krankenanstalten überwiesen; das Luisenhospital war, soweit belegbar, in einem Fall eingebunden: Bildstein/Groß/Kühl (2009), S. 44 f.

<sup>241</sup> Vgl. z. B. (für Düsseldorf) Esch (1997).

<sup>242</sup> Vgl. bereits Döbber/Groß/Schreiber (2010).

<sup>243</sup> Borchers (1947a); Borchers (1947b).

<sup>244</sup> Empfehlungsschreiben (Unterschrift unleserlich) an OB Aachen vom 3.9.1931, StaA PA K 164, Bl. 19.

Sein Sohn Max zählte Anfang der 1930er Jahre, ähnlich bereits wie sein Vater zu Lebzeiten, zu den arrivierten Ärzten Aachens. Sein Handwerk hatte er bei dem Bonner Chirurgen Carl Garré gelernt und war 1919, 32 Jahre alt, Chefarzt der Chirurgischen Klinik des Krankenhauses Aachen-Forst geworden.<sup>245</sup> Auch er engagierte sich im Aachener Ärzteverein und stand ihm in den 1920er Jahren zeitweilig vor. In der Standesorganisation soll er besonders wegen seines ausgleichenden Gemüts geschätzt worden sein; so habe er sich dadurch ausgezeichnet, auch „Außenseiter bei der Stange“ gehalten zu haben.<sup>246</sup>

Überhaupt zeichnen zeitgenössische Berichte und Angaben von Zeitzeugen das Bild eines Arztes, der das angenehme Gegenteil eines Klischee-Chirurgen gewesen sei: kein herrisches oder selbstherrliches Auftreten, vielmehr umgänglich, umsichtig und sogar „von einer gewissen Weichheit“;<sup>247</sup> ein gebildeter, „musischer“ Mensch, der neben seiner ärztlichen und standespolitischen Tätigkeit noch Zeit „für alle schönen und idealen Dinge“ im Leben hatte.<sup>248</sup>

Was die fachliche Seite betrifft, fiel Krabbel nicht durch ein überregionales Engagement in Fachgesellschaften auf, schrieb aber für einen Chefarzt eines „gewöhnlichen“ Krankenhauses ungewöhnlich häufig für medizinische Zeitschriften. Anders auch als im Fall seiner leitenden ärztlichen Kollegen an den Städtischen Krankenanstalten Aachen taucht sein Name regelmäßig in den einschlägigen Periodika der 1920er und 1930er Jahre auf (weshalb wir über seine klinische Tätigkeit heute mehr als über die anderer Aachener Fachkliniken der Zeit vor 1945 wissen). Dass es sich bei seinen Beiträgen fast durchgehend um Kasuistiken handelte, hing wohl nicht nur mit mangelnden weiterreichenden Forschungsmöglichkeiten in Aachen zusammen. Offensichtlich ging es dem nicht habilitierten Krabbel nicht darum, sich durch seine Publikationstätigkeit in Fachkreisen im Gespräch zu halten, etwa um sich für eine Anstellung im universitären Bereich zu empfehlen; er war hier wohl vielmehr von einer intrinsischen Motivation angetrieben.

Wie die meisten Vertreter seines Faches vertrat Krabbel konservativ-nationale Überzeugungen. Prägend war auch seine katholische Herkunft. Sein Vater war Mitglied der Zentrumsparterie; seine Schwester Gerta wurde später als langjährige Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes deutschlandweit bekannt.<sup>249</sup> Auch bei Max Krabbel, der dem „Katholischen Akademiker Verband“ angehörte,<sup>250</sup> ist eine starke konfessionelle Prägung festzustellen. Äußerungen von ihm aus den 1920er Jahren legen zudem Zeug-

---

<sup>245</sup> Vgl. ausführlich zum Werdegang Krabbel's Döbber/Groß/Schreiber (2010) und Kapitel II.2 dieser Arbeit.

<sup>246</sup> Empfehlungsschreiben (Unterschrift unleserlich) an OB Aachen vom 3.9.1931, StaA PA K 164, Bl. 19.

<sup>247</sup> So die Generaloberin der Schwestern der heiligen Elisabeth Aachen in einem Schreiben an den Oberstadtdirektor vom 26.6.1946, StaA PA K 164, unpag. [Bl. 98].

<sup>248</sup> Empfehlungsschreiben (Unterschrift unleserlich) an OB Aachen vom 3.9.1931, StaA PA K 164, Bl. 19.

<sup>249</sup> Marie Julie Gertrud („Gerta“) Krabbel (1881-1961) war von 1926 bis 1952 Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes und von 1923 bis zum Verbot 1937 leitende Redakteurin der Zeitschrift „Die christliche Frau“. Vgl. zu ihr Sack (1998).

<sup>250</sup> Vgl. StaA PA 164, Bl. 92.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

nis ab von einem bürgerlich-konservativen Denken auch in politischer Hinsicht. So finden sich ressentimentgeladene Bemerkungen von ihm über die Revolution von 1918<sup>251</sup> und abschätzigste Äußerungen über den liberalen „Geist“ der Weimarer Zeit. Zutiefst zuwider waren ihm „proletarische Emporkömmlinge“, die sich politisch engagierten, ebenso wie „Gebildete“, die dem Neomalthusianismus „verfallen“ waren und die „Seuche“ der kinderlosen Ehe propagierten.<sup>252</sup> Mit dem kulturellen Leben der „Goldenen Zwanziger Jahren“ verband ihn, seinen „musischen“ Interessen zum Trotz, nichts. Er beklagte vielmehr „die Dekadenz, die in unseren Großstädten so üppig wuchert“ – ein Gräuel waren ihm zum Beispiel jene weder „erd“- noch „gottverbundenen“ jungen Leute, die sich als „verantwortliche Hüter wertvollsten Kulturgutes fühlen müßten“, sich aber lieber „zu den Klängen einer Negermusik in exotischen Tänzen“ wanden.<sup>253</sup> Er war in diesen Zusammenhängen ein erklärter Gegner eines „materialistisch-mechanistischen“ Zeitalters.<sup>254</sup> Krabbel machte sich damit ein von konservativer Seite viel bedientes Schlagwort zueigen, das nicht nur antimodernistisch, sondern auch antisemitisch konnotiert war.

Weisen diese Äußerungen auch auf ein elitär-konservatives Weltbild mit rassistischen Anklängen und auf deutlich anti-linker Einstellungen hin: Hinweise auf Sympathien für den Nationalsozialismus vor 1933 fehlen. In seinem Fall ist sogar belegt, wo ihn die Aachener NSDAP in der Zeit der Weimarer Republik politisch verortete. Sie hielt den Chirurgen für einen dem liberalen Flügel der Zentrumsparterie nahestehenden Arzt, über dessen Bestellung zum Chefarzt an den Städtischen Krankenanstalten sie überdies 1932 polemisierte, es hätte sich um einen Akt „ganz übler Zentrums-Schiebung“ gehandelt.<sup>255</sup> Eingefädelt hätte die Zentrumsparterie dies gemeinsam mit einem prominenten Aachener „Juden“ und gar dem Vorsitzenden der Aachener KPD: „Ist das nicht eine entzückende Geschichte“, schrieb der Fraktionsvorsitzende der NSDAP Hans Schoeneck, als Krabbel als Favorit für die Stelle gehandelt wurde, „KPD-Zentrum und der intelligente Jude als Vermittler?“<sup>256</sup>

Nach 1933

Wie sich Max Krabbel's politisches Denken nach 1933 veränderte, ist aufgrund der Quellenlage kaum näher zu benennen. Krabbel's Beitritte in NS-Organisationen weisen zumindest auf ein hohes Maß an Opportunismus hin: seit 1937 Mitglied der NSDAP, gehörte er außerdem als Fördermitglied der SS an sowie als reguläres Mitglied dem NS-Ärztetbund und der NSV.<sup>257</sup> Seine Kinder schickte er in die NS-Jugendorganisationen, die älteren wurden im „Dritten Reich“ noch Mitglied in der NSDAP und/oder nahmen Funktionen in NS-Organisationen wahr.<sup>258</sup> In welchen Fragen und in welchem Maß

---

<sup>251</sup> Krabbel (1927), S. 622.

<sup>252</sup> Ebd., S. 636.

<sup>253</sup> Ebd., S. 637.

<sup>254</sup> Ebd.

<sup>255</sup> Schoeneck (1932).

<sup>256</sup> Ebd.

<sup>257</sup> StaA PA K 164; LA NRW NW 1079-9190.

<sup>258</sup> StaA PA K 164.

Krabbel allerdings überzeugter Nationalsozialist gewesen ist, lässt sich heute nicht mehr beantworten: die wenigen Informationen, die sich hierüber in seiner Entnazifizierungsakte finden, weisen auf seine konfessionelle Prägung hin, mit der er innerlich im Widerspruch zur NS-Ideologie gestanden hätte,<sup>259</sup> sind aber, wie andere „Persilscheine“ auch, nicht ohne weiteres als glaubwürdig einzustufen.

Über Krabbls hier zentral interessierende Einstellungen auf dem Gebiet der Eugenik bzw. der „Rassenhygiene“ können jedoch genauere Angaben gemacht werden. Er ist der einzige der im Nationalsozialismus an der Durchführung der Zwangssterilisierungen in Aachen beteiligten Ärzte, der sich zu diesen Fragen wiederholt publizistisch zu Wort meldete. Bereits 1927 erschien von ihm eine solche Schrift, die insofern aus dem Zuschnitt seiner anderen Veröffentlichungen herausfällt, als sie sich an „gebildete Laien“ richtete. Krabbel veröffentlichte sie in der Zeitschrift „Hochland“, einem konservativen Monatsmagazin „für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst“. In dieser – nach 1945 aus seiner Publikationsliste verbannten<sup>260</sup> – Schrift bezog Krabbel Stellung zu zwei in der Weimarer Republik zunehmend miteinander verschränkten Diskursen: der Eugenik und der „Euthanasie“. Es ging ihm darum, aus der Perspektive des Arztes eine für ein breiteres Publikum verständliche und zugleich kritische Synthese der gleichermaßen in wissenschaftlichen Kreisen und den Zeitungen geführten Auseinandersetzung zu liefern. Denn es handele sich, so Krabbel, um Fragen, deren öffentliche Verhandlung „eine bedenkliche Verwirrung in den Köpfen Urteilsloser“<sup>261</sup> angerichtet habe und bei denen es dem „Nichtfachmann“ nicht möglich sei, „aus eigenen Gedankengängen heraus objektiv und kritisch an den Kernpunkt dieser Fragen heranzukommen.“<sup>262</sup> Dies wollte er in komprimierter Form als Arzt leisten; für diesen seien es „[e]rnste Fragen voll drückendster Verantwortlichkeit, Fragen, die unser Inneres aufwühlen; die rechtlich-korrektes Denken und menschlich-ärztliches Fühlen in fürchterlichen Konflikt bringen können!“<sup>263</sup>

An der Wissenschaftlichkeit und dem „hohen sittlichen Ernst“,<sup>264</sup> mit dem Karl Binding und Alfred Hoche 1920 in ihrer berühmten, den Euthanasie-Diskurs nach dem Ersten Weltkrieg prägenden Schrift „Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“<sup>265</sup> argumentiert hätten, zweifelte Krabbel nicht. Doch wandte er sich durchaus entschieden gegen die ihren Forderungen zugrunde liegenden Annahmen und Schlussfolgerungen. Bereits von einem generellen Standpunkt aus ordnete er die Binding-Hoche-Schrift „den Wirrnissen der ersten Nachkriegsjahre“<sup>266</sup> zu, in der nicht zuletzt unter dem Eindruck ökonomischer Krisen radikale Forderungen Konjunktur gehabt hätten.

---

<sup>259</sup> Vgl. die Erklärung des Priors des Dominikanerkonvents Düsseldorf vom 10.11.1946; LA NRW NW 1079-9190.

<sup>260</sup> Siehe die Krabbel-Einträge in den nach 1945 erschienenen „Chirurgen-Verzeichnissen“.

<sup>261</sup> Krabbel (1927), S. 620.

<sup>262</sup> Ebd., S. 627.

<sup>263</sup> Ebd., S. 622.

<sup>264</sup> Ebd., S. 620.

<sup>265</sup> Binding/Hoche (1920).

<sup>266</sup> Krabbel (1927), S. 629.

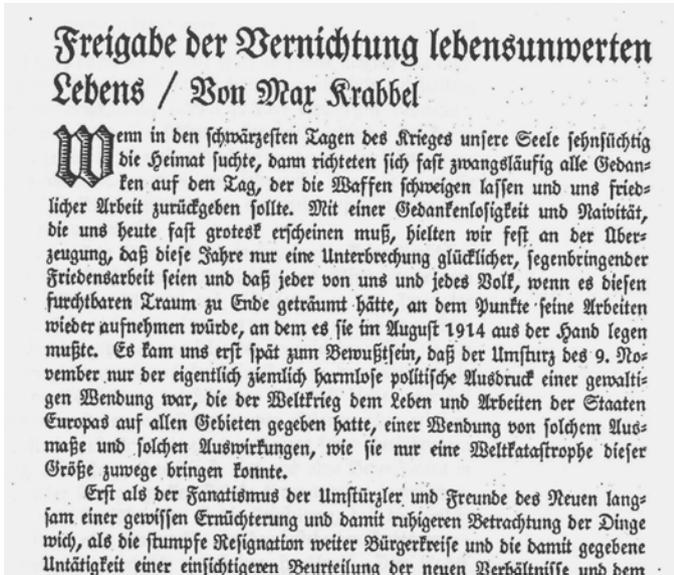


Abb. 14: Ausschnitt der ersten Seite aus Max Krabbel's Schrift „Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ von 1927

Den Begründungsstrategien der Euthanasie-Befürworter ging Krabbel Punkt für Punkt nach und wies sie sowohl mit ärztlich-ethischen als auch mit katholisch-theologischen Gegenargumenten zurück. Der Auffassung etwa, dass es sich bei „lebensunwertem Leben“ nicht eigentlich um „Menschen“, sondern um „Tote“ handle, die über keinen bewussten und daher auch nicht zu brechenden Lebenswillen verfügen würden, hielt Krabbel entgegen, dass diese Ansicht jeder wissenschaftlichen Grundlage und Überprüfbarkeit entbehre und wohl vielmehr auf Projektionen beruhe. Das „Mitleid“-Argument schied für ihn damit als ein falsch verstandenes aus. In diesem Zusammenhang verwies er zudem auf die klinischen Erfahrungen des Psychiaters Ewald Meltzer, aus denen zweifelsfrei hervorgehe, dass „die meisten“ der nach Binding und Hoche Betroffenen sich durchaus „glücklich“ fühlen und „sich gegen eine Beendigung dieses Glückszustandes durch Tötung sehr energisch sträuben“ würden.<sup>267</sup> Auch argumentierte Krabbel vom Standpunkt der katholischen Kirche aus. Von dieser Seite könne vor allem der Auffassung nicht beigestimmt werden, „daß die Tötung solcher Menschen nicht unsittlich sein könne, wenn die an den unheilbar Blöden vergeudete Liebe anderen Bedürftigen zugewandt werden könne.“<sup>268</sup> Was Krabbel in der Debatte um „lebensunwertes Leben“ offenbar vor allem verstörte, war die Kälte ökonomischer Rechen Spiele, mit denen mit der Begründung staatlichen Notstands die Tötung „Minderwertiger“ gerechtfertigt werden sollte. Man dürfe auch in Krisen, in der solche Forderungen

<sup>267</sup> Vgl. ebd., S. 627.

<sup>268</sup> Ebd., S. 628.

„aktuell“ erscheinen mögen, nicht auf die seiner Ansicht nach falschen, weil wissenschaftlich nicht haltbaren Prämissen Bindings und Hoches verfallen. Grundsätzlich schließlich argumentierte Krabbel, dass „derjenige, der einen wehrlosen Menschen tötet, um sich eine Ausgabe zu ersparen, [...] wahrlich nicht höher [steht] als derjenige, der seinen Mitmenschen mordet, um ihn zu berauben.“<sup>269</sup>



*Abb. 15: Max Krabbel*

So engagiert sich Krabbel auf der einen Seite als „Euthanasie“-Gegner zeigte, so energisch propagierte er auf der anderen eugenische Maßnahmen. Es sei „klar, daß die Menschheit davor geschützt werden muß, daß unheilbar Kranke die Möglichkeit zur Fortpflanzung finden und damit unberechenbares Elend heraufbeschwören.“<sup>270</sup> Könne dies auf operativem Weg nicht gewährleistet werden – etwa wegen juristischer Bedenken oder aufgrund der von Krabbel angeführten Gefährlichkeit der Eingriffe bei Frauen –, stünden die Möglichkeiten der „Asylierung“ oder der „Deportation“ zur Verfügung.<sup>271</sup> Grundsätzlich gab sich Krabbel offen für all diese unter Eugenikern verhandelten „Optionen“, zweifelte 1927 jedoch noch daran, ob sich zu seinen Lebzeiten Juristen, Mediziner und Staat auf eine „Lösung“ verständigen würden.

Von der tatsächlichen Radikalität seiner eugenischen Überzeugungen zeugen seine Äußerungen im Nationalsozialismus. Nach dem Inkrafttreten des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ 1934 waren es für ihn nicht alleine die juristisch geschaffenen „Klarheiten“, was Zwang und Indikationen betraf, sondern vorgeblich nun auch seine Erfahrungen bei der Durchführung der Eingriffe, die ihn dazu brachten,

---

<sup>269</sup> Ebd., S. 627.

<sup>270</sup> Ebd., S. 631.

<sup>271</sup> Vgl. ebd. u. S. 634.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

nun im ärztlichen Kollegenkreis „allfällige Bedenken [...] zu zerstreuen“.<sup>272</sup> Ungeachtet seiner vormals vorgebrachten Bedenken in Bezug auf die Risiken der Eingriffe bei Frauen, ungeachtet schließlich auch der Vielzahl tatsächlich tödlich verlaufender Operationen – es starben im „Dritten Reich“ an den Folgen der Operationen insgesamt etwa 5.000 Menschen, überwiegend Frauen –, fand er sich zu einer extrem euphemistischen Propagierung der Zwangssterilisierungen bereit.<sup>273</sup> Krabbel wurde später zur Last gelegt, über die Zwangssterilisierungen nach dem GzVeN hinaus Zwangseingriffe bei Frauen vorgenommen zu haben. Im Zweiten Weltkrieg, so verschiedene Quellen, wurden am Städtischen Krankenhaus Zwangsabtreibungen und -sterilisierungen an „Ostarbeiterinnen“ durchgeführt. Die Operationen soll Max Krabbel vorgenommen haben.<sup>274</sup>

Es ist davon auszugehen, dass Krabbel in der Zeit des Nationalsozialismus wie kein anderer Aachener Arzt in die Praxis der Zwangssterilisierungen involviert war. Krabbelns eigenen Angaben zufolge belief sich die Zahl der von ihm alleine im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes durchgeführten Operationen auf 98 (!).<sup>275</sup> Wie bereits bemerkt, wurden nachweislich auch in den folgenden Jahren die vom „Erbgesundheitsgericht“ Aachen zur Zwangssterilisierung Verurteilten in der ganz überwiegenden Zahl den Städtischen Kliniken zugeführt. Hier war 1934 neben Krabbel alleine der Radiologe Theodor Möhlmann vom Regime „ermächtigt“ worden, die Zwangseingriffe durchzuführen. Die Auswertung der Akten von Patienten des Aachener Alexianerkrankenhauses zeigt, dass die ganz überwiegende Mehrzahl der an den Städtischen Krankenanstalten erfolgten Unfruchtbarmachungen operativ durchgeführt wurde<sup>276</sup> und Möhlmann somit wahrscheinlich in vergleichsweise wenigen Fällen eingebunden war. Nicht auszuschließen ist, dass Krabbel hierauf gedrängt hatte: Er lehnte die Sterilisierung durch Röntgenbestrahlung als „nicht absolut sicher“ ab; sie könne zudem wegen der Möglichkeit von „zu schweren allgemeinkörperlichen Folgezuständen“ nicht als „gleichwertig erachtet werden“<sup>277</sup>.

Es gibt mit Vorsicht zu behandelnde Hinweise darauf, dass sich das Verhältnis Krabbelns zu anderen Chefärzten der städtischen Kliniken durch seine aktive Rolle bei der Umsetzung der NS-„Erb- und Rassenpflege“ veränderte. So behauptete der Dermatologe Friedrich Paulus nach 1945 von sich, er sei ein Gegner der Zwangssterilisierungen gewesen und habe in der Folge Kompetenzen abgeben müssen.<sup>278</sup> Ferner soll sich der Prosektor Georg Wehrsig entsetzt über an den Städtischen Krankenanstalten durchgeführten Abtreibungen und Sterilisierungen bei „Ostarbeiterinnen“ gezeigt haben.<sup>279</sup> Wie auch an anderen Krankenhäusern<sup>280</sup> lassen jedoch die strikt zeitgenössi-

---

<sup>272</sup> Krabbel (1935), S. 564.

<sup>273</sup> Vgl. ebd.

<sup>274</sup> Vgl. Döbber/Groß/Schreiber (2010), S. 80 f.

<sup>275</sup> Vgl. Krabbel (1935), S. 564.

<sup>276</sup> Vgl. Bildstein/Groß/Kühl (2009), S. 44 f.

<sup>277</sup> Krabbel (1927), S. 632.

<sup>278</sup> Erklärung Friedrich Paulus vom 24.2.1948; LA NRW NW-1079-10059.

<sup>279</sup> So Bernhard Karhoff in einer Erklärung vom 18.8.1947; LA NRW NW-1079-3497.

<sup>280</sup> Vgl. die Studie von Schmidt (2004).

schen Quellen nicht darauf schließen, dass die Durchführung „rassenhygienischer“ Zwangsmaßnahmen an den Städtischen Krankenanstalten Aachen auf einen artikulierten, aktiven Widerstand von Seiten einzelner Ärzte stieß.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang allerdings die „Passivität“ Ludwig Beltz', der aufgrund seiner Stellung als Ärztlicher Direktor antragsberechtigt war, hiervon aber offensichtlich keinen Gebrauch machte.<sup>281</sup> Auch liegen keine Hinweise darauf vor, dass Beltz, in dessen Medizinischer Klinik auch Nervenranke behandelt wurden, im Rahmen der Erbgesundheitsgerichtsverfahren als hinzugezogener Gutachter in Erscheinung trat.

Dieser Befund ist auch insofern interessant, als damit ein bislang nicht in den Blick geratener, womöglich aber ursächlicher Grund dafür sichtbar wird, weshalb sich Beltz in der Zeit des Nationalsozialismus die erbitterte Gegnerschaft Krabbels zuzog.<sup>282</sup> Zweifel an der bisherigen Annahme, dass hierfür die Gegenwehr Beltz' im Zusammenhang mit antikirchlichen Maßnahmen der NSDAP im Krankenhausbetrieb ausschlaggebend gewesen sei, sind jedenfalls angebracht. Wie bemerkt, weist eine ganze Reihe von Zeitzeugenberichten sowie zeitgenössischen Äußerungen von Krabbel selbst aus, dass der Chirurg ein überzeugter Katholik war. Dass hingegen dem in Worten und Taten überzeugten „Rassenhygieniker“ Krabbel das (weitgehende) Fehlen einer Mitwirkung der Medizinischen Klinik als Sabotage an einem „Dienst am Volk“ wahrgenommen haben wird, der aus seiner Sicht „unendlich viel Erleid und Unglück verhindern“<sup>283</sup> werde, erscheint plausibel.

#### 3.2.2 Zwischen Mitwirkung und Resistenz. Die Causa Eduard Borchers

Im Gegensatz zu Krabbel war Eduard Borchers, obwohl selbst in die Durchführung involviert, ein Skeptiker der Zwangseingriffe. Dabei verweist sein „Fall“ auf die vielfältigen Schwierigkeiten, die in Studien zur Ärzteschaft im Nationalsozialismus dann auftreten können, wenn die Eindrücke, die sich aus den Quellen ergeben, sich in den als wesentlich erkannten Fragen einer eindeutigen Wertung entziehen. So stößt eine klare Konturierung des Denkens und Handelns Eduard Borchers' im Nationalsozialismus im

---

<sup>281</sup> Zu diesem Ergebnis kamen Carola Döbber und der Verfasser bei einer im Vorfeld dieser Untersuchung gemeinsam durchgeführten Durchsicht des Bestands „Erbgesundheitssachen“, der im Landesarchiv NRW aufbewahrt ist. Zum Grad der Mitwirkung Beltz' in der Anzeigepaxis können keine Angaben gemacht werden, da den erhaltenen Unterlagen – anders als bei den Anträgen – nur in wenigen Fällen diesbezügliche Informationen zu entnehmen sind; hierbei taucht der Name Beltz nicht auf. Dies – und dass in seinem Fall auch anderweitige Hinweise auf eine aktive Mitwirkung (oder auch Befürwortung der NS-„Erbgesundheitspolitik“) fehlen –, heißt zwar nicht, dass der Internist gar nicht involviert war. Aufgrund des für Aussagen über die verhältnismäßigen Beteiligungen einzelner Aachener Ärzte hinreichenden Umfangs der erhaltenen Quellen kann aber mit großer Wahrscheinlichkeit zumindest von einer weitgehenden Verweigerung ausgegangen werden.

<sup>282</sup> Laut den Erinnerungen von Beltz' Sohn ging diese Feindschaft so weit, dass der Chirurg aus bislang undurchsichtigen Gründen auf Gelegenheiten regelrecht wartete, den Ärztlichen Direktor unter Druck zu setzen und in Bedrängnis zu bringen. Vgl. hierzu die Anmerkungen von Beltz' Sohn, Prof. Dr. med. Ludwig Beltz jun., 2010 im Gespräch mit dem Verf., siehe das Gesprächsprotokoll in GTE Aachen (Mappe Beltz).

<sup>283</sup> Krabbel (1935), S. 564.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

Spannungsfeld von (Mit-)Täterschaft und Gegnerschaft immer wieder an Grenzen. Dies gilt, wie gezeigt werden wird, nicht nur mit Blick auf seine ambivalente Rolle, die er innerhalb der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ und ihrer Aufarbeitung spielte, sondern auch für Borchers' Berührungspunkte mit Widerstandskreisen und eigenen widerständige Handlungen, deretwegen er zu einem Verfolgten des Nazi-Regimes wurde.

Dabei muss vorausgeschickt werden, das „Bild“ des ärztlichen Wirkens Eduard Borchers im Nationalsozialismus in den vergangenen Jahren einem erheblichen Wandel unterlag: Nach 1945 sah man in ihm zunächst auf ganz eindimensionale Weise einen NS-Gegner. Weshalb er in den Entnazifizierungsverfahren seiner ärztlichen Kollegen vor Ort ein begehrter Zeuge war, macht ein Blick in sein eigenes, bereits 1946 abgeschlossenes Verfahren eindrucksvoll deutlich. Den obligatorischen Fragebogen hatte er mit der Begründung, wegen des Kriegsverlusts von Unterlagen nicht jeden Punkt exakt benennen zu können, nur flüchtig ausgefüllt, dafür aber in einem beigegefügt Schreiben einige Erläuterungen über seine Vita zwischen 1933 und 1945 vorgelegt. Hier gab er unter anderem an, dass er kein Mitglied in der NSDAP, vielmehr „als Nazi-Gegner in Aachen bekannt“ gewesen sei. Mit der NS-Kreisleitung habe er wiederholt in Konflikt gestanden. Auch habe er Kontakte zum Widerstandskreis der „Weißen Rose“ unterhalten. Die Gestapo sei bei einer Durchsuchung seines Hauses in Aachen auf das Tagebuch des Hans Scholl gestoßen, das dieser der Familie Borchers zur Aufbewahrung übergeben hätte. Mit den Geschwistern Scholl seien er und seine Familie nicht nur „freundschaftlich eng verbunden“ gewesen: „Deren Pläne waren mir bekannt und wurden teilweise mit mir besprochen.“<sup>284</sup> 1944 sei er verhaftet und in einem Konzentrationslager interniert worden.<sup>285</sup> Abgesehen von einem Schreiben eines befreundeten Mediziners, das seine Aussagen bestätigte, waren aus Sicht des Untersuchungsausschusses Zeugen oder Zeugnisse Dritter offenbar als nicht notwendig erachtet worden. Eingestuft in die Kategorie V – „Entlasteter“ –, wurde sein Fall zu den Akten gelegt.

Risse bekam dieses Bild vom NS-Gegner zu Lebzeiten nicht. Als Eduard Borchers 1977 starb, erinnerte Hugo Cadenbach an Borchers' „aufrechte Haltung gegenüber Funktionären der NSDAP, die ihn verfolgten“,<sup>286</sup> und in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ war es der Borchers-Schüler Leo Koslowski (1921-2007), der sich bewundernd über die geistige „Unabhängigkeit“ und die „Unerschrockenheit“ seines Lehrers äußerte.<sup>287</sup> Im Zusammenhang mit Borchers' KZ-Haft war allerdings von einer Gestapo-Hausdurchsuchung oder überhaupt von Kontakten zur „Weißen Rose“ nicht die Rede. Vielmehr, so Koslowski, seien es „offenherzige Äußerungen über die Sinnlosigkeit des Krieges“ gewesen, die zu Verhaftung und Internierung geführt hätten.<sup>288</sup>

---

<sup>284</sup> HStAD NW-1079-13815 (Entnazifizierungsakte Eduard Borchers), Beilage zum Fragebogen, Bl. 1.

<sup>285</sup> Vgl. ebd., Bl. 2.

<sup>286</sup> StA Zeitungsausschnittsammlung Nr. 2589: Hugo Cadenbach, Verdienter Chefarzt. Professor Borchers beigelegt, Zeitungsartikel (ohne Quellenangabe) vom 2. März 1977. Vgl. zur Biographie Cadenbachs Thouet/Linden/Trees (1996); Sterzl (2001).

<sup>287</sup> Koslowski (1977), S. 976.

<sup>288</sup> Ebd.; so auch, diese Angabe übernehmend, Voswinkel (2002), S. 161.

Knapp zwanzig Jahre nach seinem Tod, im Jahr 1995, kehrte sich das Borchers-Bild durch Recherchen Harry Seipolts nahezu um. Er wies erstmals nach, dass Borchers an den Zwangssterilisierungen im Nationalsozialismus beteiligt war.<sup>289</sup> Zudem setzte Seipolt hinter zentrale von Borchers im Entnazifizierungsverfahren gemachte Angaben große Fragezeichen: So sei Borchers entgegen seiner Erklärung Mitglied in der NSDAP und weiteren Parteiuntergliederungen gewesen. Hinzu kamen Zweifel, ob Borchers tatsächlich, wie er angegeben hatte, 1944 verhaftet und in einem KZ interniert worden war. Hierfür ließen sich, trotz eingehender Recherchen Seipolts, keinerlei Belege, nicht einmal Hinweise finden. Im Zusammenhang mit Borchers' Behauptung, dass er Verbindungen zur „Weißen Rose“ gehabt und die Gestapo bei ihm ein Tagebuch Hans Scholls gefunden hätte, hatte sich Seipolt schließlich an Inge Aicher-Scholl – die Schwester von Hans und Sophie Scholl – gewandt, die ihm mitteilen ließ, dass sie diese Angaben „für höchst fragwürdig“ halte. Zu der Familie Borchers habe lediglich ein „dünnnes“ Verhältnis bestanden.<sup>290</sup> Auf Seipolts Studie gestützt, nahm Ernst Klee den Aachener Chirurgen in das Personenlexikon zum „Dritten Reich“ so auf, wie sich sein Fall zu präsentieren schien: als einen in jeder Hinsicht unglaubwürdigen, ja mit Blick auf die Angaben zu entlastenden Hintergründen ganz besonders grotesken Fall von Selbst-Entnazifizierung. So heißt es im Eintrag zu Eduard Borchers:

„Professor und Chefarzt der chirurgischen Abt. am Luisenhospital Aachen (Zwangssterilisierungen). 1934 NSDAP, auch SA, NS-Ärztebund, NS-Lehrerbund. Zulassung zum Amt für Volksgesundheit. Behauptete bei Entnazifizierung, kein Mitglied der NSDAP, aber mit den Geschwistern Scholl ‚freundschaftlich eng verbunden‘ gewesen zu sein. Nach Entnazifizierung als *entlastet* weiterhin Chefarzt.“<sup>291</sup>

Im Rahmen der Recherchen für die vorliegende Studie wurden so viele „neue“ Quellen über den Aachener Arzt zu Tage gefördert, dass es möglich wurde, seine Angaben auf Faktizität und Kontext zu überprüfen und zumindest in einigen zentralen Punkten Licht und Schatten der Rolle Eduard Borchers' in der NS-Zeit genauer zu untersuchen. Sein Fall präsentiert sich bei näherem Hinsehen keineswegs, wie bislang angenommen, als einer von fraglos vielen gelungenen Versuchen umfassender Selbstentlastungen NS-Belasteter nach 1945, gleichwohl aber als überaus ambivalent.

Eduard Borchers gehört mit dem Internisten Ludwig Beltz und dem Orthopäden Friedrich Pauwels zu den wenigen in der Zeit des Nationalsozialismus in Aachen tätigen Ärzten, die auf ihrem Fachgebiet über die Grenzen der Karlsstadt hinaus bekannt waren. Mit ihm gewann das Aachener Luisenhospital 1929 einen Chirurgen, der bei Autoritäten von Weltruf gelernt, ursprünglich eine universitäre Laufbahn eingeschlagen hatte und in der Fachwelt weithin anerkannt war. Isidor Fischer hatte ihn bereits in sein bekanntes biographisches Zeitgenossenlexikon über die „hervorragenden Ärzte Deutschlands“ aufgenommen; und vor seinem Wechsel nach Aachen war Borchers in Tübingen, nach dem Tod seines renommierten Lehrers Georg Clemens

---

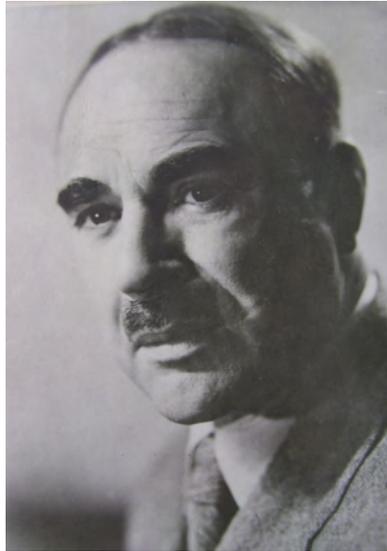
<sup>289</sup> Vgl. Seipolt (1995), S. 48 f.

<sup>290</sup> Ebd., S. 119 f.

<sup>291</sup> Klee (2007), S. 64, Herv. i. O.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

Perthes (1869-1927), Lehrstuhlvertreter gewesen.<sup>292</sup> Über die Gründe, die Borchers 1929 dazu brachten, die universitäre berufliche Perspektive zu verwerfen, ist nichts Gesichertes bekannt. Offenbar, so wird vermutet, waren Differenzen mit dem nach Tübingen berufenen Martin Kirschner (der Borchers als Oberarzt übernehmen wollte) ausschlaggebend.<sup>293</sup>



*Abb. 16: Eduard Borchers*

Borchers, 1885 in Vegesack bei Bremen in einer protestantischen Familie geboren, hatte Medizin in München, Freiburg im Breisgau, Kiel und Heidelberg studiert, um anschließend in der Münchener Chirurgischen Universitätsklinik bei Ottmar von Angerer (1850-1918) seine Fachausbildung zu beginnen. Als weitere Ausbildungsorte folgten die Kliniken Friedrichsheim und Luisenheim im Schwarzwald und das Krankenhaus des Roten Kreuzes in Bremen. Anschließend war Borchers an der Medizinischen Akademie Düsseldorf und an der Universitätsklinik Kiel tätig. 1913 schließlich trat er eine Assistentenstelle an der Universität Tübingen an, die ihm der damals bereits renommierte Perthes angeboten hatte.

Als Schüler des international hervorragend vernetzten Chirurgen hatte Borchers kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs noch Gelegenheit, als Gastwissenschaftler an der Johns-Hopkins-Universität (Baltimore) Studien zu betreiben. Hier arbeitete er u.a. mit Hugh Hampton Young (1870-1945) zusammen, dem „Vater“ der modernen

---

<sup>292</sup> Wenn nicht anders gekennzeichnet, stützt sich die Darstellung in diesem Unterkapitel auf die einschlägigen Nachschlagewerke – in diesem Fall neben dem zitierten Fischer und der Fortsetzung von Voswinckel (2002) auf den Deutschen Chirurgenkalender (1926), Degeners Wer ist's (1935) und Kürschners Gelehrten-Kalender (verschiedene Ausgaben) – sowie auf Koppen (1967) und Koslowski (2001).

<sup>293</sup> So Koslowski (2001), S. 21.

Urologie. Unterbrochen vom Ersten Weltkrieg, in dem er von 1914 bis 1917 als leitender Chirurg in Lazaretten diente, setzte Borchers seine Karriere in Tübingen fort. 1920 habilitierte er sich bei Perthes und wurde vier Jahre später zum außerordentlichen Professor ernannt. Insgesamt 120 Einzelveröffentlichungen umfasst sein wissenschaftliches Oeuvre. Unter seinen Publikationen wurde die – bereits 1926 erstmals veröffentlichte – „Allgemeine und spezielle Chirurgie des Kopfes“ ein Standardwerk. 1932 erschien seine viel beachtete überarbeitete Fassung von Perthes’ „Verletzungen und Krankheiten der Kiefer“. Auch nach seinem Wechsel nach Aachen blieb er in Fachkreisen im Gespräch, publizierte weiterhin zahlreiche Untersuchungen in den führenden medizinischen Fachzeitschriften.

Im Nationalsozialismus trat der im Kollegenkreis als politisch „deutschnational“<sup>294</sup> geltende Eduard Borchers der NSDAP – hier muss eine in der Literatur wiederholt übernommene Angabe korrigiert werden – *nicht* bei.<sup>295</sup> Ob seine nachweisliche SA-Mitgliedschaft, wie von ihm nach 1945 behauptet, auf die Zwangsvereinigung von SA und „Stahlhelm“ zurückzuführen war und auf sein Betreiben hin tatsächlich wieder erlosch, ist den Dokumenten nicht zu entnehmen, wenngleich dies andernorts von Dritten, worauf hier zumindest hingewiesen werden soll, als zutreffend bezeugt wurde.<sup>296</sup>

Im Gegensatz zum katholischen Marienhospital hatte sich das evangelische Krankenhaus bereits 1934, dem Jahr des Inkrafttretens des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, an der Praxis der Zwangssterilisierungen beteiligt. Drei Ärzte, neben Borchers der Chefarzt der Gynäkologie und ein Oberarzt der chirurgischen Abteilung, hatten die „Ermächtigung“ zur Durchführung der Zwangseingriffe erhal-

---

<sup>294</sup> Persönliche Mitteilung Dr. med. Hans Bertram, nach 1945 Oberarzt an den Städtischen Krankenanstalten Aachen.

<sup>295</sup> Hier lag, als Mitte der 1990er Jahre behauptet wurde, Borchers sei NSDAP-Mitglied gewesen, offensichtlich eine Verwechslung einer SA-Mitgliedskarte mit einer NSDAP-Mitgliedskarte vor. Darauf verweist zunächst das angebliche Beitrittsdatum, das mit dem des nachweisbaren SA-Beitritts identisch wäre. Die Verwechslung konnte nach Einsichtnahme in die Akten des ehemaligen Berlin Document Center (BDC) im Bundesarchiv in Berlin aufgeklärt werden. Auch das Auffinden eines Verweises im „Reichsarztregister“ war in diesem Zusammenhang aufschlussreich: Hier ist bei der Zeile, ob Borchers Mitglied der NSDAP sei, ein „Nein“ gesetzt. Aufgrund des Zeitpunkts des Anlegens der Kartei 1937 und des angeblichen Zeitpunkts seines Beitritts 1934 – ohnehin aufgrund der Mitgliedersperre zwischen 1934 und 1936 eher unwahrscheinlich – gibt dieser Hinweis zusätzliche Gewissheit.

<sup>296</sup> Wörtlich gab Borchers im Entnazifizierungsverfahren an: „Durch den kollektiven Übertritt des Stahlhelms zur SA wurde meine Absicht [der SA zu entgehen] hinfällig und ich in das Sanitätskorps der SA-Reserve eingereiht. Bald darauf forderte ich zweimal hintereinander meine Entlassung aus der SA, erhielt aber abschlägige Bescheide. Erst, als ich mich daraufhin auf das Bestimmteste weigerte, weiterhin der SA anzugehören, wurde mir die Entlassung gewährt. Nur selten nahm ich an Veranstaltungen teil und übte niemals irgendeine Funktion aus.“ LA NRW NW-1079-1381. Beibl. Vorders. Andernorts beriefen sich Borchers, sein Aachener Kollege Otto Gronau, der nach dem Krieg Vorsitzender des Aachener Ärztevereins wurde, sowie ein weiterer Arzt gegenseitig als Zeugen: sie alle hätten nach der Überführung des „Stahlhelm“ in die SA den Austritt erfolgreich betrieben. Vgl. LA NRW NW-1079-2838. Glaubhaft erscheint die Angabe, er habe „selten“ an Versammlungen teilgenommen: Borchers’ Sohn Klaus Borchers (München) gibt an, dass es sich ihm als ein merkwürdiges Bild ins Gedächtnis eingeprägt habe, als er seinen Vater ein (einziges) Mal in SA-Uniform sah. Interview Klaus Borchers.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

ten.<sup>297</sup> Wie bemerkt, wurde das Luisenhospital vom Erbgesundheitsgericht Aachen in vergleichsweise wenigen Fällen in die Praxis der Zwangssterilisierungen eingebunden. Borchers' Einstellung gegenüber eugenischen (Zwangs-)Maßnahmen lässt sich, da er auf dem Gebiet der Eugenik publizistisch nicht in Erscheinung getreten ist, anhand von Quellen aus der NS-Zeit oder vorher nicht rekonstruieren. Dass er ganz offenkundig Bedenken gegenüber den im „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ festgelegten Indikationen hatte, wird zwar daran ersichtlich, dass Borchers nach 1945 öffentlich dafür eintrat, Refertilisierungsoperationen bei einem Teil der im Nationalsozialismus Zwangssterilisierten durchzuführen.<sup>298</sup> Nicht deutlich ist dabei allerdings, ob dies auf einen Prozess der Läuterung bzw. eine retrospektive Einschätzung zurückzuführen war.

Dass eine bereits in den 1930er Jahren geleistete Artikulation von Bedenken gegenüber den Bestimmungen des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ mit ursächlich dafür gewesen sein könnte, dass an das Luisenhospital vergleichsweise wenige Menschen zur Sterilisierung überstellt wurden, erscheint wenig wahrscheinlich. Die überlieferten Akten zeigen, dass sich unter den von Borchers zwangssterilisierten Männern und Frauen auch solche finden, die seinen Nachkriegsäußerungen zufolge nicht unter die Indikations-„Gruppen“ hätten fallen sollen. Auch fehlende Einverständniserklärungen – was praktisch durchgehend der Fall war – oder die Minderjährigkeit der Betroffenen spielten offenkundig keine Rolle.<sup>299</sup> Und schließlich: Selbst wenn Borchers in der NS-Zeit Bedenken geäußert haben sollte, wurde ihm die „Ermächtigung“ zur Durchführung dieser Operationen nicht entzogen. Wie wenig wahrscheinlich ein irgendwie gearteter Protest erscheint, mag ferner verdeutlichen, dass für einen Entzug der „Ermächtigung“ spätestens Ende der 1930er Jahre von Seiten der NSDAP politische Erwägungen durchaus hätten vorgebracht werden können, denn Eduard Borchers wurde von den Nationalsozialisten spätestens ab 1939 als Gegner angesehen.

#### Konflikte mit der Aachener NSDAP

Mit welchem Furor die Aachener NSDAP gegen Chefärzte vorzugehen bereit war, veranschaulichen die Vorgänge rund um den Tag der „Freimachung“ der lokalen Krankenhäuser für Lazarettzwecke am 8. September 1939. Am Luisenhospital war es zu Verzögerungen bei der Evakuierung gekommen, nachdem die erforderliche Isolierung der Infektionskranken Probleme bereit hatte.<sup>300</sup> Dies rief den Ärger einiger

---

<sup>297</sup> Vgl. Seipolt (1995), S. 49.

<sup>298</sup> Vgl. Borchers (1947a); Borchers (1947b).

<sup>299</sup> Siehe den Fall der Durchführung einer Zwangssterilisation durch Borchers an einer Frau, die ihm mit der (nach dem Krieg von Borchers als refertilisierungs-„würdig“ angesehenen) Diagnose „angeborener Schwachsinn leichten Grades“ überwiesen worden war; die Betroffene hatte sich vergeblich – u.a. mit einem Brief an Rudolf Hess – um eine Aufhebung des Beschlusses bemüht: LA NRW, Rep. 216, Nr. 49. Mit Blick auf die Minderjährigkeit den Fall einer Vierzehnjährigen, die 1937 von Borchers zwangssterilisiert wurde, vgl. Seipolt (1995), S. 64 f.

<sup>300</sup> Ermittlungsbericht Gestapo Aachen vom 21. September 1939. LA NRW, Regierung Aachen, Nr. 20374, Bl. 4-5.

Funktionäre der NSDAP hervor, die vor Ort waren. Den Quellen zufolge nahm die Unruhe auch unter dem medizinischen Personal zu; die übernachtigten Ärzte sollen zunehmend gereizt auf Vorhaltungen der NS-Posten reagiert haben. Der Chefarzt der Chirurgie Eduard Borchers, der im Ersten Weltkrieg als Lazarettarzt ähnliche Evakuierungen erlebt hatte und keinen Grund für Beanstandungen sah, ging offenbar dazu über, die Funktionäre zu ignorieren: Auf „renitentes“ Verhalten jedenfalls bezog sich die NS-Kreisleitung in ihrer Begründung, als sie noch am selben Tag Borchers und Erwin Moos, Chefarzt der Inneren Abteilung, anzeigte. Zum Missfallen der NSDAP-Kreisleitung liefen die Ermittlungen der Gestapo jedoch ins Leere; eine hinreichende Begründung für einen Haftbefehl ließ sich nicht herstellen.<sup>301</sup>

Erstaunlicherweise unternahm die NS-Kreisleitung jedoch unmittelbar darauf erneut den Versuch einer Verhaftung der beiden Chefärzte: Als Anlass diente nun ein angebliches Telefonat aus dem Luisenhospital, in dem es um die – zu diesem Zeitpunkt den Befehlen zuwider laufende – Wiederaufnahme von Patienten gegangen sei. Doch wieder musste die Gestapo bei ihren Ermittlungen feststellen, dass die Vorwürfe haltlos waren, da ein solches Telefonat nicht stattgefunden hatte.<sup>302</sup>

Ob hier tatsächlich wiederholt „formale“ Gründe einem Haftbefehl entgegenstanden, ob es etwa Fürsprecher der Chefärzte gab oder ein bisher nicht bekanntes Konkurrenzverhältnis zwischen Gestapo und Kreisleitung, ist nicht näher dokumentiert. Für Letzteres spricht ein dritter Anlauf der Kreisleitung: Nun legte sie es darauf an, ein „weisungsunterwanderndes“ Verhalten der Chefärzte zu provozieren. Sie ignorierte im Fall der konfessionellen Krankenhäuser die bereits fünf Tage nach der Patientenevakuierung erfolgte Order aus Berlin, dass eine dringliche Verwendung der Räumlichkeiten für Lazarette nicht mehr vorgesehen sei.<sup>303</sup> Nachdem das Luisenhospital über mehrere Wochen mit Aufforderungen an die Kreisleitung, den Krankenhausbetrieb aus wirtschaftlichen Gründen wieder aufnehmen zu müssen, nicht durchdrang, wandte sich Erwin Moos mit einem Brief an Hermann Göring und wurde in Berlin auch persönlich in dessen Umgebung vorgestellt.<sup>304</sup> Dort wurde ihm zugesichert, das Krankenhaus wieder öffnen zu dürfen – was der in Aachen verbliebene Borchers auch umgehend umsetzte. Als die Kreisleitung daraufhin zu intervenieren versuchte, wurde den Funktionären entgegengehalten, der „Reichsmarschall“ persönlich hätte sein Plazet für die Wiedereröffnung erklärt – was wiederum eine Nachfrage der Kreisleitung in Berlin nach sich zog, wonach Moos, nun aber persönlich von Göring, wegen „Missbrauchs“ seines Namens formell verwarnet wurde.

---

<sup>301</sup> Bericht der Gestapo Aachen vom 23. September 1939 an den Regierungspräsidenten: LA NRW, Regierung Aachen, Nr. 20374, Bl. 2.

<sup>302</sup> Bericht Gestapo Aachen vom 29. September 1939 an den Regierungspräsidenten, LA NRW, Regierung Aachen, Nr. 20374, Bl. 3.

<sup>303</sup> Während die Städtischen Krankenanstalten wieder Patienten aufnehmen durften, hatten sich das Marien- und das Luisenhospital weiterhin für die Behandlung von Wehrmachtssoldaten bereit zu halten. Vgl. die Aussage von Quirin Jansen (NS-Oberbürgermeister in Aachen) vom 29. Juli 1950, LA NRW NW-1087-4338.

<sup>304</sup> Die bei Koppen (1967), S. 76, zu findende Angabe, Moos sei es bei seiner Reise nach Berlin gelungen, „zu Ministerpräsident Göring vorzudringen“, erscheint vor dem Hintergrund der nachfolgenden Ereignisse unwahrscheinlich.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

Die verärgerte Kreisleitung wies nun die lokale Presse an, die Nachricht von der Freigabe des Luisenhospitals nicht zu veröffentlichen.<sup>305</sup> Aber damit waren die Bemühungen der Aachener NSDAP, gegen die beiden Chefärzte vorzugehen, (vorerst) beendet: Mit der von Göring gewählten Maßnahme einer formellen Verwarnung waren den örtlichen Funktionären für weitere Schritte die Hände gebunden.<sup>306</sup>

Gleichwohl scheint die Aachener NSDAP Borchers seit dieser Zeit im Auge behalten zu haben. Berichtet wird von Nachstellungen durch Funktionäre, die auch vor seinen Kindern nicht Halt machten: So seien sie auf dem Schulhof wiederholt von fremden Erwachsenen auf ihren Vater angesprochen worden.<sup>307</sup> Von dem Radiologen des Städtischen Krankenhauses Theodor Möhlmann, einem frühen Nationalsozialisten,<sup>308</sup> erfuhr Borchers eigenen Angaben zufolge nach den Ereignissen rund um die Evakuierung, dass dieser „eine Äußerung des Kreisleiters mit angehört habe, die dahin lautete: ‚Jetzt brauchen wir den Prof. Borchers ja noch, aber wenn es mal soweit ist, werden wir ihn uns holen‘, oder so ähnlich [...]“.<sup>309</sup> Weitere Warnungen habe Borchers auch von Moos erhalten, dem offenbar nicht dieselbe Missgunst der Machthaber entgegenschlug und der sich schützend vor den Chirurgen gestellt haben soll.<sup>310</sup> Ebenso wie Letzteres nicht näher dokumentiert ist, liegen über die eigentlichen Hintergründe des Furors gegen den Chirurgen keine Informationen vor.

Rätselhaft war dies alles allem Anschein nach auch für den Betroffenen selbst, der in Kreisleiter Schmeer den Verantwortlichen für das Vorgehen gegen sich sah, es sich aber nicht erklären konnte.<sup>311</sup> Was mögen die Gründe gewesen sein? Dass Borchers den Nazis als prominenter Arzt eines konfessionellen Aachener Krankenhauses, der der NSDAP nicht beigetreten und eigenen Angaben zufolge seinen unfreiwilligen SA-Beitritt wieder rückgängig gemacht hatte, suspekt gewesen sein mag, liefert eine mögliche, wenngleich eher schwache Erklärung.

Die Konflikte mit der örtlichen NSDAP werden neben der ab 1939 zu erwartenden Verwicklung der Grenzstadt Aachen in kriegerische Auseinandersetzungen ein zusätzlicher Grund dafür gewesen sein, weshalb Borchers sich noch 1939 dafür entschied, seine Kinder in Bad Tölz zur Schule gehen zu lassen: Hier hatte er 1935 ein Haus als Ferienwohnsitz für die Familie bauen lassen, in dem sie nun lebte. Borchers selbst blieb, vom Kriegsdienst freigestellt, in Aachen am Luisenhospital, besuchte aber regelmäßig seine Familie in Bad Tölz.

---

<sup>305</sup> Vgl. Koppen (1967), S. 77.

<sup>306</sup> Vgl. Brief Erwin Moos an Hermann Göring vom 29. Oktober 1939, LA NRW, Regierung Aachen, Nr. 20374, Bl. 10-11. Aussage Eduard Borchers 26. Juli 1950, LA NRW NW-1087-4338. Vgl. auch Siemons (1998).

<sup>307</sup> Interview Ruth Lankes, GTE A (Mappe Borchers).

<sup>308</sup> Vgl. Kapitel III.1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>309</sup> Aussage Eduard Borchers 26. Juli 1950, LA NRW NW-1087-4338.

<sup>310</sup> Ebd.

<sup>311</sup> Vgl. die Angaben ebd.

#### Bad Tölz und der Kontakt zu Hans Scholl

Der Kontakt der Geschwister Scholl – und hier insbesondere Hans Scholls – zur Familie des Aachener Chirurgen ist ab dem Jahr 1940 und bis ins Jahr der Hinrichtung der Scholls (1943) dokumentiert. Kennengelernt hatte man sich wohl bereits im Frühjahr 1939 über einen Kommilitonen Hans Scholls, Hellmut Hartert.<sup>312</sup> Dessen Vater hatte ganz in der Nähe des Sommerhauses der Borchers ebenfalls ein Ferienhaus gekauft. Im Winter 1939 verbrachte Hans Scholl mehrere Wochen in Bad Tölz und kam im Frühjahr 1940 an den Wochenenden des öfteren, später – 1942 wurde er zur Wehrmacht eingezogen – eher sporadisch hierher zurück. Auch Sophie Scholl und Alexander Schmorell waren nach Angabe von Borchers' jüngster Tochter Ruth Lankes gelegentlich zu Besuch;<sup>313</sup> Briefe an Dritte weisen darüber hinaus bereits für die Zeit des Kennenlernens darauf hin, dass es auch zu Begegnungen mit weiteren Mitgliedern der Familie Scholl sowie mit Personen aus dem Umfeld der (späteren) „Weißen Rose“ gekommen sein muss.<sup>314</sup>

Dass, wie Inge Aicher-Scholl Mitte der 1990er Jahre angab, zwischen den Scholls und den Borchers' lediglich ein „dünnnes“ freundschaftliches Band bestanden hätte, kann auf der Grundlage der Quellen nur bedingt bestätigt werden. Für Hans Scholl trifft dies in jedem Fall nicht zu. Zwischen ihm und der Familie entstand eine enge Beziehung – das zeigen die zum Teil der Forschung bislang unbekanntesten Dokumente auf eindrucksvolle Weise (siehe Abb. 17). Der Kontakt hatte sich Anfang 1940 intensiviert, aus einem ganz unpolitischen Grund: Hans Scholl hatte sich, wie zahlreichen Briefen von ihm aus dieser Zeit zu entnehmen ist, in Bad Tölz in Borchers' Tochter Ute verliebt, und sie sich offenbar auch in ihn.<sup>315</sup> Beides zum Missfallen des Vaters,<sup>316</sup> denn die Tochter war gerade erst 14 Jahre alt geworden.

Noch 1942 – Scholl war als Soldat in der Sowjetunion – zeugen Äußerungen von einer Sehnsucht Hans Scholls nach der auch intellektuell bewunderten Ute Borchers;<sup>317</sup> der Umstand, dass Scholl noch in den Tagen der riskanten Flugblattaktionen und bis

---

<sup>312</sup> Vgl. die Angabe über den Beginn der Freundschaft von Hans Scholl in dem Brief vom 3. März 1940 an Ruth Borchers (Eduard Borchers' Ehefrau); PA Klaus Borchers. Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Gespräch mit Wittenstein bei Sachs (2005); hierzu auch Sachs (2003a), S. 138.

<sup>313</sup> Interview Ruth Lankes, GTE A (Mappe Borchers).

<sup>314</sup> Vgl. die Angabe von Hans Scholl in einem Brief vom 6. Dezember 1940 an seine Schwester Inge, dass dieser es wohl nicht entgangen sei, dass sich Ute und er einander emotional angenähert hätten, IfZ M NL Inge Aicher-Scholl ED 474, Bd. 45. Vgl. mit Bezug auf Wittenstein, der in der Tat zur Zeit des Kennenlernens von Hans Scholl mit der Familie Borchers viel mit diesem sowie mit Hartert verkehrte – siehe den Brief Hellmut Harterts an Inge Aicher-Scholl vom 26. Februar 1946, zit. in: Jens (2005), S. 305 f. – die offensichtlich auf einer persönlichen Begegnung beruhende Charakterisierung von Eduard Borchers in: Sachs (2003b). Chapter 18, p. 7.

<sup>315</sup> Vgl. den Briefwechsel zwischen Hans Scholl und Ute Borchers sowie Hinweise auf das Verhältnis zu den Borchers in dem Briefwechsel Scholls zu seiner Schwester Inge in: IfZ (M) NL Aicher-Scholl, ED 474, Bd. 45; ED 474, Bd. 52; ED 474, Bd. 59.

<sup>316</sup> Interview Klaus Borchers, GTE A (Mappe Borchers).

<sup>317</sup> Vgl. den Tagebucheintrag Hans Scholls vom 17. August 1942 („Russlandtagebuch“) und die sich auf Ute Borchers beziehenden Notizen hierzu von Inge Aicher-Scholl in: IfZ (M) NL Aicher-Scholl, ED 474, Bd. 42, unpag. (Abschnitt „Ute Borchers“).

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

kurz vor seiner Verhaftung mit ihr den Kontakt über Briefe aufrecht erhielt,<sup>318</sup> mag für den Stellenwert dieser Beziehung sprechen.

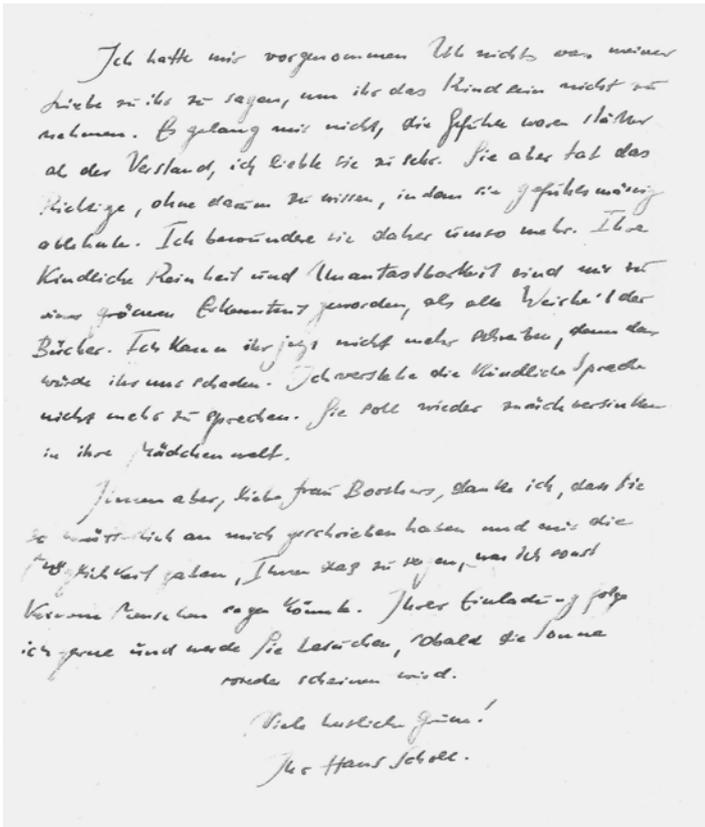


Abb. 17: Brief von Hans Scholl an Eduard Borchers' Ehefrau Ruth vom 3. März 1940  
(Ausschnitt)

Schwieriger einzuschätzen ist indes die Rolle, die politische Fragen bei den Zusammentreffen in Bad Tölz spielten. Den überlieferten Briefen sind dahingehende Hinweise nicht zu entnehmen. In den Verhören der Geschwister Scholl durch die Gestapo 1943 fällt der Name der Familie Borchers ein Mal, am Tag vor der Hinrichtung: Mit Bezug auf einen wenige Tage zuvor versendeten Brief an Ute Borchers<sup>319</sup> sagte Hans Scholl aus – wie er dies allerdings in der Konfrontation mit weiteren Namensnennungen immer wieder getan hatte<sup>320</sup> –, dass diese Verbindung einen rein freundschaftlichen, gänzlich unpolitischen Charakter gehabt hätte.<sup>321</sup> Der Literatur über die „Weiße

<sup>318</sup> Vgl. Sachs (2003a), S. 116 f.

<sup>319</sup> Über den Verbleib des hier gemeinten Briefes, auch über seinen Inhalt, ist nichts bekannt.

<sup>320</sup> Vgl. jedoch nun kritisch die Thesen von Zankel (2008).

<sup>321</sup> Vgl. bei Sachs (2003a) die Verhörprotokolle, hier S. 116 f.

Rose“ sind Anhaltspunkte für eine mögliche politische Komponente des Kontakts zu der Familie Borchers gleichwohl ebenfalls nicht zu entnehmen; die Verbindung spielt in dieser Hinsicht bislang überhaupt keine Rolle.<sup>322</sup> Alleine in der umfangreichen Geschichte der Widerstandsgruppe aus der Feder der rührigen, aber in der Forschung stark umstrittenen US-amerikanischen Autorin Ruth Hanna Sachs wird näher auf Hans Scholls Begegnungen in Bad Tölz eingegangen. In ihren Augen waren sie ganz und gar nicht unerheblich für die politische Prägung Hans Scholls – eine Schlussfolgerung allerdings, zu der sie auf schmalster Quellengrundlage kommt. Eduard Borchers firmiert in Sachs’ Darstellung unter Berufung auf Äußerungen Jürgen Wittensteins als ein leidenschaftlicher NS-Gegner,<sup>323</sup> und da im Frühjahr 1940 das Denken Hans Scholls in Kategorien des Widerstands erstmals konkrete Gestalt angenommen hätte, sei ein Zusammenhang mit Scholls politischer Reifung in dieser Zeit zu vermuten.<sup>324</sup> Diese These freilich ist höchst spekulativ: Zeitnahe Dokumente, die Aufschluss über die Bedeutung der Bad Tölzer Begegnungen für Hans Scholl unter politischen Gesichtspunkten geben würden, liegen nicht vor. Auch berichten die recherchierbaren bzw. die (bereits) einsehbaren Quellen<sup>325</sup> weder davon, dass der Aachener Arzt in die „Pläne“ der „Weißen Rose“ eingeweiht war noch davon, dass diese „teilweise“ (Eduard Borchers) mit ihm besprochen worden seien. Auch zu einem möglichen Überlassen eines Tagebuchs Hans Scholls an die Familie Borchers schweigen die bekannten Quellen.

Gesprochen werden konnte aber mit zwei Kindern Eduard Borchers’, Ruth Lankes und Klaus Borchers, denen die Besuche Hans Scholls noch in lebhafter Erinnerung sind. Befragt nach dem Stellenwert politischer Themen bei den Treffen, gaben beide übereinstimmend (und unabhängig voneinander) 2009 im Gespräch an, dass das Verhältnis in der Tat in erster Linie freundschaftlicher Art gewesen sei. Es sei äußerst unwahrscheinlich, dass sich Hans Scholl mit den Geschwistern – einschließlich Ute – eingehender politisch ausgetauscht hätte, alleine schon aus Altersgründen. Dass Eduard Borchers hingegen, wie dieser 1946 angab, von den Aktionen der „Weißen Rose“ gewusst habe und diese zum Teil mit ihm besprochen worden seien, wird von seinen Kindern zwar in dieser Form nicht bestätigt, aber ihr Vater und Hans Scholl hätten sich durchaus, jedoch unter Ausschluss der Kinder, über politische Fragen unterhalten. Eduard Borchers sei dabei klar geworden, welcher Gefahr sich Hans Scholl

---

<sup>322</sup> Bekannt ist bislang nicht viel mehr als das, was einer von Inge Jens edierten Auswahl von Briefen und Aufzeichnungen von Hans und Sophie Scholl zu entnehmen ist, vgl. Jens (2005), S. 306; siehe über die Bad Tölzer Begegnungen auch den im Anhang zitierten Brief Hellmut Harterts an Inge Aicher-Scholl vom 26. Februar 1946, ebd., S. 305 f.

<sup>323</sup> Wörtlich: “That renowned surgeon [Eduard Borchers, d. V.] had been transformed into an ardent critic of the Nazi regime.” Sachs (2003b), Chapter 18, p. 7.

<sup>324</sup> Ebd.: “[T]he time in Tölz was crucial in Hans’ maturing because it is the earliest record we have of his actually beginning to think in terms of resistance.“ Paradoxerweise charakterisiert Sachs in der Fußnote (ebd., Anm. 31) über Eduard Borchers die Quelle, auf die sie sich beruft – Wittenstein –, als nur bedingt glaubwürdig. Zudem ist in der Forschung umstritten, wann genau bei Hans Scholl Denken und Entschluss zum Widerstand einsetzte; vgl. z. B. Bald (2003), der die Zeugenschaft Scholls in Bezug auf die Kriegsgräuere im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion als entscheidend ansieht.

<sup>325</sup> Ein Teil der Eduard Borchers betreffenden Materialien im Nachlass von Inge Aicher-Scholl im Institut für Zeitgeschichte ist noch gesperrt.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

bei einer öffentlichen Artikulation seiner in Gesprächen deutlich werdenden Überzeugungen aussetzte. Daher habe er „dämpfend“ auf den jungen Studenten einzuwirken versucht. Ob Borchers in konkrete Einzelheiten der Aktionen der „Weißen Rose“ eingeweiht war, ist jedoch auch seinen Kindern nicht bekannt.<sup>326</sup>

Allerdings: So sehr beide Kinder des Chirurgen betonten, dass die Basis der Verbindung zwischen den beiden Familien eine unpolitische gewesen sei, so weisen insbesondere die Erinnerungen von Ruth Lankes darauf hin, dass ein Grundvertrauen Hans Scholls in die Familie Borchers auch im Zusammenhang mit den Aktionen der Widerstandsgruppe wohl durchaus vorhanden war.

So sei, erstens, für kurze Zeit – es muss sich dann um die Jahreswende 1942/43 gehandelt haben – die Druckmaschine für die Flugblätter im Giebel Dach des Sommerhauses der Borchers' versteckt worden, was dem abwesenden Hausherrn allerdings verheimlicht worden sei. In der in den Gesprächen mit ihm zum Ausdruck gekommenen Mahnung zur Vorsicht sei der Grund zu vermuten, weshalb der Chirurg hierüber nicht in Kenntnis gesetzt wurde. Schließlich wird, zweitens, auch die Angabe, die Familie sei im Besitz eines Tagebuchs von Hans Scholl gewesen, von Borchers' Tochter bestätigt.<sup>327</sup> Jedoch sei das Auffinden durch die Gestapo bei einer Hausdurchsuchung nicht der Grund für die KZ-Inhaftierung 1944 gewesen. Diese sei vielmehr einige Zeit später und unabhängig von der Verbindung zu den Scholls auf Betreiben des Aachener NS-Kreisleiters Schmeer erfolgt.

Für die – Mitte der 1990er Jahre in der Forschung stark bezweifelte – Angabe, dass Eduard Borchers 1944 verhaftet und in einem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald interniert worden war, ließen sich in der Zwischenzeit eindeutige Belege finden: Borchers war, und auch dies stimmt mit seinen eigenen Angaben überein, in einem auf dem Gelände der Kölner Messehallen provisorisch als Außenlager von Buchenwald eingerichteten KZ interniert.<sup>328</sup> Am 3. September 1944, nur wenige Tage, bevor die US-Truppen unmittelbar vor Aachen standen,<sup>329</sup> war er von Kriminalbeamten in Aachen verhaftet worden – ohne Angabe von Gründen. Die beteiligten Polizisten gaben 1950 im Verfahren gegen NS-Kreisleiter Schmeer an, sie hätten diesen Befehl ausgeführt, ohne über die Hintergründe unterrichtet gewesen zu sein:

„Ich habe zusammen mit dem Polizeibeamten S[...] den Prof. Borchers in der Nacht vom 3. zum 4.9.1944 verhaftet. Der Befehl ging aus von dem Polizeipräsidenten Flasche.<sup>330</sup> Dieser rief vom Bunker Frankenburg aus an und ersuchte um

---

<sup>326</sup> Interview Klaus Borchers, GTE A (Mappe Borchers); Interview Ruth Lankes, ebd.

<sup>327</sup> Sein Sohn Klaus Borchers hat hieran keinerlei Erinnerungen.

<sup>328</sup> Bereits im Jahr 2000 hatte die Historikerin Gabriele Lofü im Zuge ihrer Recherchen zur Geschichte der Gestapo-Lager dies zweifelsfrei belegt, vgl. Lofü (2000), S. 287. Vgl. auch die Hinweise zur Rolle Borchers' in Aachen während des Zweiten Weltkrieges in Siemons (1998), passim. Darüber hinaus vgl. auch die bereits 1983 zitierte Zeugenaussage Borchers' für einen Mitinhaftierten; Adenauer (1983), S. 721.

<sup>329</sup> Vgl. zum September 1944 in Aachen die Studie von Rass/Rohrkamp/Quadflieg (2007).

<sup>330</sup> August O. H. Flasche (1902-1978), gelernter Kaufmann, NSDAP-Mitglied seit 1931 und hauptamtlicher SS-Führer bereits im Jahr darauf, wurde 1943 Polizeipräsident in Aachen. Vgl. Siemons (1998), S. 156.

sofortige Festnahme. Ob der Kreisleiter Schmeer etwas mit der Sache zu tun hatte, weiß ich nicht. Wir hatten von Flasche den Auftrag, Prof. Borchers bei der Gestapo vorzuführen. Dort wurde uns gesagt, man wisse nicht was los sei und habe keine Akten da. In der gleichen Nacht, etwa eine Stunde später nach dem ersten Anruf kam aus dem Bunker Frankenburg ein neuer Auftrag, nämlich einen Prof. der Hochschule [Walter Rogowski, d. Verf.<sup>331</sup>] zu verhaften und ebenfalls vorzuführen. Wir haben auch diesen Herrn zur Gestapo gebracht. Bei der Einlieferung des Professors der Hochschule sagte mir der Gestapobeamte H[...] auf meine Frage, was eigentlich los sei, weshalb die Herren verhaftet würden, das habe schon seine Richtigkeit, die gehörten einem Geheimbund ‚Glocke‘ an. Ich vermute nicht, daß Schmeer hinter der Verhaftung von Prof. Borchers gestanden hat [...].“<sup>332</sup>

Zu einer Widerstandsgruppe mit Namen „Glocke“, der Borchers angeblich angehört hätte, liegen keine Informationen vor.<sup>333</sup> In zentralen, aber nicht allen Punkten bestätigte Borchers 1950 die Angaben der Polizeibeamten. Demnach wurde ihm bei der Verhaftung mitgeteilt, dass diese

„von der Gestapo nicht ausgehe, sondern von dem Polizeipräsidenten Flasche unmittelbar veranlaßt worden sei. Flasche war damals SS-Standartenführer. Ich wurde erst in das Gefängnis Aachen und von dort nach Köln ins KZ gebracht. [...] In Köln wurde ich zunächst vernommen. Bei dieser Gelegenheit fragte ich, weshalb ich denn eigentlich verhaftet würde, ich nähme an, daß der Kreisleiter Schmeer dahinter steckte. Bei meiner Entlassung in Köln hat dann der betreffende Gestapobeamte mit [sic] erklärt, meine Annahme, ich sei auf Veranlassung des Kreisleiters in Haft genommen worden, sei richtig.“<sup>334</sup>

Dass die Verhaftung auf Betreiben Schmeers erfolgte, muss gleichwohl nicht zutreffen: An anderer Stelle, leider undatiert, gab Borchers an, der mit ihm befreundete Arzt und damalige Leiter des Aachener Reservelazarets Carl Capellmann hätte ihm die Information gegeben, dass er, Capellmann, scharf abgewiesen worden sei, als er für den inhaftierten Borchers vermittelnd hatte eintreten wollen: Ein einflussreicher NS-Arzt habe Capellmann eindringlich dazu geraten, „weitesten Abstand zu halten von diesem Herrn“: Borchers sei ein „Staatsfeind“, ein „Saboteur der inneren Front“.<sup>335</sup> Von einem hierfür möglicherweise ursächlichen Vorfall wiederum berichtet der Chirurg und Borchers-Schüler Leo Koslowski in seinen Erinnerungen. Koslowski will davon wissen, dass der von ihm, aber auch anderen Zeitzeugen übereinstimmend als ungemein selbstbewusst, zugleich bestimmend und impulsiv beschriebene Arzt im Herbst 1944 einem

---

<sup>331</sup> Gemeint ist Walter Rogowski, Professor für Elektrotechnik, der – so wird heute angenommen – (ebenfalls?) auf Befehl Schmeers in der Nacht vom 4. auf den 5. September 1944 verhaftet wurde; auch Rogowski wurde in Köln interniert. Vgl. Kalkmann (2003), S. 116 f.

<sup>332</sup> LA NRW NW-1087-4338. Vgl. dort auch die Aussage eines an der Verhaftung beteiligten Kriminalsekretärs, der diese Angaben im Wesentlichen bestätigte.

<sup>333</sup> Möglicherweise handelte es sich um eine völlig aus der Luft gegriffene Behauptung der Gestapobeamten, um weitere Nachfragen zu unterbinden. Über eine etwaige Verbindung Rogowskis zu Borchers ist nichts bekannt.

<sup>334</sup> Erklärung Eduard Borchers, 26. Juli 1950, in: LA NRW NW-1087-4338.

<sup>335</sup> Zeugenaussage Eduard Borchers, undat.: LA NRW NW-1079-9639.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

hohen Parteifunktionär gegenüber aus der Haut gefahren sei: Borchers habe sich demnach, als die Amerikaner vor Aachen standen, geweigert, „am Exerzieren des Volkssturms teilzunehmen. Auf Vorhaltungen des lokalen Parteifunktionärs hatte er gesagt: ‚Sie und Ihr Führer, Sie können mich mal, ich habe als Chirurg Wichtigeres zu tun.‘“<sup>336</sup>

Möglicherweise setzt sich hier, glaubt man dieser Angabe, das Puzzle an verstreut zu findenden Angaben verschiedener Provenienz plausibel zusammen: Denn es ist überaus wahrscheinlich, dass eine solche Äußerung für den mit diesem Wutanfall konfrontierten NS-Funktionär als „Sabotage“ der „inneren Front“ galt.

Ebenso gut ist es möglich – und dies steht nicht im Widerspruch zur vorigen These –, dass der Chirurg im Zusammenhang mit der so genannten „Aktion Gitter“ (auch: „Gewitter“) ins Visier der NS-Behörden geraten war. Diese von langer Hand vorbereite „Aktion“ wurde 1944 umgesetzt und zielte darauf ab, im Reich befindliche Exponenten der Weimarer Republik für den Fall zu inhaftieren, dass innere Unruhen das Regime gefährden könnten. Unter den im Zuge des 20. Juli und dem Vordringen der Alliierten Streitkräfte auf deutsches Territorium verhafteten (und zu einem großen Teil auf dem Gelände der Kölner Messehallen internierten) Demokraten und NS-Gegnern befanden sich unter anderem der ehemalige Bürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, und der Sozialdemokrat Kurt Schumacher. Die zeitliche Nähe von Borchers' Verhaftung zu dieser „Aktion“, die in Aachen parallele Festnahme eines Lehrstuhlinhabers der Technischen Hochschule, dann der Internierungsort und schließlich auch der Umstand, dass bei der Verhaftung offensichtlich auf keine Akten oder einen Haftbefehl zurückgegriffen werden konnte – all dies deutet darauf hin, dass es sich bei Borchers' Festnahme um eine spontane Entscheidung der lokalen NS-Führung gehandelt haben wird, die darauf abzielte, im Augenblick des anstehenden Angriffs der Alliierten auf Aachen weitere mögliche „Saboteure“, die den Widerstandswillens in der Bevölkerung hätten mindern können, noch „aus dem Weg zu räumen“. Aber auch diese These ist nicht zweifelsfrei zu belegen.

Offenkundig aber ist vor dem Hintergrund dieser Ungewissheiten, dass sich die differenten nach 1945 gemachten Angaben Borchers über die Gründe seiner Verhaftung und der anschließenden KZ-Inhaftierung eben hieraus erklären könnten. Jeder einzelne der in Frage kommenden Gründe – Kontakte zur „Weißen Rose“; öffentliche Äußerungen über die „Sinnlosigkeit des Krieges“; Racheakt der NS-Kreisleitung für die Vorgänge um die Schließung und Wiedereröffnung des Luisenhospitals zu Kriegsbeginn – mochte für den Betroffenen plausibel erscheinen. Dahingehende Angaben Borchers' variieren wohl auch deshalb, weil er zu verschiedenen Zeitpunkten mit einander widersprechenden Informationen hierüber konfrontiert war und den tatsächlichen Grund nie erfuhr.

Das Kriegsende erlebte Eduard Borchers in einem Sanatorium in Bad Tölz. Während seiner Inhaftierung im Gestapolager in Köln-Mühlheim hatte er sich lebensbedrohlich mit Fleckfieber infiziert und war in der Folge entlassen worden. Erst 1946 vollständig genesen, konnte er seine Chefarztstelle in Aachen wieder antreten. Über die

---

<sup>336</sup> Koslowski (2001), S. 21. Damit präziserte Koslowski offenbar seine Angabe aus seinem Nachruf, Borchers sei wegen „offenherziger Äußerungen über die Sinnlosigkeit des Krieges“ verhaftet worden.

NS-Zeit hat sich Borchers später nur selten und, soweit bekannt, nie öffentlich geäußert. Dass das Thema auch in der Familie kaum gestreift wurde, hing nach der Einschätzung seines Sohnes Klaus Borchers mit dem Trauma der KZ-Haft zusammen: Nach der Entlassung und der anschließend gerade noch bewältigten schweren Erkrankung sei Borchers ein gebrochener Mann gewesen. So erfuhren seine Kinder auch über die in der Haft erlebten Schrecken nichts Genaueres. Wohl erzählte er bei Gelegenheit, wie seine Tochter Ruth Lankes mitteilt, in ironischem Ton davon, „was für interessante Leute“ er während seiner Internierung in Köln kennen gelernt habe.

Ebenso wenig bekannt ist auch über die sporadischen Berührungen, die es nach dem Krieg zwischen Eduard Borchers und den Eltern der Geschwister Scholl gab. Mit Ausnahme der Berichte seiner Kinder, die sich an zwei Besuche erinnern können, zeugt an Dokumenten von diesem Kontakt offenbar alleine das Original eines Flugblattes der „Weißen Rose“, das Robert Scholl, Vater des hingerichteten Geschwisterpaars, Eduard Borchers überlassen hat und das sich heute im Besitz der Familie befindet.<sup>337</sup>

1955 ging Borchers nach 45 Jahren ärztlicher Tätigkeit in den Ruhestand und zog sich nach Bad Tölz zurück. Das Haus, in dem es auch zu den Begegnungen mit Hans Scholl gekommen ist, wurde nach seinem Tod 1977 verkauft und kurze Zeit später abgerissen.

Ein Resümee über seine Vita zwischen 1933 und 1945 entzieht sich einer eindeutigen Bewertung. Das gilt für alle der behandelten Punkte: So bleibt spekulativ, inwiefern zumindest in den ersten Jahren des Regimes Borchers' Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus grundsätzlich ablehnender Art war. Wenngleich der im Kollegenkreis (auch nach 1945) in politischer Hinsicht als „deutschnational“ angesehene Borchers nicht der NSDAP beitrug und eigenen Angaben zufolge seine Mitgliedschaft im rechtskonservativen „Stahlhelm“ 1933 als einen Akt begriff, von dem er sich versprach, nicht einer Organisation wie der SA beitreten zu „müssen“, lässt sich dies wie auch weitere seiner Handlungen eher als Arrangement denn als Opposition charakterisieren. Für die Dauer der NS-Herrschaft wird nicht nur am Beispiel der Rolle, die er selbst in der „Erbgesundheitspolitik“ im Nationalsozialismus spielte, deutlich, dass er sich trotz Bedenken augenscheinlich außerstande sah, gegen die Politik des Regimes respektive dessen Maßnahmen, die seine eigene ärztliche Tätigkeit betrafen, offenen Protest einzulegen. Die Quellen legen den Schluss nahe, dass sich eine innere Gegnerschaft nachhaltig gegen Ende der 1930er Jahre ausbildete, als die örtlichen Parteispitzen aus ihm undurchsichtig erscheinenden Gründen in seinen Wirkungsbereich eindringen und ihn dies direkt betraf. Wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck persönlich erlebter Schikanen werden die zunächst auf nachbarschaftliche Zufälligkeit zurückgehenden Begegnungen mit Hans Scholl auch eine politische Dimension gehabt haben. Inwiefern aus der zuallererst freundschaftlichen Verbindung auch ein näherer Kontakt zur „Weißen Rose“ erwuchs, muss offen bleiben, zumal anhand der zugänglichen Quellen nicht rekonstruiert werden kann, inwiefern Borchers in Bezug auf die

---

<sup>337</sup> Eduard Borchers notierte auf der Rückseite: „Aufruf des cand. med. Hans Scholl und seiner Schwester Sophie an die Münchner Studentenschaft vom 18.2.1943. Dieses Exemplar wurde mir vom Vater Hans Scholl, Robert Scholl, gelegentlich des Besuches der ganzen Familie Scholl in Rosswies [gemeint ist das Ferienhaus der Borchers, d. V.] überreicht.“ PA Klaus Borchers.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

Widerstandsgruppe ins Vertrauen gezogen wurde. Was an zeitnahen archivalischen Materialien und Erinnerungen zur Verfügung steht, weist darauf hin, dass ihn die mörderische Effektivität, mit der die Nationalsozialisten Oppositionelle verfolgten, davon abhielt, den jungen Medizinstudierenden Hans Scholl in der ihm nicht unverborgen gebliebenen politischen Haltung zu bestärken. Die Ursache seiner eigenen Verfolgung durch die Nationalsozialisten bleibt am Ende ungeklärt. Ob die Gestapo-Ermittlungen zur Verbindung seiner Familie zur Familie Scholl, ob Beweggründe eines für seine Launen berüchtigten NS-Kreisleiters oder ob „berechtigte“ Befürchtungen der NS-Führung Aachens wegen „sabotierender“ Agitationen des Chirurgen im Augenblick des Zusammenbruchs ausschlaggebend für seine KZ-Inhaftierung 1944 waren, lässt sich nicht mehr eindeutig belegen.

Wird man den Aachener Chirurgen auch mit einiger Berechtigung zu denjenigen Ärzten rechnen können, die dem Regime reserviert gegenüber standen, präsentieren sich die Gründe für die Tatsache, dass Eduard Borchers zugleich zu den wenigen (nicht-jüdischen) Ärzten zu zählen ist, die von den Nationalsozialisten verfolgt worden sind, möglicherweise als eine Verkettung von Zufällen. Mit widerständigen Handlungen ist seine Verfolgung nur mittelbar in Verbindung zu bringen.

Hinsichtlich der Würdigung einer aktiven, als politisch zu interpretierenden Rolle verdient somit vielleicht weniger sein Wirken in der Zeit der NS-Herrschaft selbst herausgehobene Beachtung als vielmehr das außergewöhnliche Engagement, zu dem er sich nach 1945 mit Blick auf die NS-Zwangssterilisierungen entschloss. Seine sowohl praktisch-ärztlich als auch öffentlich vertretenen Aktivitäten zur Refertilisierung von als „erbrank“ Verfolgten waren nicht alleine deshalb ungewöhnlich, weil es sich in diesem Fall um einen Arzt handelte, der selbst an der Durchführung der Zwangseingriffe im Nationalsozialismus beteiligt gewesen war. Eduard Borchers, der bereits unmittelbar nach Kriegsende einen seiner Schwerpunkte der wieder aufgenommenen ärztlichen Tätigkeit auf die Entwicklung einer Risiken minimierenden und die Erfolgsquoten optimierenden Operationstechnik zur Wiederherstellung der Fruchtbarkeit zwangssterilisierter Männer legte, stellte damit in jeder Hinsicht eine Ausnahme dar. Waren doch die Standesgenossen in weitesten Teilen, ungeachtet der Erfahrungen im Nationalsozialismus, von der Legitimität des NS-„Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und von der Notwendigkeit eugenischer Politiken überzeugt.<sup>338</sup>

#### 4. Das Reservelazarett Aachen im Zweiten Weltkrieg

Die Geschichte der Aachener Krankenhäuser im Zweiten Weltkrieg ist bis heute ein Forschungsdesiderat. Dahingehende Untersuchungsvorhaben kamen bislang über erste Anläufe nicht hinaus.<sup>339</sup> Dies hängt mit einem prekären Quellenproblem zusammen:

---

<sup>338</sup> Vgl. hierzu, die Perspektive der Zwangssterilisierten einbeziehend, Westermann (2010).

<sup>339</sup> Ein entsprechendes Forschungsvorhaben war 2009 am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der RWTH Aachen geplant (Jens Lohmeier), wurde nach Sichtung der Quellen jedoch wieder aufgegeben. Laut Mitteilung von Jens Lohmeier weisen auch die Bestände der Freiburger Außenstelle des Bundesarchivs (Militärarchiv) erhebliche Lücken zum Thema Aachen im Zweiten Weltkrieg auf. Bezogen auf die Geschichte des Reservelazaretts Aachen verfüge das Archiv über keine

Die Krankenanstalten wurden im Mai 1940 zu einem Teil-Reservelazarett der Wehrmacht; sämtliche Unterlagen gingen nach der Evakuierung 1944 durch Kriegseinwirkung verloren. Über die Umwandlung des Krankenhauses für militärärztliche Zwecke und die Geschichte der einzelnen Kliniken zwischen 1940 und 1944 – dem Jahr des Kriegsendes in Aachen – liegt kaum mehr als ein in den 1950er Jahren von dem als Leiter des Resevelazaretts Aachens eingesetzten Arzt Carl Capellmann verfasster Rechenschaftsbericht vor.<sup>340</sup>

Über die mit Kriegsanfang beginnende massenhafte Ermordung von psychisch Kranken und behinderten Menschen im „Dritten Reich“ ist in Bezug auf die Region Aachen und die Rolle, die Aachener Heil- und Pflegeanstalten bei der Umsetzung der „Aktion T4“ und der anschließenden sogenannten „dezentralen“ „Euthanasie“-Mordaktionen spielten, bislang ebenfalls sehr wenig geforscht worden.<sup>341</sup>

An Heil- und Pflegeanstalten in Aachen bestanden nach 1939 das Karin-Göring-Stift, das Vinzenzheim und das Franziskushospital und zuvor das Alexianer Krankenhaus und die Städtische Heil- und Pflegeanstalt. Zu keiner dieser Anstalten sind bis dato Studien über eine mögliche Verstrickung ihrer Ärzte in die NS-„Euthanasie“ vorgelegt worden. Ob und wie viele Patienten dieser Einrichtungen Opfer der „Euthanasie“-Morde geworden sind, liegt im Dunkeln. Ebenso herrscht Unklarheit, wohin 1939 eine große Zahl der Aachener Psychatriepatienten verlegt wurde und was mit ihnen geschah. Bereits am 1. Mai 1939, also vier Monate vor Beginn des Krieges, war die Städtische Heil- und Pflegeanstalt, die ehemalige „Irrenanstalt“ Mariabrunn, von der NS-Stadtverwaltung aufgelöst worden, um die Räumlichkeiten in eine Säuglingsabteilung umzuwandeln. „Das ist“, heißt es in einem Schreiben des zeitgleich mit der Auflösung der Anstalt pensionierten Direktors Konrad Krapoll am 4. Mai 1939, „wie angeordnet geschehen nach Unterbringung der vorhandenen 51 Kranken in andere Anstalten.“<sup>342</sup> Zu Kriegsbeginn wurde auch die Alexianer Heil- und Pflegeanstalt aufgelöst. Die Räumung wurde am 11. September 1939 von der Wehrmacht angeordnet, um durch die Evakuierung und Verlegung der Patienten in andere Anstalten des Rheinlands die Zahl der in der „Grenzstadt“ Aachen für militärärztliche Zwecke zur Verfügung stehenden Betten zu erhöhen. Dem deutschen Caritasverband antworteten die Verantwortlichen des Alexianerkrankenhauses 1959 auf die Frage nach der „Verlegung von Anstaltsinassen während des dritten Reiches“:

„[...] daß am 10.9.1939 alle Insassen unseres Hauses im Morgengrauen von der Gestapo abgeholt wurden und zur Landesheilanstalt Düren verlegt wurden. Es handelte sich um 193 männliche] Kranke. Eine geringere Anzahl wurde später in unsere Häuser Krefeld und Cheny [muss heißen: Henry] Chapelle zurückver-

---

Quellen, die über die ohnehin wenigen in der Literatur bekannten Informationen hinausreichen würden (siehe im Anhang die dem Verf. von Jens Lohmeier dahingehend mitgeteilten Signaturen in den Beständen des Bundesarchivs in Freiburg).

<sup>340</sup> Vgl. Capellmann (1956); vgl. daneben u.a. den Bericht des Krankenhausverwalters Reibold (1956) sowie den Bericht der Elisabethin Schwester Maria in: Baumann/Bönnemann/Meven (2003), S. 120-123.

<sup>341</sup> Vgl. hierzu bislang allein die Studie von Seipolt (1995).

<sup>342</sup> StaA PA Krapoll.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

setzt. Über das Schicksal der nach der Heilanstalt Düren gebrachten Kranken konnte nichts in Erfahrung gebracht werden, da die unter polizeikontrolle [sic!] stehende Anstalt Keine [sic!] Auskünfte erteilte. Auch konnte von hier aus nichts unternommen werden, um die Verlegung zu verhindern, da diese mit der Begründung erfolgte, die Kranken müssten aus dem bedrohten Grenzgebiet evakuiert werden.“<sup>343</sup>

Im Rahmen der Recherchen für die vorliegende Studie stellte sich heraus, dass diese durch ihre inhaltliche Fokussierung auf das leitende ärztliche Personal der Städtischen Krankenanstalten, die über keine psychiatrische Einrichtung verfügten, nur äußerst begrenzt die Aufmerksamkeit auf den Verbrechenskomplex der NS-„Euthanasie“ zu lenken vermag. Hinweise auf eine mittelbare oder unmittelbare Verstrickung ihrer Chefarzte in die „Euthanasie“-Morde ließen sich nicht auffinden.

Da somit ein ganz zentraler Aspekt der Aufarbeitung der Aachener Medizingeschichte im Nationalsozialismus durch Zugriff und Fragestellungen des Forschungsprojekts nur am Rande erfasst werden kann, entstehen derzeit als assoziierte Projekte am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der RWTH zwei medizinische Doktorarbeiten zur Aachener Psychiatriegeschichte im „Dritten Reich“, denen weitere folgen sollen. Derzeit werden zum einen anhand der überlieferten Krankenakten der einzigen zur Zeit des Nationalsozialismus bestehenden psychiatrischen Einrichtung Aachens für männliche Kranke, der Alexianer Heil- und Pflegeanstalt, die Zwangssterilisierungen an dortigen Patienten näher untersucht.<sup>344</sup> Hierauf aufbauend, widmet sich eine weitere Doktorarbeit<sup>345</sup> dem Schicksal der 1939 evakuierten und in verschiedene Anstalten des Rheinlandes verlegten Patienten der Alexianer Heil- und Pflegeanstalt.

Was die Geschichte der Städtischen Krankenanstalten im Krieg betrifft, so war 1940 ein großer Teil ihrer Kliniken dauerhaft zum Reservlazarett umfunktioniert worden. Capellmann wurde in diesem Jahr zum Standortarzt und zum Leiter des Militärlazarets ernannt. Laut Eduard Borchers soll diese Nachricht in der Ärzteschaft mit Beruhigung aufgenommen worden sein, da man glaubte,

„dass mit ihm nun ein Mann auf diesem einflussreichen Posten stand, der alles daransetzen würde, den Einfluss der Partei auf die seinem Befehlsbereiche unterstehenden Angelegenheiten nach Möglichkeit auszuschalten. Diese Hoffnung wurde auch weitgehend erfüllt.“<sup>346</sup>

Carl Capellmann, gebürtiger Aachener, Sohn des bekannten gleichnamigen Gegenspielers des Pessar-Erfinders Mensinga, praktizierte seit 1922 als Facharzt für Dermatologie in seiner Heimatstadt.<sup>347</sup> 1936 hatte er damit begonnen, am Luisenhospital eine Hautklinik aufzubauen, die bald als Fachabteilung für die Knappschaft zugelassen wurde. Daneben war Capellmann seit 1934 für die HJ als „Jungvolkarzt“ aktiv und war

---

<sup>343</sup> Archiv des Alexianerkrankenhauses, ohne Sign. Zit. nach Bildstein/Groß/Kühl (2009), S. 50.

<sup>344</sup> Dieses Promotionsprojekt wird von dem Psychiater Klaus Bildstein verfolgt.

<sup>345</sup> Die Doktorarbeit wird von der Ärztin Katharina Mahr verfasst.

<sup>346</sup> Erklärung Eduard Borchers, undat., LA NRW NW-1079-9639.

<sup>347</sup> Vgl. Koppen (1967), S. 101.

Mitglied des NS-Ärztebundes.<sup>348</sup> 1937 trat er auch der NSDAP bei.<sup>349</sup> In seinen Erinnerungen beschrieb Capellmann seine Tätigkeit als Chef des Lazarets als ewigen Kampf mit dem NS-Kreisleiter, der seinen Einfluss häufig habe geltend machen wollen.<sup>350</sup> Hierüber ist bis zu den Ereignissen im September 1944 – als die Amerikaner vor Aachen standen – nichts Näheres dokumentiert.



*Abb. 18: Carl Capellmann (undat.)*

1944 waren die Städtischen Krankenanstalten vermehrt dem Bombenkrieg ausgesetzt; vermutlich spielte dabei eine Rolle, dass sich das Klinikgelände in der Nähe einer Bahntrasse befand. Bei dem verheerenden Großangriff auf Aachen am 11. April 1944, bei dem beinahe 2.500 Tote und Verletzte zu beklagen waren, wurden insgesamt sechs Aachener Krankenhäuser getroffen. An den Städtischen Krankenanstalten wurde das Hauptgebäude stark beschädigt; 91 Patienten starben.<sup>351</sup>

Anderthalb Wochen, bevor amerikanische Streitkräfte Aachen erreichten, kam es zu Verhaftungen von exponierten Aachener Persönlichkeiten, die von der „Aktion Gewitter“ nicht erfasst worden waren, aber von denen die lokale NS-Führung offenbar vermutete, sie könnten den Widerstandswillen in der Bevölkerung „sabotieren“. Von den Ärzten war hiervon, wie bereits erwähnt, der Chefarzt der Chirurgie des Luisenhospitals, Borchers, betroffen. Kurz vor seiner Verhaftung soll sich der Arzt, der seit 1939 mindestens zwei Mal ins Visier der Gestapo geraten war, gegenüber einem hohen

---

<sup>348</sup> LA NRW NW NW-1079-9639.

<sup>349</sup> BArch Berlin, NS-Zentralkartei.

<sup>350</sup> Capellmann (1956).

<sup>351</sup> Poll/Siemons (2003), S. 335.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

Parteifunktionär schroff über die Sinnlosigkeit einer Fortführung des Krieges geäußert haben. In der Nacht vom 3. auf den 4. September 1944 wurde Borchers von Polizeibeamten ohne Angabe von Gründen abgeführt und in einem provisorisch auf dem Gelände der Kölner Messehallen errichteten Gestapolager inhaftiert.<sup>352</sup>

In den Städtischen Krankenanstalten liefen zu diesem Zeitpunkt Verlegungen von Patienten in Krankenhäuser außerhalb Aachens auf Hochtouren. Aus der Abteilung von Beltz wurden Mitte September 1944 im Rahmen der „Aktion Brandt“ Kinder nach Marienheide verlegt.<sup>353</sup> Beltz' Assistenzärztin begleitete den Kindertransport und übernahm in Marienheide die provisorische Leitung der dort nun eingerichteten Kinderklinik.<sup>354</sup> Auch Patienten anderer Abteilungen des Städtischen Krankenhauses wurden teilweise verlegt; wer gehfähig war, wurde nach Hause entlassen. Bis zum 12. September waren beinahe sämtliche leitenden Ärzte, zum Teil mit ihren Patienten, außerhalb Aachens verbracht worden. Erst an diesem Tag – der Angriff auf Aachen stand unmittelbar bevor – befahl die Kreisleitung die (zwangsweise) Evakuierung der Zivilbevölkerung. Kreisleitung und Verwaltung verließen als erste die Stadt.<sup>355</sup>

An den Städtischen Krankenanstalten bzw. dem Reservelazarett waren zu diesem Zeitpunkt von den leitenden Ärzten neben dem Militärarzt Capellmann noch die zivilen Ärzte Ludwig Beltz, Theodor Möhlmann und Friedrich Pauwels verblieben.<sup>356</sup> Die braunen Schwestern wurden an diesem Tag von Capellmann mit der Begründung entlassen, er könne im Fall der Besetzung nicht für ihren Schutz garantieren. Statt ihrer wurden von Capellmann die 1942 aus dem Dienst am Reservelazarett entlassenen Elisabethinerinnen zurückgeholt. Daraufhin kam es zum Eklat zwischen den verbliebenen Chefärzten und der Oberin der NS-Schwesternschaft, Erhardt. In einem denunziatorischen Bericht an den SD, datiert auf den 15. Oktober 1944, hielt sie fest:

„Bei der Evakuierung der Stadt Aachen wurden die in der Lazarettabteilung des Städt. Krankenhauses tätigen N.S.-Schwestern durch Ordensschwestern [...] am 12.9.44. nachmittags abgelöst. [...] Die Schwestern wurden von den Ärzten auf das lebenswürdigste begrüßt, die teilweise den Schwestern das Gepäck trugen, während sie zu den N.S. Schwestern nur dienstlich waren [...]. Die N.S. Schwestern waren über die Art der Ärzte (auch über die teils hämischen und triumphierenden Blicke derselben) restlos empört. Der deutsche Gruss wurde zwar sonst auch kaum geboten, aber gerade in den letzten Tagen ostentativ vermieden. [...] Die Gefangenen wurden sonst in den vergangenen Jahren nie von einer Schwes-

---

<sup>352</sup> Vgl. ausführlich das vorige Kapitel.

<sup>353</sup> So heißt es in der Personalakte von Gertrud Ossmann (Karhoff), sie sei seit der Räumung der Städtischen Krankenanstalten im „Sonderkrankenhaus – Unternehmen Brand [sic!] – in Marienheide (bei Gummersbach) beschäftigt, weil ein Teil der Aachener kranken Kinder und Patienten der Inneren Klinik dorthin gekommen sind.“ StaA PA Karhoff, Bl. 31.

<sup>354</sup> Schreiben OB Siegburg an Ossmann vom 10.11.1944 wegen „Sonderaktion Brandt“: „Ich habe davon Kenntnis genommen, daß Sie seit Mitte September ds. Jrs. die ärztliche Betreuung der Kinderstation des Ausweichkrankenhauses Marienheide übernommen haben.“ StaA PA Karhoff, Bl. 32.

<sup>355</sup> Capellmann (1956).

<sup>356</sup> Ein weiterer leitender Klinikarzt der Aachener Krankenhäuser, der sich noch in der Stadt aufhielt, war Egon Sulger, der sich im Südbunker als offenbar einziger verbliebener Chirurg um Verwundete kümmern konnte. Vgl. StaA ZAS 1196.

ter betreut, währen [sic!] diesmal eigens eine Schwester [...] für sie eingestellt wurde. Besonders hat sich hier Stabsarzt Bolten hervor getan, der den Gefangenen sogar selbst Spritzen gab [...]. Die Schwestern erklärten mir, nach Rückkehr nach Aachen mit diesen Ärzten nicht mehr zusammen arbeiten zu können. Diese Einstellung gilt auch besonders dem Oberfeldarzt Dr. Capellmann gegenüber. Z.B. behauptet N.S. Schwester M. D[...], dass die Gefangenen besser und bevorzugter behandelt wurden als unsere eigenen Soldaten. Einen deutschen Soldaten hätte man sterben lassen, während mit den Engländern noch alles mögliche angestellt wordn [sic!] wäre.“<sup>357</sup>

Unklar ist, ob Beltz, Möhlmann und Pauwels aus eigenem Entschluss in Aachen geblieben oder ihnen der Auftrag gegeben worden war, im Sinne einer Notverwaltung den Betrieb des Krankenhauses und im Falle des Rückzugs der Wehrmacht die Übergabe an die Alliierten zu gewährleisten. Ersteres ist in der Literatur über Beltz zu lesen.<sup>358</sup> Am 9. September hatte die Gauleitung den Befehl ausgegeben, dass im Fall der Räumung Aachens „geeignete Persönlichkeiten in den Behörden und Dienststellen zurückzubleiben“ hätten, die für die „Betreuung der Bevölkerung nach der Besetzung“ zuständig sein sollten: „Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die sich durch ihre Tätigkeit in Partei und Staat besonders exponiert haben, sind nicht zurückzulassen. Sie sind durch in der Regel ältere Behördenangehörige zu ersetzen, die politisch nicht besonders hervorgetreten sind, in der Bevölkerung aber das zu ihrer Amtsführung erforderliche Vertrauen genießen.“<sup>359</sup> Beides – „politisch nicht besonders hervorgetreten“, „erforderliche[s] Vertrauen“ in der Bevölkerung – traf freilich auf Beltz zu. Vermutlich erhielt er die Weisung von Eugen Drouven,<sup>360</sup> der zum Stellvertreter des als vom Oberbürgermeister Jansen als Notverwalter eingesetzten Museumsdirektors Kuetsgens ernannt worden war, am Abend des 12. September. Am Morgen des 13. Sep-

---

<sup>357</sup> Abschrift des Berichts der Oberin Ehrhardt vom 15.10.1944, in: LA NRW NW-1079-9639.

<sup>358</sup> Vgl. Boventer (1988), S. 454 f. In der Literatur über Beltz heißt es, er habe sich einer befohlenen Zwangsevakuierung widersetzt, um bei den Kranken zu bleiben. Doch variieren die Angaben über den Zeitpunkt dieser Widersetzung; so heißt es bei Boventer (1988), Beltz habe sich nach den verheerenden Luftangriffen im *April 1944*, an anderer Stelle – Boventer (1982) – *im Sommer des Jahres 1944*, an dritter Stelle – Murken (2004) – im *September 1944* der befohlenen „Zwangsevakuierung“ verweigert. Es begann nachweislich eine *zwangsweise* Evakuierung der Bevölkerung erst am 12. September (und wurde am folgenden Tag wieder zurückgenommen), vgl. Rass/Rohrkamp/Quadflieg (2007). Damit wurde in der Literatur der zeitliche Aspekt übersehen, dass Beltz' Entschluss, sich einem Befehl zur „zwangsweisen Evakuierung“ verweigert zu haben – worauf die Todesstrafe stand –, und die Weisung, für die Übergabe des Krankenhauses im Fall der Besetzung Aachens zuständig zu sein, mit großer Wahrscheinlichkeit auf an ein und demselben Tag – den 12. September – gefallen sein müssten. Richtig ist, dass seit dem Sommer 1944 immer mehr Menschen Aachen wegen des zunehmenden Bombardements verließen, aber auch, dass dies für Angestellte des öffentlichen Dienstes nicht ohne Weiteres in Frage kam.

<sup>359</sup> Schnellbrief Grohé vom 9. September 1944, zit. nach Rass/Rohrkamp/Quadflieg (2007), S. 37, Anm. 99.

<sup>360</sup> Eugen Julius Hubert Drouven, geboren 1889 in Aachen, war von 1943 bis 1944 Mitglied der Sanitätsstaffel Capellmanns und zuständig für die Musterung. Der NSDAP war er 1933 beigetreten. Drouven fungierte im DRK als „Oberfeldführer“ und – hinter Quirin Jansen – als stellvertretender Vorsitzender in Aachen, vgl. LA NRW NW-1078-3805.

### III. Die Städtischen Krankenanstalten im „Dritten Reich“

tember wurde Ludwig Beltz, als er aus seinem Notquartier am Preusweg trat, von einem Artilleriegeschoss tödlich verwundet.

## IV. Nachkriegszeit

### 1. Entnazifizierung und Wiederaufbau

In der nach dem Ende der Kämpfe in Aachen unübersichtlichen, weniger von Ärztemangel als von Ressourcenknappheit in der medizinischen Versorgung gezeichneten Situation hatten NS-belastete Ärzte bis weit in das Jahr 1946 hinein wenig von der britischen Militärbehörde zu befürchten. Bereits im Dezember 1945 hatte die Militärregierung angeordnet:

„1. Obschon im Augenblick kein Mangel an Deutschen [sic!] Zivilärzten vorliegt, ist es wichtig, dass dieser Beruf trotzdem nicht gefährdet wird, bis der Kampf gegen den Winter vorbei ist. Deshalb soll die Entnazifizierung des Aerzte-Berufes bis April [1946] nur mit äusserster Umsicht betrieben werden.

Nur Leute, die wirklich übel beleumundet sind, sollen aus der Praxis entfernt werden.

3. Es ist klar, dass der Aerzteberuf übel dran ist und seine Zukunft in Bezug auf den Entnazifizierungsprozess ohne Sicherheit ist. Deshalb werden Schritte unternommen, den Aerzteberuf in Kenntnis zu setzen, dass nur Leute, die wirklich mit der Nazi-Partei paktiert haben oder die den Beweis liefern, dass sie durchaus den Alliierten [sic!] gegenüber gegnerisch eingestellt sind, aus ihrem Beruf entfernt werden. Deshalb soll den Aerzten eine Sicherheit gegeben werden und sie sollen das Bewusstsein haben, dass sie ihre Aufgaben in diesem Winter erfüllen können, ohne das Damokles[-]Schwert über ihrem Haupte zu wissen.“<sup>361</sup>

Den an den Zwangssterilisierungen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ beteiligten Ärzten drohten, wie die Verwaltungsbehörden ihnen bald mitteilen konnten, weder zu diesem noch zu einem späteren Zeitpunkt Konsequenzen, da die Alliierten das Gesetz und seine Umsetzung nicht als NS-Unrecht ansahen.<sup>362</sup>

Die Wiederaufnahme des Betriebs der Städtischen Krankenanstalten fand indessen unter schwierigen Bedingungen und sehr verzögert statt. Bis Ende 1944 waren von den Aachener Kliniken lediglich das Marienhospital und das Krankenhaus Emmichstraße geöffnet.<sup>363</sup> Sämtliche Kranken Transporte mussten „vorläufig mit privaten Fahrzeugen durchgeführt werden, bis die entsprechenden Betriebsmittel bei den Krankenhäusern eingesetzt werden“ konnten.<sup>364</sup> Über die Situation an den zum Teil zerstörten Städtischen Kliniken heißt es in einem Bericht aus dem Januar 1945:

„[...] Die Vorräte der im Städtischen Krankenhaus in der Goethestraße unterhaltenen Apotheke sind durch den Apotheker Feit geborgen worden. [...] Die Ber-

---

<sup>361</sup> Anordnung der Militärregierung vom 06. Dezember 1945 [Abschrift, beiliegend zum Schreiben Dr. Mehren (Abt. IX beim Regierungspräsidenten) an OB Stadt Aachen am 25. Februar 1946], StaA Hauptverwaltung (Gesundheitsamt) Nr. 11870.

<sup>362</sup> Vgl. ausführlich Westermann (2010).

<sup>363</sup> Siehe die Bekanntmachung des Oberbürgermeisters vom 20. November 1944; StaA Hauptverwaltung (Gesundheitsamt) Nr. 11870.

<sup>364</sup> Ebd.

#### IV. Nachkriegszeit

gung der wertvollen medizinischen Einrichtung und Instrumente ist noch im Gange; eine Aktion, die unter der Leitung von Frau Dr. Abels steht. Die Sachen werden nach dem Marienhospital gebracht und dort in den Kellerräumen sicher gestellt. Zur Zeit fehlt es aber an den erforderlichen Transportmitteln.[...]“<sup>365</sup>

Bis Ende 1945 nahmen die Ärzte der Städtischen Krankenanstalten in den Räumlichkeiten der weniger beschädigten Krankenhäuser ihre Tätigkeit wahr<sup>366</sup> oder waren mit dem Wiederaufbau ihrer Abteilungen an der Goethestraße befasst.<sup>367</sup> Schon zu einem frühen Zeitpunkt waren dabei die Chefärzte Hanns Jouck (Kinderklinik), Friedrich Paulus (Hautabteilung) und Friedrich Pauwels (Orthopädie) als nicht-belastet angesehen worden.<sup>368</sup> Die von den Nationalsozialisten eingerichtete Naturheilklinik (Albert Boosfeld) wurde aufgelöst. Geklärt werden musste hingegen die Leitung derjenigen Kliniken, deren Chefärzte in den letzten Kriegstagen verstorben waren. Dies betraf die Innere Klinik (Ludwig Beltz) und die HNO-Klinik (Karl von Meurers). Die Nachfolge Max Krabbels (Chirurgie), dessen Rückkehr offenbar beiderseitig nicht erwünscht war, war ebenfalls ungeklärt. Die Leitung der den Krankenanstalten angeschlossenen Prosektur hatte Bernhard Karhoff<sup>369</sup> provisorisch, bis zur Rückkehr von Georg Wehrsig, der Ende 1944 nach Schlesien versetzt worden war, übernommen.

Auch andere der getroffenen Personalentscheidungen waren im Vorhinein als Übergangslösungen gedacht. So war der Aachener Landesbadarzt Arthur Slauck als vorübergehender Leiter der Medizinischen Klinik eingesetzt worden;<sup>370</sup> die Aufgaben des Ärztlichen Direktors der Anstalten übertrug die Stadt kommissarisch (bis August 1947) dem Chefarzt der Inneren Medizin des Marienhospitals, Rudolf Schild.<sup>371</sup> Die Militärregierung zeigte sich nicht mit allen weiteren Personalentscheidungen an den Städtischen Krankenanstalten einverstanden. So wurden einzelne der neu eingestellten

---

<sup>365</sup> Bericht an die Stadtverwaltung über die Sicherstellung von Arzneimitteln etc. vom 26.1.1945; StaA Hauptverwaltung (Gesundheitsamt) Nr. 11870.

<sup>366</sup> Siehe die Aufstellung zur „Übersicht über das Gesundheitswesen der Stadt- und Landkreise [Aachen]“ vom 02. August 1945; StaA Hauptverwaltung (Gesundheitsamt) Nr. 11870. Demnach waren Anfang August 1945 folgende Krankenhäuser mit folgenden Kapazitäten und Abteilungsleitern geöffnet: (1) *Marienhospital*: Krankenbetten 210 (regulär: 300); Gatersleben, Schild, Schetter, Moll, Sulger. 5 Assistenten; (2) *Luisenhospital*: Krankenbetten 180 (350); Abteilungsleiter: Paulus, Kleu, Wolff. (3) *Sanatorium Emmichstr.*: Krankenbetten: 75 (50), Abteilungsleiter: Zurhelle, Drouven, Studte, Bohnen; (4) *Vinzensheim*: Krankenbetten 116; Abteilungsleiter: Keysseltz, Arenz.

<sup>367</sup> Vgl. zum Aufbau der Kinderklinik die Unterlagen in: GTE Aachen, Mappe Hanns Jouck.

<sup>368</sup> Vgl. LA NRW, Reg. Aachen, 21307, Bl. 195.

<sup>369</sup> Bernhard Karhoff, geboren 1912 in Simmerath (Eifel), wurde 1939 Assistenzarzt und später Oberarzt an den Städtischen Krankenanstalten Aachen (Prosektur bzw. Pathologisch-bakteriologisches Institut); Mitglied der NSDAP und ihrer Untergliederungen war er nicht, jedoch in der SA (von 1933 bis, laut Entnazifizierungsbogen, 1937). 1940 folgte die Einberufung Karhoffs als Sanitätsarzt, noch im selben Jahr wurde er jedoch vom Kriegsdienst wieder zurückgestellt. Im Mai 1944 evakuierte er das pathologische Institut nach Gummersbach. Von Juni 1945 bis 1947 war Karhoff mit dem Wiederaufbau des Instituts betraut und leitete dort danach die Abteilung für Bakteriologie und Serologie; nach der Gründung des RWTH-Lehrstuhls wurde er zum Akademischen Oberrat und zuletzt zum Akademischen Direktor ernannt. Vgl. Kullig (1974), S. 83 u. 91; LA NRW NW 1079-14365.

<sup>370</sup> Slauck an Servais am 1.12.1947, StaA PA 158, Bl. 19. Vgl. zu ihm Forsbach (2006), S. 151.

<sup>371</sup> StaA PA Sch 52, Bl. 10.

Ärzte wegen ihrer NS-Vergangenheit von der Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ der Militärregierung ihren Funktionen enthoben: Hiervon waren zunächst der kommissarisch als Krabbel-Nachfolger<sup>372</sup> eingesetzte Wilhelm Klostermeyer<sup>373</sup> und der Assistenzarzt der Röntgenklinik, Wolfgang Panzerbieter, betroffen.<sup>374</sup> Weitere Ärzte wurden um die Wende des Jahres 1945/46 von der Militärbehörde mit dem Entnazifizierungsprogramm konfrontiert. Nun wurde auch der Radiologe Theodor Möhlmann (wegen seiner frühen NSDAP- und SS-Angehörigkeit) seines Amtes enthoben. Klinikleitung und Stadt versuchten in diesem Fall wiederholt zu intervenieren, jedoch (zunächst) ohne Erfolg.<sup>375</sup>

Vor dem Hintergrund des Drucks der Militärregierung verlegte sich die Stadtverwaltung 1946/47 bewusst auf die Einstellung von Ärzten, die nicht im Verdacht standen, Nationalsozialisten gewesen zu sein. So wurde nach der Pensionierung von Friedrich Paulus 1947 zu dessen Nachfolger und gleichzeitig zum neuen Ärztlichen Direktor der Städtischen Krankenanstalten der Dermatologe und gebürtige Aachener *Philipp Keller* bestellt; Kellers akademische Laufbahn hatten die Nationalsozialisten aufgrund seiner vormaligen SPD-Angehörigkeit 1933 beendet.<sup>376</sup>

---

<sup>372</sup> Nach der Evakuierung Aachens hatte vorübergehend der am Aachener Sanatorium Emmichstraße tätige Chirurg Franz Hubert Fesenmeyer Krabbel vertreten und blieb formal bis März 1945 in dieser Funktion.

<sup>373</sup> Vgl. zu Klostermeyer ausführlich das Unterkapitel IV.2. dieser Arbeit.

<sup>374</sup> Die Aufforderung zur Entfernung bzw. eine zwangsweise Entfernung wurde von der Militärregierung für insgesamt zehn Aachener Ärzte ausgesprochen, darunter Julius Bohnen, Leo Funken (Luisenhospital), Wilhelm Kleu, Egon Schmitz-Cliever, Egon Sulger, Josef Neuy und Hans van Rey. Vgl. LA NRW, Reg. Aachen 21307, Bl. 154 f.

<sup>375</sup> Siehe das Schreiben Rudolf Schild vom 28.4.1947 (StaA PA M 102, Bl.89), in dem er einen entsprechenden Brief „im Namen der anderen leitenden Ärzte“ schrieb. Auch die Stadt versuchte Zeit zu gewinnen – mit anderen Worten: „Gras über die Sache wachsen zu lassen“ –, indem sie bei der Militärregierung darauf drängte, Möhlmann zumindest so lange im Amt zu behalten, bis Ersatz gefunden sei. Dies wurde nicht gelten gelassen; vgl. ebd. (Bl. 89) das Schreiben Lt. Col. Parrotts vom 2.5.1947, in dem darauf hingewiesen wird, „daß genügend Zeit gewesen ist, um einen Ersatz für Dr. Möllmann [sic!] zu finden [...]“.

<sup>376</sup> Philipp Keller (1891-1973) studierte neben der Medizin Philosophie in Berlin, München, Leipzig und Freiburg. 1910, noch als Abiturient am Aachener Kaiser-Wilhelm-Gymnasium, war er dem Kreis „Jungvolk“ beigetreten und schrieb in den folgenden Jahren expressionistische Gedichte für den „Sturm“ und die „Neue Kunst“. Auch war er an der Gründung einer literarischen Zeitschrift beteiligt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er in Aachen Assistenzarzt an der Städtischen Hautklinik und wechselte 1920 nach Freiburg, wo er sich habilitierte und 1928 zum a.o. Professor ernannt wurde. In der Weimarer Republik war Keller Mitglied der SPD; aus diesem Grund wurde er 1933 als Oberarzt an der Universitätsklinik Freiburg entlassen. Er ließ sich anschließend als Arzt in eigener Praxis in Aachen nieder. 1937 trat er der NSDAP bei und war außerdem Mitglied des NS-Ärztebundes, der SA und der NSV. Im Nationalsozialismus entstand sein bekanntestes Buch, „Die Behandlung der Haut- und Geschlechtskrankheiten in der Sprechstunde“, das erstmals 1942 erschien und in der Nachkriegszeit zwei weitere Auflagen erlebte. Von 1958 bis 1964 war Keller Vorsitzender der (von ihm und anderen wieder ins Leben gerufenen) „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“. Nach der Pensionierung 1961 war er noch zehn Jahre in eigener Praxis tätig. Vgl. StaA PA 545 und die Materialien in: GTE Aachen, Nachlass Keller.



*Abb. 19: Philipp Keller, Ärztlicher Direktor von 1947 bis 1961*

Neben Keller wurden in dieser Zeit zwei weitere Chefarzte eingesetzt, die nicht Mitglied der NSDAP gewesen waren. Sie waren zum Zeitpunkt ihrer Einstellung jedoch bereits am Rande des Pensionsalters. *Carl Schetter*,<sup>377</sup> zuvor langjähriger Chefarzt am Marienhospital, übernahm 1946 im Alter von 61 Jahren die Leitung der HNO-Klinik. Der Ophthalmologe *Wilhelm Studte*<sup>378</sup>, derselbe Jahrgang wie Schetter, trat die Nachfolge Peter Gellers<sup>379</sup> in der Abteilung für Augenheilkunde an.

---

<sup>377</sup> Carl Schetter, geboren 1884 in Köln, erhielt 1912 die ärztliche Approbation und promovierte im selben Jahr zum Dr. med. Ab 1919 war er als HNO-Facharzt tätig und wurde 1927 Chefarzt der HNO-Klinik des Marienhospitals. 1940 im Rang eines Oberstabsarztes einberufen, wurde er 1944 aus Altersgründen vom Kriegsdienst zurückgestellt. Schetter, der seit 1912 der Zentrumspartei angehört hatte, wurde im Nationalsozialismus nicht Mitglied der NSDAP, jedoch – anders als im Personalbogen für die Stadtverwaltung angegeben – anderer NS-Organisationen: Bereits 1933 war er der NSV und der NSKOV beigetreten; eine SA-Mitgliedschaft aus dem Jahr 1934 soll später wieder aufgelöst worden sein; 1936 firmierte er als NS-Ärztbund-Anwärter. Von April 1946 bis August 1949 leitete er die HNO-Abteilung der Städtischen Krankenanstalten Aachen. LA NRW NW 1079-10.048; StA Sch 52; BArch Berlin, Reichsarztregister.

<sup>378</sup> Wilhelm Friedrich Studte, geboren 1884 in Magdeburg, erhielt 1911 die ärztliche Approbation und wurde 1912 als Schüler des Hygienikers Carl Flügge in Berlin promoviert. Er spezialisierte sich jedoch auf das augenärztliche Fach, u.a. bei Vüllers in der Augenheilanstalt für den Regierungsbezirk Aachen. 1914 ließ sich er sich in Aachen nieder und wurde nach dem Ersten Weltkrieg Chefarzt der Augenklinik am Krankenhaus Forst. Studte, der Mitglied des DRK war, trat im Nationalsozialismus weder der NSDAP noch einer ihrer Untergliederungen bei und gehörte dem Kreis NS-kritischer Ärzte um Ludwig Beltz an. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte er sich im Aachener Ärzteverein. Die Leitung der Augenklinik an den Städtischen Krankenanstalten hatte er bis 1955 inne. Er legte in diesem Jahr sein Amt nieder, um sich nur noch seiner Privatpraxis zu widmen. Wilhelm Studte starb 1959 in Aachen. Vgl. Erbstößer (1969), S. 65 ff. u. S. 73; LA NRW NW 1079-13936; BArch Reichsarztregister.

<sup>379</sup> Geller trat von seiner Krankenhaus­tätigkeit offenbar aus freien Stücken zurück. Von der Militärregierung war er bereits zu einem frühen Zeitpunkt als politisch tragbar beurteilt worden. Vgl. LA NRW, Reg. Aachen, 21307, Bl. 195.

Beim Blick auf die Entnazifizierungsverfahren der Aachener Ärzteschaft wundert es nicht, dass die Namen dieser drei Ärzte ebenso wie der des Chirurgen Eduard Borchers häufig in den Akten auftauchen. Ihnen war gemeinsam, dass sie in Aachen nicht nur als NS-kritische oder sogar NS-gegnerische Ärzte bekannt, sondern auch von den britischen Militärbehörden als solche „anerkannt“ waren.<sup>380</sup>

Ebenfalls in die Verfahren eingeschaltet war der Aachener Ärzteverein, dem nach 1945 Otto Gronau vorstand. Gronau, der nicht Mitglied der NSDAP und 1934 von den Nationalsozialisten aus seiner Anstellung als städtischer Polizeimedizinalrat zunächst entlassen worden war, später jedoch an der Umsetzung der Zwangssterilisierungen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ beteiligt war,<sup>381</sup> nahm eine ambivalente Rolle in den Verfahren ein: Einerseits benannte er „lupenreine“ NS-Ärzte durchaus als solche;<sup>382</sup> andererseits verstand sich der Ärzteverein zugleich als Anwalt von Ärzten, die wegen NS-Belastungen entlassen worden waren. Gronau setzte in diesen Fällen u.a. ein Standardschreiben für betroffene Ärzte auf, das hier im Wortlaut wiedergegeben wird:

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir erhielten durch den Oberstadtdirektor die nachstehende Verfügung der Militärregierung: ‚Die unten aufgeführten Mitglieder des Ärzteberufes werden technisch entlassen, wegen Verbindung mit den Nazis.

Sie müssen sofort aus jedem Beamtendienst entfernt werden, können aber ihre Privatpraxen beibehalten.‘

Sie befinden sich unter den in der Liste aufgeführten Ärzten.

Da die obige Entscheidung unklar war, haben Kreisarzt Dr. Beaucamp und der Vorsitzende des Ärzte-Vereins Dr. Gronau eine persönliche Rücksprache mit dem zuständigen englischen Sicherheitsoffizier Major L[eech] gehabt und die untenstehende [*im Folgenden paraphrasiert wiedergegeben*] Erklärung erhalten. [...]

Wir fordern demnach die in der Liste aufgeführten Ärzte, soweit sie Krankenhaus-tätigkeit ausüben, auf, die Tätigkeit sofort vorläufig niederzulegen. Es steht Ihnen gegen die Verfügung der Militärregierung ein Revisionsantrag zu, der durch den Kreisarzt beim engl. Sicherheitsoffizier Major Leech einzureichen ist. Der Revisionsantrag kann damit begründet werden, dass die Krankenhaus-tätigkeit einen grossen Teil der Praxis ausmacht und dass es im Interesse der Patienten liegt, dass sie weiter ausgeübt werden darf.

---

<sup>380</sup> Borchers' Stellungnahmen fallen dadurch auf, dass sie im Zweifelsfall nicht gefällig waren. Wenig günstig äußerte sich Borchers über seinen chirurgischen Fachkollegen am Forster Krankenhaus Egon Sulger: dieser sei ein schwacher Charakter und daher leicht in das Regime integrierbar gewesen. Demgegenüber sind beispielsweise von Wilhelm Studte nur durchgehend positive Zeugnisse über Kollegen bekannt.

<sup>381</sup> Otto Gronau, Jahrgang 1890, 1914 approbiert, anschließend im deutschen Heer; 1917 Promotion. 1931 Polizeimedizinalrat in Aachen. 1934 Beitritt zur NSV. Nicht Mitglied der NSDAP. LA NRW NW-1079-2838.

<sup>382</sup> Vgl. die Dokumente in: StaA PA Aschermann.

#### IV. Nachkriegszeit

Mit kolleg. Gruss!

Der Vorsitzende

Dr. Gronau<sup>383</sup>

Hier war der Aachener Ärzteverein bereit, sich in Einzelfällen auf Unwissenheit zu berufen bzw. keine ernsthaften Nachforschungen zu tätigen, wenn Ärzte mit konkreten Beschuldigungen konfrontiert wurden. Wer an den Städtischen Krankenanstalten Zwangssterilisierungen und -abtreibungen bei Zwangsarbeiterinnen durchgeführt hatte, war in Aachen – darauf weisen Äußerungen Bernhard Karhoffs und Erich Zurhelles hin<sup>384</sup> – ein offenes Geheimnis: Als der nach Quellenlage einzig als Täter in Frage kommende Max Krabbel unter der Bedingung, Pensionen zu erhalten, auf eine Wiederanstellung als Chefarzt der Chirurgie an den Städtischen Krankenanstalten zu verzichten bereit war,<sup>385</sup> richtete die Stadtverwaltung eine Anfrage an den Ärzteverein, ob seinen Mitgliedern Näheres über die besagten Beschuldigungen gegen Krabbel bekannt sei. Gronau entschied sich dafür, zu antworten, dass dies nicht der Fall sei – womit sich die Stadtverwaltung zufrieden gab und die Pensionsansprüche erfüllte.<sup>386</sup>

Ernsthafte Konsequenzen durch die Urteile der Entnazifizierungsausschüsse ergaben sich für die hier untersuchten Aachener Ärzte in keinem Fall. Spätestens im Revisionsverfahren, das beinahe sämtliche Betroffene im Fall einer Erstbeurteilung jenseits der Kategorie V („Entlastet“) anstrebten, wurden die Ärzte von NS-Belastungen soweit freigesprochen, dass Sanktionen nicht erfolgten. Auch Möhlmann und Klostermeyer gelangten nach der Revision wieder auf ihre Stellen.

In der Geschichtswissenschaft herrscht Einigkeit darüber, dass die Arbeit der Ausschüsse hinsichtlich ihrer Aufklärung über NS-Belastungen äußerst kritisch betrachtet werden muss: Sie war einerseits von schierer Überlastung, andererseits aber auch – vor allem gegen Ende der 1940er Jahren in den Revisionsverfahren – von zunehmender Nachsichtigkeit, die bis zur Wahrheitsbeugung reichte, geprägt.<sup>387</sup> Dies bildet sich auch in den hier untersuchten Verfahren deutlich ab und gilt nicht nur hinsichtlich der Urteile, sondern auch für die Verfahren selbst. So blieb das Beibringen von Zeugenaussagen und weiteren Materialien in aller Regel alleine den jeweils entnazifizierten Ärzten überlassen. Nur in den seltensten Fällen wurden ihre Angaben (und die ihrer Zeugen) anhand von Dokumenten aus der NS-Zeit überprüft. Insbesondere wurde von der bestehenden Möglichkeit, Personalakten oder Auszüge aus den damals in Berlin-Zehlendorf gelagerten NS-Karteieintragungen anzufordern, kaum Gebrauch gemacht. Auf diese Weise wurden in mehreren Fällen bewusste Irreführungen nicht sanktioniert.<sup>388</sup>

---

<sup>383</sup> LA NRW NW 1079 Nr. 10.092.

<sup>384</sup> Vgl. Erklärung Bernhard Karhoff vom 18.8.1947, LA NRW NW-1079-3497; Erklärung Erich Zurhelle vom 18.12.1945; LA NRW NW-1087-70.

<sup>385</sup> Vgl. bereits Döbber/Groß/Schreiber (2010), S. 80 f.

<sup>386</sup> Vgl. ebd.

<sup>387</sup> Vgl. hierzu am Beispiel der Ärzte Grundmann (2007).

<sup>388</sup> Ein prägnantes Beispiel bietet das Beispiel Friedrich Paulus', der mit dem Ziel der Selbstentlastung eine Reihe unwahrer Angaben zu seiner Person machte, die sich bei einer Prüfung seiner Personalakte leicht als solche hätten feststellen lassen können, aber nicht bemerkt wurden. Hierher gehört u.a., dass

## 2. „In ungewöhnlichen Zeiten muß man ungewöhnliche Wege gehen.“ Die städtische Personalpolitik in der frühen Nachkriegszeit

Für kurze Zeit hatte die Stadt Aachen nach Kriegsende – bis 1947 und auf den Druck der Militärregierung – vakant gewordene Chefarztstellen in die Hände von Ärzten gelegt, die im Nationalsozialismus entweder nur formale Zugeständnisse an das Regime getätigt hatten und/oder als NS-kritische Mediziner in Erscheinung getreten waren. Die politische Haltung dieser Ärzte im Nationalsozialismus – Keller, Studte, Schetter, Schild – sollte jedoch keineswegs typisch für das Gros der Mediziner der Städtischen Krankenanstalten nach 1945 sein. Mit Ferdinand Hoff betrat 1948 in Aachen ein Arzt die Bühne, der bereits in vielerlei Hinsicht dem Profil des leitenden ärztlichen Personals der Nachkriegszeit entsprechen sollte. Er gehörte zu den führenden deutschen Internisten seiner Zeit. Was verschlug ihn 1948 nach Aachen?

### 2.1 Innere Abteilung: Ferdinand Hoff – Ein emblematischer Fall

Ferdinand Hoff besaß, so hat es der kanadische Historiker Michael Kater bereits treffend formuliert, nicht das „typische Profil eines Mitläufers“.<sup>389</sup> Er war vielmehr das Beispiel eines Mediziners, der im Nationalsozialismus eine glänzende akademische Laufbahn absolviert und sich dabei „eines weit überdurchschnittlich guten Verhältnisses zur NSDAP“ erfreut hatte – und dies nach 1945 mit Erfolg aus seiner Vita „sauber ausstrahlt[e]“.<sup>390</sup>

Über seine Rolle im Nationalsozialismus hat sich Ferdinand Hoff zwei Mal ausführlich geäußert. In seinem Entnazifizierungsverfahren 1947 und 1971, als er über sein Leben ein dickes Buch veröffentlichte, „Erlebnis und Besinnung. Erinnerungen eines Arztes“, erschienen im renommierten Propyläen-Verlag.<sup>391</sup> Beide Dokumente lesen sich über weite Strecken wie dem Leben verschiedener Personen entnommen: Was hier zum Beleg seiner Distanz zum Nationalsozialismus genannt und unterstrichen wird, wird dort mit keinem Wort gestreift und vice versa. Wo er sich hier zu rechtfertigen versucht und scheinbar offenherzig solche Punkte benennt, kommen diese dort nicht vor. Politische Beurteilungen über ihn durch Staats- und Parteistellen im Nationalsozialismus eröffnen schließlich eine dritte Dimension. Wenig passt dabei zusammen.

Was soweit feststeht, ist Hoffs Karriere im Nationalsozialismus: 1896 in Kiel geboren als Sohn eines Mittelschulkonrektors, machte Hoff im August 1914 das „Notabitur“ und meldete sich freiwillig an die Front. Er blieb bis 1918 im Heeresdienst und wurde bei Kriegsende im Rang eines Leutnants entlassen. In Kiel studierte er anschließend Medizin, wurde hier 1922 approbiert und promoviert. Bis 1926 war er – mit einem Jahr Unterbrechung, das er an Heinrich Schades Physikalisch-chemischem Laboratorium verbrachte – Assistent von Georg Hoppe-Seyley an den Städtischen Kranken-

---

abweichend von seinen Angaben im Entnazifizierungsverfahren nach Aktenlage weder seine Kompetenzbescheidung 1944 (Abgabe der Leitung der Beratungsstelle seiner Klinik) noch das Ausbleiben der Ernennung zum Obermedizinalrat auf politische Gründe zurückzuführen war.

<sup>389</sup> Kater (2000), S. 230.

<sup>390</sup> Ebd.

<sup>391</sup> Hoff (1971).

#### IV. Nachkriegszeit

anstalten in Kiel. Anfang 1927 wurde Hoff Assistent von Ludwig Robert Müller an der Medizinischen Universitätsklinik Erlangen, wo er sich 1928 habilitierte. 1931 ging er als Oberarzt an die Medizinische Universitätsklinik Königsberg, die von Herbert Assmann geleitet wurde.

Im Nationalsozialismus erfolgten seine Ernennungen zunächst zum apl. Professor in Königsberg (Juli 1934), zum a.o. Professor und Vorstand der Medizinischen Poliklinik in Würzburg (Oktober 1936) und zum ordentlichen Professor der Medizinischen Klinik in Graz (Oktober 1941). Daneben gab es einige von ihm ausgeschlagene Angebote und Berufungen, so z.B. 1934 die Leitung der Inneren Abteilung des renommierten Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin (Nachfolge Kurt Gutzeit), 1935 die Leitung des Physikalisch-chemisches Instituts in Kiel (Nachfolge Schade) und 1944 den Lehrstuhl für Innere Medizin der Medizinischen Akademie Düsseldorf.<sup>392</sup>

Als eine wesentliche Ursache für seine beeindruckende Laufbahn im Nationalsozialismus präsentierte Hoff in seinen Memoiren Bauchschmerzen über das allgemeine politische Klima in NS-Deutschland. Durch die vielen Magengeschwüre, die ihn infolge dieses Unbehagens ereilt hätten, habe er im Krankenbett immer wieder „Gelegenheit“ gehabt, bedeutende medizinische Schriften zu verfassen, die ihm dann die Türen geöffnet hätten.<sup>393</sup> Hoff ging in seiner Autobiographie recht ausführlich auf die NS-Zeit ein. Dass er dabei weder seine SA-Angehörigkeit (ab 1933) noch seine NSDAP-Mitgliedschaft (1937) verschweigt,<sup>394</sup> ist nur auf den ersten Blick bemerkenswert, denn diese Mitgliedschaften waren im universitären Kollegenkreis nach 1945 wegen konkreter damit verbundener Vorwürfe – dazu später mehr – nachweislich noch so bekannt, dass er hierum schwerlich einen Bogen machen konnte, ohne zu riskieren, dass ihm von Seiten seiner (durchaus prominenten) universitätsinternen Kritiker nun möglicherweise auch öffentlich Nachfragen gestellt würden.

In seinen Memoiren zeichnete Hoff von sich detailreich das Bild eines aus rein materiellen Gründen angepassten Arztes, der dem Regime innerlich fern gestanden hätte.<sup>395</sup> Ganz dieser distanzierten „Optik“ bediente er sich auch bei der Beschreibung von Begegnungen mit zahlreichen führenden Medizinerinnen des „Dritten Reichs“, die in die Machenschaften der NS-Medizin verstrickt waren, von Gutzeit über de Crinis bis hin zu Bieling.<sup>396</sup> Nicht mit Namen genannt werden hingegen verfolgte Ärzte, von denen er behauptet, mit ihnen in Kontakt gestanden zu haben.<sup>397</sup> Ebenso wenig konkret informieren seine Lebenserinnerungen über Momente, die seine innere Gegnerschaft veranschaulichen sollen. Wenn von Konflikten mit Parteistellen die Rede

---

<sup>392</sup> BArch Berlin, Abt. R., PK E289. Erwähnenswert sind noch Hoff's Zweitplatzierungen auf Berufungslisten für Lehrstühle für Innere Medizin an der Universität Halle 1936 und der Universität Kiel 1943. Vgl. Hoff (1971), S. 331; BArch Berlin, Abt. R., RK E 289.

<sup>393</sup> Vgl. Hoff (1971), S. 320; vgl. auch S. 326 u. 392.

<sup>394</sup> Vgl. ebd., S. 328 u. 336.

<sup>395</sup> Von Anfang an, so heißt es in seinen Memoiren, habe er unter Druck gestanden und so stark unter diesem gelitten, dass er sich schließlich – formal – gebeugt hätte. Für das Gegenteil habe ihm der Mut gefehlt.

<sup>396</sup> Hoff (1971), S. 356 u. 360.

<sup>397</sup> Ebd., S. 341 u. 382.

ist, sind die Entscheidungsträger in der Partei entweder edle Brüder im Geiste, die ihn am Ende warnen, aber nicht anzeigen,<sup>398</sup> oder aber nicht näher benannte Menschen, die ihn denunzieren,<sup>399</sup> deren Denunziationen aber keinerlei Konsequenzen nach sich ziehen.<sup>400</sup>

Nichts davon ist belegbar. Das gilt auch für die Äußerungen des gewichtigsten Zeugen, den Hoff für seine Distanz zur NSDAP anführt: einen angeblichen Mitverschwörer des 20. Juli, Rudolf Lütters, kommandierender General der Wehrmacht im besetzten Kroatien. Dieser konnte, da er 1945 in sowjetischer Gefangenschaft gestorben war, Hoff's Angaben freilich nicht mehr bestätigen. 1944, kurz vor dem Attentat auf Hitler, so Hoff, habe Lütters ihn in die Pläne eingeweiht. Er sei ins Vertrauen gezogen worden, weil, so der in den Memoiren behauptete O-Ton des Generals, „wir wissen, daß Sie kein Nazi sind, wir haben unsere Informationen.“<sup>401</sup> Man verlange nicht, dass er sich an den Vorbereitungen oder der Durchführung des Umsturzes beteilige: „Aber wenn Hitler gestürzt ist und die neue Regierung steht, dann werden Sie sich nicht versagen. Wir brauchen einen Mann, der die Leitung des Sanitätswesens übernimmt.“<sup>402</sup>

Es gibt sehr gute Gründe, die Faktizität dieser Unterhaltung anzuzweifeln. Nicht nur fehlt es an Hinweisen auf eine Zugehörigkeit Lütters zum Kreis der Verschwörer des 20. Juli. Es ist über den Militär inzwischen auch bekannt, dass er den Terror gegen die jugoslawische Zivilbevölkerung maßgeblich und äußerst brutal vorangetrieben hat.<sup>403</sup> Auch dass Lütters, wenn er denn doch Verbindungen gehabt haben sollte, als einer Randfigur des militärischen Widerstands der Auftrag zugekommen wäre, eine so herausgehobene Position wie die der Nachfolge Karl Brandts in einer Regierung nach Hitler zu regeln und diese ausgerechnet dem ihm zuvor persönlich gänzlich unbekanntem Hoff anzutragen, erscheint wenig plausibel.

Merkwürdig auch, dass Hoff die Geschichte mit Lütters wie eine Reihe weiterer in seinen Memoiren zu seiner Entlastung angegebener Punkte nicht als erwähnenswert einfiel, als er sich in seinem Entnazifizierungsverfahren zu rechtfertigen hatte und dort die aus seiner Sicht wichtigsten Aspekte ansprach. An erster Stelle hatte er dort angegeben – wovon in seinen Memoiren nirgendwo die Rede ist –, dass sein 1940 erschienenes Buch „Behandlung innerer Krankheiten“ sein „ärztliches Bekenntnis“<sup>404</sup> gegen den Nationalsozialismus gewesen sei, weil er darin nicht Zwangssterilisationen und Krankenmord „propagiert“ hätte (was *so* formuliert tatsächlich zutrifft, aber dennoch irreführend war).<sup>405</sup>

---

<sup>398</sup> Ebd., S. 342.

<sup>399</sup> Ebd., S. 361.

<sup>400</sup> Ebd., S. 382.

<sup>401</sup> Ebd., S. 390.

<sup>402</sup> Ebd., S. 390 f.

<sup>403</sup> Vgl. Schmider (1999).

<sup>404</sup> Erklärung vom 21.4.1948, LA NRW NW-1079-9300.

<sup>405</sup> Dies war insofern eine irreführende Behauptung, als Hoff in diesem Lehrbuch nicht auf Krankheitsbilder eingegangen war, die im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen „Euthanasie“-Programm standen, und nur in einem Fall auf eine „Erbkrankheit“, die nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ eine Indikation zur Zwangssterilisation bedeutete: Epilepsie – und hier

#### IV. Nachkriegszeit

Woher der Widerstandskreis um Stauffenberg „Informationen“ gehabt haben soll, dass Hoff „kein Nazi“ gewesen sei, ist eine delikate Frage, da Parteistellen von Hoff nachweislich den umgekehrten Eindruck hatten. Der Internist galt den Nationalsozialisten als ein Mediziner, „der jederzeit rückhaltlos im Interesse des nationalsozialistischen Staates handeln würde.“<sup>406</sup>

Michael Kater hat bereits auf weitere Unstimmigkeiten hingewiesen, so auf das Zustandekommen von Hoff's NSDAP-Mitgliedschaft 1937, die nachweislich nicht, wie von Hoff behauptet, die SA, sondern er selbst beantragt hatte; dann auf das aus den Quellen hervorgehende positive, ja: herzliche Verhältnis, das zwischen seiner Familie und den örtlichen NSDAP-Funktionären in Würzburg bestand;<sup>407</sup> auf Hoff's freiwillige Mitarbeit mit den NS-Fachschaften, für die er Vorträge über die sogenannte „Neue deutsche Heilkunde“ hielt; auf seine Mitgliedschaften im NS-Ärztbund und in dem an den Universitäten gefürchteten NS-Dozentenbund.<sup>408</sup> In den 1950er Jahren kursierten in akademischen Kreisen Gerüchte über eine mögliche Beteiligung Hoff's in der „Reichskristallnacht“ 1938 in Würzburg. Tatsächlich hatten dahingehende Beschuldigungen bereits im Entnazifizierungsverfahren bestanden. 1948 – er hatte seine Chefarztstelle in Aachen schon angetreten – erfuhr er von einer Anzeige gegen ihn wegen Landfriedensbruchs. Im Juli 1948 unterrichtete die Polizeidirektion Würzburg die Spruchkammer Aachen davon, dass gegen Hoff ein Strafverfahren wegen einer Beteiligung an der „Aktion gegen die Juden in der Nacht zum 10.11.38“ eingeleitet worden sei.<sup>409</sup> Ob es zustande kam, ist ungewiss.<sup>410</sup> Vor dem Entnazifizierungsausschuss rechtfertigte sich Hoff laut Protokoll folgendermaßen:

„Nachdem er schon lange Zeit unter dem Vorwand eines Magenleidens an SA-Veranstaltungen nicht mehr teilgenommen habe, sei er zu dem betreffenden Abend in Zivilkleidung ausdrücklich bestellt worden und auch hingegangen. Er habe dann gemerkt, dass sich ein Zug von SA-Leuten in Zivilkleidung in Richtung jüdischer Geschäfte in Bewegung gesetzt habe und sich sofort von dieser getrennt, weil er geahnt habe, dass Gewalttätigkeiten geschehen würden. Von diesen habe er am nächsten Morgen gehört und von dieser Zeit an nicht mehr an SA- oder Partei-Veranstaltungen teilgenommen.“<sup>411</sup>

---

wies er (kritiklos) auf die nach dem Gesetz vorgeschriebene „Meldung an das Gesundheitsamt zwecks Sterilisierung“ hin; Hoff (1942), S. 357.

<sup>406</sup> Kater (2000), S. 230.

<sup>407</sup> Vgl. hierzu auch die Materialien, u.a. die Beurteilung Hoff's durch die Gauleitung Mainfranken vom 14.6.1940, in: BArch Berlin, Abt. R., PK E 289.

<sup>408</sup> Vgl. Kater (2000), S. 229 f.

<sup>409</sup> Polizeidirektion Würzburg an den Vorsitzenden der Spruchkammer Aachen am 20.7.1948, LA NRW NW-1079-9300.

<sup>410</sup> Anfragen bei den in Frage kommenden Archiven ergaben dahingehend keine Informationen; eruiert werden konnte dabei jedoch eine weitere Quelle zu Hoff aus dem „Dritten Reich“ im Staatsarchiv Würzburg, die einmal mehr deutlich macht, dass gegen Hoff keinerlei politische Bedenken von Seiten der Nationalsozialisten bestanden; StA Würzburg, Gestapostelle Würzburg 1905.

<sup>411</sup> LA NRW NW-1079-9300.

Der Ausschuss empfand diese Aussagen als glaubwürdig. Hoff's späterer Kollege in Frankfurt am Main, Max Horkheimer, schrieb hierüber im Vorfeld von Hoff's Berufung an den zuständigen Minister:

„Wir wissen, dass er in der Nacht, in der die Synagogen zerstört wurden, angetreten war; er behauptet, dass er weggelaufen sei und es haben sich dafür auch einige Zeugen gefunden. Es wird wohl schwierig sein, die genaue Wahrheit festzustellen.“<sup>412</sup>

Horkheimer sprach sich gegen die Berufung Hoff's aus, da der „Geist, der in Hörsaal und Krankenhaus von Herrn Hoff ausstrahlt, nicht gerade ein fortschrittlicher oder auch nur freier sein wird“ und es „leicht möglich [sei], dass von einem späteren Zeitpunkt aus rückblickend die Berufung Hoff's als eine Stärkung der finsternen Tendenzen im deutschen Universitätsleben bewertet werden muss.“<sup>413</sup>

Hoff wurde dennoch 1951 nach Frankfurt berufen. Die Zeit in Aachen war für ihn vermutlich von Anfang an lediglich eine Übergangslösung nach dem Verlust seiner Anstellung in Graz 1945. Entsprechend kurz wird auch in den Memoiren das Intermezzo Aachen rekapituliert.

Seine Erinnerungen waren im Übrigen ein großer Erfolg.<sup>414</sup> Das mag an dem spezifischen, dort bedienten „Nachkriegsbewusstsein“<sup>415</sup> gelegen haben, das Hoff dort mit Blick auf seine Rolle im Nationalsozialismus gewissermaßen stellvertretend für weite Teile der Ärzteschaft zu Papier gebracht hat: Hier sprach ein renommierter Akademiker scheinbar offen an, dass er Parteimitglied war und erklärte dies eindrücklich mit dem äußerem Druck, der gemeinhin bestanden hätte. Die „Erzählung,“ dass er mit Bauchschmerzen ob der politischen Verhältnisse den Nationalsozialismus überstanden hätte, konnte das Gros seiner Kollegen als allgemein gültiges „Nachkriegsbewusstsein“ offenbar annehmen: Im „Dritten Reich“ sei er nur, „in den äußerlichen Gesten gleichgeschaltet“ gewesen, wie der General Lütters, „wie ganz Deutschland“.<sup>416</sup>

Interessant mit Blick auf die an den Städtischen Krankenanstalten Aachen nach 1945 verfolgten personalpolitischen Strategien ist in Hoff's Erinnerungen die Wiedergabe der ersten Begegnungen mit Albert Servais, dem damaligen Oberstadtdirektor:

„Er [Servais] begann mit der Bemerkung [...], er hätte ja genaue Auskünfte über meine Person erhalten, das sei sehr wichtig gewesen. Er habe deshalb schon alles vorbereiten können und keinen Zweifel, daß ich sehr schnell zum Direktor der Medizinischen Klinik der Krankenanstalt ernannt würde. Der frühere Chefarzt sei bei der Beschießung von Aachen umgekommen; es sei unbedingt notwendig, daß die Leitung der Klinik schnell in eine sichere Hand käme. [...] nun wollte ich erfahren, wie er überhaupt auf den Gedanken gekommen war, gerade mich nach

---

<sup>412</sup> Horkheimer an Minister Metzger am 24.2.1951, UArch Frankfurt a.M., Max Horkheimer Archiv, VI, 2. Vgl. auch Albrecht (1999), S. 144.

<sup>413</sup> Ebd.

<sup>414</sup> Es waren insgesamt drei Nachauflagen notwendig geworden.

<sup>415</sup> Kater (2000), S. 230.

<sup>416</sup> Hoff (1971), S. 391.

## IV. Nachkriegszeit

Aachen zu berufen. Servais lächelte: „In ungewöhnlichen Zeiten muß man ungewöhnliche Wege gehen. Wenn ich heute die Stelle des Direktors der Klinik öffentlich ausschriebe, würde ein Kampf aller gegen alle beginnen. Viele Ärzte und Beamte sind von den Amerikanern abgesetzt, Intrigen und Denunziationen sind alltäglich, es ist schwer, den geeigneten Mann zu finden. Ich bin einen anderen Weg gegangen. Ich habe einen ausgezeichneten Mann, der Arzt und zugleich ein einflußreicher Stadtrat in unserem Magistrat ist, gefragt: ‚Wer ist der bedeutendste Internist in Deutschland?‘ Die Antwort lautete: ‚Professor von Bergmann in München.‘ So habe ich an Professor von Bergmann geschrieben: ‚Wen schlagen Sie als Chefarzt unserer Medizinischen Klinik vor?‘ Und Bergmanns Antwort lautete: ‚Professor Hoff in Graz.‘“<sup>417</sup>

Servais wusste offenbar sehr genau um die Situation auf dem „Markt“ arbeitsloser oder auf unattraktiven Stellen verharrender NS-Mediziner und um die Möglichkeiten, die sich damit für Aachen ergaben: Ferdinand Hoff blieb, wie nun dargelegt wird, keineswegs ein Einzelfall. Vielmehr wurden die Städtischen Krankenanstalten Aachen nach 1945 zum „Auffangbecken“ NS-belasteter Fach-, „Größen“. Faktisch sollte in der Folge das Krankenhaus schon Anfang der 1950er Jahre über ein leitendes ärztliches Personal vom Rang einer Medizinischen Akademie oder Universitätsklinik verfügen. Frei gewordene Stellen nicht auszuschreiben, sondern im Vorfeld von Bestellungen in Fachkreisen Erkundigungen über arbeitslose oder auf wenig attraktive Stellen gelangte Nationalsozialisten einzuholen, entsprach der strategischen Logik dieser Personalpolitik: In der Tat ließen sich durch dieses Vorgehen gegenseitige, womöglich öffentlich ausgetragene „Denunzierungen“ weitestgehend verhindern. So ist, wie vorausgeschickt werden soll, neben dem Fall Hoff nur ein weiterer Fall dokumentiert, in dem die Stadtverwaltung Aachen von außen auf die NS-Vergangenheit eines neu eingestellten Chefarztes hingewiesen wurde. Konsequenzen zeitigte dies für den Betroffenen, ebenso wie zuvor im Fall Hoff, jedoch nicht:

### 2.2 SS-Mitglieder

#### 2.2.1 Chirurgische Klinik: Wilhelm Klostermeyer

Der Chirurg Wilhelm Klostermeyer trat bereits 1945 zunächst kommissarisch die Nachfolge von Max Krabbel an. Wegen seiner SS-Mitgliedschaft wurde er kurz darauf von seiner Anstellung wieder entbunden. Am Ende gelang es ihm durch falsche Angaben über seine Vita, als „Entlasteter“ auf die Chefarztstelle in Aachen zurück zu gelangen.

Klostermeyer wurde 1908 in Münster/Westfalen geboren.<sup>418</sup> Nach dem Abitur 1927 absolvierte er ein Medizinstudium in Leipzig, München und der Universität seiner Heimatstadt, wo er im Dezember 1932 das medizinische Staatsexamen ablegte. Sein praktisches Jahr verbrachte er an den städtischen Krankenanstalten in Gera und der Universitätsklinik Münster. 1935 wurde er Assistent der I. Medizinischen Klinik der Universität Hamburg und wechselte dort im Jahr darauf an die Chirurgische Klinik. 1939 wurde er zur Wehrmacht einberufen, blieb jedoch zunächst in seiner Funktion an

---

<sup>417</sup> Ebd., S. 429.

<sup>418</sup> Vgl. zu den Lebensdaten die Angaben in: LA NRW NW-1023-1644; BArch Abt. R., RS C5523; BArch Abt. R., PK G41.

der Chirurgischen Klinik; ab 1942 diente er als Abteilungsarzt in Kriegslazaretten und war zeitweilig im besetzten Paris stationiert.

Bereits 1933 war Klostermeyer der NSDAP und 1937 dem NS-Ärztebund beigetreten. Seine Mitgliedschaft in der SS suchte Klostermeyer in seinem Entnazifizierungsverfahren zu relativieren, indem er behauptete, sein Beitritt sei „1934“ auf äußeren Druck hin erfolgt. Er habe lediglich klinische Untersuchungen an SS-Angehörigen durchgeführt und sei schließlich nach Differenzen zu Beginn des Jahres 1939 wieder aus der SS ausgetreten. Als Beleg brachte er an, im Zweiten Weltkrieg nicht von der SS, sondern von der Wehrmacht einberufen worden zu sein.<sup>419</sup>

Mit Ausnahme des zuletzt genannten Punkts, der allerdings nicht mit einem (nie erfolgten) Austritt aus der SS zusammenhing, entspricht hiervon nichts den Tatsachen: So trat Klostermeyer nachweislich bereits im Juni 1933 der SS bei und entfaltete hier in den folgenden Jahren so viele Aktivitäten – er war 1936 zum SS-Oberscharführer und 1937 zum SS-Untersturmführer befördert worden und in dieser Eigenschaft Kompaniechef einer SS-Sanitäts-Oberstaffel –, dass er das Führerkorps seiner SS-Standard 1939 bitten musste, ihn von seinen dienstlichen Obliegenheiten vorübergehend zu entbinden, da er mit seiner Habilitation in Verzug gerate. Das SS-Hauptamt kam dieser Bitte nach, doch schied Klostermeyer damit keineswegs aus der SS aus. Er firmierte fortan nicht mehr als *der*, sondern als „SS-Führer *in* der San.-Staffel III/28“.<sup>420</sup> Klostermeyer, dessen umfassende Bildung und rednerische Gaben innerhalb der SS geschätzt wurden, war ein auch ideologisch überzeugter SS-Mann. Im Hinblick auf seine Einstellung zur NS-„Weltanschauung“ wurde er als „unbedingt gefestigt“<sup>421</sup> beurteilt. 1936 trat er aus der Kirche aus.<sup>422</sup> Doch hiermit hing nicht zusammen, dass der Entnazifizierungsausschuss Klostermeyers Version über Hintergründe und Stationen seiner SS-Laufbahn keinen Glauben schenkte. Er wurde vielmehr mit Dokumenten konfrontiert, die ein Fortbestehen seiner Angehörigkeit noch für das 1942 nachwiesen.

Auch in einem anderen Punkt gelang es Klostermeyer nicht, den Ausschuss mit Angaben, die ihn entlasten sollten, zu überzeugen: So wollte er politische Verbindungen zum 20. Juli, namentlich zum Generalquartiermeister Wagner, gehabt haben. Die Zeugenaussagen wurden jedoch nicht als glaubwürdig angesehen – zu diesem Ergebnis zumindest kam der Ausschuss im Stadtkreis Aachen. 1948 gelang es Klostermeyer jedoch (ohne Beibringung von weiteren Dokumenten), dass im Revisionsverfahren in Düsseldorf sämtliche seiner – zum Teil nachweislich unwahren, zum Teil zweifelhaften – Angaben als zutreffend angenommen wurden: Da lediglich einer der Beisitzer Zweifel

---

<sup>419</sup> Siehe die Abschrift des Urteils des Revisionsausschusses vom 12.4.48 und diejenige vom 21.8.1947, LA NRW NW-1023-1644.

<sup>420</sup> Ernennung durch den Chef des SS-Personalhauptamtes vom 21.8.1939 (Hervorh. d. Verf.), BArch, Abt. R., SS 182-1, unpag.

<sup>421</sup> SS-Personal-Bericht/Beurteilung vom 27.7.1937, BArch, Abt. R., SS 182-1, unpag.

<sup>422</sup> Dies mag mit seiner Heirat – für diesen Fall mussten SS-Angehörige bestimmte Nachweise, u.a. den Nachweis der Konfessionslosigkeit, erbringen – zusammen gegangen haben. Seine (erste) Ehefrau war eine aus Hamburg stammende technische Assistentin, deren Eltern schon vor der „Machtergreifung“ in die NSDAP eingetreten waren und deren Mutter in der NS-Frauenschaft aktiv war. Vgl. BArch, Abt. R., RS C 5523, Bl. 108.

#### IV. Nachkriegszeit

zu Protokoll gab – dies jedoch massiv, u.a. weil Klostermeyer über den 20. Juli „noch weniger zu sagen [wußte], als was durch Zeitungsberichte bekannt ist“<sup>423</sup> –, wurde Klostermeyer mit vier zu einer Stimme in die Kategorie V [!] eingestuft. Zugleich wurde ausdrücklich darauf verwiesen, dass Klostermeyer „als Chefarzt tragbar“ sei.

Die chirurgische Abteilung der Städtischen Krankenanstalten führte Klostermeyer bis zur Gründung der Universitätsklinik. Aus Altersgründen wurde er nicht als Ordinarius übernommen, sondern als Abteilungsleiter.



*Abb. 20: Wilhelm Klostermeyer (ca. 1938)*

##### 2.2.2 Frauenklinik: Georg Effkemann

Mit dem 41-jährigen Gynäkologen und Geburtshelfer Georg Effkemann wurde mit Wirkung vom 1. August 1948 ein weiterer habilitierter Arzt bestellt, dessen NS-Belastung im Entnazifizierungsverfahren nicht durchleuchtet wurde. Wie Klostermeyer profitierte er davon, dass der Ausschuss Irreführungen nicht sanktionierte. Über Irritationsmomente wie Hinweise auf eine aktive Rolle des Arztes bei der „Reichskristallnacht“ 1938 in Düsseldorf wurde nach halbherziger Prüfung ebenso hinweggegangen wie Hinweise auf eine SS-Mitgliedschaft ungeklärt blieben. Auch wurden weitere Angaben des Gynäkologen über seine Zugehörigkeit zu NS-Organisationen ungeprüft zur Kenntnis genommen und akzeptiert:

Effkemann, Jahrgang 1907, stammte aus einfachen Verhältnissen. Sein Vater war Hufschmied in Bochum. Mit 21 Jahren nahm Effkemann, nachdem er das Abitur am Real-Gymnasium in Wanne-Eickel bestanden hatte, das Studium der Medizin in München, Jena und Berlin auf. 1931 legte er die ärztliche Prüfung ab und promovierte 1932 zum Dr. med. Nichts weist bis dahin auf eine Nähe zum Nationalsozialismus hin: Während des Studiums hatte sich Effkemann, der 1940 aus der Kirche austreten sollte, im katholischen Studentenbund engagiert; sein praktisches Jahr begann er am Rudolf-

---

<sup>423</sup> Erklärung Peter B. vom 10.5.1948, LA NRW NW-1023-1644.

Virchow-Krankenhaus in Berlin bei dem jüdischen Internisten Leopold Lichtwitz (1876-1943), der kurze Zeit später von den Nationalsozialisten entlassen wurde.<sup>424</sup>



*Abb. 21: Georg Effkemann (ca. 1939)*

1932 erhielt Effkemann ein Stipendium der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, der Vorgängerinstitution der DFG, und ging an das von Emil Abderhalden geleitete Physiologische Institut der Universität Halle, um sich auf dem Gebiet der physiologischen Chemie zu spezialisieren. 1934 folgte eine Assistenzarztstelle bei Hans Reinhard Schmidt-Elmendorff an der Medizinischen Akademie Düsseldorf. Dort habilitierte er sich 1937 für Geburtshilfe und Gynäkologie und erhielt die Anerkennung als Facharzt. Er war zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglied in beinahe allen NS-Organisationen, die für Ärzte mit universitären Ambitionen förderlich waren: Neben NSDAP und SA waren dies der NS-Ärztebund, die NSV und die Reichsdozentenschaft, in der er sich besonders engagierte.<sup>425</sup>

Die SS-Führungspersonakten<sup>426</sup> weisen aus, dass Effkemann zunächst vom 1. November 1941 bis zum 1. April 1942 im SS-Lazarett in Prag als Abteilungsarzt eingesetzt war. Anschließend wurde er zur 1. SS-Infanterie-Brigade versetzt, einer motorisierten Einheit, deren Personal zu einem großen Teil zuvor in Konzentrationslagern eingesetzt worden war. Nur wenige Wochen später, am 20. April 1942, erfolgte seine Versetzung als Chirurg im Rang eines SS-Hauptsturmführers zur SS-Panzer-Division Wiking.<sup>427</sup>

<sup>424</sup> Vgl. StA PA Effkemann, Bl. 4.

<sup>425</sup> Vgl. hierzu im Einzelnen: LA NRW NW-1002-MED/Nr. 29591 sowie die ihn betreffenden Akten im ehemaligen BDC: BArch, Abt. R. PK C 7; BArch, Abt. R, DA A 17.

<sup>426</sup> BArch, Abt. R., SS Führungspersonalakt 173, Bl. 959.

<sup>427</sup> Er könnte dort Josef Mengele kennengelernt haben, der im Juni 1942 nach einer Verwundung von der Front abgezogen wurde.

#### IV. Nachkriegszeit

Im Dezember 1943 erhielt er ein sogenanntes „Klinikkommando“, womit er wieder an der Medizinischen Akademie Düsseldorf beschäftigt war. Von der SS war er zum Abschied mit dem „Julleuchter“ ausgezeichnet worden.<sup>428</sup> 1942 verbeamtet auf Lebenszeit, wurde er in Düsseldorf 1944 zum außerordentlichen Professor ernannt.

Im Entnazifizierungsverfahren gab er, ab 1938<sup>429</sup> Mitglied der NSDAP (tatsächlich 1933)<sup>430</sup> geworden und in die SA 1934<sup>431</sup> aufgenommen worden zu sein (tatsächlich: 1933).<sup>432</sup> Auch behauptete er, „stets für politisch unzuverlässig“<sup>433</sup> angesehen worden zu sein (tatsächlich wurde er durchgehend als „politisch völlig zuverlässig“<sup>434</sup> beurteilt) und dass es im Zweiten Weltkrieg nicht die SS, sondern die „Wehrmacht“<sup>435</sup> gewesen sei, die ihn einzog. Kurzum: Er versuchte, seinen NS-Lebenslauf umzuschreiben in den eines gewöhnlichen „Mitläufers“. Das Risiko, das Effkemann damit einging, legt den Verdacht nahe, dass er womöglich mehr zu verbergen hatte als das, was sich im Rahmen der Recherchen belegen ließ. So soll Effkemann beispielsweise im November 1938 in der Pogromnacht aktiv mitgewirkt, in der Wohnung eines Juden das Klavier aus dem Fenster geworfen und anschließend mit seinem Anteil an den Ausschreitungen in der „Reichskristallnacht“ geprahlt haben. Eine Zeugin wollte sich im Entnazifizierungsverfahren hierzu jedoch nicht (mehr) äußern; es hieß, dass sie „durch Herrn Prof. Effkemann unter Druck gesetzt worden [sei], sodass sie ihre Kenntnisse nicht habe zum Ausdruck bringen können.“<sup>436</sup>

1947 zunächst in der Medizinischen Klinik in Düsseldorf wieder eingesetzt, trat er am 1. August 1948 die Chefarztstelle an der Frauenklinik der Städtischen Krankenanstalten Aachen an. 1949 erkrankte er an einer Hepatitis epidemica. An den Folgen verstarb Georg Effkemann am 20. November 1954.

---

<sup>428</sup> BArch SS Führungspersonalakt, Bl. 959. „Julleuchter“ waren mit Runen verzierte Kerzenhalter aus Ton, die von den damit geehrten SS-Leuten bei den „Jul-Feiern“ rituell entzündet wurde.

<sup>429</sup> So Effkemanns Angaben im Personalbogen und in der Beilage zum Fragebogen in: LA NRW, NW-1002-MED/Nr. 29591.

<sup>430</sup> Entgegen seiner Behauptung von einer „langen Parteianwartschaft 1933-1938“ (ebd.) war er bereits im April 1933 in die NSDAP (Mitgliedsnummer 1834844) aufgenommen worden. Vgl. BArch, Abt. R., DA A 17, Bl. 2072.

<sup>431</sup> Vgl. Personalbogen in: LA NRW, NW-1002-MED/Nr. 29591.

<sup>432</sup> Vgl. BArch, Abt. R., DA A 17, Bl. 2072.

<sup>433</sup> So Effkemann in der Beilage zum Entnazifizierungsbogen, LA NRW, NW-1002-MED/Nr. 29591.

<sup>434</sup> So Soebel an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 29.11.1939, BArch, Abt. R., DS A 17, Bl. 2126. Vgl. auch den Durchschlag einer Beurteilung des Düsseldorfer Oberbürgermeisteramtes vom 24.1.1938: „Herr Effkemann kann als Hochschullehrer nicht in Frage kommen, nicht etwa wegen politischer Unzuverlässigkeit, denn er gibt sich auf diesem Gebiete durchaus Mühe, sondern weil er einfach das nötige Format trotz allen Fleißes und aller wissenschaftlicher Betätigung nicht besitzt. Für die Verleihung der Dozentur müssen eben Voraussetzungen erfüllt sein, die der gewöhnliche Arzt nicht zu erfüllen braucht.“, LA NRW NW-1002-MED/Nr. 29591.

<sup>435</sup> So Effkemann in seinem Lebenslauf vom 3.2.1948, StaA PA Effkemann, Bl. 4.

<sup>436</sup> Custodis an Engelbrecht (undat.), LA NRW NW-1002-MED/Nr. 29591. Custodis hatte darauf die Zeugin näher befragt, ohne dass diese zu näheren Auskünften bereit war.

### 2.2.3 Urologische Klinik: Karl Heusch

Unter den habilitierten Ärzten, die in der frühen Nachkriegszeit eine Anstellung an den Städtischen Krankenanstalten Aachen erhielten, findet sich neben Philipp Keller ein weiterer gebürtiger Aachener: Karl Heusch. Er wurde 1948 Chefarzt der urologischen Klinik. Der neu eingerichteten Abteilung stand damit ein Arzt vor, der zu den zentralen Figuren der Geschichte der Urologie in Deutschland zu zählen ist. Als „begabtester Schüler“<sup>437</sup> des ersten Ordinarius' auf diesem Fachgebiet, Otto Ringleb, war Heusch der deutschlandweit erste Habilitant im Fach Urologie (1942). Im „Dritten Reich“ war ihm bereits 1933 die Stelle als dirigierender Arzt der urologischen Klinik am renommierten Rudolf-Virchow-Krankenhaus übertragen worden, wo er bis 1945 wirkte.

Karl Heusch genoss zu Lebzeiten über die Grenzen Deutschlands hinaus einen respektablen Ruf. Zu nach 1945 noch lebenden, von den Nationalsozialisten ins Exil vertriebenen jüdischen Kollegen stand er zwar nicht in enger Verbindung. Dokumentiert ist aber ein sporadischer Briefkontakt mit Leopold Casper (1859-1959)<sup>438</sup> und Paul Rosenstein (1875-1964). Letzterem teilte Heusch im Oktober 1953 als amtierender Präsident der „Deutschen Gesellschaft für Urologie“ mit, dass die Jahreshauptversammlung der deutschen Urologen einstimmig beschlossen hatte, ihm die Ehrenmitgliedschaft anzutragen. Der nach Brasilien emigrierte Rosenstein antwortete Heusch von Rio de Janeiro aus „mit tiefer Ergriffenheit“: Er empfinde diese Entscheidung als „eine der bedeutendsten Formen der Wiederanerkennung in meiner alten Heimat“; er sei von „Stolz und aufrichtiger Dankbarkeit erfüllt“.<sup>439</sup>

Gewiss wusste Rosenstein nicht, dass er diese Ehrung aus den Händen eines ehemaligen SS-Sturmbannführers entgegennahm. Ob Heusch die Auszeichnung Rosensteins ein echtes persönliches Anliegen war, ist auch aus anderen Gründen stark zu bezweifeln. Die Initiative war nicht auf ihn selbst zurückgegangen;<sup>440</sup> und auch generell fiel der Aachener Arzt nach 1945 nicht durch ein Engagement auf, mit dem er standespolitisch die Vertreibung der jüdischen Fachkollegen im „Dritten Reich“ zu einem Thema gemacht hätte. Das Gegenteil trifft hier zu: Heusch meldete sich Mitte der 1950er Jahre mit zwei Aufsätzen zur Geschichte der Urologie in Deutschland zu Wort<sup>441</sup> und behandelte darin die Zeit des Nationalsozialismus wie jede andere, d. h.: sie kam *als solche* nicht vor; die Vertreibung der jüdischen Urologen verschwieg er. Heusch sollte jedoch, worauf Moll et al. (2010) hingewiesen haben, mit dieser „gefärbten“ Darstellung der Geschehnisse in der NS-Zeit das Bild der Urologie von der

<sup>437</sup> So Forssmann/Boeminghaus (1959), S. 603.

<sup>438</sup> Vgl. zu ihm Moll/Rathert/Fangerau (2009).

<sup>439</sup> Brief Paul Rosenstein an Karl Heusch vom 13.10.1953. TNL Heusch, Ordner „Ausarb. u. Korresp.“, unpag. Hier ist auch der gelegentliche fachliche Austausch mit Leopold Casper dokumentiert, siehe ebd. dessen Brief an Heusch vom 2.3.1955.

<sup>440</sup> Bei der Wahl Rosensteins zum Ehrenmitglied der deutschen Urologenvereinigung hatte die Versammlung dem Drängen Willibald Heyns (1891-1953) nachgegeben, der 1933, als „Judenfreund“ denunziert, seine Anstellung als Chirurg an der Universitätsklinik in Moabit verloren hatte. Vgl. Wenske (2008), S. 152.

<sup>441</sup> Heusch (1957a); Heusch (1957b).

#### IV. Nachkriegszeit

Nachkriegszeit bis heute maßgeblich bestimmen.<sup>442</sup> Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang noch zweierlei: Zum einen, dass Heusch diese fachhistorischen Schriften – ausgerechnet – als empörte Reaktion auf einen von ihm und seinen ehemaligen Assistenten als „Verfälschung der Medizinhistorie“<sup>443</sup> wahrgenommenen Fauxpax verfasst hatte: In der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Virchowkrankenhauses war es versäumt worden, auf die Klinik Heuschs gebührend einzugehen.<sup>444</sup> Zum anderen gehörte Heusch – und dies mag sein Schweigen zu diesem Punkt erklären – „nach dem Ausscheiden jüdischer Kollegen ab 1933 zu den jungen Nachwuchswissenschaftlern der Berliner Urologie“<sup>445</sup> und wurde 1933, als Profiteur der Vertreibungen, in Berlin Chefarzt der ersten an einem kommunalen Krankenhaus eingerichteten urologischen Abteilung.

Karl Maria Martin Heusch wurde 1894 geboren. Er stammte aus einer in der Region Aachen bekannten Kaufmanns- und Unternehmerfamilie. Ein Cousin von ihm, Hermann Heusch (1906-1981), war Aachener Oberbürgermeister von 1952 bis 1973 und Mitbegründer des Karlspreises. 1914 hatte Karl Heusch in Berlin gerade mit dem Studium der Medizin begonnen, als der Erste Weltkrieg ausbrach. Der 20-Jährige meldete sich freiwillig an die Front. 1915 wurde er, wiederum als Freiwilliger, im Rahmen eines Spezialkommandos ins Osmanische Reich versetzt und nahm vermutlich an der Schlacht von Gallipoli teil. Er blieb zwei Jahre in Istanbul, war dort der osmanischen Armee unterstellt und kam 1917 – obgleich noch nicht approbiert – im Rang eines königlich-osmanischen Sanitätsleutnants<sup>446</sup> zurück nach Deutschland. Nach dem Krieg nahm er 1919 das Studium in Bonn wieder auf und wurde 1921 in Köln mit der Arbeit „Die Bedingungen der kindlichen Pylorusstenose“ promoviert. Die mit „sehr gut“ benotete Studie erschien an prominenter Stelle – in der „Zeitschrift für Kinderheilkunde“<sup>447</sup> – und soll auch der Grund dafür gewesen sein, weshalb Otto Hildebrand (1861-1927) den jungen Arzt als seinen Assistenten an der I. Chirurgischen Klinik der Charité in Berlin haben wollte.<sup>448</sup> Nachdem Heusch die Approbation erhalten hatte und anschließend für einige Monate an den Aachener Städtischen Krankenanstalten tätig gewesen war, ging er im Juli 1922 nach Berlin und blieb für drei Jahre bei Hildebrand. 1925 wechselte er an die Urologische Abteilung der Charité zu Otto Ringleb, dessen Oberarzt Heusch wurde.

Bereits vor der „Machtergreifung“ hatte Heusch starke Sympathien für den Nationalsozialismus entwickelt. Er gehörte seit 1930 dem NS-Ärztebund an und war damit eines seiner ersten Mitglieder. Heusch war darüber hinaus seit dieser Zeit Mitarbeiter des späteren „Reichsgesundheitsführers“ Leonardo Conti.<sup>449</sup> Nach außen allerdings

---

<sup>442</sup> Moll et al. (2010), S. 1002.

<sup>443</sup> Brief Werner Forßmann an A. H. Fischer vom 13.11.1956. TNL Heusch, Ordner „Ausarb. u. Korresp.“, unpag.

<sup>444</sup> Die von dem Chirurgen Wilhelm Heim (1906-1997) herausgegebenen Festschrift erschien 1956.

<sup>445</sup> Moll et al. (2010), S. 1002.

<sup>446</sup> Vgl. HUArch Berlin UK H 291, Bd. I, Bl. 5.

<sup>447</sup> Heusch (1921).

<sup>448</sup> Lebenslauf des Dr. med. Karl Heusch; HUArch Berlin UK H 291, Bd. 1, Bl. 5.

<sup>449</sup> Ebd.; HUArch Berlin UK PA H 291, hier Bl. 6.

hielt er sich Anfang der 1930er Jahre mit Bekenntnissen über seine NS-Nähe noch zurück. Erst 1933, vier Monate nach der „Machtergreifung“, trat er „offiziell“ der NSDAP bei und wurde außerdem Fördermitglied der SS.<sup>450</sup> Dass seine politischen Affinitäten bis dahin öffentlich nicht allzu deutlich hervortreten sollten, hatte wohl vor allem karrierestrategische Gründe. Abgesehen davon, dass die NSDAP um 1930 in akademischen Kreisen, anders als bereits in der Studentenschaft, noch als wenig salonfähig galt und die „Bewegung“ in der Folge noch kaum über Hochschullehrer verfügte, die sich zu ihr bekannten, konnte Heusch umso weniger an einem Publikwerden seiner politischen Sympathien gelegen sein, als gerade in seinem Fachgebiet viele Wissenschaftler jüdischer Herkunft waren.<sup>451</sup>



*Abb. 22: Karl Heusch (ca. 1933)*

Heuschs Verbindung zu Conti zahlte sich 1933 aus, als er auf dessen Initiative zum dirigierenden Arzt der urologischen Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses bestellt und damit seinem „arischen“ Konkurrenten Peter Bischoff vorgezogen wurde.<sup>452</sup> Auch darüber hinaus war die Verbindung zu dem später ranghöchsten NS-Mediziner förderlich für die Karriere: Sie bedeutete in den folgenden Jahren das Entrebillet in höhere NS-Kreise und attraktive Nebenämter: So war Heusch ab 1933 im „Stab Ministerpräsident Göring“ als diensttuender Arzt bei Staatsempfängen tätig,<sup>453</sup> wurde nebenamtlich „Theaterarzt aller Staatstheater“ in Berlin,<sup>454</sup> fungierte 1936 neben Conti als Sportarzt bei den Olympischen Spielen in Berlin; 1944 schließlich wurde Heusch auf Geheiß Himmlers in die Allgemeine SS im hohen Rang eines SS-Sturmbannführer aufgenommen.

<sup>450</sup> HUArch Berlin UK H 291, Bd. 1, hier Bl. 1 (RS); BArch Berlin, NS-Zentralkartei.

<sup>451</sup> Vgl. hierzu die Überlegungen bei Sigusch (2008), 374 f.

<sup>452</sup> Vgl. hierzu Ringlebs „Bericht über die Persönlichkeit und Eignung zur Habilitation“ Heuschs vom 15.3.1941 HUArch Berlin UK H 291, Bd. 1, S. 4. Vgl. zur Geschichte der Urologie im „Dritten Reich“ demnächst Moll/Krischel/Fangerau (2010) sowie einstweilen: Krischel et al. (2010); Moll et al. (2010).

<sup>453</sup> HUArch Berlin UK H 291, Bd. 1, Bl. 6.

<sup>454</sup> HUArch Berlin UK H 291, Bd. 2, Bl. 11.

#### IV. Nachkriegszeit

men.<sup>455</sup> Er firmierte in der SS nunmehr als Stabsoffiziers mit dem Dienstgrad eines Majors.

„Wir erwarten die Befehle“ – mit diesen Worten hatte Heusch auf der I. Tagung der „Gesellschaft Reichsdeutscher Urologen“ in Eisenach 1936 seinen programmatischen Vortrag über „Urologie und Volksgesundheit“ beendet: „Wir deutschen Urologen stehen mit unserem geistigen und handwerklichen Rüstzeug bereit zum Dienst an der Volksgesundheit.“<sup>456</sup> Heusch betrieb nicht nur konforme Standespolitik im „Dritten Reich“ mit diesen und anderen Worten,<sup>457</sup> sondern war selbst tatkräftig in den „Dienst an der Volksgesundheit“ involviert. Hierzu zählen seine Tätigkeiten im Amt für Volksgesundheit der NSDAP (ab 1935)<sup>458</sup> und seine Mitwirkung an der Umsetzung der Zwangssterilisierungen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“: Von 1935 an fungierte Heusch als Gutachter an einem „Erbgesundheitsobergericht“.<sup>459</sup> Für seine Aktivitäten wurde er vom Regime mit der „Medaille für deutsche Volkspflege“ ausgezeichnet.<sup>460</sup>

1934 wurde Heusch zum Dozenten der Städtischen Akademie für ärztliche Fortbildung in Berlin berufen; hier leitete er von 1935 bis 1938 auch internationale Kurse für Urologen.<sup>461</sup> 1935 wurde er Schriftführer der „Gesellschaft Reichsdeutscher Urologen“ und 1937 stellvertretender Vorsitzender der „Berliner Urologischen Gesellschaft“. Auch war er Mitherausgeber der „Zeitschrift für Urologie“. Zu seinen Oberärzten in Berlin gehörte u.a. Werner Forßmann, der 1956 für Forschungen über Herzkatheterisierung den Nobelpreis erhielt und zu dem Heusch zeitlebens in einer engen freundschaftlichen Verbindung stand.<sup>462</sup> Heusch selbst arbeitete in den 1930er Jahren vor allem über Geschwülste der Harnorgane.

1939 wurde er zur Wehrmacht einberufen und als Chirurg einer Feldlazarettabteilung in Frankreich eingesetzt, konnte jedoch bald wieder nach Berlin zurückkehren. Im September 1943 meldete Heusch an den Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität, dass sein Institut „durch Terrorangriff“<sup>463</sup> zerstört worden war und er nunmehr in Karlsbad an der Errichtung einer urologischen Abteilung arbeite.<sup>464</sup> Vor Kriegsende war Heusch zurück nach Berlin gekommen, um sich dort um eine Ausweichklinik zu kümmern. Ab dem Oktober 1945 praktizierte er zunächst als Arzt, im Siemens-

---

<sup>455</sup> Vgl. BArch, Abt. R., RS C0334, Bl. 2854 ff. Dies war vor allem aus Dank für die erfolgreiche Operation eines schwer verwundeten hohen SS-Offiziers erfolgt. Vgl. hierzu die Akte aus dem Bestand „Persönlicher Stab des Reichsführers SS“, ebd.

<sup>456</sup> Heusch (1936), S. 832.

<sup>457</sup> Vgl. hierzu näher: Krischel et al. (2010), S. 1193; auch Wenske (2008), S. 12.

<sup>458</sup> HUArch Berlin UK H 291, Bd. 1, Bl. 1 (Rs).

<sup>459</sup> HUArch Berlin UK H 291, Bd. 1, Bl. 5.

<sup>460</sup> HUArch Berlin UK H 291, Bd. 3, Bl. 2.

<sup>461</sup> HUArch Berlin UK H 291, Bd. 1, Bl. 5.

<sup>462</sup> Siehe u.a. den Artikel Forßmann/Boeminghaus (1959) zu Heuschs 65. Geburtstag; zu Forßmann vgl. Truss/Stief/Jonas (1999). Zu Forßmanns Rolle im Nationalsozialismus vgl. Kater (2000), S. 227 f.

<sup>463</sup> HUArch Berlin UK H 291, Bd. 2, Bl. 28.

<sup>464</sup> Siehe auch die Notiz im Reichartzregister, BArch Berlin.

Krankenhaus in Berlin begann er im Februar 1946 mit dem Aufbau einer neuen Klinik, bevor er aus politischen Gründen Berlin 1947 verließ.<sup>465</sup>

Heusch bot seiner Heimatstadt an, an den Städtischen Krankenanstalten eine urologische Abteilung aufzubauen. Die Entscheidungsträger in Aachen gingen umgehend darauf ein. Nicht nur Constantin Beaucamp, damals Amtsarzt in Aachen-Stadt,<sup>466</sup> hatte ganz richtig erkannt, dass Heusch für mehr als nur eine neue Fachklinik sorgen würde:

„Es bietet sich für Aachen die wahrscheinlich einmalige Gelegenheit[,] einen der besten deutschen Vertreter eines Sonderfaches der Chirurgie, einen Urologen[,] nach Aachen zu verpflichten.“<sup>467</sup>

Heusch wurde im Dezember 1947 Chefarzt in Aachen und später Präsident der „Deutschen Urologischen Gesellschaft“. Auch wenn die Aachener Klinik es durchaus zu Ansehen brachte,<sup>468</sup> hatte es Heusch wohl nie verschmerzt, dass ihm ein Fortführen seiner Arbeit in Berlin verwehrt geblieben war. Es scheint fast, als hätte er 1978, als er einen Historiker bei der Arbeit an einer Biographie über Otto Ringleb unterstützte, auch ein wenig über sich selbst geschrieben:

„R[ingleb] war weder Mitglied der N.S.D.A.P. noch der S.A.<sup>469</sup> Aber er war Spezialarzt hoher und höchster Persönlichkeiten der Partei. ‚Ehrenhalber‘ wurde er zum Sturmbannführer der SS ernannt (etwa 1942) mit der Genehmigung zum Tragen der Uniform und zum Führen des Auto-Standers der SS. Diese Fahrzeuge wurden bei jeder Absperrung durchgelassen, was bei R. als operierendem Arzt von grosser Wichtigkeit sein konnte.

Dieser ‚Ehren-Stander‘ war für die amerikanischen Soldaten Grund genug zum ‚Arbeitslager‘. R. wurde ohne Verfahren ins Arbeitslager ‚Wannsee‘ geschickt. Dort, spartanisch untergebracht, erlebte er 6-6 Wochen [sic!] mit Kies- und Sandtransport. Völlig sinnlos! Es war eben ‚Siegerzeit‘.“<sup>470</sup>

---

<sup>465</sup> Vgl. Wenske (2008), S. 158.

<sup>466</sup> Constantin Beaucamp, Jahrgang 1888, gebürtiger Aachener; 1913 Promotion; Facharzt für Innere Krankheiten; war 1943 vorübergehend mit der stellvertretenden Leitung der Inneren Klinik des Städtischen Krankenhauses Düren betraut; er war nicht Mitglied der NSDAP; in der frühen Nachkriegszeit fungierte er kommissarisch als Amtsarzt in Aachen. Vgl. LA NRW 1079-8401.

<sup>467</sup> Beaucamp an Servais am 2.12.1947, StaA PA 158, [Bl. 21].

<sup>468</sup> Siehe hierzu die Hagiographie in: „Urologische Klinik Aachen 1948-1998. Festschrift zum 50. Jubiläum“ (Aachen 1998).

<sup>469</sup> Ringleb war Mitglied der NSDAP, vgl. Moll et al. (2010).

<sup>470</sup> Heusch an Michael H. Klug am 22.11.1978 [Durchschlag], in: NL Heusch, „Ausarb. u. Korresp.“, unpag., vgl. auch ebd. Heusch an Klug am 10.9.1978 [Durchschlag] auf konkrete Nachfrage zu Ringlebs Haltung und Rolle im Nationalsozialismus: „Ringleb war m. W. nie Parteimitglied. Er haderte mit den N.S. wegen deren Ablehnung der jüdischen Corpsbrüder [der Frankonia in Jena]. [...] Wegen erfolgreicher urologischer Tätigkeit bei ‚Hohen Tieren‘ wurde R. zum SS-Sturmbann-Führer E[hren]H[alber].“

### 2.2.4 HNO-Klinik: Adolf Greifenstein

Der HNO-Arzt Adolf Greifenstein erlebte nach 1945 mit seinem Gang nach Aachen einen tiefen Fall. Hier nach dem Krieg zunächst am Krankenhaus Forst tätig geworden, wechselte er 1952 an die Städtischen Krankenanstalten. Im Nationalsozialismus galt Greifenstein in seinem Fach als eine akademische „Größe“. 1943 zum ordentlichen Professor in Königsberg ernannt, war er kurz vor dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ als aussichtsreicher Kandidat für das HNO-Ordinariat an der Berliner Charité gehandelt worden. Zuvor soll er bereits Rufe nach Göttingen und nach Kiel abgelehnt haben.<sup>471</sup> Nach 1945 stand dem Arzt aufgrund seiner SS-Angehörigkeit keine universitäre Laufbahn mehr offen.

Dabei lässt sich sein Fall nach allem, was im Rahmen dieser Untersuchung über seine Vita im Nationalsozialismus eruiert werden konnte, im Vergleich mit anderen SS-belasteten Aachener Medizinern noch am ehesten als weniger schwerwiegend bezeichnen. In die Machenschaften der NS-Medizin war er nicht verwickelt; politisch war er über formale Mitgliedschaften<sup>472</sup> hinaus offenbar nicht hervorgetreten. Auch war er kein „aktiver“ SS-Mann. Die Quellen legen den Schluss nahe, dass sein politischer Opportunismus im Nationalsozialismus auf eine aus heutiger Sicht verstörende Mischung aus Karrierismus und Naivität zurückzuführen ist. So gibt es Anhaltspunkte, in der Tat anzunehmen, dass der „Nur-Wissenschaftler“ – das wurde nicht nur in den Entnazifizierungsverfahren behauptet, sondern zeigt sich hier einmal tatsächlich auch in den zeitgenössischen Dokumente – 1934 von Kollegen gewissermaßen „schlecht beraten“ worden war, als er sich der SS anschloss, um zur Beschleunigung des Habilitationsverfahren einer NS-Organisation beizutreten.<sup>473</sup>

Adolf Greifenstein wurde 1900 in Hatzfeld an der Eder als Sohn eines Lehrers in einer protestantischen Familie geboren. 1919 begann er in Marburg das Studium der Medizin; seine klinischen Semester absolvierte er in Leipzig, Göttingen und wieder Marburg, wo er 1924 das Staatsexamen bestand. Im Jahr darauf wurde er dortselbst mit einer von Emil von Behring betreuten Arbeit promoviert. Als Assistent war er danach am Städtischen Krankenhaus Siegen, am Pathologischen Institut und der Chirurgischen Klinik der Universität Marburg und schließlich an der Universitätsklinik für HNO-Kranke in Jena bei Wilhelm Brünings (1876-1958) tätig. Als Brünings 1931 den Ruf auf

---

<sup>471</sup> So Wilhelm Brünings in einer Erklärung vom 4.2.1947, LA NRW NW 1057-PH 3047.

<sup>472</sup> Hier allerdings war Greifenstein ein Parteigänger, der sich im Laufe der Jahre praktisch sämtlichen NS-Organisationen anschloss, die für Mediziner in Frage kamen: der NSV und der Reichsdozentenschaft (beides 1935), der NSDAP (1937), dem NSDoB (1936) und dem NSDÄB (1938). Vgl. LA NRW 1057-PH 3047.

<sup>473</sup> So finden sich in den eruierten Quellen keine Hinweise auf eine aktive Tätigkeit in NS-Organisationen. Nach dem Krieg wurde ihm von verschiedenen Seiten bescheinigt, dass er ein an sich unpolitischer Mensch, ein reiner Wissenschaftler gewesen sei. Auch in den Beurteilungen seiner Person aus der Zeit des „Dritten Reichs“ sind keine auf politische Fragen eingehenden Zeugnisse bekannt. In den Beurteilungen im Vorverfahren zur Bestellung des Ordinariats an der Charité 1944 wurde von keiner Seite auf politische Aktivitäten oder auf die Frage seiner dahingehenden – dies war in derartigen Expertisen der übliche Terminus – „politischen Zuverlässigkeit“ eingegangen. Es wurde vielmehr herausgestellt, dass Greifenstein „nur [in] seiner Arbeit“ aufging. Versé an Rostock am 31.8.1944, BArch Berlin, Abt. R., PK D 107, Bl. 838.

das Ordinariat in München annahm, folgte ihm Greifenstein als einer seiner begabtesten Schüler. 1933 legte Greifenstein in München seine Habilitationsschrift über Otoklerose vor. Die *venia legendi* erhielt er jedoch erst im Januar 1935.



*Abb. 23: Adolf Greifenstein (ca. 1939)*

Seinen Nachkriegsäußerungen zufolge war ihm 1933 oder 1934 mitgeteilt worden, er möge an einem NS-Dozentenlager teilnehmen und einer NS-Organisation beitreten, wolle er sein Habilitationsverfahren weiter betreiben. „Man legte ihm nahe“, so Greifenstein in einem Lebenslauf (von sich in der dritten Person sprechend),

„einem Sanitätssturm der SS beizutreten, der damals in München gebildet war. Dann brauche er voraussichtlich nicht der Partei anzugehören, er bliebe im Fach und verlöre keine Zeit durch den Besuch von Parteiveranstaltungen. Hierauf kam es ihm an und daher trat er diesem Sanitätssturm in Jahre 1934 bei.“<sup>474</sup>

Tatsächlich absolvierte er auch einen insgesamt dreimonatigen Besuch eines NS-Dozentenlager und der Dozentenakademie und wurde anschließend in die Reichsdozentschaft aufgenommen. In der SS scheint er, dies stimmt mit seinen Angaben nach 1945 überein, nicht aktiv geworden zu sein.<sup>475</sup>

<sup>474</sup> Vgl. den Lebenslauf in: LA NRW NW 1057-PH 3047.

<sup>475</sup> Als Untersturmführer – dies entsprach einem Leutnant – nahm er noch am Ende des „Dritten Reichs“ den niedrigst-möglichen Offiziersrang eines Universitätsprofessors ein. Vgl. BArch, Abt. R., PK D 157, Bl. 854. Vgl. demgegenüber den Fall Heusch in der vorliegenden Untersuchung. Heuschs Rang in der SS – er war kein Lehrstuhlinhaber, vielmehr Chefarzt an einem Krankenhaus – wurde seiner zivilen Stellung mit der Verleihung des Dienstgrads eines SS-*Stabs*offiziers angeglichen. Im Bundesarchiv sind keine Unterlagen zu Greifensteins SS-Mitgliedschaft vorhanden; im Zweiten Weltkrieg wurde er nicht in eine SS-, sondern in eine Luftwaffen-Abteilung einberufen. Vgl. LArch NRW NW 1057-PH-3047.

#### IV. Nachkriegszeit

Nach der Habilitation entwickelte Greifenstein eine rege standespolitische Tätigkeit. Er war von 1936 bis 1939 Vorsitzender der „Gesellschaft der Münchener Hals-Nasen-Ohren-Ärzte“ und später Vorsitzender der „Gesellschaft Nordostdeutscher HNO-Ärzte“ sowie Mitherausgeber des „Archiv für Ohren-Nasen-Kehlkopfheilkunde“. 1937 trat er der NSDAP bei und 1938 dem NS-Ärztebund.

1938 wurde ihm die kommissarische Leitung der HNO-Klinik der Universität Königsberg übertragen. 1939 folgte dort die Ernennung zum beamteten a.o. Professor und Direktor der Klinik; zum 1. August 1943 wurde seine Professur in eine ordentliche umgewandelt. Seit Kriegsbeginn 1939 war Greifenstein als Militärarzt tätig; die Universitätskliniken in Königsberg waren teilweise in ein Reservelazarett umfunktioniert worden. Er errichtete dort eine Kehlkopfstation.

Adolf Greifenstein war an den Städtischen Krankenanstalten Aachen drei Jahre lang tätig. 1955 verstarb er plötzlich im Alter von 55 Jahren.

#### *2.3 Pathologisch-bakteriologisches Institut: Martin Staemmler und Werner Beck*

##### *2.3.1 Martin Staemmler: Ein „kritischer Nationalsozialist“?*

Wenn in den vergangenen Jahren die NS-Verstrickung leitender Aachener Klinikärzte in der regionalen Öffentlichkeit ein Thema war, stand sein Name immer im Vordergrund: Martin Staemmler, 1950 als Nachfolger des pensionierten Prosektors Georg Wehrsig nach Aachen geholt. Wer war Staemmler?

#### Herkunft und Werdegang

1890 in Duschnik im Kreis Samter in der damaligen Provinz Posen geboren, wuchs Martin Staemmler in einer protestantischen Familie auf. Die Familie war tiefgläubig: Der Vater war Pastor, sein Bruder Wolfgang wurde später Präses der Synode der Bekennenden Kirche in Sachsen.

Nach dem Abitur am humanistischen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Posen studierte Staemmler ab 1908 Medizin in Halle, Jena, Königsberg, Göttingen und Berlin, wo er 1913 das Staatsexamen ablegte. Im Juni 1914 erhielt er die Approbation und war anschließend für wenige Wochen, bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, Volontär an dem von Coelestin Nauwerck (1853-1938) geleiteten Pathologisch-hygienischen Institut der Stadt Chemnitz. Im September 1914 wurde Staemmler eingezogen und diente bis Januar 1919 in der kaiserlichen Armee in verschiedenen Funktionen, zumeist und auch zuletzt als Truppenarzt. 1915/16 hatte er die Möglichkeit erhalten, bei Johannes Orth (1847-1923) in Berlin die Promotion abzuschließen.

Nach dem Krieg erhielt er erneut eine Anstellung in Chemnitz, nun als planmäßiger Assistent Nauwercks. Ihn lernte er als seinen Lehrer offenbar überaus zu schätzen,<sup>476</sup> schlug aber 1921 das Angebot nicht aus, zu Eduard Kaufmann (1859-1933), eine der Autoritäten der deutschen Pathologie, als dessen erster Assistent an die Universität Göttingen zu wechseln.<sup>477</sup> Die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der er sich bei ihm habilitierte, weist auf Ambitionen im universitären Bereich hin: Nach genau einem

---

<sup>476</sup> Vgl. Staemmler (1938b).

<sup>477</sup> Vgl. aus der Feder Staemmlers zu Kaufmann: Staemmler (1930).

Jahr bei Kaufmann, im Juli 1922, erhielt er von der Medizinischen Fakultät die *venia legendi* für Pathologische Anatomie. Im Wintersemester 1924/25 übernahm Staemmler kommissarisch das Ordinariat für Pathologie an der Universität Greifswald; 1926 wurde er (in Göttingen) zum außerordentlichen Professor ernannt. Zum 1. Januar 1927 trat er in Chemnitz die Nachfolge Nauwercks an und gehörte ab 1933 außerdem als ordentlicher Honorarprofessor der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig an (wodurch es ihm erlaubt war, fortan den Titel eines „Universitätsprofessors“ zu führen).

Was ihn 1931 im Einzelnen motivierte, sich der in dieser Zeit formierenden NS-Ärzeschaft aktiv anzuschließen und für den Nationalsozialismus besonders als Propagandist auf dem Gebiet der „Rassenhygiene“ einzutreten, ist (bislang zumindest) nur bruchstückhaft zu rekonstruieren:

Zu Staemmlers Rolle in der NS-Ärzeschaft bis zur „Machtergreifung“ Staemmlers Eintritt in die NSDAP im Verbund mit seiner unmittelbar darauf eingenommenen exponierten Rolle innerhalb der NS-Ärzeschaft mutet zunächst plötzlich an: Vor 1931 sind von ihm keine Veröffentlichungen politischer Provenienz eruierbar; auch als „Rassenhygieniker“ war er bis dahin nicht hervorgetreten. Versatzstückartig lassen sich dennoch Stationen seiner Hinwendung zum Nationalsozialismus rekonstruieren. Äußerungen nach 1945 zufolge war er seit seiner Studienzeit Anhänger (sozial-)darwinistischen Gedankenguts und mit den Schriften Francis Galtons vertraut.<sup>478</sup> Von 1922 bis 1926 soll er in Göttingen Mitglied in einem nationalistischen Verband gewesen sein.<sup>479</sup> Über seine dann Anfang der 1930er Jahre einsetzende Begeisterung für den Nationalsozialismus soll sich Staemmler dem Chirurgen Karl Heinrich Bauer gegenüber dahingehend einmal geäußert haben, er habe „[n]irgends so viel Idealismus und Aufopferungsfreudigkeit“ gesehen wie in den Reihen der Nationalsozialisten.<sup>480</sup>

Dass ihn Letzteres zu einem Beitritt bewog, klingt gewiss überzeugender als eine andere Version zu Staemmlers Beweggründen: Er habe sich, so Staemmler um das Jahr 1960 in einem Gespräch, allein aus karrieristischen Gründen den Nationalsozialisten angeschlossen.<sup>481</sup> Erscheint dies allein schon aufgrund seiner aktiven Rolle als NS-Ideologe auch abwegig, so könnten karrieristische Motive indirekt aber den *Zeitpunkt* des Beginns seiner Aktivitäten erklären: Nach vier für die berufliche Laufbahn verlorenen Jahren durch den Weltkrieg doch noch im jungen Alter von 32 Jahren habilitiert, zudem Schüler eines renommierten Pathologen, hatte ein „ordentlicher“ Ruf auf sich

---

<sup>478</sup> Die Angaben über seine frühen eugenischen Überzeugungen stammen aus dem Entnazifizierungsverfahren: Erklärung Martin Staemmler, undat. [1946], LA NRW NW 1055-3548. In einem 1944 für den NS-„Generalarzt“ Paul Rostock verfassten Schreiben hingegen heißt es lapidar, er habe sich „seit 1930 für Fragen der Rassenpflege“ interessiert. BArch, Abt. R., PK L 388, Bl. 1768.

<sup>479</sup> Siehe die Breslauer Personalakte Staemmlers, UArch Warschau 0750-39/20, S 220, Bl. 5.

<sup>480</sup> Erklärung Karl Heinrich Bauer vom 19.9.1946, LA NRW NW 1055-3548.

<sup>481</sup> Dies habe Staemmler einer Aussage von Ludwig Beltz jun. um das Jahr 1960 ihm gegenüber behauptet (Wörtlich habe er gesagt: „Ich war dumm. Ich wollte was werden.“), Mitteilung Ludwig Beltz a. d. Verf. 2010.

#### IV. Nachkriegszeit

warten lassen. 1931, mittlerweile im 42. Lebensjahr stehend und immer noch auf einer verbeamteten Stelle „sitzend“, war er in einer anderen Situation als viele jüngere ärztliche NS-Sympathisanten, die in der Zeit um 1930 den Schritt zu Mitgliedschaft und sichtbarer Aktivität aus karrieristischen Gründen (noch) nicht wagten. Staemmler hingegen hatte wegen seines fortgeschrittenen Alters nichts mehr zu verlieren. Im Gegenteil: Ihm konnte es im Fall einer NS-Machtübernahme nur zum Vorteil gereichen, wenn er sich im Gegensatz zu jüngeren Konkurrenten frühzeitig „aus der Deckung“ wagte und aus seinen ideologischen Überzeugungen kein Geheimnis machte.



*Abb. 24: Martin Staemmler (ca. 1933)*

Am 1. April 1931 trat Staemmler der NSDAP sowie dem NS-Ärztbund bei und agierte bereits nach kurzer Zeit in der ersten Reihe. Er verfügte bald über engere Kontakte zu hochrangigen NS-Ärzten wie Gerhard Wagner (1888-1939) und Walter Groß (1904-1945), arbeitete in den folgenden Jahren publizistisch vor allem mit dem Statistiker Friedrich Burgdörfer (1890-1967), Herausgeber der „Zeitschrift für Rassenkunde“, und dem Zoologen Alfred Kühn (1885-1968),<sup>482</sup> im Nationalsozialismus Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie, zusammen. Er soll ferner bereits vor 1933 zum „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Hess, einen Draht gehabt haben.<sup>483</sup> Dazu firmierte er ab 1933 neben dem Reichsführer SS Heinrich Himmler als einer von fünf Herausgebern der Zeitschrift „Volk und Rasse“. In Chemnitz gehörte Staemmler schon vor 1933 für die NSDAP der Stadtverordnetenversammlung an.

---

<sup>482</sup> 1934 erschien ein größeres Propagandawerk aus der Feder von Staemmler, Kühn und Burgdörfer, siehe Woltereck (1934).

<sup>483</sup> So Labisch/Tennstedt (1985), S. 502.

Im Sommer 1931 auf der Gautagung des NS-Ärztbundes in Dresden und erneut im Dezember 1931 auf der 2. Reichstagung des NS-Ärztbundes war Staemmler beteiligt, als das medizinisch-rassenhygienische Programm der NSDAP festere Konturen annahm. Er selbst war in diesem Zusammenhang gewiss nicht in jedem Punkt ein originärer Vordenker, sondern – und dies gilt auch für seine spätere Publizistik im Bereich der NS-Rassenhygiene – ein überzeugter Kompilator „der biologischen Grundlagen eines rassenhygienischen Programms“ der NSDAP.<sup>484</sup> Gefragt allerdings, für den Leipziger NS-Ärztetkongress 1931 „genauer präzisierete Vorschläge“<sup>485</sup> zur Umsetzung zu liefern, formulierte er sehr konkrete Vorstellungen, wie der Staat nach einer nationalsozialistischen Machtübernahme bevölkerungspolitisch handeln sollte. Sein „Katalog“ umfasste detailliert ausgearbeitete Maßnahmen, die von der zur „Bekämpfung des Geburtenrückgangs“ bis zum Umgang mit „Fremdrassigen“ reichten.

Am „harmlosesten“ war hier noch die Forderung, die NS-Ärztenschaft solle darum werben, dass eine ökonomische Benachteiligung und propagandistische Stigmatisierung „als minderwertig im Sinne der Allgemeinheit“ derjenigen („arischen“) Ehepaare erfolge, die sich nicht in ausreichender Zahl – drei bis vier Kinder pro Ehepaar seien für die Erhaltung des Volkes notwendig – fortpflanzten.<sup>486</sup> Konkret hieß das für die Zeit „[n]ach Übernahme der Macht“ zunächst als „Nah-Programm: Schaffung des Familienlasten-Ausgleichs. Bevorzugung der Kinderreichen in allen öffentlichen Ämtern. Als Programm auf weitere Sicht: Herausziehen der Frauen aus dem Wirtschaftsleben.“<sup>487</sup>

Als ganz zentralen Punkt NS-ärztlicher Forderungen nannte er, für einen Eugeniker nicht verwunderlich, die „Verhinderung der Fortpflanzung der Minderwertigen, Förderung der Fortpflanzung der Hochwertigen.“<sup>488</sup> Staemmler nannte als Maßnahmen staatlich angeordnete Zwangssterilisierungen bei den Indikationen der „Erbkrankheiten“ Blindheit und Taubheit, „Schwachsinn“, Epilepsie und „Schizophrenie“. Hierfür sei es zudem erforderlich, rastermäßige staatliche Kontrollen auf den Weg zu bringen, so zum Beispiel in der Form, „daß alle Kinder, die von Hilfsschulen kommen oder auf einer gewöhnlichen Volksschule mehr als zweimal sitzen geblieben sind, psychiatrisch untersucht werden und beim Vorliegen von Schwachsinn sterilisiert werden.“<sup>489</sup>

Sodann sollten eugenische Maßnahmen mit („rassen-“)politischen Maßnahmen Hand in Hand gehen: „Deshalb kommen selbstverständlich irgendwelche Maßnahmen der Förderung [...] für Angehörige des jüdischen Volkes nicht in Frage. Sie haben sich wohl an den Kosten des Familienausgleichs zu beteiligen, solange sie im deutschen Volke als ‚geschätzte Gäste‘ wohnen, werden aber bei den Familienzulagen nicht bedacht.“<sup>490</sup> Insbesondere aber sprach er in diesem Zusammenhang „ein dringendes Interesse“ an, dass nach einer NS-Machtübernahme „eine weitere Vermischung zwi-

---

<sup>484</sup> Staemmler (1932a), S. 7.

<sup>485</sup> Ebd.

<sup>486</sup> Ebd., S. 10.

<sup>487</sup> Ebd., S. 14.

<sup>488</sup> Ebd., S. 16.

<sup>489</sup> Ebd.

<sup>490</sup> Ebd., S. 18.

#### IV. Nachkriegszeit

schen Juden und Deutschen sofort unterbunden wird.“<sup>491</sup> Staemmler schlug hierfür ein „Gesetz zur Scheidung der Rassen“ und ein „Gesetz zur Reinhaltung der Rasse“ vor.<sup>492</sup> Zu den von Staemmler formulierten Paragraphen dieser Gesetze zählten u.a. staatliche Maßnahmen zur Feststellung der Rassenzugehörigkeit, der Entzug der Bezeichnung als „Deutsche“ der als „fremdrassig Festgestellten“, ein Einreiseverbot für „Fremdrassige“, das Verbot und die Rücknahme von Namensänderungen, die die „Rassenzugehörigkeit zu verschleiern“ zum Zweck gehabt hätten, und das Verbot nicht nur von Eheschließungen, sondern auch jedes (außerehelichen) Geschlechtsverkehrs zwischen „Deutschen“ und „Fremdrassigen“; letzteres sollte „mit Zuchthaus des fremdrassigen, mit Gefängnis des deutschen Teils bestraft“<sup>493</sup> werden.

Hatten die nach 1933 eingeführten Gesetze auch andere Bezeichnungen und weiteten sie den Katalog der von Staemmler geforderten Verfolgungsmaßnahmen auch zum Teil und insbesondere in der Judenverfolgung noch aus, war das Programm, das Staemmler 1931 für eine „Rassenhygiene im Dritten Reich“ umriss, in seinen Konturen bereits das, was später umgesetzt wurde. Wie schon bemerkt, ist es schwierig zu beurteilen, inwiefern er hier im Einzelnen tatsächlich Impulse gab innerhalb einer NS-Ärztenschaft, die zu diesem Zeitpunkt längst Auseinandersetzungen um eine konkrete Umsetzung einer NS-Bevölkerungs- und Rassenpolitik geführt hatte. Doch hatte Staemmler, der seinerseits stark unter dem Einfluss der Schriften des NS-Arztes Hans Reiter (1881-1969) stand, fraglos seinen Anteil an dieser programmatischen Aufstellung, für die er „Vorschläge“ lieferte und freilich betonte, dass das letzte Wort Hitler zukomme. Er selbst passte sich in den folgenden Jahren auf dem Gebiet der nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Rassenpolitik weitestgehend den Entwicklungen an. Ein Beispiel hierfür stellt bereits sein Buch „Rassenpflege im völkischen Staat“ dar, das 1932 im rechtsradikalen Lehmanns-Verlag<sup>494</sup> erschien und im Nationalsozialismus viele, in einzelnen Punkten immer wieder „aktualisierte“ Neuauflagen erleben sollte. In Fragen der „Erbgesundheitspolitik“ war diese knapp 150 Seiten umfassende, auf populäre Verbreitung angelegte Schrift schon in der „Urfassung“ für NS-Maßstäbe wenig „originell“. In keinen in diesem Zusammenhang zentralen Fragen, so lassen sich die Ergebnisse einer jüngst erschienenen Untersuchung zu diesem Buch zusammenfassen, hob sich das Werk vom NS-bevölkerungspolitischen Mainstream ab. Sämtliche in späteren Auflagen unternommene „Aktualisierungen“ orientierten sich kritiklos an den rassenhygienischen Maßnahmen, die das Regime in Gesetze goss.<sup>495</sup>

---

<sup>491</sup> Ebd., S. 16.

<sup>492</sup> Ebd., S. 19.

<sup>493</sup> Ebd., S. 20.

<sup>494</sup> Vgl. zur Geschichte des Verlags Stöckel (2002).

<sup>495</sup> Vgl. Schäfer/Döbber/Groß (2010).



Abb. 25: Martin Staemmler am Rednerpult bei einem NS-Pressempfang in Berlin  
(Titelseite der NS-Ärztebund-Zeitschrift „Ziel und Weg“ im Frühjahr 1933)

Der „Popularisator“: Staemmlers Rolle innerhalb der NS-rassenhygienischen Publizistik nach 1933

Staemmlers Einfluss als rassenhygienischer „Theoretiker“ und „Forscher“ war dadurch begrenzt, dass er selbst – Harten et al. haben bereits darauf hingewiesen – als Pathologe „eigentlich nicht ‚vom Fach‘“<sup>496</sup> war. Zwar betätigte auch er sich mit pathologisch-anatomischen Studien an einer „wissenschaftlichen“ Rassenforschung,<sup>497</sup> aber hierin ist

<sup>496</sup> Harten/Neirich/Schwerendt (2006), S. 284.

<sup>497</sup> So besaß er beispielsweise im Jahr 1940 im Angesicht der unmittelbar nach der Besetzung Polens um sich greifenden deutschen Gräueltaten an den polnischen Juden die Geschmacklosigkeit, gemeinsam mit Bieneck eine pathologisch-anatomische „Untersuchung über die Todesursachen der deutschen und

#### IV. Nachkriegszeit

nicht seine historische Relevanz als NS-Rassenhygieniker zu sehen Sie lag vielmehr darin, dass er allgemeinverständlich schreiben konnte und massenhaft gelesen wurde. Berechtigterweise wurde Staemmler daher in der Reihe derjenigen rassenhygienischen Mediziner, die im Nationalsozialismus mit einschlägigen Publikationen hervortraten, als ein „Popularisator“ bezeichnet.<sup>498</sup>

In diesem Zusammenhang mag in der Forschung seine Bedeutung gerade in den ersten Jahren der NS-Diktatur lange unterschätzt worden sein. In dieser Zeit war der als Rassenhygieniker auftretende Pathologe alles andere als eine Randfigur, sondern für die Nationalsozialisten in mehrfacher Hinsicht durchaus wichtig: Noch Ende der 1930er Jahre hatten führende Funktionäre es Staemmler nicht vergessen, dass er sich, erstens, schon in den Anfängen des NS-Ärztetages als einer von bis dato nur wenigen Universitätsprofessoren in aller Konsequenz in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt hatte.<sup>499</sup> Seine rassenhygienischen Publikationen waren, anders als beispielsweise im Fall von Fritz Lenz oder Eugen Fischer,<sup>500</sup> von Anfang an eindeutig unter der Fahne der „Bewegung“ erschienen.

Zweitens kam Staemmlers Monographien zur NS-Rassenhygiene der Status von regelrechten „Volksbüchern“ zu, und das überaus rasch. Darüber hinaus setzte sich Staemmler ab 1933, ebenfalls im Unterschied zu vielen anderen „rassenpflegerisch“ aktiven NS-Professoren, auch an den Schreibtisch, um Propagandaschriften unter Volk zu bringen, die jedes Kind verstehen konnte. In den Verkaufszahlen sollten seine Bücher für Kinder und Jugendliche die Gesamtauflage seiner weitverbreiteten „Rassenpflege im völkischen Staat“ sogar noch um ein Vielfaches überbieten (siehe Tab. 6).

Last but not least wirkten seine Publikationen in der Frühphase des Regimes in massiver Form in eine Vielzahl von Bereichen hinein, die im Sinne der NS-Rassenhygiene ideologisch und praktisch auf Kurs gebracht werden sollten: Dies gilt nicht nur im Hinblick auf Kinder und Jugendliche und das breite Publikum, die ihn als „Laien“ lasen, sondern auch mit Blick auf seine „Rezeption“ in gesundheitspolitisch relevanten Berufsfeldern wie der Krankenpflege (hier insbesondere in der Behindertenfürsorge) sowie in nichtmedizinischen, aber in pädagogisch-propagandistischer Hinsicht wichtigen Berufszweigen wie der Volksschullehrerschaft, für die er didaktische Lehrschriften verfasste. *Diese* propagandistische Breitenwirkung zu entfalten, gelang Staemmler in den ersten Jahren des Regimes vielleicht sogar wie keinem zweiten NS-Mediziner. Dies geschah auch in Form einer ebenso geschickten wie konsequenten Nutzung praktisch sämtlicher in Frage kommender Multiplikatoren, die eine nunmehr „gleichgeschaltete“ Presselandschaft zu bieten hatte.

---

jüdischen Bevölkerung von Breslau in den Jahren 1928-1937“ zu schreiben, um daraus Schlüsse auf vermutete „rassische“ Eigenheiten z.B. im Verlauf bestimmter Krankheiten ziehen zu können. Siehe Staemmler/Bieneck (1940).

<sup>498</sup> Harten/Neirich/Schwerendt (2006), S. 283.

<sup>499</sup> Vgl. das Faksimile des Schreibens des stellvertretenden Gauamtsleiters Schlesien vom 16.10.1938 in: Lampert (1991), auch wiedergegeben in Schäfer/Döbber/Groß (2010), S. 215.

<sup>500</sup> Zur Wirkung und Wahrnehmung des berüchtigten „Baur-Fischer-Lenz“ vgl. Fangerau (2001).

Monographie	Erstausgabe	Letzte Ausgabe	Gesamtauflage
Rassenpflege im völkischen Staat	1932	1941	81.000
Volk und Rasse	1933	1942	350.000
Rassenpflege und Schule	1933	1937	[ 4 Auflagen]
Der Sieg des Lebens	1934	1942	k. A.
Rassenpflege im völkischen Staat (Version Rassenpolitisches Amt)	1935	1937	30.000
Deutsche Rassenpflege	1937	1942	[4 Auflagen + 1 Sonderaufl. (Wehrmacht)]
Die Auslese im Erbstrom des Volkes	1939	?	k. A.

*Tab. 6: Auflagenhöhen der rassenhygienischen Schriften von Martin Staemmler*

Staemmlers rassenhygienische „Volksbücher“ und Aufsätze

Der politisch-publizistische Auswurf Staemmlers nach der „Machtergreifung“, insbesondere zwischen den Jahren 1933 und 1935, war enorm.<sup>501</sup> Er agierte in dieser Zeit gewissermaßen als *der* rassenhygienisch-medizinische Fachmann für alles und jedes: Er schrieb für Foren der NS-Frauenschaft ebenso wie für das Standesorgan der deutschen Ärzteschaft, das seine rassenhygienischen Programmartikel nicht nur in der Reichsausgabe, sondern gleich auch in den regionalen Ausgaben abdruckte. Er arbeitete propagandistisch vor allem daran, Zweifel an der wissenschaftlichen Seriosität zur Feststellung von „Erbkrankheiten“ in „Erbgesundheitsgerichtsverfahren“ zu verwerfen und wurde sowohl in der einschlägigen NS-Presse als auch in Fachzeitschriften breit rezipiert.<sup>502</sup> Ebenfalls zu seiner politischen Publizistik im Nationalsozialismus zu zählen sind seine Monographien und Aufsätze über die Gefahren von Rauschmitteln wie dem Alkohol und dem Nikotin. 1936 erschien die auf einem Vortrag Staemmlers auf der 1. Konferenz für Rauschmittelbekämpfung des Deutschen Guttemplerordens beruhenden

<sup>501</sup> Orientiert man sich an der schieren Zahl seiner politischen Einzelveröffentlichungen, schlug der Rassenhygieniker Staemmler im Zeitraum 1932 bis 1936 den durchaus rege publizierenden Wissenschaftler Staemmler bei weitem. Politische versus wissenschaftliche Veröffentlichungen standen sich in diesem Zeitraum in einem Verhältnis von Vier zu Eins (41 zu 10) gegenüber. Vgl. die Angaben im Literaturverzeichnis in der vorliegenden Arbeit (politische Publizistik); die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen orientiert sich am Publikationsverzeichnis Staemmlers in: BArch Berlin, Abt. R., PK L 388, Bl. 1774 ff.

<sup>502</sup> Alleine die „Rassenpflege im völkischen Staat“ wurde beinahe 40 Mal rezensiert, vgl. Schäfer/Döbber/Groß (2010), S. 218.

#### IV. Nachkriegszeit

de Schrift „Über Keimschädigung durch Genussgifte“. Im Duktus auf weite Verbreitung angelegt, erschien eine zweite Auflage 1941.<sup>503</sup>

Der Pathologe Gregor Babaryka hat jüngst in einem medizinhistorischen Aufsatz zur Geschichte der Pathologie im Dritten Reich davon gesprochen, dass Staemmlers rassenhygienische Schriften „in einer unerträglichen Diktion verfasst“ seien, „die seinem sonstigen wissenschaftlichen Niveau keineswegs entspricht.“<sup>504</sup> Diesem Urteil ist insofern zu widersprechen, als es das Talent Staemmlers zur Kompilation, Synthese und gemeinverständlichen Vermittlung NS-rassenhygienischer Ideologeme unberücksichtigt lässt. Seine für verschiedene Altersgruppen verfassten Schriften waren genau besehen von großem rhetorischem und pädagogischem bzw. didaktischem Geschick. Viele seiner Publikationen hatten einen in erster Linie, bereits im Duktus, „trommelnden“ Charakter. In diesem Sinne griff er bei Neuauflagen seiner Bücher und Broschüren vor allem dann ein, wenn sich die NS-Gesetzgebung auf dem Gebiet der Erb- und Rassenpflege radikalisiert hatte. In durchgehend zustimmender Weise warb er beispielsweise um die Akzeptanz des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ oder der „Nürnberger Rassengesetze“ in der breiten Bevölkerung.<sup>505</sup> Ein typisches rhetorisches Merkmal von Staemmlers Propagandaschriften ist die direkte Anrede des „Volksgenossen“ und seine Konfrontation mit eindrücklichen „Bildern“, häufig mittels emblematischer „Geschichten“. Im Fall der Zwangsterilisierungen nach dem GzVeN wandte er sich an „den“ Volksgenossen zum Beispiel wie folgt:

„Du hast einen guten Freund. Er ist gesund und kräftig und dein Kamerad gewesen in der Jugendzeit. Und plötzlich, aus heiterem Himmel heraus, erkrankt er. Er ist verstört, sein Wesen verändert, voll Unruhe. [...] Schließlich kommt es soweit, daß er in ein Sanatorium gebracht werden muß, [...] Und wie er entlassen werden soll, da tritt der Arzt der Anstalt an ihn heran und sagt zu ihm: Weißt du auch, Volksgenosse, daß du eine schwere Krankheit in dir trägst, ein Leiden das du auf deine Kinder weiter vererben kannst? Weißt du auch, daß deine Rasse von Ureltern her verdorben ist? Weißt du, welche Folgerungen du daraus ziehen mußt?

Und dein Freund ist entsetzt und droht zu verzweifeln. Nun hat er für sein Volk gestritten und gekämpft; und wie der Sieg erfochten ist, da wird ihm gesagt: Du bist nichts wert!

Nein, nicht doch! Er ist gerade soviel wert, wie er früher wert war. Sein Volk ist stolz auf ihn und wird ihn als Kämpfer und Bekenner immer noch achten.

---

<sup>503</sup> 1943 folgte, nun auf ein Fachpublikum zugeschnitten, eine Monographie über Keimdrüsen und Umwelt als Sonderheft der von Karl Heinrich Bauer redigierten „Zeitschrift für menschliche Vererbungs- und Konstitutionslehre“. Auch in Aufsätzen, wissenschaftlichen und populären, äußerte er sich zu diesen und ähnlichen Themen. Zugleich fanden seine Wortmeldungen auf dem gesundheitspolitischen Feld der „Genussmittel“-Schädigungen im Vergleich zu den anderen Büchern und Broschüren ein eher geringes Echo.

<sup>504</sup> Babaryka (2008), S. 102, Anm. 136.

<sup>505</sup> Siehe z.B. die Neufassung von Staemmlers Beitrag für das von Heinz Wolterreck herausgegebene Buch „Erbkunde, Rassenpflege, Bevölkerungspolitik“: Staemmler (1940).

Aber durch den Mund des Arztes sagt ihm sein Volk: Du mußt auf Kinder verzichten. Du hast gezeigt, daß Du ein ganzer Kerl bist, so zeige es auch jetzt. [...] Willst du es verantworten, Kinder zu haben, die vielleicht ihr ganzes Leben hinter den Mauern einer Irrenanstalt zubringen müssen. Gehe einmal hinein in eine Anstalt von Geisteskranken und Idioten! Schau sie dir an, die armen, elenden Menschen, die schon fast keine Menschen mehr sind! Willst du daran schuld sein, daß noch mehr solche Menschen geboren werden?

Nein, das kannst du als Nationalsozialist nicht wollen. Und der Staat, dein Staat, den du erkämpft hast, der kann das nicht dulden. Deshalb verlangt er, daß alle Menschen, die an schweren Erbkrankheiten, besonders Geisteskrankheiten, leiden, sich einer kleinen Operation unterziehen, die dafür sorgt, daß sie keine Kinder bekommen können. [...] der Staat, dein Staat, der hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dem Volk kein Schaden entsteht. Nicht auf dich, nicht auf deinen Freund kommt es an, sondern auf das Volksganze. Und das gebietet, alle jene Menschen zu sterilisieren, die eine Gefahr für die Rasse, für die Erbgesundheit sind.“<sup>506</sup>

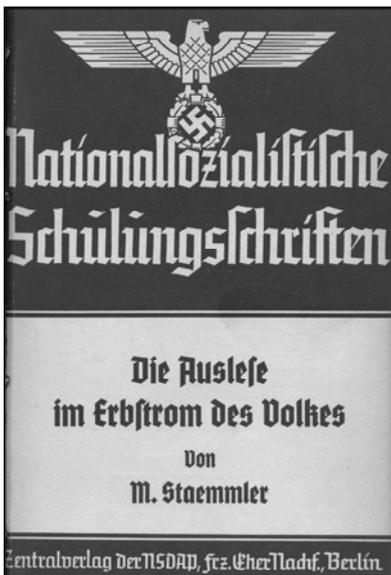


Abb. 26: Rassenhygienische Schriften Martin Staemmlers aus den Jahren 1939 und 1932

In „kameradschaftlichem“ Ton hielten Staemmlers Schriften „kalte“ Verhaltenslehren für den „guten“ Nationalsozialisten bereit. Sie zielten darauf ab, die Einsicht in die Notwendigkeit rassenhygienischer Zwangsmaßnahmen umso mehr in solchen Fällen zu vermitteln, in denen das unmittelbare persönliche Umfeld oder der „gute“ Nationalsozialist selbst betroffen war. Dieses stilistische Mittel wusste Staemmler insbesondere bei einer seiner Zielgruppen zur Anwendung zu bringen: bei Kindern.

<sup>506</sup> Staemmler (1934e), S. 1 f.

#### IV. Nachkriegszeit

Staemmlers erste auf ein Kinderpublikum zugeschnittene Schrift erschien 1933 unter dem Titel „Volk und Rasse“ in der „schönen billigen Heftsammlung“<sup>507</sup> des Berliner NS-„Verlags für soziale Ethik und Kunstpflege“. Sie richtete sich in erster Linie an Volksschulkinder, sollte im Unterricht gelesen und vermittelt werden.<sup>508</sup> Mit Vergleichen aus der Tier- und Arbeitswelt erläuterte Staemmler darin der „neuen deutschen Jugend“, wie sie zu denken und zu handeln hätte, „damit unser Führer sagen kann: Das ist die Jugend, mit der ich mein Volk zur alten Höhe emporführen kann.“<sup>509</sup>

„Nicht wahr“, so fängt diese Schrift Staemmlers an, „ihr wißt, was ihr damit meint, wenn ihr sagt: ‚Das ist ein tüchtiger und forscher Kerl. Da steckt was drin. Der hat Rasse. Vor dem hat man Achtung, aber mit dem ist auch nicht zu spaßen.‘ Gibt es etwas Schöneres, als wenn einer so von euch spricht[?]“, um dann mit denkbar einfachen Worten und für Kinder sehr eindrücklichen Bildern zu benennen, was „Rasse“ eigentlich sei, warum die „Pflege“ der eigenen „Rasse“, der Stolz auf sie und die „Scheidung“ von anderen Rassen so wichtig sei:

„Nehmt einmal an, eine Bulldogge würde mit einem Windhund Junge haben [...] mit den dünnen Beinen des Windhundes und dem dicken, gedrungenen Körper und dem plumpen Kopf der Dogge. Ihr würdet lachen und sagen: Was ist denn das für eine komische Mischung, das paßt doch alles nicht zusammen. Wie können die dünnen Beine den kräftigen Körper tragen? Die Tiere werden vielleicht leben können, aber sie werden nicht das leisten, was eine echte Bulldogge, was ein echter Windhund, was ein echter, reiner Schäferhund leisten kann.“<sup>510</sup>

Genauso verhalte es sich bei den Menschen, deren „Rassen“ sich zudem stark in ihren Charaktereigenschaften unterscheiden würden:

„Und weil wir wissen, daß auch die Juden fremder Rasse sind, daß sie seelische Eigenschaften haben, die zu den unsrigen nicht passen, darum lehnen wir auch die Vermischung mit den Angehörigen des jüdischen Volkes ab [...] und halten es für unwürdig eines deutschen Mannes, eines deutschen Mädchens, einen Juden zu heiraten. Weil er nicht zu unserer Rasse gehört, darum wird der Jude im neuen Reich nicht Staatsbürger sein. Aber auch eine, die einen Juden heiratet, wird damit ihr Staatsbürgerrecht verlieren; sie wird also aufhören, eine ganze Deutsche zu sein.“<sup>511</sup>

Eine „Fortsetzung“ erschien 1934 mit Staemmlers ebenfalls „kindgerecht“ formulierten „Lesestücken zur Rassenkunde“.<sup>512</sup> Unter dem Titel „Der Sieg des Lebens“ sind hier Kurzgeschichten versammelt, die das „Recht des Stärkeren“, wie es sich in der Natur zeige, in seiner ideologischen Übertragung auf die menschliche Zivilisation zum Thema haben. Sie sind zumeist im Ton des Märchens gehalten; sprechende Amseln, Mücken

---

<sup>507</sup> So die Verlagsanzeige in den Anhängen von Staemmler (1933h), Staemmler (1934b).

<sup>508</sup> Vgl. hierzu im Kontext auch Pappert/Stucki (2006).

<sup>509</sup> Staemmler (1933h), S. 32.

<sup>510</sup> Ebd., S. 14.

<sup>511</sup> Ebd., S. 31.

<sup>512</sup> Staemmler (1934c).

und Elefanten sind die Protagonisten der Plots; die Pointe wird zumeist am Ende der Geschichten in die Welt der Menschen verlegt und in Form von Vater-Sohn-Dialogen vermittelt. Rhetorisch und didaktisch sind die Kurzerzählungen klug durchdacht, wie hier exemplarisch anhand der Geschichte „Gesundheitsgericht“ veranschaulicht werden soll:

„Bruder Langbein, der Storchenvater auf dem Scheunendach, ist einmal wieder nicht einig mit seiner Frau. Das kommt bei ihnen öfter einmal vor. Aber heute scheint die Frage kniffliger als sonst zu sein. Sie klappern und klappern und machen einen Krach für vier. [...] Es geht um ihren kleinen Sohn Rotstrumpf. Die anderen Jungen, die mit ihm im Juni zur Welt kamen, sind alle kräftige, gesunde Kerle geworden. [...] Mit dem Kleinen ist aber rein gar nichts los. Er wird immer gleich müde, und hält schier nichts aus. Was soll denn werden, wenn erst die große Reise losgeht? [...] Die beiden kennen das Storchgesetz. Es heißt: Alles, was noch nicht ganz gesund ist, wird vor der Abreise getötet. Kranke können wir unterwegs nicht brauchen, sie halten nur den ganzen Zug auf und bringen ihn in Gefahr. Mutter Störchin ist unglücklich. Sie hat doch gerade ihren kleinen Rotstrumpf besonders lieb. Sie bekommt es nicht fertig, sich von ihm zu trennen.

Abends ist auf der Wiese großer Appell. Der ganze Gaubezirk der Strochenschaft ist angetreten. Morgen soll die Reise beginnen. [...] Ernst und streng urteilt das Gesundheitsgericht. Unerbittlich hält es Auslese zwischen den Starken und Schwachen, zwischen Gesunden und Kranken. Wer als krank bezeichnet wird, fällt dem Schnabelhieb zum Opfer. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

So geht es auch dem kleinen Rotstrumpf. Alle Tränen der Mutter helfen nichts. Sie kann es nicht verstehen, daß es milder ist, den Kleinen hier zu töten, als ihn irgendwo auf der Fahrt elend verkommen zu lassen, wenn er dem Fluge der anderen nicht folgen kann.

Friedel kommt mit seinem Vater an der Stellwiese vorüber. [...] ‚Vater, warum machen die Störche das? Hat denn der Kleine etwas Böses getan?‘

‚Nein, mein Junge. Das ist die gesunde Auslese der Natur. Was schwach ist, wird vernichtet, damit es nicht durch seine Schwäche die anderen, die Gesunden und Starken in Gefahr bringt.‘

Die Anschlussfrage für den Schulunterricht lautete: „Ist die Natur grausam? Dürfen wir auch so grausam sein? Wie sollen wir verhindern, daß das Kranke das Gesunde in Gefahr bringt?“<sup>513</sup>

Sozialdarwinistische Lesestücke wie dieses, das durch das Einflechten von Stichworten aus der NS-Propaganda (wie hier: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“) und Begrifflichkeiten des NS-Staates (wie hier: „Gaubezirk“) einen unmittelbaren Gegenwartsbezug herstellt, gingen also offensiv mit dem „Problem“ des „Mitleids“ mit den „Schwachen“ um. Nicht von ungefähr ist es in den Geschichten weiblich konnotiert, ging es den Nationalsozialisten doch auf der einen Seite um eine grundlegend neue Erziehung zur „Härte“, die „männlich“ konnotiert war, und auf der anderen Seite um

---

<sup>513</sup> Ebd., S. 11.

#### IV. Nachkriegszeit

die Botschaft: „[s]o grausam“, wie die Natur es sei, seien die nationalsozialistischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Rassenhygiene „natürlich“<sup>514</sup> nicht: „wir können das mit milderem Mitteln machen als die Natur“<sup>515</sup> heißt es im Abschlusskapitel „Was wir aus diesen Geschichten zu lernen haben“.

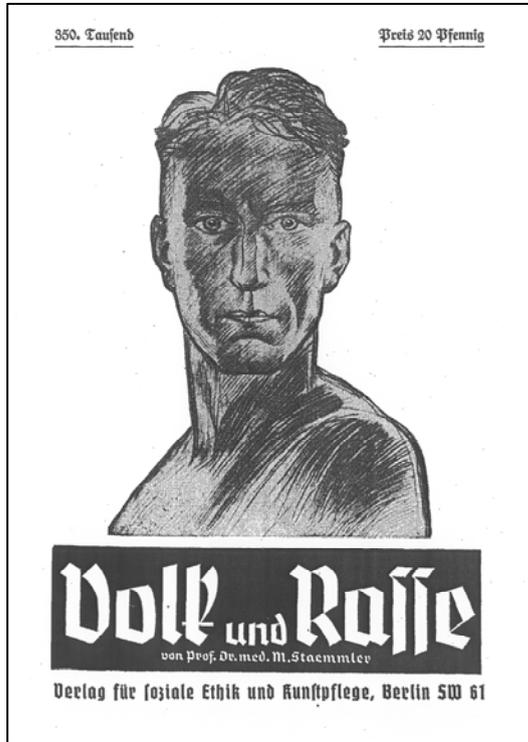


Abb. 27: Staemmlers Jugendschrift „Volk und Rasse“ (1933)

Gleichwohl öffnete die Rhetorik Staemmlers bereits in ihrer Stoßrichtung, dann aber auch infolge ambivalenter Wertungen (wie hier: Vater-Sohn-Gespräch vs. Schlusswort) Tür und Tor für Diskussionen in Schulkassen, die nicht nur eine verachtende Stigmatisierung der „Schwachen“ als „minderwertig“ zum Ziel hatten, sondern die hinsichtlich der Frage nach der „richtigen Behandlung“ Optionen thematisieren sollten, die von ihrer Ausgrenzung aus der Gesellschaft über die Ausschaltung von der Fortpflanzung bis eben auch hin zu ihrer Vernichtung reichten.

Für Heranwachsende verfasste Staemmler ferner die Schrift „Die Auslese im Erbstrom des Volkes“, die 1939 in der vom „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung“ und dem „Hauptschulungsamt des Reichsorganisationsleiters der NSDAP“ herausgegebenen Reihe „Na-

---

<sup>514</sup> Ebd., S. 31.

<sup>515</sup> Ebd.

tionalsozialistische Schulungsschriften“ erschien, sowie Handreichungen für Lehrkräfte an den Schulen, wie rassenhygienisches Wissen und Bewusstsein zu vermitteln sei.

#### NS-ärztliche Standespolitik

Ein weiteres politisches Betätigungsfeld fand Staemmler in standespolitischen Zusammenhängen. Hierher gehört zunächst vor allem seine Autorschaft im berüchtigten „Handbuch der Judenfrage“, für dessen 1934 erschienene 31. Auflage er den Hetzartikel über „Das Judentum in der Medizin“ beisteuerte.<sup>516</sup> Nach der „Machtergreifung“ wirkte Staemmler standespolitisch vor allem hinter den Kulissen. Im Gegensatz zu den in seinen populären Broschüren gänzlich affirmativen Haltungen zu den im Laufe der NS-Herrschaft beschlossenen rassenhygienischen Maßnahmen trat er hier in bestimmten Zusammenhängen durchaus kritisch auf. Bei dem Reichsärztführer Gerhard Wagner, mit dem er in einer engeren, jedoch nicht konfliktfreien Verbindung stand, suchte er wiederholt zu intervenieren, wenn hier Entwicklungen nicht die Richtung nahmen, die Staemmler vorschwebten.

So wandte er sich Ende 1933 vor dem Hintergrund der Etablierungsversuche der Naturheilkunde als integralem Bestandteil der Schulmedizin mit den alarmierenden Worten an Wagner, dass die unternommenen Schritte ideologisch und praktisch „einen Schaden für die Allgemeinheit“ darstellen würden. Besonders das Vorhaben, einen „Heilpraktikerstand“ einzuführen und diesen auf eine Ebene mit dem Ärztestand zu stellen, stieß auf Staemmlers harsche Kritik („ein Verbrechen“).<sup>517</sup>

Auch in die NS-Hochschulpolitik schaltete sich Staemmler wiederholt ein. So hielt er wenig von der Aggressivität, mit der um die Jahreswende 1933/34 führende NS-Ärzte in aller Öffentlichkeit gegen Lehrstühle polemisierten, die offenkundig nicht jede Veränderung an den Universitäten innerlich unterstützten. Man könne, so Staemmler im Januar 1934 an Wagner, nicht erwarten, dass „der“ universitäre Gelehrte schon „100prozentiger Nationalsozialist“ sei: Die Hochschullehrerschaft werde dies aber

„ganz von selbst, wenn ihr der Nationalsozialismus, seine Methoden und seine Männer imponieren. Ich weiß wohl, daß die Leute gern mit uns gehen möchten.

---

<sup>516</sup> Staemmler (1934a).

<sup>517</sup> Er schrieb an Wagner, dass er sich „verpflichtet“ fühle, ihm seine „schwerwiegenden Bedenken gegenüber der jetzt eingeschlagenen Richtung im Kampf gegen das Kurpfuschertum mitzuteilen“. Dabei betonte er, „daß ich gegen die Naturheilkunde gar nichts habe. Nur muß es sich wirklich um eine Heilkunde handeln und ich halte es [...] für ein Verbrechen, wenn Unkundige das gleiche Recht bekommen, Kranke zu behandeln, wie Kundige. Wenn man also den Naturheilmethoden mehr Eingang in die Medizin verschaffen will, dann soll man es dadurch tun, daß man die jungen Mediziner gründlich in den Naturheilmethoden ausbildet, aber nicht dadurch, daß man Quacksalber den Medizinern gleichstellt. [...] Seit Jahren kämpfen die verantwortungsbewußten Mediziner dafür, daß die Auslese unter den Medizinern verschärft wird, daß also eine größere Zahl vor dem Studium und während des Studiums als ungeeignet ausgeschlossen wird. Jetzt kommt die neue Gefahr, daß jeder, der für eine genügende Schulbildung zu dumm wird oder das Physikum nicht besteht, in den anerkannten Beruf des Heilpraktikers hineingeht und damit einen Arzt-ähnlichen Beruf einschlägt.“ (Staemmler an Wagner am 6.12.1933, Zitate auf Bl.1, 4 u. 6., PArch NL Staemmler, o. Sign.) Am Ende gingen die Neuerungen im Heilpraktikerberuf tatsächlich recht weit; eine Gleichstellung mit dem Ärztestand wurde jedoch nicht durchgesetzt, vgl. Kater (2000), S. 79.

#### IV. Nachkriegszeit

Daß sie noch nicht so recht den inneren Anschluß finden, ist traurig, aber wir müssen ihnen helfen, ihn zu bekommen. Denn, Parteigenosse Wagner, Deutschland braucht sie unter allen Umständen. Wir können es uns nicht leisten, daß sie uns kühl gegenüberstehen, [...].<sup>518</sup>

Dabei ging es Staemmler nicht um Lippenbekenntnisse oder formale Parteimitgliedschaften von Hochschullehrern. Im Gegenteil: „Ich kann es durchaus nicht“, schrieb Staemmler in dem gleichen Zusammenhang an den Reichshauptstellenleiter im „Hauptamt für Volksgesundheit“, Franz Wirz (1889-1969), „als Zeichen reaktionärer Gesinnung ansehen, wenn jemand nach der Revolution nicht in die Partei eingetreten ist, sondern schätze diese Leute höher, als jene, die nicht schnell genug den Weg in die Partei finden konnten.“<sup>519</sup>

Einen schwerwiegenden Fehler sah er in der geplanten Einführung von Vertrauensdozenten an den Fakultäten, die später in Gestalt der NS-Dozentenbundführer<sup>520</sup> Realität wurden: Der Eindruck der Installierung eines Spitzelsystems würde jungen Akademikern vermittelt, womöglich auch mit Berechtigung; in jedem Fall würden „Kriecher“ und „Byzantinismus“ an den Universitäten die Folge sein.<sup>521</sup>

Später gingen Staemmler aus denselben Gründen die Bevorteilungen von „politisch zuverlässigen“ Nachwuchswissenschaftlern bei der Besetzung von Lehrstühlen, überhaupt der Einfluss der Partei auf die Hochschulen, zu weit. In einer dieses Thema behandelnden Denkschrift, entstanden im Wintersemester 1936/37, formulierte er:

„Nur ein Blinder kann behaupten, dass es auf der Universität bergauf geht. Wo nur immer man einsichtige wirkliche Köpfe, tatsächliche Forscher mit eigenen Verdiensten unter vier Augen spricht, kommt immer wieder zum Durchbruch, dass es erschreckend abwärts geht. Ja, auch scharfe, radikale Nationalsozialisten vermögen, nur pupillenklare wenigstens, den wissenschaftlichen Abstieg nicht abzuleugnen.“<sup>522</sup>

Die Hauptursache sei in einer zweifelhaften, weil „grundsätzliche[n] Politisierung“ der Lehrstühle zu finden. Selbst „dort, wo es sich um das unpolitischste handelt, was man sich überhaupt denken kann“ – er nannte u.a. die Chirurgie, die Geologie, die Chemie – werde sie vorangetrieben. Vergessen werde dabei, dass „die Geschichte unserer wirklich grossen Forscher zeigt [...] dass wenn Professoren politisierten sie meist irrten, und dass es besser gewesen wäre, sie hätten die für das Politisieren verbrauchte Zeit der Wissenschaft zugeführt.“<sup>523</sup> Die nach 1933 eingetretene Situation, „dass die politische Macht vielfach, wenn nicht meist, in die Hände von Leuten gelegt wurde, die nur über äussere politische aber nicht über innere wissenschaftliche Autorität verfügen“, sei nun die, dass „2 Klassen von Professoren geschaffen“ worden seien:

---

<sup>518</sup> Staemmler an Wagner am 30.1.1934, Bl. 1 u. 2, PArch NL Staemmler, o. Sign.

<sup>519</sup> Staemmler an Wirz am 28.2.[1934], Bl. 2, PArch NL Staemmler, o. Sign.

<sup>520</sup> Vgl. hierzu Nagel (2008).

<sup>521</sup> Staemmler an Wagner am 30.1.1934, Bl. 4, PArch NL Staemmler, o. Sign.

<sup>522</sup> Denkschrift Martin Staemmler, Wintersemester 1937/38, PArch NL Staemmler, Bl. 1, o. Sign.

<sup>523</sup> Ebd.

„eine privilegierte Klasse politischer Professoren, die mit aller Macht, auch der Unterdrückung anderer ausgestattet sind und Professoren 2. Klasse, die wohl nicht charakterisiert zu werden brauchen. Man kann wohl nicht behaupten, dass sich die Elite der wissenschaftlich bedeutsamen Hochschullehrer unter den privilegierten sich (sic!) befindet.“<sup>524</sup>

All das habe zudem eine sich weit über die Universitäten hinaus ausbreitende „Gering-schätzung des Hochschullehrers“ zur Folge gehabt, und dies wiederum wirke sich negativ auf den Nachwuchs an den Universitäten aus: „Wie soll ein junger Mensch, der den inneren Drang in sich fühlt – andere kann man nicht gebrauchen – [...], einen Beruf wählen, der jedes Nymbus [sic!], jeder Anziehungskraft entkleidet in weiten Kreisen zum Gespött der Jugend gemacht ist [?]“<sup>525</sup> Staemmler fand mit dieser überaus harschen Kritik der Auswüchse nationalsozialistischer Hochschulpolitik, die sich implizit vor allem gegen den Einfluss des NS-Dozentenbunds richtete, durchaus Gehör: Reichskultusminister Bernhard Rust (1883-1945) ersuchte ihn im Februar 1937, eine Liste von zwölf Lehrstuhl-Fehlbesetzungen zu erstellen. Staemmler kam dem postwendend nach.<sup>526</sup>

Auf einem anderen Blatt freilich stand, dass sich die politischen Verhältnisse auf Staemmlers eigene Karriere nach 1933 nicht eben nachteilig ausgewirkt hatten und er selbst zumindest im Bereich der „Rassenkunde“ einer voranschreitenden „Politisierung“ der Universität durchaus zuarbeitete:

Vom städtischen Prosektor zum Universitätsrektor: Eine Karriere im Nationalsozialismus

Der Durchbruch in der universitären Laufbahn Staemmlers fällt erst in die Zeit nach der „Machtergreifung“. 1933 wurde der Chemnitzer städtische Prosektor zum Honorarprofessor „für Rassenpflege“ in Leipzig ernannt;<sup>527</sup> 1934 erhielt er seinen ersten „ordentlichen“ Ruf und wurde Professor für Pathologie an der Universität Kiel.<sup>528</sup>

Bereits im Jahr darauf konnte er als Lehrstuhlinhaber an die ungleich renommiertere „Grenzlanduniversität“ Breslau wechseln. Er wurde dort Nachfolger des emeritierten Ordinarius' und Direktors des „Pathologisch-Anatomischen Instituts“, Friedrich Henke (1868-1943). In Breslau entfaltete Staemmler auf der einen Seite eine rege Tätigkeit in Forschung und Nachwuchsförderung: Es gibt einige Mediziner, die in Kiel und Breslau durch die Schule Staemmlers gegangen und der Forschung zur Geschichte der

<sup>524</sup> Ebd., S. 2 f.

<sup>525</sup> Ebd., S. 3.

<sup>526</sup> Vgl. Nagel (2008), S. 122 f. Auf Staemmlers Liste fand sich u.a. der Rassenhygieniker Lothar Gottlieb Tirala, der von Julius Streicher protegert wurde und sich unter Rassenhygienikern durch seine Behauptung, er habe durch Bestrahlung von Föten schwanzlose Hunde erzeugen können, lächerlich gemacht hatte. Vgl. Klee (2000).

<sup>527</sup> Die Initiative ging vermutlich – wie nachweislich auch im Fall des mit derselben Ehrung in Leipzig bedachten Pathologen Alois Boehm (1884-1962) – auf Rudolf Hess zurück, vgl. zu Boehm Lienert (2001), S. 108.

<sup>528</sup> Über Staemmlers Wirken dort ist wenig bekannt. Das Universitätsarchiv Kiel verfügt über keine diesbezüglichen Dokumente. Vgl. zur Geschichte der Medizinischen Fakultät Kiel im Dritten Reich Lohff (2009).

#### IV. Nachkriegszeit

Medizin im Nationalsozialismus keine Unbekannten geblieben sind, hierunter Werner Beck,<sup>529</sup> Irene Dischreit<sup>530</sup> und insbesondere Friedrich Wegener.<sup>531</sup> Zu seinen Schülern zählten ferner der 1944 bei einem Luftangriff ums Leben gekommene Joachim Wienbeck, der sich bei Staemmler habilitierte,<sup>532</sup> und, was weniger bekannt ist, der bedeutende Chirurg Fritz Linder, der 1962 in Heidelberg Nachfolger von Bauer werden sollte und bei Staemmler promoviert hatte.<sup>533</sup> Das Parteibuch scheint für Doktoranden tatsächlich, was vor dem Hintergrund von Staemmlers Abneigung gegenüber opportunistischen „Kriechern“ an den Universitäten auch nicht verwundert, nicht von Relevanz gewesen zu sein.

Andererseits intensivierte er in Breslau seine politischen Aktivitäten und weitete sie auf den universitären Betrieb aus: Seine Vorlesungen umfassten nicht allein medizinisch-fachliche Themen; auch mit Fragen der „Weltanschauungspolitik“ trat er vor die Studierenden.<sup>534</sup> Politisch wurde er zusätzlich zu seiner Tätigkeit in der Reichsleitung des Rassenpolitischen Amtes (RPA) auch im RPA Schlesien aktiv und suchte hier eine enge Verbindung mit der universitär betriebenen Rassenforschung zu installieren, als er Fritz Arlt 1936 mit einem Lehrauftrag für Rassenkunde an die Universität holte und ihn zugleich zu seinem Stellvertreter im RPA Schlesien ernannte.<sup>535</sup> Auch publizistisch-propagandistisch trat Staemmler weiterhin, vornehmlich auf dem Gebiet der „Rassenhygiene“, in Erscheinung.<sup>536</sup>

1937 kandidierte er erstmals für das Amt des Rektors der Universität, unterlag aber im ersten Anlauf dem Physiologen Richard Wagner (1893-1970). Auf Vorschlag des Historikers Joseph Vogt (1895-1986), damals Prorektor,<sup>537</sup> wurde Staemmler 1938 als Nachfolger Wagners, der nach Innsbruck gewechselt war, zum Rektor gewählt. 1939 bei Kriegsbeginn wurde Staemmler als Stabsarzt der Reserve eingezogen und nahm als beratender Pathologe am Überfall Deutschlands auf Polen teil. Seit November 1939 zurück in Breslau, beriet er hiernach (nebenamtlich) im Rang eines Oberstabsarztes die Wehrmacht im Wehrkreis VIII.

Der Fall Bauer: Anzeichen für ein „Umdenken“? Anmerkungen zum Rektorat Staemmlers

Aufmerksamkeit verdienen die Hintergründe der Wahl Staemmlers zum Rektor. Ihr waren universitätsintern vorgetragene Bedenken vorausgegangen, deren Motive ebenso bemerkenswert sind wie die Reaktionen Staemmlers. Ausgerechnet dem ausgewiesenen

---

<sup>529</sup> Vgl. über Beck das folgende Unterkapitel in dieser Arbeit.

<sup>530</sup> Vgl. Klee (2001), S. 181 ff.

<sup>531</sup> Vgl. zu Wegeners NS-Verstrickung Woywodt et al. (2006).

<sup>532</sup> Vgl. das sich Wienbeck widmende Unterkapitel in: Dhom (2001), S. 436 ff.

<sup>533</sup> Kozuschek (2002), S. 107.

<sup>534</sup> Vgl. Kozuschek (2002), S. 69.

<sup>535</sup> Vgl. Arlt (1995), S. 143.

<sup>536</sup> Hier seien nur die monographischen Veröffentlichungen Staemmler (1936a), Staemmler (1937a) und Staemmler (1939b) genannt, siehe weiteres im Literaturverzeichnis.

<sup>537</sup> Vgl. zu Vogts Wirken in Breslau Königs (1995), S. 22 ff.

Antisemiten war es zum Vorwurf gemacht worden, in der Fakultät einen Mediziner zu sehr zu protegieren, dessen Frau jüdischer Herkunft war:

In einem Memorandum an das Reichserziehungsministerium, datiert auf den 28. Dezember 1938, schildert Staemmler die Vorgänge um seine Wahl zum Rektor wie folgt:

„Anfang Oktober [1938] bat mich Prorektor J. Vogt zu sich, und teilte mir mit, dass in der Sitzung des Senats gegen meine Nominierung zum Rektor Einspruch erhoben worden sei. Er beabsichtige trotzdem, mich auf der Liste zu benennen, wollte mir aber von der Schwierigkeit Kenntnis geben. Der Einspruch wurde damit begründet, dass ich mit dem Professor in Chirurgie K. H. Bauer befreundet sei und man fürchte, dass durch mein Rektorat dessen Einfluss in der Fakultät zu gross würde. B. sei unbeliebt und mit einem Mischling II. Grades verheiratet und Teile der Fakultät sähen diese Belastung für untragbar an.

Trotz des Einspruchs erfolgte meine Ernennung zum Rektor durch den Herrn Minister.

In den ersten Tagen des November suchte mich der Dekan der Medizinischen Fakultät, Professor Gutzeit auf und stellte mir sein Dekanat zur Verfügung. Obwohl ich wusste, dass er zu den Männern gehört hatte, die sich gegen mein Rektorat ausgesprochen hatten, bat ich ihn, das Dekanat zu übernehmen, um allen jenen Vermutungen die Spitze zu brechen, die etwa dahin geäußert werden könnten, ich wollte gegen jene Gruppe, die mich abgelehnt hatte, etwas unternehmen. Bei der Unterredung mit Professor Gutzeit kam auch die Sprache auf Professor Bauer. Ich legte meine Stellung zu ihm folgendermaßen fest: mir liegt alles daran, [...] Konflikte in der Fakultät zu vermeiden und die vorhandenen zu mildern. Ich werde alles tun, um Bauer aus der Öffentlichkeit herauszuhalten. Es ist für ihn und für die Fakultät unerwünscht, dass er bei seiner Verheiratung mit einem Mischling irgendwie an die Öffentlichkeit tritt. Dagegen werde ich ihn schützen, wenn seine Stellung in seinem ihm vom Minister übertragenen Amt als Professor der Medizin und Direktor der Chirurgischen Klinik angegriffen wird. Professor Gutzeit und ich versprachen uns untereinander Offenheit in der Behandlung aller Fragen, auch solcher, die sich um Professor Bauer drehen.“<sup>538</sup>

Dem Bericht zufolge kam es dennoch zu einem „Spießbrutenlauf“ für Staemmler. So habe der Internist und SS-Hauptsturmführer Kurt Gutzeit (1893-1957) eine mit Staemmler verabredete Berufung Bauers in die Kommission zur Besetzung des für Bauer relevanten Lehrstuhls (Neurologie) boykottiert – und anschließend sein Amt als Dekan niedergelegt. Dessen Nachfolger Vogt habe es ihm eine Woche darauf gleichgetan, nachdem er, Staemmler, eine Chirurgen-Konferenz auf dessen Wunsch hin besucht hätte und sich dort, so habe sich Vogt geäußert, in „provokierender Weise“ für Bauer „eingesetzt“ hätte.<sup>539</sup> Staemmler selbst schilderte dem REM diese „Provokation“ wie folgt:

<sup>538</sup> Staemmler an das REM am 20.12.1938, S. 1 f. [Durchschlag], PArch Staemmler, o. Sign.

<sup>539</sup> Staemmler an das REM am 20.12.1938, S. 5.

#### IV. Nachkriegszeit

„Nachdem ich etwa zehn Minuten dort [am Tagungsort] saß, trat Frau Bauer in den Hörsaal und setzte sich neben mich. Sie blieb etwa eine ¼ Stunde (während des Nachrufs auf Professor Lange) und verliess dann wieder den Hörsaal, während ich darin blieb und weiter an den Verhandlungen teilnahm. Ich erklärte Vogt, dass die Unterstellung, ich hätte mich irgendwie provozierend mit Frau Bauer gezeigt, eine grobe Verleumdung sei. Denn ich hätte ausser der Begrüssung und der Verabschiedung kein Wort mit ihr gesprochen, hätte ja schliesslich nicht aufstehen können, wenn sie sich zufällig neben mich setzt.“<sup>540</sup>

Das SS-Mitglied Vogt blieb dennoch bei seinem Rücktritt, da, so Staemmler weiter, „mehrere Herren der Fakultät“ ihn dahingehend gewarnt hätten, „dass es ein Bruch der SS-Kameradschaft sei, wenn er weiterhin Dekan bliebe.“<sup>541</sup> Zu seiner offiziellen Rektorsrats-Einführung seien die Angehörigen des NS-Dozentenbundes nur deshalb gekommen, weil der Gau-Dozentenführer einen Eklat habe vermeiden wollen und den Dozentenbund-Mitgliedern „den Besuch der Veranstaltung zur Pflicht“ erklärt hätte.<sup>542</sup> Anschließend habe er, Staemmler, ein diplomatisches Gespräch mit Gutzeit gesucht, der ihn jedoch hätte „auflaufen“ lassen mit dem lapidaren Hinweis, dass „die Fakultät“ es nicht dulden könne, dass ich mich so vor Bauer und seine Empfindlichkeit stelle.“ Diese Gruppe von Professoren habe wenig später „offen erklärt, dass sie dafür sorgen werde, dass ich keine Dekane bekäme.“<sup>543</sup> Erst nach Intervention des REM auf Staemmlers „Darlegung der Vorgänge in der Medizinischen Fakultät der Universität Breslau“ beruhigte sich die Lage.

Dass sich Staemmler schützend vor Bauer stellte, sei „von einer gewissen Paradoxie“<sup>544</sup> gewesen, so urteilten Harten et al. vor dem Hintergrund von Staemmlers Antisemitismus und dessen Forderungen nach einer „Scheidung“ der „Rassen“. Tatsächlich dürften sich für Staemmler selbst aus seinem Handeln keine Widersprüche ergeben haben, nicht nur wegen der Freundschaft zu Bauer.<sup>545</sup>

Über seine persönliche Stellung zu „Vierteljuden“ – und dies war nach NS-Vokabular bei Bauers Frau der Fall – hatte Staemmler schon 1932 geschrieben, dass er „als Biologe“ den Standpunkt vertrete, „dass er seiner Erbmasse nach so überwiegend deutsch ist, daß er als Deutscher gerechnet werden kann.“<sup>546</sup> – Dennoch liegt es auf der Hand, an dieser Stelle danach zu fragen, inwiefern die konkrete Erfahrung des Eintretens für einen aus rassistischen Gründen angefeindeten Freund und Kollegen in Staemmlers politischem Selbstverständnis Spuren hinterließ, zumal diese Ereignisse in eine zeitliche Nähe mit restriktiven Maßnahmen des Regimes gegen seinen Bruder

---

<sup>540</sup> Ebd.

<sup>541</sup> Ebd.

<sup>542</sup> Ebd.

<sup>543</sup> Ebd., S. 6.

<sup>544</sup> Harten/Neirich/Schwerendt (2006), S. 284.

<sup>545</sup> Diese ging auf die gemeinsame Göttinger Zeit zurück; man kannte sich seit 1919; bis zum Tod Staemmlers im Jahr 1974 ist ein reger Kontakt nicht nur zwischen ihm und Bauer, sondern auch zwischen weiteren Angehörigen beider Familien belegt. Die Materialien befinden sich im Nachlass von Karl Heinrich Bauer in der Universitätsbibliothek der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

<sup>546</sup> Staemmler (1932a), S. 18.

Wolfgang Staemmler fallen.<sup>547</sup> Bauer selbst trat nach dem Krieg in diesem Sinne für Staemmler ein, als er schrieb, dieser sei ein früher, „kritischer“ Nationalsozialist gewesen, der „sicher zu lange! innerhalb der Partei für Recht, Wahrheit und Sauberkeit zu kämpfen [gesucht habe], in der Hoffnung, der „Front der Anständigen“ zum Übergewicht zu verhelfen.“<sup>548</sup> Dass er „besonders innerhalb des Hochschulwesens“ diesen „Kampf“ ausgetragen hätte und schließlich in „Opposition zu den typischen Repräsentanten des Nazi-Geistes“ getreten sei, machte Bauer vor allem an seinem eigenen Fall fest. Kurzum: Gibt es Hinweise, die es gerechtfertigt erscheinen lassen könnten, anzunehmen, dass bei Staemmler in der Zeit um 1939 in der einen oder anderen Weise ein „Umdenken“ begann?

Der Blick auf entsprechende Indizien fällt zwiespältig aus. Immerhin aber gibt es welche. So ist – einerseits – durchaus auffällig, dass nach 1939 Staemmlers publizistische Agitationen auf rassenhygienischem Gebiet merklich abnahmen. Weiterhin erschienen zwar in hohen Auflagen Neuauflagen bereits vorliegender Bücher und Broschüren, u.a. eine nun als „Tornisterschrift“ firmierende Kurzversion der „Rassenpflege“ für Wehrmachtssoldaten. Doch war Staemmler bis dahin praktisch jedes Jahr mit einer weiteren „rassenhygienischen“ Monographie in Erscheinung getreten, bricht ab 1940 diese Publikationspraxis ebenso gänzlich ab wie seine zuvor auf diesem Gebiet rege Frequentierung von Zeitungen und Zeitschriften: Es ließen sich im Rahmen dieser Arbeit an dezidiert politischen Wortmeldungen für die Zeit 1940 bis 1945 noch zwei Titel recherchieren: einer betrifft Veränderungen von Studiengängen unter Kriegsbedingungen,<sup>549</sup> der andere handelt vom Wesen und Wert der „Treue“.<sup>550</sup>

Sodann fällt ins Auge, fragt man nicht alleine nach dem Verhältnis Staemmlers zur nationalsozialistischen Rassen- und Gesundheitspolitik, sondern auch umgekehrt nach dem Verhältnis der tonangebenden nationalsozialistischen Ärzte und Gesundheitspolitiker zu ihm, dass Staemmler spätestens nach dem Tod Gerhard Wagners 1939 nicht mehr zur ersten Reihe gezählt wurde. Zu Leonardo Conti, Nachfolger im Amt des Reichsärztesführers, scheint Staemmler keinen Kontakt gesucht zu haben.<sup>551</sup> Auch zu Karl Brandt, von Hitler 1942 zum Generalbevollmächtigten für das Gesundheitswesen und damit zum ranghöchsten NS-Mediziner bestimmt, ist keine nähere Verbindung bekannt. Erstaunlicherweise wurde Staemmler 1944 von Brandt auch nicht für den „Wissenschaftlichen Beirat des Generalbevollmächtigten für das Gesundheitswesen“ berücksichtigt, was durchaus bemerkenswert ist, fanden sich hier doch beinahe sämtliche Mediziner der NS-Zeit wieder, die politisch zumindest als weitgehend unbedenklich angesehen, im Sinne der NS-Rassenhygiene aktiv geworden und/oder zu den akademischen Autoritäten ihrer Disziplinen zu zählen waren: von Pathologie-„Größen“ wie

---

<sup>547</sup> Im Januar 1938 wurde Wolfgang Staemmler von der Gestapo (wegen angeblicher Veruntreuung) für mehrere Monate in Untersuchungshaft genommen, vgl. Rupieper/Sperk (2003), S. 611.

<sup>548</sup> Erklärung Karl Heinrich Bauer vom 19.9.1946, LA NRW NW 1055-3548.

<sup>549</sup> Staemmler (1941a).

<sup>550</sup> Staemmler (1941b).

<sup>551</sup> Zumindest liegen hierfür bis dato keine Hinweise vor. Allerdings konnte noch keine Einsichtnahme in den Nachlass von Conti genommen werden. Die sich noch in Privatbesitz befindlichen Materialien sollen demnächst an das Bundesarchiv übergeben werden.

Herbert Siegmund und Robert Roessle bis hin zu führenden Vertretern anderer Fachrichtungen – aus der Chirurgie zum Beispiel Karl Heinrich Bauer [1]. All dies könnte im Sinne der Beobachtungen (oder Behauptungen) Bauers interpretiert werden.

## Professor Staemmler

### der neue Rektor der Universität Breslau

In Stelle des nach Graz berufenen Prof. Wagner hat der Herr Reichskultusminister den ordentlichen Professor der Medizin Dr. Martin Staemmler zum Rektor der Universität Breslau ernannt.

Professor Staemmler, der im 49. Lebensjahr steht, hat sich als Schüler von Nauwerck und Gruber 1922 in Göttingen habilitiert. Kurz nach seiner Ernennung zum außerordentlichen Professor wurde er Leiter des Pathologischen Instituts in Chemnitz. Nach siebenjähriger Tätigkeit erhielt er einen Ruf als Ordinarius nach Kiel. Von hier wurde er 1935 in gleicher Eigenschaft nach Breslau berufen.

Als Wissenschaftler ist Professor Staemmler auf den verschiedensten Gebieten tätig gewesen. Neben einem umfangreichen Handbuchbeitrag über Darm-erkrankungen hat er u. a. über die Pylonephritis, die Rifosintumoren, über primäre Pulmonalinfarkte und Rückenmarkserkrankungen gearbeitet. In den letzten Jahren widmete er sich vorwiegend dem Krebsproblem, das er sowohl rein morphologisch als auch tierexperimentell angeht. Ein großzügiger Umbau des räumlich schon lange unzulänglichen Pathologischen Instituts wird der Bedeutung der Profektur, die eine der größten ganz Deutschlands ist, durch den Bau größerer Hörsäle und die Schaffung weiterer Arbeitsräume Rechnung tragen.

In der Erkenntnis, daß kein Sonderfach, die pathologische Anatomie, nicht Richter, sondern stets nur Lehrer und Mittler sein darf, legte er von jeher Wert auf eine möglichst enge und händige Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Die allwöchentlichen Demonstrationen, zu denen Kliniker und Praktiker kommen, vermitteln allen Teilnehmern lebendige Wissenschaft. Auch in den kassenärztlichen Fortbildungskursen hat er stets versucht, dem praktischen Arzt keine tote trodene Theorie, sondern wertvolle brauchbare Ratsschläge für die Praxis mitzugeben.

Viele Ärzte Schlesiens werden sich der interessanten Stunden gerne erinnern.

Allen ist der neue Rektor wohl durch seine Arbeit bekannt, die er auf rassenpolitischen Gebiet geleistet hat. Es sei hier

nur an sein Buch „Rassenpflege im völkischen Staat“ – das im letzten Jahre bereits im 73. Tausend erschienen ist – und an ein größeres Werk erinnert, das er zusammen mit Burgdörfer und Kühn herausgegeben hat. Er hat seit 1931 in unzähligen Vorträgen innerhalb und außerhalb der Partei für den Gedanken des „Familienlastenausgleichs“, der sozialen und finanziellen Hebung der wertvollsten kinderreichen Familien, geworben und für ihn gekämpft. In gleicher Weise ist er für die Ausmerzung der „sozialen Elemente“ eingetreten. Lange Zeit war er Gauamtsleiter des Gaues Schlesiens im Rassenpolitischen Amt, seit etwa einem Jahre ist er Mitarbeiter in der Reichsleitung des Rassenpolitischen Amtes. In dieser Eigenschaft hat er kürzlich an einer Delegation nach Italien teilgenommen. Mehrfach konnte er dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, über Fragen des Hochschulnachschießes sowie über das Wesen und die Notwendigkeit eines allgemeinen Familienlastenausgleichs Vorträge halten. Der Reichsbund der Kinderreichen hat ihn – der sich selbst zu den Kinderreichen zählt – in den Ehrenführerring gewählt.

Prof. Staemmler ist einer der Mitbegründer der Chemnitzer Ortsgruppe des N.S.-Arztbundes. Er ist seit 1931 Mitglied der NSDAP. Den Weltkrieg hat er von 1914–18 in Rußland mitgemacht. Die Universität Breslau hat in dem neuen Rektor einen energiegelassen Vertreter ihrer Interessen erhalten. Er kennt die Fragen und die Probleme des Deutschen Ostens um so besser, als er selbst aus der jetzt polnischen Grenzmark Westpreußen stammt und dort aufgewachsen ist. An der Universität Breslau, die als Grenzlandhochschule doch sicher jede Förderung verdient, ist für die in früheren Jahren erlittene Unbill vieles gutzumachen. Die Aufgaben, die seiner harren, sind vielseitig und nicht leicht. Wir Schlesier wissen unsere Universität in guten und berufenen Händen und wünschen dem neuen Rektor für die Arbeit der kommenden Jahre den Erfolg, den alle von aufrichtigem, ehrlichem Willen begleitete Arbeit verdient. Daß dieser Erfolg erziehungspolitisch im Sinne des Dritten Reiches eintreten wird, dafür bietet der Hochschullehrer und Nationalsozialist Staemmler sichere Gewähr.



Aufn.: Drees

Abb. 28: Martin Staemmler wird Rektor der Universität Breslau (Ärzteblatt Schlesien 1938)

Andererseits gab Staemmler nach 1939 seine Aktivitäten in der NSDAP – abweichend von Bauers Angaben – keineswegs auf. Insbesondere gehörte er weiterhin mindestens bis Februar 1944 als Referent der Reichsleitung des „Rassenpolitischen Amtes“ an<sup>552</sup> und wurde ab 1941 zudem im „Bund der Kinderreichen“, ebenfalls der NSDAP angegliedert, tätig. Letzteres muss wohl, da der „Bund“ spätestens seit Kriegsbeginn aufgrund seiner überaus konservativen Ausrichtung keinen leichten Stand in der Gunst führender Nationalsozialisten mehr hatte, als Reaktion Staemmlers auf Tendenzen

<sup>552</sup> Vgl. den von ihm verfassten Lebenslauf für das Schreiben Generalarzt Rostock am 1.2.1944 in: BAArch, Abt. R., PK L 388, Bl. 1770.

gewertet werden, nach denen die NSDAP im Bereich der Sexual- und Geschlechterpolitik den Boden des „Klassisch“-Völkischen allmählich zu verlassen schien.<sup>553</sup>

Damit ist zugleich gesagt, dass Skepsis zumindest ob eines nennenswerten Umdenkens Staemmlers gerechtfertigt erscheint, weist doch gerade Letzteres viel eher auf ein *Festhalten* an seinen Überzeugungen hin. Abgesehen davon, dass es sich dabei fraglos nicht um die „großen“ Fragen, vielmehr um Petitessen handelte, erscheint Skepsis aus einem weiteren Grund angezeigt. Im Hinblick auf das Zurückgehen seiner „rassenhygienischen“ Publizistik nach 1939 könnten schließlich ganz andere Gründe als etwaige Zweifel ausschlaggebend gewesen sein werden: für die Zeit bis 1942 schlicht seine Inanspruchnahme durch das Amt des Universitätsrektors, und hiernach die Verlagerung seiner publizistischen Tätigkeiten auf kriegsrelevante Forschungen. Was Letzteres anbelangt, arbeiteten Staemmler und seine Mitarbeiter ab 1942 intensiv – nach allem, was wir wissen: ohne in die menschenverachtenden Versuche in den Konzentrationslagern involviert gewesen zu sein – über Erfrierungen. Nach mehreren Beiträgen in medizinischen Fachzeitschriften erschien 1944 eine Monographie von Staemmler zum diesem Thema.<sup>554</sup>

Ungeklärt sind wiederum die Gründe, die Staemmler dazu brachten, sich 1942 nach vier Jahren im Amt von seiner Stellung als Rektor vom Reichskultusminister entbinden zu lassen. Nachkriegsäußerungen zufolge sollen u.a. Auseinandersetzungen um den Erhalt der Theologischen Fakultät ein Grund für seinen Rückzug gewesen sein. Staemmler sei im Gegensatz zu anderen Kollegen und höheren Stellen der Auffassung gewesen, dass die Fakultät nicht abgewickelt werden sollte. Er sei zunehmend isoliert worden.<sup>555</sup>

Fest steht, dass Staemmler zum 1. November 1942 aus dem Rektoratsamt ausschied und seine Zelte in Breslau ganz abbrechen wollte: So ist belegt, dass er sich 1943/44 in München ins Gespräch brachte als Nachfolger von Max Borst (1869-1946),<sup>556</sup> seit 1910 Ordinarius und Direktor des dortigen Pathologischen Instituts.<sup>557</sup> Ebenso fiel 1944 sein Name in Berlin an der Charité, als dort die Nachfolge von Robert Roessle (1876-1956) verhandelt wurde, der offenbar an eine andere Universität wechseln wollte, wozu es jedoch bis 1945 (und darüber hinaus) nicht kam.<sup>558</sup> Dass Staemmler in beiden Fällen am Ende keinen Ruf erhielt, war für die Entscheidungsträger nicht mit politischen Gründen verbunden: In Bezug auf die Anforderungen in München war er in dieser Hinsicht als überaus geeignet angesehen worden, insbesondere wegen seiner „Verdienste um eine wissenschaftliche Familien- und Rassenforschung“,<sup>559</sup> doch war man fachlich weniger überzeugt: als Pathologe vertrete Staemmler „eine ausgesprochen morphologisch-descriptive Richtung und ist der Typ des guten

---

<sup>553</sup> Vgl. Kühl (2010).

<sup>554</sup> Vgl. Staemmler (1944b).

<sup>555</sup> So mehrere Aussagen ehemaliger Kollegen sowie des Weihbischofs von Breslau in: LA NRW NW 1055-3548.

<sup>556</sup> Vgl. zu Borst Babaryka (2008).

<sup>557</sup> Vgl. BArch, Abt. R., PK L 388, Bl. 1763.

<sup>558</sup> Ebd.

<sup>559</sup> So Siegmund in seiner Beurteilung BArch, Abt. R., PK L 388, Bl. 1763.

#### IV. Nachkriegszeit

und erfahrenen Prosektorpathologen“, der nur „zweifelhaft“ den am Münchener Institut erforderlichen Anforderungen entspreche.<sup>560</sup> In Sachen Roessle-Nachfolge war Staemmler im Juni 1944 immerhin „vorläufig ausersehen“<sup>561</sup>, an der Charité tätig zu werden, wurde von Roessle selbst aber auch auf die Liste der Nachfolge von Borst gesetzt. Beide Optionen zerschlugen sich.<sup>562</sup> Staemmler blieb bis zur Räumung Breslaus Anfang 1945 an der „Grenzlanduniversität“.

Das Kriegsende erlebte Martin Staemmler in russischer Gefangenschaft. In Berlin, wohin er zuletzt kommandiert worden war, war er im April 1945 von der Roten Armee inhaftiert worden. Im März 1946 wurde er in das Civil Internment Camp Neuengamme überführt. Dort am 21. März 1947 entlassen, erhielt er einige Monate später eine Anstellung im Pathologischen Laboratorium des Landeskrankenhauses Detmold, wo er bis 1949 tätig war. Zwischen Juli und Dezember 1949 war er mit dem Aufbau einer Pathologischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Hamm betraut. Im selben Jahr wurde seine Entnazifizierungsakte geschlossen.

#### Entnazifizierungsverfahren

Ein Blick in Staemmlers Verfahren macht einmal mehr deutlich, in welchem Maße die in deutsche Zuständigkeit gefallenen Entnazifizierungsausschüsse mitunter bereit waren, Nationalsozialisten buchstäblich bis zur Unkenntlichkeit zu „ent-nazifizieren“. Verstörenderweise ist es Staemmler nur zum Teil zuzuschreiben, dass er durch irreführende Angaben am Ende eine ausgesprochen günstige Beurteilung erhalten sollte. Anders als viele Mediziner, die sich zu Opfern stilisierten, bog er zwar hier und da manches zurecht, machte aber nicht unbedingt einen Hehl aus seinen ideologischen Überzeugungen in den in seinem Fall entscheidenden Fragen: aus seinen antisemitischen Einstellungen und seinen Überzeugungen auf rassenhygienischem Gebiet. Diese brachte er freilich nun in apologetischen Worten zum Ausdruck:

„Seit meiner Studentenzeit bin ich Anhänger von Darwin [...]. Das Studium der Werke von Francis Galton [...] zeigte] mir die Gefahren, in die das Volk durch Geburtenrückgang, moralischen Niedergang und biologische Degeneration tiefer und tiefer hineingeriet. Dem mich im Rahmen meiner Kräfte als Wissenschaftler entgegenzustellen, hielt ich für meine moralische Pflicht. [...] In der Judenfrage vertrat ich von jeher den Standpunkt, dass die Juden ein eigenes Volk besonderer, aber uns fremder Art sind, deren Verhältnis zu uns nur dann endgültig gelöst werden konnte, wenn sie ein eigenes Land mit voller Souveränität und ausreichender Aufnahmefähigkeit bekämen und soweit sie bei uns bleiben wollten, als völkische Minderheit angesehen würden. [...] Meine eugenischen (rassenhygienischen) Bestrebungen führten mich 1931 in die NSDAP. Obwohl ich die Diktaturbestrebungen in ihr ablehnte, glaubte ich doch, dass sie die Partei sei, die

---

<sup>560</sup> So ebenfalls Siegmund, BArch, Abt. R., PK L 388, Bl. 1763.

<sup>561</sup> Vgl. BArch, Abt. R., PK L 388, Bl. 1763.

<sup>562</sup> Die Vita Staemmler zwischen seiner Amtsniederlegung als Rektor und Kriegsende bedürfte noch einer eingehenderen Untersuchung; unklar bleibt der Faktizitätsgehalt einiger Angaben aus dem Entnazifizierungsverfahren, ungeklärt sind auch die Hintergründe, die 1944 zur – von Hitler zur Annahme genehmigten – Verleihung des Großoffizierskreuzes des königlich-ungarischen Zivilverdienstordens führten; vgl. UArch Breslau, AVW-0750-34/20, S 220, Bl. 10 f.

sich am stärksten für die biologische und moralische Gesunderhaltung des Volkes einsetzte.“<sup>563</sup>

Staemmler fuhr in seinem Verfahren eine Strategie der zunehmenden Distanzierung an den Maßnahmen des Regimes ab „1936“ und machte hier in fast allen Punkten unwahre Angaben. Vor allem behauptete er, seit diesem Jahr von allen Parteiämtern zurückgetreten und nur noch wissenschaftlich in Erscheinung getreten zu sein.<sup>564</sup> Dies war beides nachweislich – wie oben gezeigt – die Unwahrheit. Doch in die Richtung einer wachsenden inneren Opposition äußerten sich sämtliche befragte Leumundszeugen, die Dinge behaupteten, bei denen Unwahrheiten und Irreführungen auf der einen Seite, Zutreffendes und Übertriebenes auf der anderen schwierig auseinanderzuhalten sind.

Manches war nachweislich falsch, wie etwa die den angeblichen Rückzug aus der NSDAP ab 1936 stützende Bescheinigung ehemaliger Breslauer Studierender, Staemmler hätte in seine Vorlesungen frei von nationalsozialistischem Gedankengut gehalten.<sup>565</sup> Manches andere mag der Wahrheit entsprochen haben und ließe sich zum Teil auch durch das plausibilisieren, was an zeitgenössischen Äußerungen Staemmlers aus der NS-Zeit vorliegt und weiter oben zitiert wurde. Dies betrifft jedoch vor allem Petitesen wie zum Beispiel, dass eine Parteimitgliedschaft kein Anstellungskriterium für ihn gewesen sei;<sup>566</sup> dass die SS den „klassisch“-völkisch denkenden Publizisten wegen seines Verständnisses von Ehe und Familie kritisiert hätte;<sup>567</sup> dass er Schwierigkeiten mit dem NS-Dozentenbund gehabt hätte.<sup>568</sup>

Staemmler soll zudem in privaten Gesprächen die zunehmende Rechtsunsicherheit, die Schrankenlosigkeit der Parteiherrschaft,<sup>569</sup> und – und vor allem – die Ausmaße der Judenverfolgung seit Kriegsbeginn abgelehnt haben.<sup>570</sup> Dies mag womöglich der Wahrheit entsprochen haben und vielleicht auch ein Teil der Erklärung für das Ende seiner aktiven rassenpolitischen und eugenischen Publizistik im Jahr 1939 gewesen sein. Von Staemmler selbst allerdings sind dahingehende Äußerungen im Entnazifizierungsverfahren nicht getätigt worden. Sein dort dokumentiertes, in verschwiemelten Worten formuliertes Beharren darauf, dass, wenn es nach ihm gegangen wäre, „die Juden“ lieber aus Deutschland hinausgeworfen und die dennoch Verbliebenen als rechtlose „völkische Minderheit“ behandelt worden wären, deutet zudem nicht darauf hin, dass er seinen eigenen Anteil an der Entwicklung von der Verfolgung zur Vernichtung einer Reflexion unterzogen hätte. Auch machen es viele Zeugenaussagen heute umso schwerer, ihnen Glauben zu schenken, als sich unter diesen eben auch zahlreiche Behaup-

---

<sup>563</sup> Erklärung Martin Staemmler, undat. [1946], LA NRW NW 1055-3548.

<sup>564</sup> Ebd.

<sup>565</sup> So mehrere Erklärungen ehemaliger Studenten, ebd.

<sup>566</sup> So sein ehemaliger Assistent Martin B. in seiner Erklärung vom 5.3.1947 und seine ehemalige medizinische Assistentin Gisela K. in ihrer Erklärung vom 13.8.1946, ebd.

<sup>567</sup> So ebenfalls Gisela K. in ihrer Erklärung vom 13.8.1946, ebd.

<sup>568</sup> So Herbert Siegmund in seiner Erklärung vom 18.2.1947, ebd.; ähnlich Karl Heinrich Bauer in seiner Erklärung vom 19.9.1946, ebd.

<sup>569</sup> Erklärung des ehemaligen Studenten Kurt Z. vom 8.9.1946, ebd.

<sup>570</sup> So sein Doktorand A., der Staemmler seit 1939 kannte, in seiner Erklärung vom 30.8.1946.

#### IV. Nachkriegszeit

tungen finden, die in einer extrem apologetischen Weise helfen sollten, die exponierte Rolle Staemmlers als „rassenhygienischer“ Publizist zu relativieren.

So befand der – NS-belastete – Göttinger Pathologe, Medizinethiker und Medizinhistoriker Georg Benno Gruber (1884-1977):

„Es waren rein ideale, von ärztlichem Fühlen getragene Gesichtspunkte, die ihn [Staemmler] veranlasst haben, sich mit den Fragen der Genetik zu befassen und ihre Weiterungen zu überlegen. Irgendwelche Grausamkeiten oder unmenschliche Anwendungen der Gesetze der Erblehre lagen Staemmler fern.“<sup>571</sup>

Dass Staemmler das Zwangsterilisierungs-„Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ mit „vorgedacht“ und es nach Inkrafttreten rückhaltlos propagiert hatte, ließ Gruber freilich ebenso unter den Tisch fallen wie der Pathologe Herbert Sigmund Staemmlers Autorschaft im „Handbuch der Judenfrage“ oder dessen Befürwortung der „Nürnberger Rassengesetze“, als er behauptete:

„Er gilt als ein rassepolitischer Schriftsteller. Das ist er eigentlich nicht. Er hat vielmehr eine Reihe ethisch sehr hochstehender Publikationen über die Bedeutung der Familie und eine rationelle Bevölkerungspolitik geschrieben, die sich von allen rassischen Fragen mit ihren Auswüchsen in jeder Weise fernhalten und sich wohlthuend von dem parteipolitischen rassischen Schrifttum unterscheidet.“<sup>572</sup>

Der Entnazifizierungsausschuss sah keine Veranlassung, diese und andere Aussagen anhand der Schriften Staemmlers auch nur einer oberflächlichen Überprüfung zu unterziehen. Im Gegenteil: Die vom Ausschuss im Urteil niedergelegten Umdeutungen der Rolle Staemmlers im Nationalsozialismus gingen am Ende sogar noch weit über die vom Betroffenen selbst behauptete hinaus. Sie machten aus dem überzeugten NS-Rassenhygieniker einen „aus rein ideellen Gründen“ vor 1933 in die NSDAP eingetretenen Mediziner, der dann nach 1933 „mit den Massnahmen der Partei auf eugenischem und rassenbiologischem Gebiet nicht einverstanden sein konnte, weil sie seiner Auffassung als rechtlich denkendem Menschen widersprachen.“ Die aus der Luft gegriffenen – weil auch aus den „Persilscheinen“ nicht herzuleitenden – Schlussfolgerungen, dass er „deshalb [!] in Opposition zur Partei geraten und endlich seines Postens als Rektor der Universität in Breslau enthoben [!] worden“ sei, stellten die Fakten dann so vollständig auf den Kopf, dass der Ausschuss um ein Haar eine Handhabe dafür gefunden hätte, Staemmler in die niedrigste, von NS-Belastungen vollständig freisprechende Kategorie V – „Entlasteter“ – einzustufen. So wundert es nicht mehr, dass der Ausschuss, „mit Rücksicht darauf, dass er es an dem letzten entscheidenden Schritt hat fehlen lassen“, sich dafür entschied, „dass ihm nur [!] die Kategorie IV – ohne Vermögens- und Kontensperre – zuzubilligen“ sei.

Aachen

Somit war Staemmler – es war das Jahr 1949 – als gewöhnlicher „Mitläufer“ entnazifiziert. Noch im selben Jahr (es ist unklar, ob vor seinem Verfahren oder erst

---

<sup>571</sup> Erklärung Georg Benno Gruber vom 14.8.1946, ebd.

<sup>572</sup> Erklärung von Herbert Sigmund vom 18.2.1947, ebd.

danach) waren Verhandlungen um seine Bestellung für das Amt des Direktors der Pathologisch-bakteriologischen Abteilung an den Städtischen Krankenanstalten Aachen aufgenommen worden. Hinter den Kulissen wird Georg Wehrsig, dessen Erbe Staemmler antreten sollte, seinen Anteil daran gehabt haben, dass der Name in die Diskussion um seine Nachfolge eingebracht worden war.<sup>573</sup> Formal allerdings war es Ferdinand Hoff, der sich im Oktober 1949 für ihn verwendete und für den Gesundheitsausschuss der Stadt eine schriftliche Empfehlung abgab, in der die Rolle Staemmlers im Nationalsozialismus mit keinem Wort gestreift wurde:

„Es muss bei der Besetzung der Prosektor-Stelle, wenn irgend möglich, ein Mann gefunden werden, der sowohl auf dem Gebiet der Pathologischen Anatomie als auch auf dem Gebiet der Bakteriologie ein hervorragender Fachmann ist. Diese Voraussetzungen sind bei Herrn Professor Dr. Martin Staemmler in ausgezeichneter Weise erfüllt. [...] Wenn er mir bis jetzt auch nicht persönlich bekannt war, so sind seine wissenschaftlichen Leistungen mir seit Jahren bekannt, und ich kann für seine hohen Qualitäten bürgen. [...] Ich bin der Überzeugung, dass die Stadt Aachen und die Städt[ischen] Krankenanstalten eine ausserordentlich glückliche Wahl treffen würden, wenn Herrn Prof. Staemmler die Stelle des Prosektors [...] übertragen würde.“<sup>574</sup>

Am 24. Oktober 1949 stellte Oberstadtdirektor Servais dem Gesundheitsausschuss die Personalie Staemmler vor. Auch hier war dessen NS-Vergangenheit nicht Gegenstand von Bedenken:

„Oberstadtdirektor Servais machte dann nähere Angaben über die Persönlichkeit des Prof. Dr. Staemmler. Die einzigen Bedenken, die gegen die Einstellung des Prof. Dr. Staemmler geltend gemacht werden könnten, seien in seinem Alter zu suchen. Prof. Dr. Staemmler, der zuletzt in Breslau als außerordentlicher [sic!] Professor tätig war, gälte als Verdrängter und nach der Sparverordnung vom 19.3.1949 seien im Falle einer Pensionierung nur Ruhegehaltsanteile entsprechend der Beschäftigungszeit von der Stadt zu tragen. Somit könnten diese Bedenken in Wegfall kommen [...] Da die einzigen Bedenken wegen des Alters des Prof. Dr. Staemmler durch die genannte Sparverordnung nicht mehr zu erheben seien, erklärte er sich mit Zustimmung des Ausschusses mit der Einstellung des Prof. Dr. Staemmler als Leiter des pathologischen und bakteriologischen Instituts einverstanden [...]“<sup>575</sup>

In Aachen blieb Staemmler als „eine überragende Persönlichkeit“ in Erinnerung: Man habe ihn als einen „selbstbewußten, energischen, unabhängigen Chef“ erlebt.<sup>576</sup> In der Fachöffentlichkeit blieb er nach 1945 vor allem dadurch im Gespräch, dass er das weit verbreitete, erstmals 1890 erschienene „Lehrbuch der speziellen pathologischen Anatomie“ seines Lehrers Eduard Kaufmann neu herausgab und erheblich erweiterte.

---

<sup>573</sup> Wehrsig war am 12. September 1944, kurz vor dem Fall Aachens, an Staemmlers Pathologisches Institut in Breslau beordert worden, wo er bis zur Räumung Breslaus im Januar 1945 tätig war. Siehe LA NRW NW-1079-3497.

<sup>574</sup> Hoff an den Gesundheitsausschuss der Stadt Aachen am 24. Oktober 1949, StaA PA St 16.

<sup>575</sup> Zit. nach der Abschrift in: StaA PA St 16.

<sup>576</sup> Mittermayer (1991), S. 105.



*Abb. 29: Martin Staemmler bei seinem Abschied von den Städtischen Krankenanstalten (1960)*

### 2.3.2 Werner Beck und seine Rolle im „Generalgouvernement“ (1940-1945)

Unter Staemmler wurde das Pathologisch-bakteriologische Institut Aachen sukzessive ausgebaut.<sup>577</sup> 1952 holte er mit Werner Beck einen seiner Schüler aus Kieler und Breslauer Tagen nach Aachen. Ihm wurde, wohl bereits mit dem Ziel, eine gerichtsmedizinische Abteilung aufzubauen, die Leitung des Blutalkohol-Laboratoriums übertragen. Daneben führte er auch forensische Leichenöffnungen durch.<sup>578</sup>

Der Name des Pathologen Beck ist in der historiographischen Literatur vor allem im Zusammenhang mit Katyn immer wieder gefallen, da er im Besitz von Unterlagen über die Sektion der Opfer des Massakers gewesen war.<sup>579</sup> Über weitere Hintergründe zur Vita Becks zwischen 1933 und 1945 war darüber hinaus lange Zeit nichts Näheres bekannt. Erst Friedrich Herber hat sich im Jahr 2002 in seinem Buch „Gerichtsmedizin unterm Hakenkreuz“ eingehender mit Beck in seiner Funktion als Direktor des Krakau-

---

<sup>577</sup> Details ebd.

<sup>578</sup> Dieses wurde erst 1968 mit der Gründung des Lehrstuhls und der „Abteilung“ (ab 1988: Institut) für Rechtsmedizin realisiert. In einer 1988 erschienenen Festschrift zum 20-jährigen Bestehen werden Beck und seine Tätigkeit als Leiter des Blutalkohollaboratoriums als Vorgängerinstitution erwähnt; vgl. Althoff (1988), S. 1.

<sup>579</sup> Siehe u.a. seine Erwähnungen zuletzt bei Sanford (2005); Cienciala/Lebedeva/Materski (2007).

er Gerichtsmedizinischen Instituts im „Generalgouvernement“ befasst, die bereits 1945 die polnische Justiz und die polnische Öffentlichkeit beschäftigt hatte.<sup>580</sup>

Auf Herbers Forschungsergebnissen aufbauend, wird im Folgenden unter Berücksichtigung bislang nicht berücksichtigter Quellen<sup>581</sup> der Versuch unternommen, Becks Rolle im Nationalsozialismus, insbesondere im besetzten Polen, einigermaßen umfassend zu beleuchten.

Irreführungen. Becks Aussagen in Ermittlungsverfahren wegen nationalsozialistischer Verbrechen

Ab den 1950er Jahren wurde Beck wiederholt in Vorermittlungs-, in Ermittlungs- und in Strafverfahren gegen NS-Täter im Generalgouvernement als Zeuge geladen. In sämtlichen Vernehmungen<sup>582</sup> bekannte sich der Pathologe zu seinem bereits in der Weimarer Republik erfolgten Beitritt zur NSDAP und zu seinen frühen Aktivitäten in der SA, um im selben Atemzug zu betonen, wie sehr er nach der „Machtergreifung“ auf Distanz zum Nationalsozialismus gegangen sei. Entscheidendes Moment dieser Distanzierung sei die feindliche Einstellung des Regimes zum Christentum gewesen. Das sei für ihn nicht ohne Folgen geblieben: Probleme habe er insbesondere mit der SS bekommen, nachdem diese ihn zu einem Beitritt habe bewegen wollen und er dies mit Verweis auf seinen christlichen Glauben entschieden abgelehnt hätte.

In das Bild des in den Jahren der NS-Herrschaft ideologisch geläuterten frühen Anhängers fügte sich auch, dass sich Ermittler einem scheinbar jovialen Zeugen gegenüber sahen, der bereit war, sich an der Aufklärung von NS-Verbrechen im Generalgouvernement aktiv zu beteiligen. Über die jeweiligen Ermittlungsgegenstände konnte Beck zwar keine näheren Informationen – vorgeblich aus Unkenntnis – zu Protokoll bringen. Seine Glaubwürdigkeit bemühte er aber mit der Behauptung zu unterstreichen, dass in Krakau seine NS-kritische Haltung kein Geheimnis gewesen und er daher von seinen polnischen Institutsmitarbeitern mit Informationen über deutsche Verbrechen versorgt worden sei, an die andere nicht gelangt seien.<sup>583</sup> Seine Untergebenen seien immer aktuell über deutsche Gräueltaten informiert gewesen, da sie alle im Widerstand aktiv gewesen seien. Letzteres hätte nicht der engen Freundschaft im Wege gestanden, die sich zwischen ihm und seinen Angestellten entwickelt habe.<sup>584</sup> Wie Beck in einer Vernehmung zu Protokoll gab, war er sich sicher, sein ehemaliger Mitarbeiter und Nachfolger als Direktor des Krakauer gerichtsmedizinischen Instituts – es handelte sich um keinen geringeren als den Doyen der polnischen Gerichtsmedizin Boleslaw Popielski – werde diese Angaben auf Nachfrage gewiss bestätigen und könne womöglich noch weitaus genauere Informationen über NS-Verbrechen liefern.<sup>585</sup>

---

<sup>580</sup> Herber (2002).

<sup>581</sup> Zu einem Großteil handelt es sich dabei um Akten der Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg.

<sup>582</sup> BArch B162/ 4487, 6256, 6787, 7282, 17025-17026, 21434, 28534.

<sup>583</sup> Aussage Beck vom 6. März 1968, BArch B 162/7282, Bl. 582 f.

<sup>584</sup> Ebd.

<sup>585</sup> Aussage Beck vom vom 12.12.1963; BArch B 182/4487, Bl. 1470.

#### IV. Nachkriegszeit

Was Beck bei seinen Vernehmungen offensichtlich nicht wusste, ihm aber – irritierenderweise – auch nicht konfrontativ vorgehalten wurde: Einige seiner ehemaligen polnischen Angestellten hatten sich gegenüber den polnischen Behörden ausführlich über Beck geäußert. Entsprechende Dokumente lagen den deutschen Ermittlern nachweislich vor. Unter anderem waren sie im Besitz der Übersetzung eines 23 Seiten umfassenden Berichts Popielskis über „Die Geschichte des Gerichts-Medizinischen Instituts der Jagiellonski Universität während des Krieges vom 1.9.1939 bis 18.1.1945“.<sup>586</sup> In diesem im Juni 1945 verfassten Memorandum zeichnete Popielski ein ungeschminktes, aber bemerkenswert differenziertes Bild von den Verhältnissen am Krakauer Institut unter Beck, der als überaus ehrgeiziger Direktor aufgetreten war. Zur Persönlichkeit Becks führte Popielski darin an, dass dieser schwer alkoholsüchtig und in seinen Stimmungen und Handlungen extrem schwankend gewesen sei. Offenkundig sei Beck „psychisch kein gesunder Mensch“<sup>587</sup> gewesen. Indes: „Man muß objektiv bestätigen“, so Popielski in seinem Bericht,

„daß Dr. Beck in seinem wechselnden Charakter mehrmals die Erscheinungen einer echten wohlwollenden Gesinnung zeigte und wirklich eine Reihe von guten Taten getan hat. So hat er zum Beispiel ohne Zweifel dazu beigetragen, daß die Entlassung von mehreren Verhafteten[,] u.a. de[s] Bruder[s] von einem der Ärzte, sowie [von] zwei Ärzten[,] erfolgte.“<sup>588</sup>

Kurz vor dem Abzug der Deutschen im Januar 1945, berichtet Popielski weiter, habe Beck der Ehefrau des nach Auschwitz deportierten Forensikers Jan Stanislaw Olbrycht (1886-1968) Unterlagen übergeben, die dieser für ein Handbuch zusammengetragen hatte. Hinsichtlich des Verhältnisses zu den polnischen Angestellten gab Popielski an, dass Beck des häufigeren „über das kollegiale Verhältnis“ doziert und davon gesprochen habe, dass ihm das „Verstehen des polnischen Problems“ nicht verschlossen sei. Schließlich habe man von ihm immer wieder „Komplimente unter der Adresse der polnischen Wissenschaft“ gehört; ebenso positiv habe er sich wiederholt über die fachliche Kompetenz seiner polnischen Angestellten geäußert.<sup>589</sup>

Dies alles aber beherrschte keineswegs die Atmosphäre am Institut. Popielski kam in seinem Bericht detailliert auf Facetten eines „psychopathologischen Schattenbildes des Dr. Beck“<sup>590</sup> zu sprechen, das ihn für die polnischen Mitarbeiter nicht nur unberechenbar machte, sondern in Krakau so berüchtigt wurde, dass Außenstehende die Verhältnisse mit denen in einem Konzentrationslager verglichen. Diese Einordnung kam nicht von ungefähr: Fügt man die zur Verfügung stehenden Quellen zu einem Gesamtbild zusammen, wird allzu deutlich, warum Beck nach dem Krieg in polnischen Zeitungen als „Arztbestie“ beschrieben und seine Auslieferung gefordert wurde.<sup>591</sup> Dass

---

<sup>586</sup> Popielski, „Die Geschichte des Gerichts-Medizinischen Instituts der Jagiellonski Universität während des Krieges vom 1.9.1939 bis 18.1.1945“ (im Folgenden: Popielski-Memorandum); BArch B 162/21343, Bl. 191-214.

<sup>587</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 203.

<sup>588</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 209.

<sup>589</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 204.

<sup>590</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 203.

<sup>591</sup> Vgl. Herber (2002).

Beck, wie er selbst angab, in Krakauer SS-Kreisen als der „schräge Fürst“<sup>592</sup> bekannt war, hatte offensichtlich eine andere als von ihm (zu seiner Entlastung) vorgebrachte Bedeutung.



*Abb. 30: SA-Mann Werner Beck (ca. 1932)*

#### Rekonstruktionen

Werner Volkmar Beck, 1910 als Sohn eines evangelischen Pfarrers in Risa geboren, trat im Alter von 19 Jahren, zu Beginn seines Studiums der Medizin in Leipzig und Freiburg (1929-1934), dem Nationalsozialistischen Studentenbund, der NSDAP und hernach dem NS-Ärztebund und der SA bei, in der er es bis zum Staboffiziersrang eines Sturmabführers (1941) brachte. 1934 begann er bei Staemmler in Kiel seine Ausbildung im Fach der pathologischen Anatomie und wechselte im Jahr darauf gemeinsam mit ihm nach Breslau. Parallel hierzu war er in dieser Zeit im Hauptamt für Volksgesundheit aktiv und gehörte – wie Staemmler – dem „Rassenpolitischen Amt“ an, wo er als Redner und Pressereferent fungierte.<sup>593</sup> Bei Staemmler promovierte er 1936 mit einer Arbeit über „Hodenveränderungen bei bösartigen Geschwülsten“.<sup>594</sup> Nach einem anderthalbjährigen Intermezzo als Assistent am Institut für Gerichtliche Medizin der Universität Königsberg kehrte er 1938 nach Breslau zurück, nun als erster Assistent am Institut für gerichtliche Medizin. 1939 meldete er sich freiwillig zum Kriegsdienst, wurde nach wenigen Wochen schwer am Hirn verletzt und im Rang eines Unterarztes entlassen.

Im April 1940 erfolgte die Bestellung Becks als Leiter des Krakauer gerichtsmedizinischen Instituts, das bis dahin von dem renommierten polnischen Forensiker

<sup>592</sup> Aussage Beck vom 29.1.1963, BArch B 162/21434, Bl. 77.

<sup>593</sup> BArch B 162/21434, Bl. 9 f.

<sup>594</sup> Beck (1936).

Olbrycht dirigiert worden war. Von den Okkupanten wurde es zum „Staatlichen Institut für gerichtliche Medizin (und Kriminalistik) des Generalgouvernements“<sup>595</sup> umfunktionierte; angegliedert wurden weitere Einrichtungen der Jagiellonski-Universität, u.a. die Anstalt für ärztliche Chemie; als Außenstellen wurden gerichtsmedizinische Institute in Warschau und später auch Lemberg installiert. Kriegsumstände und nationalsozialistische Gunst bescherten dem gerade 30-jährigen, fachlich freilich kaum qualifizierten Beck damit eine Stellung, die er mit rasendem Ehrgeiz ausfüllen sollte und ihm eine erhebliche Macht im besetzten Krakau einbrachte. Das Institut war zunächst der Abteilung für Gesundheitswesen zugeordnet; ab 1942 wurde es dem Befehlshaber der Sipó und des SD des „Generalgouvernements“ direkt unterstellt.

Unter Becks Ägide wurde das Institut erheblich ausgebaut: Die Bibliothek wurde enorm vergrößert, wobei seine Bestände vor allem mit rassenhygienischen Schriften aufgefüllt wurden; neue Abteilungen wurden eingerichtet, darunter – „der Stolz des Dr. Beck“<sup>596</sup> – ein gerichtsmedizinisches Museum; die Mitarbeiterzahl stieg von neun im Jahr 1939 auf zwischenzeitlich 52.

Ein wesentliches Ziel Becks war Popielski zufolge die Ausweitung statistischer Erhebungen des Instituts. Welchen genauen Zweck Beck dabei verfolgte, lässt sich den Quellen nicht eindeutig entnehmen.<sup>597</sup> Laut Popielski erhielt Beck jedoch auf eigene Initiative massenhaft „Seziermaterial“ aus Krakauer Gefängnissen und dem nahe Krakau gelegenen Konzentrationslager Plaszów. Die Zahl der Sektionen am Institut stieg von ca. 350 pro Jahr in der Vorkriegszeit auf etwa 1.000 nach 1939. 1944 waren es 1.309.<sup>598</sup>

Übereinstimmend bis in die Details beschrieben die polnischen Mitarbeiter nach dem Krieg von einer am Institut von Beck erzeugten „Atmosphäre des Terrors“.<sup>599</sup> Berichtet wird von einer Fülle psychischer und körperlicher Misshandlungen. Berühmt waren seine Wutausbrüche, deren Ursachen den Betroffenen häufig nicht ersichtlich waren. Gunst und Missstimmung wechselten sich den Berichten zufolge auf unberechenbare Weise ab. War ihm danach, gab er sich, wie schon beschrieben, den polnischen Angestellten als kollegial, respektvoll und mitunter geradezu zuvorkommend. Hatte er etwas zu beanstanden, drohte er mit der Verhaftung, der Verschleppung zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich oder mit dem Konzentrationslager.<sup>600</sup> In mindestens einem Fall bewirkte Beck in der Tat eine mehrwöchige Inhaftierung eines Mitarbeiters im Konzentrationslager Plaszów. Ungeklärt ist die Rolle, die Beck möglicherweise bei der Deportation Olbrychts nach Auschwitz gespielt hat. Wenn er „Missetättern“ „Gnade“ gewährte, wurde dies mit

---

<sup>595</sup> Den Zusatz „und Kriminalistik“ erhielt das Institut 1942, vgl. Herber (2002), S. 124.

<sup>596</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 199.

<sup>597</sup> Vgl. hierzu auch die Überlegungen von Herber (2002), S. 123.

<sup>598</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 198.

<sup>599</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343; Bl. 191-214; Übersetzte Aussage (nicht unterschrieben) aus dem Polnischen; BArch B 162/21434, 66-68; Schreiben Simon Wiesenthal vom 11.8.1964 an die Zentrale Stelle (Wiedergabe der Aussage einer Laborantin), BArch B 162/21434, hier Bl. 137; BArch B 162/7282, Bl. 482 ff.

<sup>600</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 204.

„dem Bewirten von Alkohol besiegelt [...]. Bei diesem Trinkgelage durfte niemand widersprechen, denn das hat sofort die Wut des Direktors hervorgerufen, der manchmal mit der Pistole drohte und befahl, stillzustehen und in militärischem Ton kommandierte. Er befahl das Öffnen des Mundes und goß dem Missetäter nicht nur Schnaps, sondern goß ein ganzes Glas unverdünnten Alkohol aus dem Labor in den Mund.“<sup>601</sup>

Popielskis Memorandum zufolge waren die Angestellten auch nach Dienstschluss vor Beck nicht sicher:

„In Anwendungen der guten Laune besuchte der Direktor öfters und unverhofft sogar in den nächtlichen Stunden die Angestellten in ihren Privatwohnungen, die in dem Gebäude des Instituts sowie in der Stadt wohnten. Unzweideutig verlangte er in diesen Fällen die Bewirtung mit Alkohol, das keiner von den terrorisierten Angestellten des Instituts ablehnen konnte. Als Entgegenkommen seinerseits war die Herausgabe von mehr täglichen Gelegenheitsurlaubscheinen oder die Erlaubnis zum Schweinezüchten, die er den kleinen Angestellten, die auf dem Gelände wohnten gab, möglich. Die unerwarteten nächtlichen Besuche machte der Direktor oft bei den unteren Angestellten, die im Parterre des Instituts wohnten. Die sind wirklich zu einer Plage geworden und haben sich in eine Art nächtlicher Alarme beziehungsweise Kontrollen verwandelt, wo der Direktor die ganzen Familien mit Frauen und Kindern auf den Korridor trieb und mehrere Stunden in Angst und Spannung hielt. Der Direktor suchte sich gewöhnlich dann ein bzw. mehrere Opfer und hat sie moralisch [?] und physisch (körperlich) mißhandelt. Die anderen waren stumme Zeugen des Geschehens. Während der Alarme hat er Reden gehalten (ließ jede genau übersetzen). Oft wiederholte er, daß die Deutschen den Krieg gewonnen haben und sie besiegt seien und keine Rechte hätten. [...] Bei den Szenerien traten sehr deutliche und auffällige Momente der sadistischen Veranlagung des Dr. Beck hervor. Als er die Angst in den Augen der Opfer sah, hatte er eine deutliche Genugtuung [...] gehabt und am nächsten Tag erwähnte er seine Heldentat mit kindlicher Freude und freute sich, daß das Opfer so sehr Angst vor ihm hatte.“<sup>602</sup>

Körperliche Misshandlungen durch Beck und das deutsche Personal richteten sich den Berichten zufolge besonders gegen die unteren Untergebenen, gegen Hilfslaboranten und Medizinstudenten. „Das Schlagen mit der Reitpeitsche, Pistole, Faust und anderen Gegenständen ins Gesicht und auf den Körper gehörten nicht zu den Seltenheiten.“ Als ein Angestellter es wagte, sich gegen Beck zu wehren, berichtet Popielski, habe Beck ihn „zwei Stunden laufend mit der Faust, mit dem Revolverkolben geschlagen, ihn auf dem Fußboden liegend getreten und auf ihm gestanden.“ Mit „Kopfwunden, Bruch des Nasenbeins, Bruch der Rippe, Bluterguß der Augenlider sowie Bluterguß des unter der Haut liegenden Gewebes auf verschiedenen Stellen des Körpers“<sup>603</sup> sei er mehrere Wochen in einem Krankenhaus behandelt worden:

<sup>601</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 205.

<sup>602</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 206 f.

<sup>603</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 208. So auch das Aussageprotokoll aus dem Polnischen BArch B 162/21434, 66-68.

## IV. Nachkriegszeit

„Das Lieblingsspiel des Direktors war die Verurteilung zum Tode durch Zielen mit der Pistole und das Schießen über den Kopf des Verurteilten hinweg. Während der Sauforgien und den sadistischen Mißhandlungen der Leute vernichtete Dr. Beck [...] Gegenstände und fiel in eine wirkliche Tobsucht, alles zu demolieren. Auf diese Art hat er aus dem Fenster des Instituts ein aus dem Museum präpariertes Skelett, die Einrichtung eines Assistentenzimmers mit Schränken, Bettwäsche, Büchern und ähnliches auf die Straße geworfen.“<sup>604</sup>

Beck verließ Krakau am 18. Januar 1945. Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ kam er zunächst in Mainfranken unter. Als er erfuhr, dass die Sowjetunion auf seine Auslieferung drängte, fälschte er bei der Listenüberprüfung seinen Lebenslauf, damit die Amerikaner der Aufforderung nicht Folge leisteten. Er datierte das Jahr seines Beitritts in die NSDAP auf die Zeit nach der „Machtergreifung“, ließ seine Rolle im Rassenpolitischen Amt unerwähnt und verschwieg vorsichtshalber auch seinen hohen SA-Rang.<sup>605</sup>

Zunächst gänzlich unbehelligt, ließ er sich in Neuendettelsau nieder, wurde dort sogar Gemeinderat und Kreisrat des Kreistages im Landkreis Ansbach. 1948 schließlich erhielt er eine Anstellung als Assistent am Institut für gerichtliche Medizin der Universität Hamburg sowie eine Dozentur an der Hamburger Akademie für Staatsmedizin. Als seine falschen Angaben im Entnazifizierungsverfahren aufflogen, war die Zuständigkeit bereits an deutsche Behörden übergeben worden. Er bekam 1950 in einem Spruchkammerverfahren in jeder Hinsicht mildernde Umstände zugebilligt: Aufgrund seiner Rolle, die er für die Russen in Sachen Katyn gespielt hätte, wertete man sein Handeln als Notstand. Weitere Folgen hatte das Verfahren nicht. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die Deutschen Maizena-Werke in Hamburg gewechselt, für die er bis 1951 tätig war. Noch im selben Jahr wurde er mit der Leitung des medizinischen Laboratoriums des Medical Departements der Iro Wentorf bei Hamburg betraut.<sup>606</sup> Zum Oktober 1952 schließlich nahm er das Angebot seines akademischen Ziehvaters Staemmler an, an die Städtischen Krankenanstalten Aachen zu wechseln.

### 3. Die Personalpolitik der Städtischen Krankenanstalten auf dem Weg zur Universitätsklinik

#### 3.1 Neueinstellungen in den 1950er Jahren

1950 hatten sich die Städtischen Krankenanstalten hinsichtlich des Profils ihrer leitenden Ärzte erheblich gewandelt (siehe Tabelle 7). Die „alten“ Chefarzte befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits in der Minderzahl. Spielte bis dahin bei der Besetzung von Chefarztstellen kaum eine Rolle, welche wissenschaftlichen Qualifikationen die jeweiligen Bewerber nach Approbation und Promotion aufwiesen, fiel nach 1947 bei sämtlichen frei werdenden bzw. neu geschaffenen Stellen die Wahl auf habilitierte Mediziner. Damit riss auch die zuvor unübersehbare, auch im Nationalsozialismus noch festzustellende „Tradition“ ab, Ärzte aus dem (katholischen) Aachener Raum zu bevorzugen.

<sup>604</sup> Popielski-Memorandum, BArch B 162/21343, Bl. 203.

<sup>605</sup> Aussage Beck vom 29.1.1963, BArch 162/21343Bl. 73.

<sup>606</sup> Aussage Beck vom 29.1.1963, BArch 162/21343 Bl. 70 ff.

<b>Abteilung</b>	<b>Leitender Arzt</b> [schon vor 1945 tätig *]	<b>NSDAP</b> <b><i>NS-Untergliederungen</i></b>
Chirurgische Klinik	Wilhelm Klostermeyer	NSDAP (1933) <i>SS, NS-Ärztebund</i>
Innere Medizin	Ferdinand Hoff	NSDAP (1937) <i>SA, NSV, NS-Ärztebund, NS-Dozentenbund</i>
Hautklinik	Philipp Keller	NSDAP (1937) <i>SA, NS-Ärztebund</i>
HNO-Klinik	Adolf Greifenstein	NSDAP (1937) <i>SS, NSV, NS-Ärztebund, NS-Dozentenbund</i>
Orthopädische Klinik	Friedrich Pauwels	- <i>SA, NSV, RDB</i>
Augenklinik	Wilhelm Studte	- -
Röntgenklinik	Theodor Möhlmann*	NSDAP (1933) <i>SS, NSV, NS-Ärztebund, RDB</i>
Kinderklinik	Hanns Jouck*	NSDAP (1937) <i>NSV, NS-Ärztebund, NSKK</i>
Urologische Klinik	Karl Heusch	NSDAP (1933) <i>SS, NS-Ärztebund</i>
Frauenklinik	Georg Effkemann	NSDAP (1933) <i>SS, NSV, NS-Ärztebund, RDB</i>
Pathologisches Institut	Martin Staemmler	NSDAP (1931) <i>NSV, NS-Ärztebund, NS-Dozentenbund</i>
	<u>Bakteriologie/Serologie:</u> Bernhard Karhoff*	- <i>SA</i>
	<u>Blutalkohollaboratorium:</u> Werner Beck	NSDAP (1929) <i>SA, NS-Ärztebund</i>

Tab. 7: Die Städtischen Krankenanstalten in der frühen Nachkriegszeit (1951)

In einigen Fällen gehörten die um 1950 an den Krankenanstalten tätig gewordenen Chefarzte zu den Autoritäten ihres Faches; die jüngeren von ihnen waren zu einem Zeitpunkt ihrer akademischen Laufbahn nach Aachen geholt worden, an dem sie bereits auf eine breite klinische Erfahrung und auf eine intensive publizistische Tätigkeit zurückblickten. Zweifellos wurde hier der Grundstein für die Entwicklung zur späteren Universitätsklinik gelegt. Nicht nur wurden die Kliniken unter ihrer Leitung auf hohem Niveau ausgebaut. Auch wurde Aachen nun zum Veranstaltungsort medizini-

#### IV. Nachkriegszeit

scher Fachkongresse. Das Ansehen der Krankenanstalten stieg in der Folge auch in der Bevölkerung.

Möglich wurde diese personalpolitische Umorientierung aber erst durch die in der ersten Dekade nach Kriegsende eingetretene Situation, dass es in Deutschland einen breiten „Markt“ habilitierter Ärzte gab, für die sich infolge ihrer Verstrickung in den Nationalsozialismus die universitäre Perspektive – vorläufig oder endgültig – zerschlagen hatte. Der „Architekt“ dieser Umorientierung, Oberstadtdirektor Albert Servais, nahm die Gelegenheit, fachmedizinisch ausgewiesene Ärzte an die Kliniken zu bestellen, ohne erkennbare Bedenken in der Frage nach der NS-Belastung der jeweiligen Bewerber wahr.

Es gibt kaum Hinweise darauf, dass es zwischen dem „alten“ leitenden Personal der Zeit vor 1945, als das Krankenhaus keine „Hochburg“ der NS-Medizin war, und den nach dem Krieg nach Aachen gekommenen Medizinerinnen mit NS-Belastung zu Konflikten gekommen wäre, die auf politischen Gründen beruht hätten.<sup>607</sup> Es gehörte vielmehr zur „Normalität“ an den Krankenanstalten der Nachkriegszeit, dass beispielsweise den SPD-Anhänger Philipp Keller, dessen universitäre Laufbahn die Nationalsozialisten 1933 aus politischen Gründen jäh beendet hatten, enge Freundschaften mit besagtem Ferdinand Hoff, aber auch mit dem ehemaligen SS-Mann Theodor Möhlmann und dem NS-„Rassenhygieniker“ Martin Staemmler verbinden sollten: Es seien an den Krankenanstalten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, so Walther Gahlen, gerade diese vier Ärzte gewesen, zwischen denen eine „kongeniale und freundschaftliche Verbundenheit“ bestanden habe.<sup>608</sup> Die Bestellung Kellers zum Direktor der Krankenanstalten war dabei – Gahlen zufolge – auch als ein „Akt der Wiedergutmachung“<sup>609</sup> gedacht. Solche symbolischen Akte erfolgten allerdings, wenn sie denn so gemeint waren, unausgesprochen. So war es in den 1950er den jüngeren Ärzten der Städtischen Krankenanstalten lediglich mittels vager Anhaltspunkte bekannt, welche Rolle ihre Chefärzte im „Dritten Reich“ gespielt hatten. Sie suchten hierüber – nachvollziehbarer Weise – auch keine Auseinandersetzung mit ihren Chefärzten.<sup>610</sup>

Man kann indessen das Bestehen dieser „Schweigekartelle“ im Zusammenhang mit der NS-Zeit nicht alleine am Umgang mit belasteten Ärzten aufzeigen, sondern ebenso eindrücklich an dem Schweigen über NS-Gegner. Ein Beispiel hierfür ist die Causa Eduard Borchers. War dieser in den ersten Nachkriegsjahren bei den ärztlichen Kollegen noch ein begehrter Zeuge in den Entnazifizierungsverfahren gewesen, war es bereits in den 1950er Jahren unter den jüngeren Aachener Ärzten nur noch Einzelnen

---

<sup>607</sup> Allerdings soll es u.a. zwischen Ferdinand Hoff und Hanns Jouck auch zu Spannungen gekommen sein; Hoff sei von mehreren „alten“ Ärzten wegen seiner NS-Vergangenheit kritisch wahrgenommen worden. Persönliche Mitteilung Hanns Paul Jouck und Dr. Theodor Jouck a. d. Verf.

<sup>608</sup> Gahlen (1973), S. 362. Über Staemmler ist überdies überliefert, dass Keller der einzige Arzt an den Städtischen Krankenanstalten gewesen sei, zu dem er nach seiner Pensionierung überhaupt noch näheren Kontakt hatte. Persönliche Mitteilung Prof. Dr. Volker Staemmler a. d. Verf.

<sup>609</sup> So Gahlen (1973), S. 361.

<sup>610</sup> So Dr. Hans Bertram, nach 1945 Oberarzt in den Städtischen Krankenanstalten, im Gespräch m. d. Verf.

bekannt, dass der Chefarzt des Luisenhospitals KZ-Inhaftierter gewesen war.<sup>611</sup> Seine Geschichte blieb über Jahrzehnte auch dort, wo sie hätte erzählt werden können, ausgespart. Unerwähnt blieb sie beispielsweise von dem mit ihm befreundeten Arzt Carl Capellmann, als dieser in den 1950er Jahren seine Erinnerungen an den September 1944 in Aachen niederschrieb.<sup>612</sup> Von dem – ebenfalls mit Borchers befreundeten – Aachener Arzt Friedrich Pauwels, der sich nach 1945 immer wieder voller Bewunderung über Personen, die Widerstand geleistet hatten, äußerte, sind keine Bemerkungen über die Causa Borchers überliefert.<sup>613</sup> Erst 1977, so scheint es, wurde in Nachrufen engster Weggefährten in einer öffentlichen Form daran erinnert, dass Borchers in den Nationalsozialisten Gegner gefunden hatte.<sup>614</sup> Ähnliches lässt sich erinnerungspolitisch im Fall Ludwig Beltz feststellen. Eine Würdigung seiner Rolle im „Dritten Reich“ wurde erst Anfang der 1980er Jahre in Aachen in Angriff genommen.<sup>615</sup>

Dass demgegenüber in einer öffentlichen Weise NS-Belastungen von Aachener Ärzten erst weitere dreißig Jahre später in Aachen thematisiert worden sind, wirft die Frage auf, ob und wie detailliert Klinikleitung und Stadtverwaltung in den 1950er Jahren über die Vergangenheit dieser Ärzte informiert waren. Belegt ist, dass die Verwaltung in mehreren Fällen von außen – so u.a. im Zusammenhang mit der Durchführung der Zwangssterilisierungen im Fall des Arztes Otto Niermann<sup>616</sup> – auf NS-Belastungen in ihren Reihen ganz konkret darauf hingewiesen wurde, dass einer Klinik der Krankenanstalten ein ehemaliger NS-Arzt vorstand. Um die Jahreswende 1947/48 wurde in einem anonymen Brief, der zunächst im Hauptquartier der britischen Militärbehörde eingegangen war, auf die SS-Angehörigkeit des Gynäkologen Effkemann hingewiesen sowie auf dessen (angebliche) Rolle in der „Reichskristallnacht“ hervorgehoben.<sup>617</sup> Ähnliche Anschuldigungen wurden 1948 gegen Ferdinand Hoff erhoben.<sup>618</sup> Konsequenzen zeitigte dies für die Betroffenen von Seiten der Stadtverwaltung jedoch in keinem Fall.

Vielmehr fand sich diese erste „Nachkriegsgeneration“ der (NS-belasteten) leitenden Ärzte der Aachener Krankenanstalten nach 1945 in regionalen und bundesdeutschen medizinischen Standesorganisationen wieder, wo sie – wie Staemmler – zum Ehrenmitglied der Medizinischen Gesellschaft Aachen (MGA) wurden oder – wie Heusch – an die Spitze von Fachgesellschaften gelangten. Staemmler erhielt zudem aus Anlass seiner Pensionierung in Aachen von der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn den Titel eines Professors emeritus zugesprochen. Auch als Max Krabbel im fernen Bad Godesberg seinen 70. Geburtstag feierte, wurde ihm in Aachen eine Ehrung zuteil: Georg Wehrsig, der sich angeblich so angewidert über die im Zweiten Weltkrieg

---

<sup>611</sup> So ebenfalls Hans Bertram 2009 im Gespräch m. d. Verf.

<sup>612</sup> Vgl. Capellmann (1956).

<sup>613</sup> So Dr. Wilhelm Baumann, Assistent (und späterer Praxis-Nachfolger) von Friedrich Pauwels, 2009 im Gespräch m. d. Verf.

<sup>614</sup> Vgl. StaA Zeitungsausschnittsammlung Nr. 2589; Koslowski (1977).

<sup>615</sup> Vgl. Boverter (1982); Murken (1982).

<sup>616</sup> Anna Klöcker (Landtagsabgeordnete) an Niermann am 30.12.1948; StaA PA Niermann.

<sup>617</sup> Undat. anonymes Schreiben (Kopie); LA NRW NW 1002 MED/Nr. 29591.

<sup>618</sup> Vgl. ausführlich hierzu das Unterkapitel über Hoff in der vorliegenden Arbeit.

#### IV. Nachkriegszeit

an den Krankenanstalten durchgeführten (und Krabbel zur Last gelegten) Zwangsabtreibungen und -sterilisierungen an russischen „Ostarbeiterinnen“ gezeigt hatte, begrüßte es „von ganzem Herzen“,<sup>619</sup> als die Ärztekammer Nordrhein Krabbel eine Auszeichnung zukommen ließ; Keller befürwortete dies ebenfalls „wärmstens“.<sup>620</sup> Auch der Aachener Oberstadtdirektor schickte einen Gruß. Das muss nicht verwundern, versendete die Stadt Aachen doch auch zu runden Geburtstagen den ehemaligen „Volkspflegerinnen“, die dem „Rassenpolitischen Amt“ angehört hatten, Glückwunschtelegramme.<sup>621</sup>

Auch außerhalb medizinischer Gesellschaften oder kommunaler Zusammenhänge kamen NS-belastete Ärzte zu höchsten Ehren. Mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt etwa wurden die an den Zwangsterilisierungen im Nationalsozialismus in Aachen beteiligten Ärzte Egon Sulger und Theodor Möhlmann.



*Abb. 31: Theodor Möhlmann (Mitte) und sein Nachfolger Peter Thurn (links) im Jahr 1962*

Als diese „erste Generation“ ausschied, standen die Kliniken vor dem Problem, Nachfolger zu finden, die in fachlicher Hinsicht ähnlich ausgewiesen waren. Die zum Teil schon Anfang der 1950er Jahre notwendig gewordenen Neueinstellungen zeigen, dass dies nicht in allen Fällen gelang, was auch daran lag, dass man entsprechend ausgewiesene Mediziner teilweise nicht mehr als einige Jahre in Aachen „halten“ konnte.<sup>622</sup> Zwar

---

<sup>619</sup> Wehrsig an die Verwaltung der Städtischen Krankenanstalten Aachen am 31.10.1956, StaA PA K 164, unpag.

<sup>620</sup> Ebd.

<sup>621</sup> Vgl. StaA PA 443.

<sup>622</sup> Neben dem schon geschilderten Fall Hoff und dem im Folgenden näher beschriebenen Fall Aloys Greither könnte es sich so auch verhalten haben beim Weggang des 1962 als Nachfolger von Möhlmann nach Aachen geholten Radiologen Peter Thurn. Thurn, Jahrgang 1920, hatte sich 1955 in Bonn habilitiert und war dort 1960 zum apl. Professor ernannt worden. Bereits in diesen Jahren war er auf seinem Fachgebiet weithin anerkannt, hatte 1956 den Schlusser-Preis erhalten und war Autor mehrerer radiologischer, in hohen Auflagen erschienener Lehrbücher. Er blieb nur drei Jahre in Aachen

blieb man bei der Maxime, nur noch habilitierten Ärzten die Leitung von Kliniken zu übertragen. Hinsichtlich des fachlichen Renommées der leitenden Ärzte der Krankenanstalten bedeuteten die 1950er Jahre jedoch einen Rückschritt. Als Nachfolger des Internisten Hoff etwa, der 1951 an die Universität Frankfurt am Main wechselte, wurde dessen Oberarzt Bruno Weicker<sup>623</sup> eingesetzt, der in Fachkreisen ungleich weniger hervorgetreten war. Ein wissenschaftlich ähnlich „unauffälliger“ Arzt wurde 1955 mit Hans-Wolfgang Kayser<sup>624</sup> für den verstorbenen Gynäkologen Georg Effkemann nach Aachen geholt. Am deutlichsten wurde indessen das Problem der Bestellung von Nachfolgern im Zusammenhang mit der Pensionierung Philipp Kellers:

### 3.2 *Zugzwang: Der Fall Aloys Greither*

Die Verhandlungen um die Nachfolge des Chefarztes der Dermatologie Philipp Keller 1961 hatten im Vorfeld noch einmal „eine besondere Note dadurch erlangt“, dass der Aachener Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten über drei Dekaden „ein in aller Welt so bekannter Mann“ vorgestanden hatte. Hier wurde in besonderer Weise eine „Verpflichtung“ gesehen, „einen wirklich würdigen Nachfolger zu finden.“<sup>625</sup>

In Aachen war man sich schnell einig, dass der Heidelberger Dermatovenerologe Aloys Greither gewonnen werden sollte. Beide Ärzte, Keller und Greither, hatten eine ähnliche akademische Laufbahn absolviert und ein fachlich vergleichbares Profil ausgebildet. Die Gemeinsamkeiten gingen aber noch darüber hinaus. Sie teilten Interessen im Bereich der Philosophie, der Musik und der Literatur; beide waren auch selbst mit nicht-medizinischen respektive literarischen Publikationen in Erscheinung getreten. Sollte es dem Wunsch des pensionierten Arztes entsprochen haben, dass ihm der

---

und ging 1965 als Ordinarius an die Universitätsklinik Bonn zurück. Mitglied der NSDAP war (der bei Kriegsende 24-jährige) Thurn nach den Unterlagen des Bundesarchivs 1938 geworden, vgl. BArch Berlin NSDAP-Zentralkartei.

<sup>623</sup> Bruno G. Weicker, geboren 1899 in Perna, promovierte 1927 in Tübingen zum Dr. med., war anschließend als Assistenzarzt in Pforzheim und Heidelberg tätig gewesen, bevor er als Assistenzarzt und später Oberarzt an die von Herbert Assmann (1882-1950) geleitete Medizinische Klinik der Universität Königsberg ging. Dort habilitierte er sich 1937 und wurde 1943 zum apl. Professor ernannt. Eine NSDAP-Mitgliedschaft konnte nicht nachgewiesen werden. Im Zweiten Weltkrieg war Weicker als Militärarzt in Norwegen eingesetzt, wo er 1945 in Kriegsgefangenschaft kam. 1948 wurde er Oberarzt bei Hoff an den Städtischen Krankenanstalten Aachen, 1951 dort dessen Nachfolger als Chefarzt und 1962 Ärztlicher Direktor. Bruno Weicker starb 1988. Vgl. Hoff (1971), S. 433 u. 439; Murken (1991), passim; BArch Reichsarztregister.

<sup>624</sup> Hans-Wolfgang Kayser, geboren 1911 in Wuppertal, erhielt 1936 die Approbation und wurde 1937 in Freiburg promoviert, war dort anschließend als Assistenzarzt zunächst des Physiologischen Instituts, 1938 des Pharmakologischen Instituts tätig. 1937 trat er der NSDAP bei; ferner war er Mitglied im NS-Altherrenbund und in der NSKOV. 1939 begann er als planmäßiger Volontärarzt des Gynäkologen Ernst Philipp (1893-1961) an der Universität Kiel seine Fachausbildung. 1941 wurde Kayser zur Luftwaffe eingezogen und zuletzt im Rang eines Stabsarztes in Italien eingesetzt. 1945 zurück in Kiel, folgte 1947 seine Habilitation, 1952 die Ernennung zum a.o. Professor und 1955 die Bestellung nach Aachen. Aufgrund der 1966 bei Gründung der Aachener Universitätsklinik über zehn Jahre zurückliegenden Tätigkeit Kayzers in Lehre und Forschung kam der inzwischen 55-Jährige für den vorbereitenden Ausschuss nicht als Ordinarius in Frage.

<sup>625</sup> Beurteilung Hämel vom 9.5.1961, StaA PA Greither, Bl. 16-17, hier Bl. 17.

#### IV. Nachkriegszeit

Heidelberger Kollege nachfolge, spielte für den von den Nationalsozialisten um seine akademische Laufbahn gebrachten Keller womöglich zudem eine Rolle, dass Greither auch hinsichtlich seiner politischen Vita im Nationalsozialismus als „würdiger“ Nachfolger erscheinen konnte. Letzteres spielte freilich gemäß Aktenlage für die Verantwortlichen in Aachen keine Rolle:

Aloys Greither, 1913 in Mittelberg im Kleinen Walsertal geboren und in einer katholischen Familie aufgewachsen, war Abiturient, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Ab Mai 1933 studierte er Pädagogik und Philosophie an der Universität München und parallel hierzu ab dem Wintersemester 1934 Medizin. Anders als die erdrückende Mehrheit der angehenden Ärzte seiner Generation, die aus Überzeugung, Opportunismus oder materiellen Motiven der Partei beitrug, wurde Greither nicht Mitglied der NSDAP.<sup>626</sup> Er stand den Nationalsozialisten durchaus nicht nahe. Greither hatte antimilitaristische Überzeugungen, interessierte sich für jüdische Geistesgeschichte, hatte Freunde und Bekannte jüdischer Herkunft.<sup>627</sup>

Von ungewöhnlichem Mut gegenüber dem Regime zeugen die Hintergründe und Umstände seiner philosophischen Dissertation, die ihm nicht nur mit Blick auf seine beruflichen Perspektiven erhebliche Probleme hätten einbringen können: 1936 promovierte er an der Universität München bei dem Pädagogen und Psychologen Aloys Fischer, der wegen „jüdischer Versippung“ – er war mit einer jüdischen Frau verheiratet – im Kollegenkreis zunehmend isoliert wurde. Gegenstand von Greithers Untersuchung war der Selbstmord junger Menschen u.a. aus der Sicht der – vom Regime als „jüdisch“ diffamierten – Psychoanalyse. Damit nicht genug: Seine Doktorarbeit erschien im „jüdischen“ Felix Meiner Verlag in Leipzig.<sup>628</sup> Mit Meiner, der jüdischer Herkunft war, soll Greither befreundet gewesen sein. Das Buch wurde prompt auf den Index gesetzt. Weitere unmittelbare Konsequenzen für den Verfasser ergaben sich offenbar nicht. Doch machte sich Greither später Vorwürfe: Er vermutete, dass seine Doktorarbeit mit dazu geführt hätte, dass sein Doktorvater kurze Zeit später zwangseremitiert wurde.<sup>629</sup> Dass Greither selbst nicht sofort ins Visier von Parteistellen geriet, hatte möglicherweise – wie er auch selbst annahm – mit der Fortsetzung seines Medizinstudiums bzw. mit dem Wechsel der Studienorte zu tun. 1940 schloss Greither, nach München zurückgekehrt, sein Medizinstudium mit einer Studie „Über die Ursachen der Frühgeburten“ ab.

Im Zweiten Weltkrieg wurde er als Truppenarzt eingesetzt und bekam eigenen Angaben zufolge irgendwann Probleme mit Parteistellen. Ursache sei seine philosophische Dissertation gewesen, doch „erwiesen sich“, so Greither nach dem Krieg „meine

---

<sup>626</sup> Das ist in seinem Fall auch deshalb bemerkenswert, da Greither sich schon in der NS-Zeit schriftstellerisch betätigte, dabei auf den Segen der Reichskulturkammer angewiesen war und Mitgliedschaften in NS-Organisationen (auch) in diesem Zusammenhang ein Entrebillet darstellen konnten. Vgl. Greithers Korrespondenz mit der Reichskulturkammer in: BArch Berlin, Abt. R., RK I 202.

<sup>627</sup> Vgl. Irmisch (2006).

<sup>628</sup> Greither (1939).

<sup>629</sup> Vgl. Irmisch (2006), S. 9.

militärischen Vorgesetzten – trotz genauester Kenntnis meiner Gesinnung – als die Stärkeren.“<sup>630</sup> Ernsthaft behelligt worden sei er in der Folge nicht.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“, schon im Mai 1945, erhielt Greither eine Anstellung an der Chirurgischen Klinik der Universitätsklinik Heidelberg bei Karl Heinrich Bauer und wechselte ein Jahr später an die dortige Hautklinik, die von Walther Schönfeld geleitet wurde. Im Juli 1951 habilitierte er sich für Dermatologie und Venerologie und wurde 1957 zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Seit der Emeritierung Schönfelds im selben Jahr fungierte er in Heidelberg als erster Oberarzt. Daneben hatte er sich als Publizist einen Namen gemacht; seine bekannteste nicht-medizinische Veröffentlichung ist ein noch heute viel zitiertes Buch über Mozart.<sup>631</sup>

Als Greither im September 1961 vor dem Aachener Haupt- und Gesundheitsausschuss Rede und Antwort stand und sich für seine erste Chefarztstelle bewarb, war bekannt geworden, dass seine Unterlagen auch von der Düsseldorfer Medizinischen Akademie angefordert worden waren. Zu diesem Zeitpunkt bestand die Perspektive, dass die Städtischen Krankenanstalten Aachen in absehbarer Zeit diesen Status erlangen würden, noch nicht mit absoluter Sicherheit. Der Haupt- und Gesundheitsausschuss versuchte daher bewusst, Greither vertraglich auf mindestens fünf Jahre für die Nachfolge Kellers zu verpflichten.<sup>632</sup> Tatsächlich trat Greither die Leitung der dermatologischen Klinik unter dieser Zusicherung zum 1. Januar 1962 an, auch „mit Enthusiasmus“; so sorgte er in kurzer Zeit u.a. für eine Modernisierung von Räumlichkeiten und Geräten.<sup>633</sup> Er erhielt jedoch rasch den Ruf nach Düsseldorf und schied nach Annahme des Rufes – kaum mehr als ein halbes Jahr war er in Aachen im Amt gewesen – wieder aus.

Sollte man dieses Intermezzo in seiner Bedeutung für den Weg der Städtischen Krankenanstalten zur Universitätsklinik in den 1960er Jahren auch nicht überbewerten, so waren es doch immerhin zu einem Teil auch die Konsequenzen der nach 1945 an den Städtischen Krankenanstalten verfolgten Personalpolitik, die Stadtverwaltung und Krankenhaus gleichermaßen nach dem Abtritt der ersten Nachkriegs-„Generation“ von Chefärzten unter Zugzwang stellten. Es gehört dabei gewissermaßen zur Ironie der Geschichte dieser Personalpolitik, dass dies weniger bei der Suche nach einem Nachfolger für einen der zahlreichen NS-belasteten Fach-„Größen“ offenbar wurde, sondern bei der Nachfolge des einzigen nach 1945 in Aachen wirkenden namhaften Chefarztes, dessen akademische Karriere eben nicht durch eine Mitwirkung im Nationalsozialismus beendet worden war, sondern der, im Gegenteil, ein Opfer der nationalsozialistischen Hochschulpolitik gewesen war.

---

<sup>630</sup> Zit. nach ebd.

<sup>631</sup> Greither (1958).

<sup>632</sup> StaA PA Greither.

<sup>633</sup> Vgl. Lentner/Riepe (1994).



*Abb. 32: Aloys Greitber (undat.)*

#### **4. Die Gründungsprofessoren der Medizinischen Fakultät**

##### *4.1 NSDAP-Mitgliedschaften*

Als 1966 die Universitätsklinik Aachen gegründet wurde, lag der Untergang des „Dritten Reichs“ über zwanzig Jahre zurück. Als Gründungsprofessoren bzw. -ordinarien der Aachener Medizinischen Fakultät wurden Mediziner berufen, die drei „Generationen“ angehörten. Einige dieser Ärzte hatten einen Großteil ihres wissenschaftlichen Werdegangs zum Teil bis zur Habilitation in der Zeit des Nationalsozialismus absolviert. Andere hatten 1945 gerade ihre Approbation erhalten; die jüngsten waren bei Kriegsende im Abiturientenalter (siehe Tabelle 8).

Nicht zu allen Gründungsprofessoren der Medizinischen Fakultät konnten Archivquellen ausgewertet werden. In sechs Fällen unterliegen die Akten noch Sperrfristen. Es handelt hierbei um diejenigen in den Jahren 1966 und 1967 berufenen Ärzte, die zu Kriegsende zwischen 17 und 23 Jahre alt und folglich zur Zeit des „Dritten Reichs“ noch nicht approbiert waren. Dies betrifft im Einzelnen den Anatomen *Kurt Siegfried Ludwig* (geb. 1922), den Physiologen *Eckehart Gerlach* (1927-2008), den Urologen *Hans-Wolfgang Lutze* (1923-2006), den Neurologen *Klaus Poeck* (1926-2006), den Pharmakologen *Otto Heidenreich* (1924-2007) und den Gynäkologen *Hugo Jung* (geb. 1928).

Ebenfalls im Nationalsozialismus noch nicht approbiert waren der Internist *Sven Effert* (1922-2000) und der Physiologe *Hans-Dieter Ohlenbusch* (1922-1988), deren Sperrfristen inzwischen abgelaufen sind und über die keine Hinweise auf NSDAP-Mitgliedschaften oder anderweitige im Hinblick auf die Fragestellungen dieser Untersuchung relevante Dokumente vorliegen. Letzteres gilt auch für den 1941 approbierten

Chirurgen *Martin Reifferscheid* (1917-1993) und den Röntgenologen *Wolfgang Frik* (1918-1994), der 1945 seine Bestallung erhielt.

Bei vielen der bei Kriegsende unter 30-jährigen Ärzten lässt sich bezüglich der Hintergründe von NSDAP-Mitgliedschaften, wenn sie nachzuweisen sind, nur auf die Einschätzung des jeweiligen Entnazifizierungsausschusses rekurrieren. Doch gilt auch dies nicht in allen Fällen: Bei den jüngeren Ärzten musste wiederholt festgestellt werden, dass ihre Entnazifizierungsverfahren im Eilverfahren zu den Akten gelegt oder gar nicht durchgeführt wurden, entweder aufgrund ihres Alters oder weil keine Belastung eruierbar war oder weil die Motive für NSDAP-Beitritte nicht im ideologischen, sondern im materiellen Bereich verortet worden waren. Nur selten ließen sich in diesen Fällen Quellen recherchieren, die einen Lebenslauf im Nationalsozialismus zwischen Jugend und Erwachsenwerden näher beleuchten und damit auch die Hintergründe von Mitgliedschaften in NS-Organisationen „greifbarer“ machen können.

Bei *Günther Gillissen* (1917-2000), der 1966 auf die Professur für Medizinische Mikrobiologie berufen wurde, ist Letzteres der Fall. Aus einem von ihm im Jahr 1938 verfassten Lebenslauf geht hervor, wie sehr er sich als Jugendlicher für die nationalsozialistische „Revolution“ begeisterte und in der Folge schon ab 1933 eine muster-gültige HJ-Karriere absolvierte. Günther Gillissen war 15 Jahre alt und Schüler des humanistischen Gymnasiums Stuttgart, als die Nationalsozialisten die Macht übernahmen. Im Juli 1933 trat er in das Deutsche Jungvolk (DJ) der Hitlerjugend ein und wurde hier nach eigenen Angaben

„kurz darauf mit der Führung eines Jungzugs beauftragt mit gleichzeitiger Kasernenverwaltung eines Fähnleins. Nach dem erfolgreichen Besuch eines Führerlagers wurde ich mit dem Aufbau u[nd] der Führung eines Fähnleins beauftragt [...]. Am 1.12.34 übernahm ich die Pressestelle des [HJ-]Stamms III/1/119 und wurde am 15.3.1935 Leiter der Abt[ei][un]g Pr[esse] im [DJ-]Jungstamm 1/119, wurde nach Zusammenlegung d[er] Stuttgarter Jungstämme Leiter d[er] Abt[ei][un]g Pr[esse] des D.J. i[n] d[er] H.-J. von Grossstuttgart u[nd] Mitte August Stabsmitglied u[nd] Mitarbeiter auf d[er] Abt[ei][un]g Pr[esse] i[m] Gebiet 20 der H.-J. [...] – Während der großen Ferien des Jahres 35 war ich freiwillig bei der N[at]ional-S[ozialistischen]V[olkswohlfahrt] tätig. – Mein besonderes Interesse gilt neben den Naturwissenschaften der Kunst u[nd] Literatur. – Neben 2 Turnpreisen auf d[er] höheren Schule, erhielt ich zum Abitur den Sportpreis d[er] Schule. Ich besitze an Sportabzeichen das Reichssportabzeichen u[nd] den Grund- u[nd] Leistungsschein des D.L.R.G.“<sup>634</sup>

Seine Aktivitäten im Bereich der HJ-Presse sowie sein sportliches Talent werden ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass Gillissen nach seiner Zeit in der HJ 1938 – er hatte gerade sein Studium der Medizin in Heidelberg aufgenommen – in die SS überführt werden sollte.

---

<sup>634</sup> BAArch, Abt. R., RS B 5167, Bl. 2993.



*Abb. 33: Günther Gillissen (ca. 1938)*

Mit dem zitierten Lebenslauf bewarb er sich schriftlich bei der 1./13. SS-Reiterstandarte – ohne Erfolg. Nach einer abermaligen Bitte Gillissens „um Weiterbearbeitung meines Aufnahmegesuchs“<sup>635</sup> im März 1939 wurde deutlich, dass die SS-Verantwortlichen Gillissen nicht aufnehmen wollten. Es bleibt unklar, was der oder die Gründe für die Ablehnung waren. Nach den Unterlagen – das „Rasse- und Siedlungsamt“ der SS hatte sich über Gillissens Gesundheit und seine Hintergründe in „erbbiologischer Hinsicht“ erkundigt und die Ergebnisse als „einwandfrei“ eingestuft<sup>636</sup> – erscheint als einziger in Frage kommender Ablehnungsgrund, dass Gillissen angegeben hatte, nicht aus der Kirche ausgetreten, sondern katholischer Konfession zu sein. 1938 wurde zudem ein Beitritt zur NSDAP beantragt. Als Gillissen sich bei der SS bewarb, war diesem Antrag, das ist belegt,<sup>637</sup> noch nicht entsprochen worden. In der NSDAP-Mitgliederkartei im Bundesarchiv in Berlin taucht sein Name nicht auf.<sup>638</sup>

Im Zweiten Weltkrieg war es Gillissen möglich zu studieren. Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ war er 32 Jahre alt und doppelt promoviert: in Medizin (1943 in Jena)<sup>639</sup> und in Naturwissenschaften (ebenfalls 1943, in Straßburg).<sup>640</sup> Ein Entnazifizierungsverfahren wurde wegen Geringfügigkeit (NSDAP-Anwartschaft) nicht

---

<sup>635</sup> Gillissen an das Rasse- und Siedlungsamt der SS (Heidelberg) am 30.3.1939, BArch Berlin Abt. R. RS B 5167 Bl. 2998.

<sup>636</sup> Gesundheitsamt Stuttgart an das Rasse- und Siedlungsamt der SS (Heidelberg) am 1.3.1939, BArch Berlin Abt. R. RS B 5167 Bl. 3012.

<sup>637</sup> Vgl. Gillissens Notiz „Steht noch aus“ im R[asse-] u. S.[iedlungsamt]-Fragebogen bezüglich der Mitgliedsnummer in der NSDAP, BArch Berlin Abt. R. RS B 5167 Bl. 2992.

<sup>638</sup> Vgl. BArch Berlin Abt. R. NS-Zentralkartei.

<sup>639</sup> Gillissen (1943a).

<sup>640</sup> Gillissen (1943b).

durchgeführt, womit er als „Entlasteter“ galt.<sup>641</sup> 1952 an der Universität Mainz habilitiert und 1958 zum außerplanmäßigen Professor ernannt, erhielt Gillissen mit seinem Ruf nach Aachen 1966 seinen ersten „ordentlichen“ Ruf. Gillissen ist nach dem Ausschluss von Martin Staemmler bis auf den heutigen Tag das einzige Ehrenmitglied der „Medizinischen Gesellschaft Aachen“.

Ebenfalls als „entlastet“ eingestuft – jedoch nach einem regulären Entnazifizierungsverfahren – wurde der 1945 29 Jahre alte Pädiater und gebürtige Aachener *Hans Schönenberg* (1915-1994),<sup>642</sup> der 1966 bei der Gründung des Universitätsklinikums von den Krankenanstalten als Gründungsprofessor für Kinderheilkunde übernommen wurde. Laut Revisionsausschussbeschluss 1948 habe er seinen Beitritt in die SA 1937 und die NSDAP zu Studienbeginn 1940

„nach seiner glaubhaften Aussage vorgenommen, um die Möglichkeit zu haben, sein Studium als Mediziner durchzuführen, denn nur als Mitglied der Partei wurden ihm Stipendien [sic!] und Unterstützungen zur Durchführung seines Studiums gewährt. Er war mittellos und Vollwaise.“<sup>643</sup>

Auch *Jakob Schoenmackers* (1912-1982),<sup>644</sup> 1960 Nachfolger von Martin Staemmler im städtischen Pathologischen Institut und Gründungsprofessor der Abteilung für Pathologie an der neu gegründeten Medizinischen Fakultät, machte in seinem Verfahren rein materielle Motive für seinen NSDAP-Beitritt im Jahr 1937 geltend. Schoenmackers sei, so der Entnazifizierungsausschuss 1948 in seinem Urteil, „[g]esinnungsgemäß [...] kein Nationalsozialist“ gewesen. Der Beitritt zur NSDAP sei „im j[u]g[en]d[lichen] Alter“ (von 24 Jahren) erfolgt und vor dem Hintergrund, dass sich Schoenmackers um eine Assistentenstelle beim Städtischen Krankenhaus Essen bewarb.<sup>645</sup>

Im Fall von *Robert Heintz* (1920-1978), Internist und Gründungsdirektor der Medizinischen Klinik II, konnte ebenfalls eine NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen werden; ein Entnazifizierungsverfahren wurde hier jedoch nicht durchgeführt. Heintz hatte sich 1939 als Abiturient im Alter von 18 Jahren als Parteimitglied beworben und zum

---

<sup>641</sup> Der Verf. dankt dem Landeshauptarchiv Rheinland-Pfalz für diese Mitteilung; die Signatur der Akte lautet: LHArch Koblenz Best. 856 Nr. 131-622 u. 141-540.

<sup>642</sup> Hans Schönenberg trat nach seinem Abitur 1936 in den Reichsarbeitsdienst ein und studierte von 1939-1944 Medizin an den Universitäten Münster und Berlin; 1944 medizinisches Staatsexamen und Promotion; 1951 Habilitation in Münster, 1958 apl. Prof. Seit 1956 fungierte er als Leiter der Kinderklinik der Städtischen Krankenanstalten Aachen und führte seine 1966 übernommene Professur für Kinderheilkunde an der RWTH bis zu seiner Emeritierung 1984.

<sup>643</sup> Einreichungsbescheid [Revisionsausschuss] vom 18.8.1948 LA NRW NW-1037-BIV-1926.

<sup>644</sup> Jakob Schoenmackers studierte Medizin in Freiburg, Marburg und München und war anschließend Praktikant bzw. Assistenzarzt an den Städtischen Krankenanstalten Essen; 1939 folgte die Promotion an der Medizinischen Akademie Düsseldorf, im Zweiten Weltkrieg wurde er zur Wehrmacht einberufen. 1947 erfolgte seine Habilitation in Düsseldorf für das Fach Pathologie, 1954 wurde er dort apl. Prof. 1960 wurde er Leiter des Pathologischen Instituts der Städtischen Krankenanstalten Aachen und im Mai 1966 Lehrstuhlinhaber für Pathologie an der RWTH. Er war außerdem Gründungsdekan der Medizinischen Fakultät (bis 1968); 1980 wurde er emeritiert. Vgl. HArch Aachen, Berufungsakten 24002, unpag.

<sup>645</sup> Einreichungsbescheid (Revisionsausschuss) vom 15.12.1948, LA NRW NW-1037-BI-8127.

#### IV. Nachkriegszeit

1. November 1939 das Parteibuch erhalten.<sup>646</sup> Über seine Vita bis 1945 ist darüber hinaus jedoch nicht viel mehr bekannt, als dass er nach Kriegsbeginn in ein Reserve-Bataillon einberufen wurde, 1940 unter Kriegsbedingungen sein Studium aufnehmen konnte und bei Kriegsende, gerade approbiert, aus dem Wehrmachts-Sanitätsdienst ausschied.<sup>647</sup>

Im Fall von *Hugo Eickhoff* (1905-1972), der seit 1955 als Chefarzt der HNO-Klinik in Aachen tätig war und 1966 ordentlicher Professor am Universitätsklinikum wurde, befindet man sich hinsichtlich seiner Mitgliedschaft in der NSDAP wie überhaupt im Hinblick auf die Bewertung seiner Rolle im Nationalsozialismus auf schwankendem Boden. An der Universität Münster wurde Eickhoff am 11. März 1946 von der britischen Militärregierung seines Postens als Oberarzt enthoben, weil er 1933 der NSDAP, der SA und der NSV und 1937 dem NS-Ärztebund beigetreten war.<sup>648</sup>



*Abb .34: Hugo Eickhoff (ca. 1940)*

---

<sup>646</sup> BArch, Abt. R., NSDAP-Zentralkartei.

<sup>647</sup> Robert Heintz, geboren in Frankfurt/Main, trat nach dem Abitur (März 1939) bis September 1939 in den Reichsarbeitsdienst, zum 1. Oktober 1939 wurde er einberufen (Infanterie-Ersatz-Bataillon 19); ab 1940 studierte er Medizin in Berlin, Frankfurt/Main, Königsberg, München, Breslau und Hamburg. Kurz vor Kriegsende – am 27.3.1945 – approbiert (Frankfurt), wurde er am 6. Juni 1945 von seinem Dienst in einer Sanitätsstaffel in Freistadt (Österreich) entlassen; noch im selben Jahr erfolgte die Promotion zum Dr. med. in Hamburg. Von 1945 bis 1951 war er Volontärarzt in Frankfurt/Main an der Medizinischen Klinik und dort anschließend planmäßiger Assistent. 1954 habilitierte er sich für Innere Medizin und war anschließend bis 1967 – 1959 zum apl. Professor ernannt – Oberarzt in Frankfurt. Die Forschungsschwerpunkte des 1967 in Aachen zum Direktor der Medizinischen Klinik II ernannten Heintz lagen im Gebiet der Nierenerkrankungen; er gehörte dem Sachverständigenbeirat „Künstliche Niere“ und dem Wissenschaftlichen Beirat im Kuratorium für Heimdialyse an; ferner Vorstandsmitglied der „Deutschen Hochdruckliga“ und Jurymitglied der Paul-Marzini-Stiftung; HArch Aachen PA 2113.

<sup>648</sup> Siehe hierzu die Materialien in LA NRW NW 1038-2264.

Geboren im westfälischen Balve als Sohn katholischer Eltern, hatte Eickhoff nach dem Abitur am Realgymnasium in Menden zunächst für einige Semester Volkswirtschaftslehre studiert, bevor er sich dem Studium der Medizin zuwandte. 1935 absolvierte Eickhoff das Medizinische Staatsexamen in Münster, erhielt im Jahr darauf die Approbation und promovierte 1937. An der HNO-Klinik Marburg absolvierte er seine Fachausbildung und war anschließend an der Universitätsklinik Münster als Assistenzarzt tätig. Von 1940 bis 1941 diente er in der Wehrmacht und wurde nach einer Verwundung als leitender Arzt der HNO-Abteilung des Reservelazarets Paderborn eingesetzt, wo er bis zum Kriegsende tätig war.<sup>649</sup>

Was seine Haltung zum Nationalsozialismus betrifft, so ist den Leumundszeugnissen im Entnazifizierungsverfahren übereinstimmend zu entnehmen, dass Eickhoff über die Jahre hinweg – ungeachtet der oben angeführten Mitgliedschaften – eine stets NS-kritische Persönlichkeit gewesen sei. Mehr noch: Man habe ihn für seine furchtlosen Worte und bisweilen auch furchtlosen Handlungen bewundert.<sup>650</sup> Eickhoff selbst gab sogar an, an der Bildung einer Widerstandsgruppe beteiligt gewesen zu sein. Während der letzten Monate vor Kriegsende in Paderborn habe er gemeinsam mit dem Chefarzt und zwei weiteren Ärzten des Reservelazarets Paderborn Aktionen gegen das Regime geplant. Seit dem Sommer 1944 habe dieser Kreis auch Kontakte zum 20. Juli, in persona zu einem (in der Forschung nicht bekannten) „Herrn Augustin aus Berlin“ gehabt, vor allem aber habe man lokal vorgehen wollen. Der bei Kriegsende 39-jährige Eickhoff behauptete, er habe mit seinen Mitstreiter folgenden selbstmörderischen Lynchplan gegen die örtlichen NS-Machthaber umsetzen wollen:

„Wir verfügten über einige Gewehre mit Munition, die für den ersehnten Einsatz pfleglichst behandelt wurden. S[...] insbesondere war von mir beauftragt worden, die Privatwohnungen von verhassten Parteiführern und Gestapoleuten genau festzustellen, um im geeigneten Moment schnell und wirksam handeln zu können. [...]. Infolge vernichtenden Stadtbombardements und sich überstürzender Ereignisse kamen die wohlwogenen Kampfpläne gegen die Partei leider nicht zur Durchführung.“<sup>651</sup>

Überprüfen ließen sich diese Angaben im Rahmen der Recherchen nicht. Im Sommer 1945, so berichtet der damals gerade aus deutscher Kriegsgefangenschaft entlassene russische Arzt Fjodor Ivanovič Čumakov in seinen Memoiren, habe der ihm in der Nähe von Paderborn begegnete Eickhoff über sich selbst gesagt, „weder den Nationalsozialismus noch den Kommunismus zu mögen, letzteren“, so Čumakov weiter, „lehnte er wegen seines Totalitätsanspruchs ab. Er bezeichnete sich selbst als ‚Kosmopolit‘ und hielt den Kosmopolitismus für das Programm der Zukunft.“<sup>652</sup>

---

<sup>649</sup> Vgl. HArch Aachen PA 1202.

<sup>650</sup> Vgl. hierzu zahlreiche dahingehende Aussagen in der Entnazifizierungsakte; LA NRW NW 1038-2264

<sup>651</sup> Eickhoff an die Universität Münster am 5.6.1946; LA NRW NW 1038-2264.

<sup>652</sup> Čumakov (2009), Zitate S. 173. Es war zu einer zufälligen Begegnung Eickhoffs mit dem russischen Arzt gekommen, der als Kriegsgefangener nach Deutschland verschleppt worden war. Er erlebte Eickhoff in diesen Monaten als einen von wenigen im ehemaligen Reservelazarett Paderborn tätigen deutschen Medizinern, die sich um im nahe gelegenen Hospital Salzkotten untergebrachten Russen küm-

#### IV. Nachkriegszeit

Ogleich sich unter dem Gründungspersonal der Medizinischen Fakultät – wie im Fall Eickhoff – Mediziner befanden, die ihren beruflichen Werdegang zum großen Teil noch der Zeit des Nationalsozialismus absolviert hatten, finden sich in den Berufungsunterlagen 1966/67 keine Hinweise, die Interesse der Verantwortlichen an einer Prüfung der NS-Vergangenheit der Bewerber erkennen ließen.<sup>653</sup> Das gilt auch für die Bestellung von Privatdozenten und Abteilungsleitern, unter denen sich ehemalige SS-Angehörige befanden.<sup>654</sup> Unter den jüngeren Gründungsordianern waren mindestens zwei, die aus eigener Erfahrung wussten, dass auch ihre gleichaltrigen ärztlichen Kollegen im „Dritten Reich“ mit NS-Medizinverbrechen und NS-Tätern noch in enge Berührung gekommen sein konnten. So berichtete der 1962 als Nachfolger von Aloys Greither an den Krankenanstalten eingestellte und 1966 ebenfalls als Gründungsordianer an das Universitätsklinikum übernommene Dermatologe *Walther Gahlen*<sup>655</sup> im Jahr 1991 im Gespräch mit einem Doktoranden der Medizingeschichte, er habe die KZ-Ärztin Herta Oberheuser gekannt. Wiederholt habe er sie in seiner damaligen Wirkungsstätte, der Medizinischen Akademie Düsseldorf, gesprochen und sei von ihr aufgefordert worden, „doch ebenfalls nach Ravensbrück [zu] gehen, er könne dort machen was er wolle“ – was Gahlen entschieden abgelehnt habe.<sup>656</sup>

---

merten. Von den Begegnungen mit Eickhoff war er so beeindruckt, dass er ihn in seinen Memoiren ausführlich erwähnte: Eickhoff wird von ihm als hilfsbereiter, (welt-)offener Charakter geschildert. „Bald freundeten wir uns an. [...] Er wurde mein erster wirklicher Fachlehrer. [...] alsbald [kamen wir] auch auf Politik zu sprechen.“ Das oben wieder gegebene Zitat fiel in diesem Zusammenhang. Zitate auf Seite 173 u. 175.

<sup>653</sup> Siehe die Unterlagen in HARch Aachen, Berufsakten 24001, 24002, 24004, 24023.

<sup>654</sup> Neben dem Chirurgen Wilhelm Klostermeyer, dessen Vita im Nationalsozialismus in Kapitel IV. 2.2.1 thematisiert und der 1966 als Abteilungsleiter von den Städtischen Krankenanstalten übernommen wurde, war dies bei dem 1966 als Privatdozent für Arbeitsphysiologie eingestellten Arzt Wilhelm Nesswetha der Fall. Nesswetha, geboren 1917, trat als Student der Medizin im März 1939 in die NSDAP ein. Im April 1939 wurde er SS-Angehöriger, vgl. BArch Berlin Abt. R. PK I 264, Bl. 2558 ff. Nach dem Krieg spezialisierte sich der promovierte Mediziner auf dem Gebiet der „Sozialhygiene“. 1964 promovierte er in Bonn zum Dr. phil. und habilitierte sich 1966 in Aachen. 1969 wechselte er an die Universität Marburg, wo er zum Honorarprofessor ernannt wurde. Nesswetha starb 1975; vgl. den Nachruf in: Naturwissenschaftliche Rundschau 28 (1975), S. 146.

<sup>655</sup> Walther Gahlen, geboren 1908 in Düsseldorf, wurde 1937 promoviert; im selben Jahr trat er in die NSDAP ein, auch war er Mitglied der SA. 1944 erfolgte die Habilitation in Düsseldorf und 1951 die Ernennung zum apl. Professor. 1962 wurde er Leiter der Hautklinik der Städtischen Krankenanstalten Aachen und 1966 Ordinarius für Dermatologie und Venerologie an der RWTH. 1976 wurde er emeritiert. Walther Gahlen starb 1994, vgl. zu den NS-Mitgliedschaften BArch Berlin, Abt. R., NS-Zentralkartei.

<sup>656</sup> Vgl. Gindele (1991), S. 85.

Arzt	Professur	Mitgliedschaft NSDAP	Alter bei Eintritt	Alter bei Kriegsende
Alfred Jäger	Augenheilkunde	NSDAP (1937)	32	41
Hugo Eickhoff	HNO	NSDAP (1933)	27	39
Walther Gahlen	Dermatologie	NSDAP (1937)	29	36
Anton Hopf	Orthopädie	NSDAP (1937)	27	34
Jakob Schoenmackers	Pathologie	NSDAP (1937)	24	32
[Egon Schmitz-Cliever]	[Geschichte der Medizin]	NSDAP (1933)	19	31
Hans Schönenberg	Kinderheilkunde	NSDAP (1940)	24	29
Günther Gillissen	Medizinische Mikrobiologie	[NSDAP-Anw.] (1938)	[19]	28
Martin Reifferscheid	Chirurgie	-	-	28
Wolfgang Frik	Röntgenologie Strahlentherapie	-	-	26
Robert Heintz	Innere Medizin II	NSDAP (1939)	18	24
Sven Effert	Innere Medizin I	-	-	23
Hans-Dieter Ohlenbusch	Physiologische Chemie	-	-	22
Kurt Siegfried Ludwig	Anatomie	[gesperrt]	-	22
Hans-Wolfgang Lutzeyer	Urologie	[gesperrt]	-	22
Otto Heidenreich	Pharmakologie	[gesperrt]	-	20
Klaus Poeck	Neurologie	[gesperrt]	-	19
Eckehart Gerlach	Physiologie	[gesperrt]	-	18
Hugo Jung	Gynäkologie	[gesperrt]	-	17

Tab. 8: Drei Ärzte-„Generationen“: Die Gründungsordinarien der Medizinischen Fakultät 1966 ff.

Auch der Orthopäde *Anton Hopf*,<sup>657</sup> Nachfolger von Pauwels an den Städtischen Krankenanstalten und 1966 als Gründungsordinarius übernommen, war in seiner frühen medizinischen Laufbahn in die unmittelbare (berufliche) Nähe zu einem NS-Täter gelangt: Hopf stellte 1937, gerade approbiert, einen 1938 bewilligten NSDAP-Beitrittsantrag, als er sich um eine Krankenhausstelle in Saulgau bewarb.<sup>658</sup> 1938 wurde er Assistent des

<sup>657</sup> Anton Hopf, geboren 1910, studierte Medizin in Würzburg und München, wo er 1936 promovierte; 1937 erhielt er die Approbation und war von 1939 bis 1940 an den Städtischen Krankenanstalten Saulgau tätig. 1939 bis 1945 gehörte er der Wehrmacht an. Nach seiner Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft 1947 begann er die orthopädische Fachausbildung an der Universitätsklinik Heidelberg und habilitierte sich dort 1957 (1961 apl. Prof); 1960 wurde er Chefarzt an den Städtischen Krankenanstalten Aachen und 1966 Ordinarius an der RWTH; er gründete dort 1975 eine Lehranstalt für Krankengymnastik. 1977 emeritiert, war er bis 1980 als Orthopäde am Kreiskrankenhaus Marienhöhe in Würselen tätig. Anton Hopf starb 1994.

<sup>658</sup> Vgl. BArch, Abl. R., NSDAP-Zentralkartei.

#### IV. Nachkriegszeit

Leiters des dortigen Städtischen Krankenhauses Erich Waizenegger (1901-?).<sup>659</sup> Waizenegger war zugleich NS-Kreisleiter von Saulgau und Riedlingen, Verwaltungsstellenleiter des „Amtes für Volksgesundheit“, Mitarbeiter im „Rassenpolitischen Amt“ und Untergauarzt des BDM. In der „Reichskristallnacht“ – Hopf war zu dieser Zeit ein halbes Jahr bei ihm – spielte Waizenegger eine aktive Rolle. 1951 wurde er wegen seines Anteils am Brand der Synagoge in Buchau verurteilt.<sup>660</sup> Über das Verhältnis Hopfs zu seinem Chefarzt liegen keine Informationen vor. Im August 1939 wurde Hopf zur Wehrmacht einberufen und diente bis Kriegsende im Heer als Truppenarzt.

#### 4.2 *Berührungen mit NS-Tätern, Konfrontation mit NS-Verbrechen: Besondere Fallbeispiele*

Zu zwei Ärzten, die im Nationalsozialismus in die Nähe hochrangiger NS-Mediziner gelangt waren, sollen hier abschließend Detailanalysen vorgenommen werden: *Alfred Jäger*, 1966 der einzige von den Städtischen Krankenanstalten als Ordinarius übernommene Arzt, dessen wissenschaftlicher Werdegang noch vollständig – bis zur Habilitation und darüber hinaus – im „Dritten Reich“ erfolgt war, stand infolge eines im Jahr 2008 aufgetauchten Dokuments mit im Fokus der vorliegenden Studie. Es gab Hinweise auf persönliche Kontakte zu Karl Brandt, was auch vor dem Hintergrund der damaligen Forschungen Jägers zu Druckversuchen am Auge eine nähere Untersuchung dringlich erscheinen ließ. Das gleiche gilt im Fall von *Karl Boverter*, langjähriger Dozent für Bakteriologie und Honorarprofessor an der Medizinischen Fakultät der RWTH Aachen. In der Literatur wird der Name Boverter im Zusammenhang mit Malariaexperimenten am Menschen im Wehrhygienischen Institut in Pfafferoode, das unter der Leitung des hochrangigen NS-Mediziners Gerhard Rose stand, erwähnt.

##### 4.2.1 Karl Boverter und sein Verhältnis zu Gerhard Rose

Karl Boverter stammte aus einer regional bekannten Medizinerfamilie. Er wurde 1913 als Sohn des in Alsdorf niedergelassenen Arztes Dr. Johannes Boverter geboren. Der Vater, 1933 der NSDAP beigetreten, war in der Zeit des „Dritten Reichs“ im Kreis Aachen für eine von den Nationalsozialisten eingerichtete Mütterberatungsstelle aktiv.<sup>661</sup> Karl Boverter studierte Medizin in Innsbruck, München, Rostock und Düsseldorf, wo er 1937 das medizinische Staatsexamen ebenso wie seine 1938 erfolgte Promotion mit der Note „sehr gut“ absolvierte.<sup>662</sup> Kurz vor Abschluss seines Studiums – dies fiel zeitlich mit der Aufhebung der Mitgliedersperre zusammen – wurde er NSDAP-Mitglied.<sup>663</sup> Angehöriger der SA war er bereits seit 1934.<sup>664</sup> Unter Professor

---

<sup>659</sup> BArch, Abt. R., RÄK (Hopf).

<sup>660</sup> Vgl. Arbogast (1998), S. 175 ff.

<sup>661</sup> Vgl. die Unterlagen im ehemaligen BDC, BArch Berlin; zu seinen Aktivitäten: „Sorge für Mutter und Kind“, in: Westdeutscher Beobachter vom 11.6.1934.

<sup>662</sup> HArch Aachen PA 8576.

<sup>663</sup> Abweichend von seiner eigenen Angabe im Entnazifizierungsverfahren blieb Boverter nicht NSDAP-Anwärter, sondern wurde am 1.5.1937 in die Partei aufgenommen. Vgl. die Akte LA NRW NW-1002-Med-12704, sowie den Mitgliedsausweis Boverters in der NSDAP-Mitgliederkartei BArch Berlin.

<sup>664</sup> LA NRW NS-1002-Med-12074.

Paul Manteuffel, Rektor der Medizinischen Akademie Düsseldorf von 1933 bis 1936 und bis zu seiner Absetzung durch die Nationalsozialisten 1939 Leiter des dortigen Hygienischen Instituts,<sup>665</sup> begann er 1938 seine medizinische Fachausbildung. Nach Kriegsbeginn wurde er zur Luftwaffe eingezogen und zunächst als Truppenarzt bei einem Kampfgeschwader eingesetzt. Anschließend fungierte er bis 1944 als Leiter eines motorisierten Feldlaboratoriums.<sup>666</sup>

Im Oktober 1944 trat er, was von ihm im Entnazifizierungsverfahren verschwiegen wurde,<sup>667</sup> in das von Gerhard Rose geleitete Wehrhygienische Institut in Pfafferoede ein, wo er bis zum Kriegsende tätig war und mit NS-Medizin-Verbrechen zumindest mittelbar konfrontiert wurde: Das Institut war in demselben Gebäude untergebracht wie die Thüringische Landes-Heil- und Pflegeanstalt, die zu den Zentren der sogenannten stillen „Euthanasie“-Morde zu zählen ist. Rose führte mit Mitarbeitern groß angelegte Malaria-Versuchsreihen an den Insassen durch; sie infizierten diese mit dem Erreger und versorgten Kontrollgruppen nicht mit Arzneimitteln.<sup>668</sup> Dass Boventer an Roses Institut Mitarbeiter war, ist bislang alleine von Ernst Klee in seinem Buch „Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer“ thematisiert, aber hinsichtlich seiner konkreten Rolle nicht erhellt worden. Auch dem Autor der vorliegenden Arbeit ist dies nicht vollständig gelungen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass relevante Unterlagen im Fall Rose nicht rechtzeitig gesichert wurden: So war es im Nürnberger Ärzteprozess (1946/47) versäumt worden, die Menschenversuche im Pfafferoeder Institut in die Anklage gegen Rose einfließen zu lassen.<sup>669</sup> Die Quellenlage ist heute als äußerst lückenhaft anzusehen. Herangezogen werden konnte für die vorliegende Untersuchung jedoch eine bislang nicht bekannte Quelle: ein von Boventer geführtes Kriegstagebuch, das sich in Familienbesitz befindet und dem Verfasser in Auszügen vorlag.<sup>670</sup>

Das Tagebuch berichtet ab dem August 1944 über die bevorstehende Versetzung nach Pfafferoede und über die ersten Wochen dort im Oktober, jedoch klappt zwischen diesen Einträgen und den nächsten eine mehrmonatige Lücke; die Einträge fahren erst gegen Kriegsende wieder fort. Durch diese Lücke sind die konkreten Tätigkeiten in Pfafferoede letztlich nur begrenzt zu erhellen; die meisten diesbezüglichen Hinweise erfolgen rückblickend, zumeist in Notizen über Verhaftungen und Verhöre von Pfafferoeder Medizinern durch die Amerikaner, die Pfafferoede besetzten. Aufschlussreich sind diese Hinweise dennoch, zumal im Kontext: Die Tagebücher gewähren sehr eindrückliche Einblicke in Boventers persönliche Erwartungen an seine Anstellung in Pfafferoede, in seine Wahrnehmung der dort tätigen medizinischen Wissenschaftler, in sein politisches Denken gegen Ende des Krieges und sein Verhältnis zum Nationalsozialismus.

---

<sup>665</sup> Zu Manteuffel vgl. Zielke (1997), S. 155 f.

<sup>666</sup> Vgl. hierzu ausführlich, auch in Bezug auf die Rolle Boventers, Frank (2003).

<sup>667</sup> Es wird dort lediglich die Luftwaffeneinheit aufgeführt, der er nach dem September 1944 angehörte; vgl. den Fragebogen in: LA NRW NW-1002-Med-12704

<sup>668</sup> Vgl. Vondra (1990), S. 79 ff.; Klee (1997), S. 132 ff., Klee (2001), S. 180 f., Eckart (1997), S. 355.

<sup>669</sup> Vgl. auch Hulverscheidt (2009), S. 158.

<sup>670</sup> An dieser Stelle gilt der Dank den Kindern von Karl Boventer für deren Bereitschaft, besagtes Kriegstagebuch zur Verfügung zu stellen.

#### IV. Nachkriegszeit

Für Boventer war die Versetzung in ein Forschungsinstitut im Reichsgebiet von ambivalenten Gefühlen begleitet. Einerseits gab er ungern seine Feldlabortätigkeit auf. Doch notierte er auch, dass mit dem Gang nach Pfafferoode ein „Meilenstein auf dem Lebensweg erreicht [sei], der möglicherweise eine neue Hauptstraße binnen kurzem erreicht.“<sup>671</sup> Damit war die Perspektive einer wissenschaftlichen Laufbahn gemeint, die er wohl umso mehr als langfristig dachte, als ihm zu diesem Zeitpunkt der baldige Untergang des „Dritten Reichs“ noch keineswegs klar war: Die Einträge in der Zeit um seine Versetzung nach Pfafferoode zeigen vielmehr einen von der NS-Durchhaltepropaganda durchaus stark beeinflussten jungen Arzt. In einem auf die vergangenen Wochen zurück blickenden Eintrag vom 14. August 1944 versucht er, die rezenten Ereignisse – Einbrüche an der Ostfront, Hitler-Attentat, Landung der Alliierten – für sich zu sortieren. Wie so viele begrüßte er es, dass „endlich der totale Krieg erklärt worden ist“<sup>672</sup> (Hervorh. i. Orig.); seine Hoffnungen legte er in die „Wunderwaffe“ V2 und die restlose Mobilisierung der Reserven.<sup>673</sup> Ebenfalls wie die meisten Wehrmachtsangehörigen stand Boventer den Hitler-Attentätern des 20. Juli verständnislos gegenüber. Über den militärischen Widerstandskreis um Stauffenberg notierte er im August 1944: „Politische Ehrgeizlinge. Man mag denken über manche Dinge, wie man will, jetzt gilt es nur zusammenstehen und kämpfen. Schauprozess anschließend mir missfallen.“<sup>674</sup>

Die Einträge gegen Kriegsende weisen darauf hin, dass ein allmählicher und in Teilen bereits radikaler Wandel dieser Haltungen stattgefunden hatte: Am 24. April 1945 notiert er, nun angewidert von der NS-Durchhaltepropaganda, die ihn im von den Amerikanern besetzten Pfafferoode über das Radio noch erreicht, über „[n]egative Kennzeichen des N.S., die seinen Untergang herbeiführten“:

„Maßlosigkeit, Unterschätzung der anderen Völker u. Menschen u. eigene Überschätzung, prahlerische Großsprecherei (1000 Jahre, Stalingrad, Meyer<sup>675</sup> usw.)[.] Kritiklosigkeit (Hitler ein Gott, Führer befiehl)[.] Ideelle Verbohrtheit (Blut, Boden, Judentum)[.] Überspitzter Egozentrismus (ohne Rücksicht auf Nachbarn)[.] Massenkult, mangelnder Realismus, politisch-philosophische[s] Wirrkopftum, Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt.“<sup>676</sup>

Vier Tage später erhält er Nachrichten von den Kämpfen in Berlin: „Der Wahnsinn“, schreibt er, „dauert nur noch kurze Zeit“:

„Die alten Machthaber wollen nicht abtreten, obwohl alles hoffnungslos ist u. nur noch unnützes Blut vergeudet wird. – Nie wieder Diktatur im Frieden!! Die Führerschicht hat ein Verbrechen begangen, indem sie den Krieg nach der Westwallschlacht noch fortführte, nur um länger leben zu können. Sie mußte danach spätestens abtreten und den Krieg beenden, weil sie ja wissen mußte, daß

---

<sup>671</sup> Boventer, Tagebuch, 14.8.1945.

<sup>672</sup> Boventer, Tagebuch, ebd.

<sup>673</sup> Boventer, Tagebuch, ebd.

<sup>674</sup> Boventer, Tagebuch, ebd.

<sup>675</sup> „Meyer“: Hierbei handelt es sich um eine Anspielung auf den bekannten Ausspruch des Oberbefehlshabers der Luftwaffe Hermann Göring, er wolle „Meier“ heißen für den Fall, dass es einem alliierten Flugzeug einmal gelingen würde, in den deutschen Luftraum einzudringen.

<sup>676</sup> Boventer, Tagebuch, 24.4.1945.

wir kaum ernsthaften Widerstand mehr leisten konnten. Dieses Verbrechen muß gesühnt werden – abgesehen von anderen.“<sup>677</sup>



*Abb. 35: Karl Boverter (ca. 1944)*

Boventer hat im April 1945 viel Zeit zum Nachdenken. Er hat seine Labortätigkeit eingestellt und erlebt die folgenden Wochen wie in Agonie, „wie im bösen Traum“, „man traut sich gar nicht, klar und folgerichtig zu denken, sucht durch Lesen, Unterhaltung, Alkohol Ablenkung.“<sup>678</sup> Bei aller Verstörung über die Sinnlosigkeit des Krieges und dem anklingenden Verurteilen „von anderen“ Verbrechen des Regimes zeugen die Einträge der letzten Wochen vor Kriegsende auch von Ungläubigkeit über den bevorstehenden Zusammenbruch. Man liest von widersprüchlichen Empfindungen: Er revidiert nun sein Urteil über den militärischen Umsturzversuch des 20. Juli („Die Aufstandsgenerale vom vorigen Jahr haben doch richtig geurteilt.“)<sup>679</sup> Die Übergabe Pfafferoles an die Amerikaner erlebt er gleichwohl als „[s]cheußlich und beschämend“, weil sie kampfflos stattfindet und „wir willens waren eingesetzt zu werden u. darauf warte-

<sup>677</sup> Boverter, Tagebuch, 28.4.1945.

<sup>678</sup> Boverter, Tagebuch, 8.4.1945.

<sup>679</sup> Boverter, Tagebuch, 8.5.1945.

#### IV. Nachkriegszeit

ten.“<sup>680</sup> Ähnlich ambivalent urteilt er über den Nationalsozialismus als solchen. Um den 8. Mai 1945 finden sich immer wieder Einträge, in denen er das „Dritte Reich“ historisch einzuordnen und sein eigenes Verhältnis zu ihm zu benennen sucht. Am 28. April 1945 legt er sich die Frage vor:

„Wie konnte der N.S. eigentlich nach 33 so groß werden. Jeder sah die vielen innen- und außenpolitischen Erfolge u. sah über die meist nur geahnten Verbrechen u. Rechtsbeugungen hinweg, vom Erfolg geblendet oder auch berauscht einerseits u. andererseits, weil immer mehr eine Kritik die eigene Person an Leib und Leben gefährdete. Einer der schlimmsten Verbrecher ist Goebbels mit seiner Propaganda. Recht ist was dem Volke nützt, Führer befiehlt, wir folgen, der Führer hat immer recht usw.

Wir haben im kleinen Kreise oft über die Dinge gesprochen, Änderungen in der Kirchen[-] u. Judenfrage z. B. gewünscht, wollten aber als unpolitische Menschen nicht mit unserer Meinung in den politischen Kampf. – Ich bin und bleibe immer ein Individualist!“<sup>681</sup>

Über den Nationalsozialismus schreibt er zwar, dieser sei „ein Spuk“ gewesen, „der nun verfliegen ist.“ Aber er notiert auch: „[...] unauslöschbare Spuren wird er hinterlassen. Die Nachwelt wird gerechter urteilen.“<sup>682</sup> Ähnlich ordnet er Hitler als historische Figur ein:

„Gestern wurde im Radio bekannt gegeben, daß der Führer im Kampf gegen den Bolschewismus gefallen wäre. Unter den gegebenen Umständen das beste Ende für ihn. Er wollte das Größte für sein Volk und ging einen Irrweg? Die Nachwelt wird ihn gerechter beurteilen und auch das Große in ihm sehen.“<sup>683</sup>

Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des „Dritten Reichs“ vermochte Boverter also – dem im Tagebuch dokumentierten Abscheu vor einigen Exponenten des Regimes und der sinnlosen Fortsetzung des Krieges zum Trotz – den Nationalsozialismus noch nicht *als solchen* zu verurteilen. Dies mag nicht nur an den Resten seiner eigenen politischen Sympathien gelegen haben, von denen die zitierten Tagebuchstellen zeugen, sondern auch daran, dass Boverter offenbar noch nicht das Ausmaß der im deutschen Namen begangenen Verbrechen vor Augen steht bzw. er dieses wahr haben will. Den Berichten der Alliierten über die deutschen Vernichtungslager glaubt er nicht. Er hält sie für Propaganda. „Scheußlich im Radio“, so ein Eintrag aus dem April 1945, „die Hetze über KZ.“<sup>684</sup>

Was aber wusste und dachte Boverter zu diesem Zeitpunkt über NS-Medizinverbrechen respektive über die Verbrechen in Pfafferoede? Wie bemerkt, liefern die Tagebücher nur wenige Hinweise, die seine eigene Tätigkeit in Pfafferoede und das, was dort geschah, betreffen. Kommt er auf seine Arbeit zu sprechen, ist allgemein von Labortä-

---

<sup>680</sup> Boverter, Tagebuch, 8.4.1945.

<sup>681</sup> Boverter, Tagebuch, 28.4.1945.

<sup>682</sup> Boverter, Tagebuch, ebd.

<sup>683</sup> Boverter, Tagebuch, 2.5.1945.

<sup>684</sup> Boverter, Tagebuch, 17.4.1945.

tigkeit<sup>685</sup> die Rede, die er zwischenzeitlich unterbricht und anderthalb Wochen nach der Besetzung Pfafferodes wieder aufnimmt, ohne „Arbeitslust“. Man stößt an keiner Stelle der Tagebücher auf Anhaltspunkte für etwaige Befürchtungen, die Amerikaner könnten ihn mit Fragen konfrontieren, die *ihn konkret* betreffen und Konsequenzen für ihn zeitigen könnten. Vielmehr erwartet er jeden Tag seine Entlassung. Dass er in Pfafferode festgehalten wird, versteht er erst, als er von der „Groß- und Wichtig sprecherei“<sup>686</sup> seines Vorgesetzten Gerhard Blaurock<sup>687</sup> über das Pfafferoder Institut erfährt, die eine eingehende Prüfung durch die Amerikaner bewirkt hätte.

Doch wird Boverter in den Verhören wiederholt auf NS-Medizinverbrechen angesprochen. Bereits in seiner ersten Befragung konfrontiert ihn ein US-amerikanischer Sanitätsoffizier mit den von Claus Schilling durchgeführten Malariaversuchen im KZ Dachau; es „wären“, schreibt Boverter, anscheinend zum ersten Mal hiervon erfahrend, „250 und ein ander Mal 300 Leute mit Malaria infiziert worden, wobei 50 % gestorben sei.“<sup>688</sup> Über ein weiteres Verhör, drei Wochen später, notiert er, offensichtlich erneut auf die Malariexperimente der NS-Medizin am Menschen angesprochen:

„Überraschungsfragen nach Art: Nun sind Sie in den N.S. Stb. eingetreten usw.? Trotz des Machtverhältnisses kam es zur gleichberechtigten Unterhaltung. Gewisse Überheblichkeit auf Seiten des Amerikaners, besonders bei der Malariagefrage, verständlich. Mit Lächeln beantwortet. Man streitet nicht in jeder Situation.“<sup>689</sup>

Im Tagebuch fährt er über die Vernehmung fort:

„Befragung über die hohe Sterblichkeit in der Heilanstalt. Zugegeben, und auf Unterernährung u. Infektionskr[ank]h[eit]en hingewiesen. Bereits im [Ersten] Weltkrieg Aussterben der Heilanstalten.“<sup>690</sup>

Manches bleibt hier unklar. Bezog sich sein „Lächeln“, das er dem Reden vorzog, auf die Malariaversuche am Menschen? Lag seiner Aussage über die hohe „Sterblichkeit“ in der Heil- und Pflegeanstalt wirklich Unwissenheit über die Systematik der sogenannten „dezentralen Euthanasie“ zugrunde oder notierte er lediglich, was er den Fragen der Amerikaner entgegnete? Mit Blick auf Boverters tatsächliche Kenntnisse über die Medizinverbrechen in Pfafferode gilt es zu bedenken, dass es in der Bevölkerung im Umkreis allgemein bekannt war, was in der Anstalt passierte; der Anstaltsleiter Theodor Steinmeyer<sup>691</sup> war in der Bevölkerung ebenso gefürchtet wie verhasst. Im Kollegenkreis

<sup>685</sup> Vgl. Boverter, Tagebuch, 12.10.1944; 8.4.1945; 17.4.1945.

<sup>686</sup> Boverter, Tagebuch, 25.6.1945.

<sup>687</sup> Gerhard Blaurock, geboren 1907 in Aachen, war Serologe. 1934 trat er in die SA ein und stellte 1927 einen Aufnahmeantrag bei der NSDAP. Er war von 1944 bis 1945 Leiter des Instituts für Wehrhygiene in Pfafferode. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er (bis 1983) am Bezirks-Hygiene-Institut in Berlin (Ost) tätig, vgl. Klee (2007), S.52.

<sup>688</sup> Boverter, Tagebuch, 23.5.1945.

<sup>689</sup> Boverter, Tagebuch, 14.[6.]1945.

<sup>690</sup> Boverter, Tagebuch, ebd.

<sup>691</sup> Der Psychiater Theodor Steinmeyer, geboren 1897, gehörte der NSDAP seit 1929 an. Er wurde 1940 T4-Gutachter und war bis 1943 in der T4-Zentrale an der „Selektion“ sowohl von Psychiatriepa-

#### IV. Nachkriegszeit

hatte er über die Euthanasiemorde in Pfafferoode geprahlt, deren Mortalität sei „phantastisch“.<sup>692</sup> Im November 1944 war von der Anstalt schließlich noch ein Krematorium gebaut worden, weil die Zahl der zu Tode gebrachten Patienten dies erforderlich machte.<sup>693</sup> Rose versuchte um diese Zeit zu intervenieren, da der Ernährungszustand der Patienten wiederum die Durchführung der Malaria-Experimente – für die sich viele „freiwillig“ meldeten, um dem Hunger zu entgehen – gefährdete.<sup>694</sup> Mit anderen Worten: Dass Boverter in seiner ein halbes Jahr dauernden Beschäftigung in Pfafferoode das unmittelbare „mörderische Umfeld“ (Ernst Klee) verborgen geblieben sein konnte, erscheint nachgerade ausgeschlossen. Abgesehen davon ist es unwahrscheinlich, dass Boverter selbst an seine Angabe glaubte, die hohe Sterblichkeit sei auf „Unterernährung“ zurückzuführen, wie man sie schon im Ersten Weltkrieg in den Anstalten gekannt habe. Ihm konnte – zumal als kompetentem Mediziner – nicht entgangen sein, dass es zu keinem Zeitpunkt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieg, anders als im Ersten, Ernährungsengpässe in Deutschland gab, die Unterernährungen von Patienten mit massenhafter Todesfolge<sup>695</sup> auch nur indirekt hätten „erklären“ können.

Tatsächlich deuten andere Stellen aus dem Tagebuch recht deutlich darauf hin, dass Boverter nicht bereit war, den Amerikanern nähere Informationen über seine tatsächlichen Kenntnisse zu geben; auch über mögliche Motive finden sich Hinweise. „Euthanasie?“<sup>696</sup>, notierte er (zutreffender Weise) als Vermutung, als er den Grund für die Verhaftung Steinmeyers durch die Amerikaner zunächst nicht in Erfahrung bringen konnte. Dann:

„1. Juni 1945.

Bewegte Tage hinter mir. Dr. Steinmeyer verstarb ganz plötzlich vor einigen Tagen im Gefängnis [*Steinmeyer hatte am 26. Mai 1945 Suizid begangen, d. Verf.*]. Selbstverständlich war ich Frau Steinmeyer in schweren Tagen so gut es [geht] behilflich. [...] Habe Vorbereitungen zur Beisetzung, Abholen der Sachen aus dem Gefängnis und anderes regeln helfen. Gestern Trauerfeier im Krematorium. Beschämend wenig Trauergäste. Angst vor politischer Bloßstellung. Viel Haß und Neid unter den Menschen in Pfafferoode.“<sup>696</sup>

Mag man hier auch nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen, dass Boverter nicht wusste, dass er einem Massenmörder die letzte Ehre erwies, so fehlt es an (öffentlichen) Hinweisen, dass Boverter zumindest späterhin ein kritisches Verhältnis zur Rolle seiner Fachdisziplin im Nationalsozialismus und den von ärztlichen Kollegen begangenen Verbrechen entwickelte hätte. Ähnlich wie anlässlich des Todes von Steinmeyer 1945, sah er sich noch 1970 zu einer Art Solidaritätsadresse veranlasst, als er seinem

---

tienten als auch von KZ-Insassen unmittelbar beteiligt. Nachdem er 1942 die Vernichtungsanstalt Bernburg geleitet hatte, wurde er 1943 Direktor der Heilanstalt Pfafferoode. Vgl. zu ihm – mit weiteren Literaturangaben – Klee (2007), S. 601.

<sup>692</sup> Klee (1997), S. 131.

<sup>693</sup> Vgl. ebd.

<sup>694</sup> Vgl. Hirschinger (2001), S. 174.

<sup>695</sup> Insgesamt starben in Pfafferoode 2420 Patienten, die meisten während des Amtszeit Steinmeyers (1943-1945), vgl. Ebd., S. 173.

<sup>696</sup> Boverter, Tagebuch, 1.6.45.

massiv verstrickten ehemaligen Pfafferoeder Vorgesetzten Rose, der 1947 im Nürnberger Ärzteprozess wegen seiner Beteiligung an Fleckfieberversuchen in den KZ zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden war, gemeinsam mit anderen ehemaligen Mitarbeitern öffentlich zum 75. Geburtstag gratulierte. Von dem „Kameraden Rose“ war die Rede, unter dessen „souveräne[r] sachkundige[r] Führung“ sie „an allen Fronten wichtige hygienische Aufgaben erfüllen“ konnten.<sup>697</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es womöglich auch kein Zufall, dass Boventer in seinen in den 1980er Jahren entstandenen medizinhistorischen Aufsätzen über den Aachener NS-Gegner und Arzt Ludwig Beltz keinerlei Aspekte thematisierte, die das Verhältnis von Nationalsozialismus und Medizin im engeren Sinne betrafen. Beltz' Gegnerschaft illustrierend, führte er auf, dass dieser zu den wenigen gehört hätte, die „die ungeheuerlichen Gefahren, die in der nationalsozialistischen Weltanschauung lagen, erkannten: Der Größenwahnsinn, die germanische Rassenlehre, die Judenverfolgung, die Propagandalügen, der maßlose Nationalismus, die Bekämpfung des Christentums“<sup>698</sup> – kurzum: alle Aspekte, von denen man sagen konnte, sie „kamen“ von „Außen“, als ideologische und praktische Aspekte der *Fremdbestimmung* des ärztlichen Alltags, derer man sich zu erwehren hatte (und die, abgesehen davon, Boventers eigenen Tagebuch hätten entnommen sein können und dort unter den „negativen Kennzeichen des N.S.“ aufgelistet sind). Von zentralen Kontexten hingegen der *Liaison* von Medizin und Nationalsozialismus – Zwangsterilisierungen, NS-„Euthanasie“, NS-Medizinexperimente – ist in seinen Beiträgen an keiner Stelle die Rede.

Indessen war Boventer nicht nur in seiner Selbstwahrnehmung nie überzeugter Nationalsozialist gewesen; seine Tagebücher belegen, dass zwischen ihm und der NS-Ideologie in zentralen Fragen fundamentale Differenzen bestanden. Auch Dritte wie der in NS-Zusammenhängen völlig unbescholtene Aachener Arzt Wilhelm Studte bescheinigten im Entnazifizierungsverfahren, Boventer habe nie den Eindruck erweckt, Nationalsozialist gewesen zu sein.<sup>699</sup>

Vor dem Hintergrund einer kritischen Haltung zum Nationalsozialismus mag die fehlende Distanzierung von Tätern wie Steinmeyer und Rose verstören. Für die Nachkriegsperzeption der Rolle der Medizin im Nationalsozialismus durch die Ärzteschaft wäre dies jedoch nachgerade paradigmatisch – insofern ist Karl Boventer kein Sonderfall.

Boventer, der nach dem Krieg zu keinem Zeitpunkt wegen seiner Tätigkeit in Pfafferoede behelligt wurde, fand im September 1945 eine Anstellung an der Medizinischen Akademie Düsseldorf, wo er mit der kommissarischen Leitung des Hygiene-

---

<sup>697</sup> Zit. nach Klee (1997), S. 133.

<sup>698</sup> Boventer (1988), S. 452.

<sup>699</sup> Erklärung Wilhelm Studte vom 7.9.1946; LA NRW NW-1002-Med-12704. Selbiges bezeugten im Entnazifizierungsverfahren u.a. der 1933 von den Nationalsozialisten als Bürgermeister der Gemeinde Gressenich (Landkreis Aachen) entlassene Unternehmer Eugen Bücken (er habe Boventer stets „als Antifaschist und Gegner der NSDAP beobachten“ können; Erklärung vom 26.8.1946) und Karl Zentis, Inhaber der bekannten gleichnamigen Lebensmittelfirma mit Sitz in Alsdorf (heute in Aachen). Laut Zentis „verurteilte [Boventer] insbesondere die Politik der Gewalt und das Vorgehen gegen die Juden aufs Schärfste“; Erklärung vom 11.9.1946; ebd.

#### IV. Nachkriegszeit

Instituts betraut wurde. Nach der Berufung von Walter Kikuth blieb er dort als dessen Oberarzt und habilitierte sich 1948 bei ihm für das Fach Hygiene und Bakteriologie.<sup>700</sup> 1949 verließ er die Medizinische Akademie aus familiären Gründen – trotz aussichtsreicher wissenschaftlicher Position – und übernahm die Praxis seines Vaters in Alsdorf, die er bis 1985 führte. Parallel fungierte er in Aachen als Lehrbeauftragter für Bakteriologie und Sterilisation. Die erwähnte Titularprofessur wurde ihm 1974 verliehen.

##### 4.2.2 Alfred Jäger und sein Verhältnis zu Karl Brandt

Alfred Jäger, 1904 in Sandau (damals Österreich-Ungarn; heute Tschechien) geboren, war der Sohn des protestantischen Landarztes und Politikers Edmund Jäger (1864-1935). Es ist von einer zutiefst konservativen, deutschnationalen Erziehung auszugehen: Sein Vater war Mitglied des antisemitischen, deutsch-völkisch ausgerichteten „Alldeutschen Verbands“ und trat im „Kampf gegen Schund- und Schmutz-Literatur“ hervor.<sup>701</sup> Er gehörte zeitweilig dem österreichischen Nationalrat (dem sogenannten „toten Parlament“ in der Schlussphase der Habsburgermonarchie) an und starb 1935 als Bürgermeister Sandaus. Die politische Haltung des Vaters prägte auch den Sohn: Alfred Jäger trat, nachdem seine Heimatstadt nach dem Ersten Weltkrieg Teil der Tschechoslowakei geworden und er nunmehr tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit war, aktiv in deutschnationalen Verbänden der Sudetendeutschen in Erscheinung und schloss sich in diesem Zusammenhang dem NS-„Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) an.<sup>702</sup>

Jägers medizinische Laufbahn begann 1922 in München, wo er sein gesamtes Medizinstudium und anschließend auch das praktische Jahr absolvierte.<sup>703</sup> Im Herbst 1928 wechselte er an die Universitätsklinik Bonn, wurde zunächst Assistent an der Chirurgischen Klinik, dann am Physiologischen Institut. Hier promovierte er 1930 zum Dr. med. 1936 folgte die Habilitation, ebenfalls in Bonn. Im Jahr zuvor hatte er die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Das Habilitationsverfahren soll, so Jägers Angaben im Entnazifizierungsverfahren, aus politischen Gründen hinausgezögert worden sein. Es sei ihm

„von zuständiger Seite als sehr erschwerend vorgehalten [worden], daß ich weder in der Partei noch in der SA wäre. Da ich unter diesen Umständen keine besondere Förderung auf einer wissenschaftlichen Laufbahn erwarten konnte, beschloß ich, in ein klinisches Fach zu gehen, und wählte die Augenheilkunde, da ich in diesem Fach am wenigsten von Krankenhausanstellungen abhängig sein würde.“<sup>704</sup>

Auch führte er Vorbehalte wegen seiner Herkunft an. 1937 sei er daher als Assistent an die Universitätsaugenklinik in Kiel gewechselt. Um hier „zu erwartenden neuen Schwie-

---

<sup>700</sup> Vgl. hierzu auch Stelbrink (2003), S. 316 f.

<sup>701</sup> Vgl. Jäger (1910).

<sup>702</sup> Zu Jägers biographischen Daten vgl. LArch Kiel, PA Med. Fak. 16/2008-82;13 u. 47-6684; LA NRW NW -1039-J-53; BArch Berlin, Abt. R., PK G 41.

<sup>703</sup> Er war von 1927 bis 1928 Volontärarzt am Städtischen Krankenhaus München-Schwabing.

<sup>704</sup> LArch Kiel, PA Med. Fak. 16/2008-82;13.

rigkeiten zu entgehen, meldete ich mich im gleichen Jahr als Anwärter für die NSDAP.“ Angesichts der Konsequenz, mit der Jäger 1937 als habilitierter Physiologe seinen Fachwechsel betrieb, erscheinen diese Angaben grundsätzlich glaubwürdig. Doch fallen auch Unstimmigkeiten ins Auge. So firmierte Jäger von 1937 bis 1945 keineswegs, wie er behauptete, als „Anwärter“ der NSDAP; er wurde vielmehr sofort in die Partei aufgenommen und zudem Mitglied weiterer NS-Organisationen: der NSV, des NS-Ärztebundes und des NS-Dozentenbundes (Anwärter); auch erhielt er die Zulassung zum „Amt für Volksgesundheit“. Zuvor war er bereits der Reichsschaft Hochschullehrer im NSLB und, wie schon erwähnt, dem VDA beigetreten (beides 1934). Auch die im Entnazifizierungsverfahren getätigte Angabe, dass die Probleme mit der NS-Dozentschaft sich in Kiel fortgesetzt hätten und die Verleihung einer Dozentur aus diesen Gründen erst 1940, also erst drei Jahre nach der Habilitation, erfolgte, bedarf dahingehend der Korrektur, als hierfür kein politischer Grund, sondern eben der fachliche Wechsel ausschlaggebend war: 1939 erhielt er die Facharztanerkennung als Augenarzt und wurde nun Oberarzt der Augenklinik in Kiel; als im Jahr darauf das Rektorat den Vorschlag machte, Jäger zum Dozenten zu ernennen, wurde dies vom lokalen Leiter des NS-Dozentenbundes, Enno Freerksen, ohne Umstände und umgehend befürwortet.<sup>705</sup> Auch weitere Dokumente weisen nicht darauf hin, dass Jäger von dieser Seite – Freerksen war zugleich Jägers Prodekan bzw. Dekan der Fakultät<sup>706</sup> – Probleme erwachsen wären.<sup>707</sup> Nicht unbedingt in das Bild, das Jäger nach 1945 zeichnete, passt zudem, dass der schon vor der „Machtergreifung“ in sudetendeutschen Verbänden aktive Mediziner von den Nationalsozialisten mit der „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“ ausgezeichnet wurde. Von Zwistigkeiten oder Komplikationen mit Parteistellen ist auch nach Kriegsbeginn nichts überliefert.

Zielten womöglich die Nachkriegsäußerungen Jägers über seine innere Distanz zur NSDAP darauf ab, von dem belegten Kontakt zu den hochrangigen NS-Ärzten Brandt und von Hasselbach sowie von den Hintergründen dieser Verbindung abzulenken?

---

<sup>705</sup> Vgl. das Schreiben des Rektorats an Freerksen am 20.8.1940; Freerksen an das Rektorat am 27.8.1940, LArch H-S, Abt. 16/2008, Nr. 82,13, unpag.

<sup>706</sup> Vgl. zu Freerksen Ratschko (2009).

<sup>707</sup> So stellte sich Freerksen auch hinter Jäger, als dieser 1942 auf Einladung des italienischen Mediziners Favalaro einen Kongress der Cocieta Medice Chirurgica an der Universität Catania besuchen sollte, auf der er über „Die Struktur des strömendes Blutes“ sprach. Vgl. Anlage Freerksen vom 2.7.1942 zum Schreiben Jäger an das Rektorat am 29.6.1942, LArch H-S, Abt. 47, Nr. 6684, unpag.

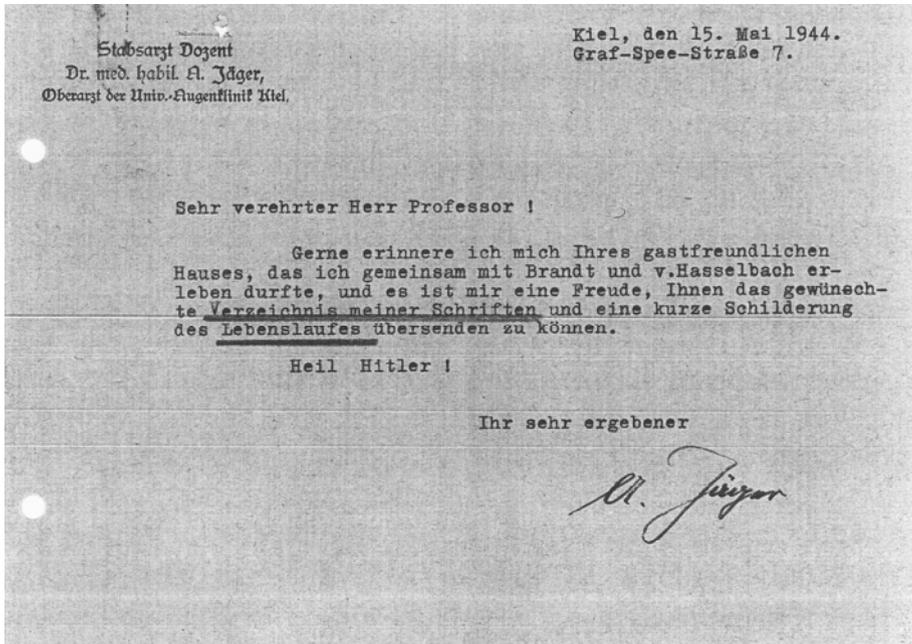


Abb. 36: Schreiben Alfred Jägers an Paul Rostock 1944 (BArch Berlin)

Die nun eruierten Quellen legen eine solche Schlussfolgerung nicht nahe: Im Zuge der Recherchen konnte der Adressat des Jägerschen Schreibens, in dem der Kontakt zum Bevollmächtigten des Gesundheitswesens dokumentiert ist, ermittelt werden: Der Brief richtete sich an den Chirurgen Paul Rostock, seit 1943 Stellvertreter von Brandt und Leiter des „Amtes für Medizinische Wissenschaft und Forschung“. In Rostocks Dienststelle wurden *auch* die Versuche am Menschen in den Konzentrationslagern koordiniert. Doch stand das Schreiben Jägers mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in keinem Zusammenhang mit einem konkreten Forschungsprojekt oder einer konkreten Verwendung Jägers in einer Einrichtung im Umfeld Brandts bzw. der Luftwaffe: Form, Zeitpunkt und Anlagen des Briefes an Rostock weisen darauf hin, dass Jäger damit lediglich einer Aufforderung des „Generalarztes“ nachkam, die dieser an habilitierte Mediziner in Deutschland gerichtet hatte: zum Zweck der Schaffung eines vom „Amt für Medizinische Wissenschaft und Forschung“ verfolgten Gesamtüberblicks über Forschungsschwerpunkte an den Fakultäten eine Publikationsliste mit Lebenslauf zur Verfügung zu stellen. Schließlich sind auch Jägers Verwendungen in der Luftwaffe und seine Tätigkeiten an der Medizinischen Fakultät in Kiel für die Kriegsjahre rekonstruierbar;<sup>708</sup> dabei weist nichts auf eine etwaige Beteiligung des Augenarztes an Forschungen der Luftwaffe zu Druckversuchen am Auge oder einem anderen Feld oder gar auf eine Verstrickung in Menschenversuche hin. Über den Rahmen, die Hintergründe und

<sup>708</sup> LArch Kiel, PA Med. Fak. 16/2008-82;13 u. 47-6684.

Gesprächsinhalte des im Brief erwähnten Treffens bei Rostock lässt sich somit nur spekulieren, doch ist nicht von einer engeren Verbindung oder einer weitergehenden Bedeutung dieses Aufeinandertreffens auszugehen. Das 2008 geäußerte Verdachtsmoment, dass Jäger im Zusammenhang mit Druckversuchen am Auge in die Machenschaften der NS-Medizin verwickelt gewesen könnte, kann somit nicht erhärtet werden.

Das Kriegsende erlebte Jäger in Mohrkirch-Osterholz (Angeln) als Angehöriger der Wehrmacht. Zuletzt hatte er als Stabsarzt der dortigen augenärztlichen Fliegeruntersuchungsstelle angehört. Da diese militärische Dienststelle unter R.A.F.-Kontrolle stand, gelangte Jäger nicht in ein Kriegsgefangenenlager,<sup>709</sup> konnte vielmehr Anfang 1946, kurze Zeit nach der Wiedereröffnung der Universität Kiel, an seine Wirkungsstätte zurückkehren. Neben seiner Funktion als Oberarzt der Augenklinik nahm er vorübergehend auch die vakant gewordene Dozentur für Geschichte der Medizin wahr. Bereits im Mai 1947 jedoch ging Jäger zunächst als kommissarischer Leiter, dann als stellvertretender Direktor an die Universitäts-Augenklinik Münster. In Kiel hatte er kurz nach seinem Wechsel die Ernennung zum außerordentlichen Professor erhalten.

In Aachen wurde er 1955 Nachfolger von Wilhelm Studte. In den Verhandlungen um die Bestellung der Gründungslehrstühle gehörte Jäger aus Altersgründen – er stand mit 62 Jahren kurz vor der Pensionierung – zu den „Wackelkandidaten“, wurde jedoch als Ordinarius übernommen.<sup>710</sup>

---

<sup>709</sup> Jäger an Pestemer am 23.6.1945, LArch H-S, Abt. 16/2008, Nr. 82,13, unpag.

<sup>710</sup> Bemerkenswert knapp werden Jägers Wirkungsjahre in Aachen von seinem Nachfolger Martin Reim in der umfangreichen Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum abgehandelt, siehe Reim (1991).



## V. Schlussbemerkungen

Mit Blick auf den Forschungsstand zur Geschichte der Medizin in der Region Aachen im Nationalsozialismus bestätigt die vorliegende Untersuchung am Beispiel der Städtischen Krankenanstalten Aachen, der Vorgängerinstitution der Aachener Universitätsklinik, den überdurchschnittlich hohen Organisationsgrad der Ärzteschaft in der NSDAP und ihrer Untergliederungen. Der 1999 in einer Studie von Uwe Zimmermann mit 62 % bezifferte und damit weit über dem reichsweiten Schnitt (ca. 45 %) liegende Anteil an NSDAP-Mitgliedern spiegelt sich in den Parteibeitritten der Chefärzte an den Städtischen Krankenanstalten wider und ließ sich im Rahmen der Recherchen auch für die anderen Aachener Krankenhäuser nachweisen.

Wie dies im Einzelfall zu beurteilen sei, ist aufgrund einer prekären Quellenlage in vielen Fällen schwierig zu ermesen. Da das Archiv des Krankenhauses vollständig und Unterlagen der Stadtverwaltung aus der NS-Zeit beinahe vollständig verloren gegangen sind, konnte die Studie sich häufig lediglich auf die im Stadtarchiv Aachen erhaltenen Personalakten des ärztlichen Personals, die Akten des ehemaligen Berlin Document Centers in Berlin (NSDAP-Zentralkartei) und die in verschiedenen Landes- und Staatsarchiven verwahrten Entnazifizierungsakten der untersuchten Ärzte stützen. In wenigen Fällen konnten darüber hinaus (weitere) zeitgenössische Ego-Dokumente und Dokumente Dritter, darunter politische Beurteilungen durch Staats- und Parteistellen, recherchiert und herangezogen werden. Nicht in allen Fällen gelang es vor dem Hintergrund der Quellensituation jedoch, die erkenntnisleitenden Fragestellungen erschöpfend beantworten und damit Einzelpersönlichkeiten und ihrem ärztlichen Handeln im Nationalsozialismus „gerecht“ werden zu können. Dies gilt insbesondere für die Untersuchung ihrer Motive bei Parteieintritten und der Mitwirkung an der NS-Gesundheitspolitik, aber auch mit Blick auf die Frage nach Konflikten und Handlungsspielräumen.

Gleichwohl konnten die Ergebnisse der 1995 von Harry Seipolt vorlegten Untersuchung über Zwangssterilisierungen in der Region Aachen in einigen Punkten auf eine breitere Grundlage gestellt und weitere Beteiligungen von Ärzten nachgewiesen werden. Auch bestätigt die Untersuchung die in anderen regionalhistorischen Studien zur allgemeinen Krankenhausgeschichte häufig festgestellte widerstandslose Einbindung „gewöhnlicher“ Krankenhausärzte in die Umsetzung der Zwangssterilisierungen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1934. Wenngleich anhand zweier leitender Aachener Mediziner eine signifikant unterschiedliche Wahrnehmung ihrer jeweiligen Einbindung aufgezeigt werden konnte, die in einem Fall – ungewöhnlicherweise – dazu führte, dass der Betreffende sich nach 1945 für Refertilisierungsoperationen bei einem Teil der im Nationalsozialismus Zwangssterilisierten einsetzte, ließen sich keine Hinweise darauf finden, dass in der NS-Zeit selbst die Durchführung des Gesetzes auf eine aktive Gegenwehr von Seiten der hier untersuchten Ärzte stieß. Im Gegenteil: Es ließen sich, auch dies deckt sich mit bisherigen regionalhistorischen Forschungen, Beteiligungen von Ärzten nachweisen, die in einzelnen Zusammenhängen – und in ihrer Selbstwahrnehmung *in toto* – zu den Regime-Gegnern gehörten.

Dennoch ist festzustellen, dass die Krankenanstalten in der NS-Zeit, der hohen Zahl an NSDAP-Mitgliedern zum Trotz, nicht als eine Hochburg der NS-Medizin

## V. Schlussbemerkungen

anzusehen sind. Weder war die Personalpolitik der Stadtverwaltung kompromisslos nach entsprechenden Kriterien ausgerichtet, noch entwickelte die überwiegende Zahl der Chefarzte der Krankenanstalten nennenswerte Aktivitäten in der NSDAP oder ihren Untergliederungen.

Das erstaunlichste Ergebnis der vorliegenden Untersuchung liegt in dem festgestellten Ausmaß der nach 1945 nach Aachen berufenen Ärzte mit NS-Belastung. Aufgezeigt werden konnte dabei, dass der Personalpolitik der Stadtverwaltung die Strategie zugrunde lag, gezielt akademische Fach-„Größen“ nach Aachen zu holen, denen aufgrund ihrer Rolle im Nationalsozialismus eine Fortführung einer universitären Tätigkeit nach 1945 nicht mehr möglich war. Dies erfolgte ohne politische Bedenken. Inwiefern die Städtischen Krankenanstalten Aachen in diesem Zusammenhang ein Sonderfall waren, bedürfte weitergehender Untersuchungen. Hier fehlt es an vergleichenden Studien.

## VI. Zusammenfassung

Die vorliegende Studie wurde von der Medizinischen Fakultät der RWTH Aachen gefördert und verfolgte zwei Ziele. Zum einen sollte die bislang im Dunkeln liegende Rolle der Chefärzte der Städtischen Krankenanstalten Aachen im Nationalsozialismus beleuchtet und im Kontext dargestellt werden. Zum anderen sollten die Biographien derjenigen leitenden Ärzten auf mögliche NS-Belastungen untersucht werden, die zwischen 1945 und der Gründung des Universitätsklinikums 1966/67 in Aachen tätig geworden bzw. als Gründungsprofessoren der Medizinischen Fakultät von den Städtischen Krankenanstalten „übernommen“ worden sind.

Die Ergebnisse der Studie konterkarieren mit Blick auf den ersten Teil in zentralen Fragen die vielfach kolportierte „Legende“ von einem „katholischen Aachener Widerstand“ in der NS-Zeit, der nach 1945 auch für die Ärzteschaft in Anspruch genommen worden war. So begann 1933 bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Aachen (Juni 1933) der Prozess einer „Nazifizierung“ der Städtischen Krankenanstalten. Die Initiative für politische „Säuberungen“ hatten dabei das ärztliche Personal sowie die Verantwortlichen der Stadtverwaltung von sich aus ergriffen. Im April 1933 wurde der einzige jüdische Arzt des Krankenhauses auf Beschluss des Zentrums-Oberbürgermeister Rombach entlassen; ebenfalls bereits vor dem Juni 1933 kam es mit dem Ziel der Dienstentlassung zu politischen Denunziationen, die von den Klinikärzten selbst ausgingen. Bis Ende April 1933 waren bereits die überwiegende Zahl der Assistenzärzte und zwei der damals insgesamt fünf Chefärzte der NSDAP beigetreten. Die „Nazifizierung“ der Städtischen Krankenanstalten zu Beginn des Jahres 1933 verlief somit ohne die Einwirkung von NS-Funktionären in der Verwaltung und der konfessionellen Prägung der Stadt und ihrer Ärzte zum Trotz.

Durch die aggressiv antikirchliche Politik der Aachener NSDAP kam es in den folgenden Jahren in der Tat, jedoch nur vereinzelt, zu Spannungen zwischen Aachener Krankenhäusern und der NS-Kreisleitung, wovon die Städtischen Kliniken jedoch noch am wenigsten berührt waren. Hinweise auf die Anwendung repressiver Maßnahmen, wie dies etwa in Bezug auf das Pflegepersonal des Alexianerkrankenhauses oder im Fall zweier Chefärzte des Luisenhospitals dokumentiert ist, fehlen in Bezug auf die Städtischen Krankenanstalten gänzlich. Bei allen Reibungspunkten zwischen *einzelnen* Ärzten der Städtischen Krankenanstalten (so insbesondere des Ärztlichen Direktors Beltz) und der Kreisleitung: Von konkreten Konsequenzen, die sich für die Betroffenen aus diesen Konflikten ergeben hätten, berichten die Quellen nicht.

Dazu mag zum einen beigetragen haben, dass sich frühzeitig sämtliche Chefärzte mit Ausnahme des dirigierenden Arztes der HNO-Abteilung (von Meurers) zu zumindest zu formellen Zugeständnissen bereit erklärten und NS-Organisationen beitraten. Von drei Ausnahmen abgesehen (Beltz, von Meurers, Pauwels), traten zudem sämtliche der insgesamt zehn Chefärzte der NSDAP bei. Nennenswerte Funktionen in Parteiorganisationen scheinen dabei jedoch nur zwei von ihnen (Möhlmann und Geller) wahrgenommen zu haben.

## VI. Zusammenfassung

Offenkundig ist zum anderen aber auch, dass die Aachener NSDAP von Anfang an – ebenso wie bei anderen städtischen Funktionseliten – darauf angewiesen und daran interessiert war, mit dem vorhandenen leitenden Personal der städtischen Kliniken zu arbeiten und zu Arrangements zu gelangen. Anders als in Teilen der Stadtverwaltung, nachweislich auch im Gesundheitsamt, spielten auch bei Neueinstellung leitender Ärzte politische Kriterien eher auf einer formalen Ebene eine Rolle. Ausschlaggebend hierfür dürfte die im Vergleich mit Medizinischen Fakultäten und Akademien geringere Bedeutung der Krankenhäuser in ideologischen Kontexten gewesen sein: Im Gegensatz zur Universitätsmedizin hatte das Krankenhaus keine Aufgaben in Forschung und Lehre; wo es in die Umsetzung rassenhygienischer Maßnahmen involviert war, geschah dies ohne (artikulierte) Widerstände. Hierfür mussten die Städtischen Krankenanstalten Aachen, wie andere „gewöhnliche“ Krankenhäuser auch, nicht in eine Hochburg der NS-Medizin umgewandelt werden.

Dies lässt sich insbesondere an der Umsetzung der „Erbgesundheitspolitik“ des Regimes nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1934 aufzeigen. Der Chirurgischen Abteilung stand ein Arzt (Krabbel) vor, der vor 1933 der NSDAP nicht nahegestanden hatte, aber bereits für eine „rassenhygienische“ Bevölkerungspolitik eingetreten war. Im Nationalsozialismus sollte dieser Chirurg wie kein anderer Aachener Arzt in die Praxis der Zwangssterilisierungen eingebunden sein. Bis Kriegsende waren es Hunderte Frauen, Männer und Kinder, an denen in den Städtischen Krankenanstalten der Zwangseingriff durchgeführt wurde. Formen des Widerstands gegen die gesundheitspolitischen Maßnahmen ließen sich nur im Fall eines einzigen Arztes anhand von Indizien feststellen: Dass es sich hierbei zugleich um einen der wenigen hier untersuchten Ärzte handelte, die dem Nationalsozialismus als solchem reserviert gegenüberstanden (Beltz), ist insofern bemerkenswert, als sich die Befürwortung eugenischer (Zwangs-)Maßnahmen keineswegs alleine bei NS-nahen Ärzten, sondern in allen politischen Parteien bereits in der Zeit der Weimarer Republik feststellen lässt.

Nach 1945 wurden die in die Praxis der Zwangssterilisierungen involvierten ebenso wie die aus anderen Gründen NS-belasteten Aachener Ärzte nicht zur Rechenschaft gezogen. Abgesehen von vorübergehenden Entbindungen von ihren Stellungen, waren sie keinen Sanktionen durch die britische Militärregierung oder die Entnazifizierungsverfahren unterworfen. Von Bedeutung war hierbei auch die fehlende Bereitschaft des „Aachener Ärztevereins“, für Aufklärung zu sorgen. Einerseits von der Stadt in dahingehende Personalentscheidungen eingeschaltet, andererseits von sich aus in der rechtlichen Beratung betroffener Ärzte engagiert, zeigte die lokale Standesvertretung kein ernsthaftes Interesse, im Sinne der von den Alliierten verfolgten Entnazifizierung aktiv zu werden. Vor den mit Deutschen besetzten Entnazifizierungsausschüssen schließlich nutzten sämtliche Ärzte, die zunächst nicht in die (einem Freispruch gleich kommende) Kategorie V eingestuft worden waren, die Möglichkeit zur Revision und hatten damit durchgehend Erfolg.

Aus anderen als politischen Gründen veränderte sich das „Gesicht“ der städtischen Kliniken in der frühen Nachkriegszeit. Viele ihrer Ärzte waren nach 1945,

bedingt durch Alter (Paulus), berufliche Umorientierungen (Geller, Krabbel) und in einem Fall infolge der Abschaffung seiner Abteilung (Boosfeld), nicht mehr oder nur noch für kurze Zeit an den Krankenanstalten tätig. Zwei weitere Chefärzte (Beltz und von Meurers) waren 1944 in den letzten Kriegstagen verstorben, sodass insgesamt fünf Abteilungen neu besetzt und für zwei weitere, bis 1948 hinzugekommene Fachkliniken (Gynäkologie, Urologie) Gründungsdirektoren gefunden werden mussten. Das „alte“ leitende Personal an den städtischen Kliniken war in der Folge bereits 1950 nur noch in dreien der nunmehr insgesamt elf Abteilungen vertreten.

Auf Druck der Militärregierung legte die Stadt Aachen für kurze Zeit – bis 1947 – vakant gewordene Chefarztstellen konsequent in die Hände von Ärzten, die entweder nur formaler Zugeständnisse an das Regime verdächtig waren oder die als NS-kritische Mediziner galten (Keller, Schetter, Schild, Studte).

Nach 1947 trug die Personalpolitik jedoch in mehrfacher Hinsicht eine neue Handschrift: Spielte bis dahin bei der Besetzung von Chefarztstellen kaum eine Rolle, welche wissenschaftlichen Werdegänge die jeweiligen Bewerber nach Approbation und Promotion aufzuweisen hatten, fiel nun bei sämtlichen frei werdenden leitenden Stellen ebenso wie bei der Bestellung von Chefärzten für neu geschaffene Abteilungen die Wahl auf habilitierte Mediziner. Zugleich riss ab hier auch die zuvor unübersehbare – und noch im Nationalsozialismus festzustellende – „Tradition“ ab, Ärzte aus dem (katholischen) Aachener Raum zu bevorzugen. In einigen Fällen gehörten die nun an den Krankenanstalten tätigen Chefärzte vielmehr zu den Autoritäten ihres Faches; andere waren zu einem Zeitpunkt ihrer universitären Laufbahn nach Aachen geholt worden, an dem sie über eine breite klinische Erfahrung verfügten und eine nach akademischen Gesichtspunkten beachtliche publizistische Tätigkeit aufzuweisen hatten. Das Ansehen der Krankenanstalten stieg infolge dieser neu gestellten personalpolitischen Weichen bereits in der frühen Nachkriegszeit enorm. Zweifellos wurde hier der Grundstein für die Entwicklung zur späteren Universitätsklinik gelegt.

Möglich wurde dies aber erst durch die in den ersten Jahren nach Kriegsende eingetretene Situation, dass es in Deutschland einen breiten „Markt“ habilitierter Ärzte gab, für die sich infolge ihrer Verstrickung in den Nationalsozialismus die universitäre Perspektive vorläufig oder endgültig zerschlagen hatte. Solche Ärzte wurden in Aachen gezielt angeworben. Wie in der Untersuchung gezeigt, nahm der maßgeblich in diese Entwicklung des Städtischen Krankenhauses involvierte Stadtdirektor (Servais) diese „Gelegenheit“ ohne politische Bedenken wahr. Die Städtischen Krankenanstalten Aachen wurden in der Folge zu einem „Auffangbecken“ für NS-belastete Ärzte. Zur Strategie dieser Personalpolitik gehörte es, frei gewordene Stellen nicht auszuschreiben, sondern im Vorfeld von Bestellungen in Fachkreisen Erkundigungen über arbeitslose oder in wenig attraktive Stellungen gelangte vormalige Nationalsozialisten einzuholen. Dies hatte zum Ziel, im Vorfeld gegenseitige, womöglich öffentlich ausgetragene „Denunzierungen“ zu verhindern, was auch gelang. So ist lediglich in zwei Fällen (Hoff, Effkemann) dokumentiert, dass die Stadtverwaltung Aachen – von anonymer Seite – auf die NS-Vergangenheit bereits eingestellter Chefärzte hingewiesen wurde. Konsequenzen zeitigte dies für die Betroffenen nicht.

## VI. Zusammenfassung

Bereits fünf Jahre nach Kriegsende verfügten die Krankenanstalten in der Mehrzahl ihrer Fachkliniken über ein leitendes Personal, das im Hinblick auf das fachliche Renommee bereits dem einer Universitätsklinik entsprach: Es leiteten Anfang der 1950er Jahre in unterschiedlichem Maße NS-verstrickte fachliche „Größen“ die Abteilungen für Pathologie (Staemmler), für Urologie (Heusch), für Innere Medizin (Hoff) und für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden (Greifenstein). In weiteren Fällen wurden Mediziner angestellt, die bis 1945 beste universitäre Perspektiven gehabt hatten, denen nach 1945 aber ihre Vergangenheit im Weg stand. Letzteres trifft insbesondere in den Aachener Abteilungen der Gynäkologie (Effkemann) und der Chirurgie (Klostermeyer) zu.

Als ab Mitte der 1950er diese erste Nachkriegs-„Generation“ in Pension ging, wurde es für die Stadt Aachen zunehmend schwierig, fachlich vergleichbar ausgewiesene Mediziner für das städtische Krankenhaus zu gewinnen. Erst Anfang der 1960er Jahre, als die Gründung der Universitätsklinik in Vorbereitung stand, wurden die Städtischen Krankenanstalten wieder attraktiv für Ärzte, die dem akademischen Profil der „ersten Generation“ entsprachen. Weder in dieser Phase noch bei der Gründung des Universitätsklinikums 1966/67 spielte die Frage nach einer möglichen NS-Vergangenheit der berufenen Ärzte eine Rolle, obgleich unter ihnen mehrere Mediziner waren, deren beruflicher Werdegang bis zur Habilitation und darüber hinaus noch in die Zeit des Nationalsozialismus fiel. Wie im Rahmen der Untersuchung gezeigt wurde, waren sieben der insgesamt neun in der NS-Zeit approbierten Gründungsordinarien der Medizinischen Fakultät Mitglieder der NSDAP gewesen. Vier der an der RWTH nun tätigen Mediziner hatten im Nationalsozialismus zumindest Berührungspunkte mit NS-Tätern bzw. mit NS-Medizinverbrechen.

Es wundert vor diesem Hintergrund nicht, dass eine Aufarbeitung der Verstrickung der Vorgängerinstitution der Universitätsklinik im Nationalsozialismus oder der Rolle derjenigen leitenden Mediziner in der NS-Zeit, die nach 1945 in Aachen tätig wurden, über Jahrzehnte nicht stattfand. Erstaunlich bleibt allerdings, dass in Aachen noch zu einer Zeit, als andere Medizinische Fakultäten in Deutschland längst damit begonnen hatten, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten, dahingehende Forschungs- oder erinnerungspolitische Initiativen ausblieben.

Dabei ist zu bedenken, dass seit den 1980er Jahren in der allgemeinen Forschung zur NS-Medizingeschichte wiederholt Namen NS-belasteter Aachener Ärzte gefallen waren. In einer 1995 erschienenen Buchveröffentlichung des Lehrers Seipolt wurde die Rolle der Städtischen Krankenanstalten und ihrer Ärzte bei der Umsetzung der „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ bereits behandelt. Obgleich man sich vor diesem Hintergrund auf Unwissenheit eigentlich nicht mehr berufen konnte, fehlen bis in die jüngste Zeit in von RWTH-Wissenschaftlern publizierten historischen Rückblicken auf die Geschichte der Kliniken und ihre Vorgängerinstitution kritische Bezüge auf die NS-Zeit und die Rolle ihrer Ärzte. Auch vor diesem Hintergrund war es das Ziel der vorliegenden Untersuchung, bestehende Forschungslücken zu reduzieren.

## VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 1. Primärquellen

Archiwum Uniwersytet Wrocławski (UArch Warschau)

*AVW 0750-34/20*

SS 220 (Personalakte M. Staemmler)

Bundesarchiv (BArch)

#### 1) Berlin, Lichterfelde

Abt. R. (ehemaliges Berlin Document Center/BDC)

*NSDAP-Zentralkartei:*

W. Beck, A. Boosfeld, J. Boventer, K. Boventer, C. Capellmann, H. Eickhoff, W. Gahlen, R. Heintz, K. Heusch, A. Hopf, K. Huth, A. Jäger, H. Jouck, W. Koester, E. Moos, H. Schönenberg, J. Schoenmackers, G. Wehrsig

*PK (Bestand Parteikorrespondenz):*

A 86 (H. Aschermann) A130 (W. Beck), C 7 (G. Effkemann), C 373 (G. Gaetgens), D 157 (A. Greifenstein), D 161 (A. Greither), E 289 (F. Hoff), (A. Jäger), G 41 (W. Klostermeyer), I 264 (W. Nesswetha), O 207 (W. Risse), J 132 (K. Poeck), L 53 (H. Schroeder), L 388 (M. Staemmler)

*DS*

A 17 (G. Effkemann)

*RK (Bestand Reichskulturkammer):*

I 202 (A. Greither)

*RS*

B 5167 (G. Gillissen), B 5298 (A. Greifenstein), C 0334 (K. Heusch), C 5523 (W. Klostermeyer),

*SS*

182-1 (W. Klostermeyer)

*RÄK (Reichsärztekartei)*

#### 2) Außenstelle Ludwigsburg

*B162:*

4487 (Verfahren W. Rosenbaum), 6256 (Verfahren G. Winkler), 6787 (Verfahren J. Walbaum), 7282 (Verfahren J. Seinsche), 17025 u. 17026 (Überprüfung Rudolf-Hess-Krankenhaus Dresden), 21434 (Verfahren W. Beck et al.), 28534 (Anzeige Stillger)

VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

3) Militärarchiv Freiburg i. Brsg.

RH 15 (*Allgemeines Heeresamt*)

AHA Kartei (Stammtafel Reservelazarett Aachen)

Hochschularchiv der RWTH Aachen (HArch Aachen)

a) *Berufungsakten*

24001, 24002, 24004, 24023

b) *Biographische Datenbank „146 Biographien von Namensgebern, Rektoren, Ehrensenatoren und Nobelpreisträgern der RWTH Aachen von der Gründung des Polytechnikums im Jahre 1870 bis heute“*

Dossier F. Pauwels

c) *Personalakten des wissenschaftlichen Personals:*

PA 8376 (K. Boventer), PA 1202 (H. Eickhoff), PA 2113 (R. Heintz), PA 4203 (H.-D. Ohlenbusch)

Humboldt-Universität Berlin, Archiv (HUArch Berlin)

U[niversitäts-]K[linikum] PA

H 291 (Habitationsakte K. Heusch)

Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin, Aachen (GTE Aachen)

a) Nachlass K. Boventer [o. Sign.]

b) Nachlass Ph. Keller [o. Sign.]

c) Materialmappe E. Borchers [o. Sign.]

Institut für Zeitgeschichte, München (IfZ)

*Nachlass Inge Aicher-Scholl*

ED 474, Bd. 45, Bd. 52, Bd. 59

Landesarchiv NRW, Düsseldorf (LA NRW)

a) *Entnazifizierungsakten.*

NW-1079-8401 (C. Beaucamp), NW-1002-Med-12704 (K. Boventer), NW-1079-9939 (C. Capellmann), NW-1078-3805 (E. Drouven), NW-1002-MED/Nr. 29591 (G. Effkemann), NW-1038-2664 (H. Eickhoff), NW-1079-14481 (F. H. Fesenmeyer), NW-1079-13872 (H. Gatersleben), NW 1079 10.0092 (P. Geller), NW-1057-PH-3047 (A. Greifenstein), NW-1079-2838 (O. Gronau), NW-1079-9300 (F. Hoff), NW-1079-16254 (F. J. Hurck), NW-1039-J-73 (A. Jäger), NW-1079-6474 (H. Jouck), NW-1079-14365 (B. Karhoff), NW-1049-41323 (W. Keutgen), NW-1023-1644 (W. Klostermeyer), NW-1079-9190 (M. Krabbel), NW-

1079-14023 (Th. Kreuzwald), NW-1079-14210 (H. Lambertz), NW-1079-4797 (H. Meller), NW-1079-6225 und NW 1037-B II-894 (Th. Möhlmann), NW-1087-1520 (O. Niermann), NW-1079-10059 (F. Paulus), NW-1079-14020 (F. Pauwels), NW-1079-14016 (J. Pinger), NW 1079-14270 (H. Ransoné), NW-1079-13824 (C. J. Rauffauf), NW-1079-1455 (W. Risse), NW-1079-10048 (C. Schetter), NW-1087-4338 (E. Schmeer), NW 1037-A/REG Nr. 5716 u. NW 1079-2011 (E. Schmitz-Cliever), NW-1051-2619 (H. Schoeneck), NW-1037-BI-8127 (J. Schoenmackers), NW-1037-BIV-1926 (H. Schönenberg), NW-1039-S-1571 (H. Söller), NW-1055-3548 (M. Staemmler), NW-1079-13936 (W. Studte), NW-1037-BII-388 (E. Sulger), NW-1079-10503 (A. Thier), NW-1079-3865 (H. v. Rey), NW-1079-3497 (G. Wehrsigg), NW-1037-BII-185 (E. Zurhelle)

- b) *AG Aachen, Gerichte Rep. 216 und 263*
- c) *AG Duisburg, Gerichte Rep. 276*
- d) *BR 1029 Nr. 47 (Gesundheitsamt Aachen 1945-1958)*
- e) *Regierung Aachen 20374, 21301, 21307*

Landesarchiv Schleswig-Holstein, Kiel (LArch Kiel)

*Personalakten der Medizinischen Fakultät der Universität Kiel*

16/2008-82,13; 47-6684 (A. Jäger); Acc. 103/2007-85.132; 47-6721 (H.-W. Kayser)

*Entnazifizierungsakten*

460-4422 (A. Jäger); 460.19-536 (H.-W. Kayser)

Landeshauptarchiv Rheinland Pfalz, Koblenz (LHArch Koblenz)

*Best. 856,*

Nr. 131-622, Nr. 141-540 (E-Verfahren G. Gillissen)

Museum und Archiv der Deutschen Gesellschaft für Urologie, Düsseldorf (MA DGfU)

*Nachlass K. Heusch*

[o. Sign]

Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Archiv (StU Göttingen)

*Nachlass G. B. Brunner*

COD. MS Gruber 1: 1,254 (Briefwechsel M. Staemmler)

COD. MS Gruber 1, 2, 1 (Briefwechsel M. Staemmler)

Staatsarchiv Würzburg (StA Würzburg)

*Gestapostelle Würzburg*

1905 [Bericht F. Hoff]

Stadtarchiv Aachen (StaA)

- a) *Personalakten* (PA) Allgemeine Verwaltung (1):  
884 (H. Aschermann), 1057 (L. Beltz), B 116 (A. Boosfeld), 506 (G. Effkemann),  
H 16 (J. Hellwig), 158 (K. Heusch), H 28 (F. J. Hurck), 443 (E. Isphoring), 454  
(Ph. Keller), K 164 (M. Krabbel), M 59 (K. v. Meurers), M 102 (Th. Möhlmann), P  
27 (F. Paulus), 468 (F. Pauwels), Sch 52 (C. Schetter), St 16 (M. Staemmler)
- b) *Personalakten* (PA) Ablage:  
K. Abels, K. Abrahams, H. Clauditz, W. Cormann, K. Dosemagen, A.  
Drimmenberg, H. Ehses, P. Geller, A. Greither, R. Herz, P. Hüllenkremer, K. Huth,  
C. Jacobs, G. Karhoff, K. Krapoll, H. Nickel, O. Niermann, H. Oden, H. Ransoné,  
J. Schepermann
- c) *PA 300* (Nachlass W. Zieger)
- d) *Zeitungsauschnittsammlung* (ZAS)
- e) 11186 (Hauptverwaltung Personalamt 1934-1945)
- f) 11247 (Hauptamt/Gesundheitsamt 1935-1944)
- g) 11869 (Hauptverwaltung Gesundheitsamt 1945-1949)
- h) 11870 (Krankenanstalten 1944-1951)
- i) Adreßbuch Aachen 1932-1944
- j) „Verwaltungsberichte der Stadt Aachen 1935-1944
- k) C 349 h (Chronik des Krankenhauses Forst in Aachen/E. Beaucamp)

Universitätsarchiv Frankfurt am Main (UArch Frankfurt a.M.)

*Max Horkheimer Archiv*

IV, 2

Universitätsbibliothek der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Handschriftenabteilung (UArch Heidelberg)

*Nachlass Karl Heinrich Bauer*

Briefwechsel mit M. Staemmler [o. Sign.]

Nachlässe in Privatbesitz (PA)

*Nachlass L. Beltz*, Prof. Dr. Ludwig Beltz, Bonn  
*Nachlass E. Borchers*, Klaus Borchers, München  
*Nachlass K. Boventer*, Dr. Carl Boventer, Alsdorf  
*Nachlass H. Jouck*, Hanns-Paul Jouck, Übach-Palenberg  
*Nachlass M. Staemmler*, Prof. Dr. Volker Staemmler, Bochum

Persönliche Mitteilungen

Dr. Wilhelm Baumann, Aachen (Mitteilung 2009)  
Prof. Dr. Ludwig Beltz, Bonn (Mitteilung 2010)  
Dr. Hans Bertram, Aachen (Mitteilung 2009)  
Klaus Borchers, München (Mitteilung 2009)  
Hilde Ebert, Aachen (Mitteilung 2010)  
Hanns-Paul Jouck, Übach-Palenberg (Mitteilung 2010)  
Dr. Theodor Jouck, Mönchengladbach (Mitteilung 2010)  
Ruth Lankes, Krefeld (Mitteilung 2009)  
Prof. Dr. Volker Staemmler, Bochum (Mitteilung 2010)

Zeitungen und Zeitschriften

Westdeutscher Beobachter (bis 1934 „Westdeutsches Grenzblatt“)

*Fotografien aus Privatbesitz stellen zur Verfügung:*

Prof. Dr. Ludwig Beltz (Bonn), Hanns-Paul Jouck (Übach-Palenberg), Ruth Lankes (Krefeld)

## 2. Literatur

1. Ackermann (1999): Helmut Ackermann, Ich bin krank gewesen... Das Evangelische Krankenhaus Düsseldorf 1849-1999, Düsseldorf 1999.
2. Adenauer (1983): Konrad Adenauer, Briefe 1945-1947, Berlin 1983.
3. Albrecht (1999): Clemens Albrecht, „Das Allerwichtigste ist, daß man die Jugend für sich gewinnt“. Die kultur- und bildungspolitischen Pläne des Horlheimer-Kreises bei der Remigration, in: Clemens Albrecht, Günter C. Behrmann, Michael Bock et al. (Hrsg.), Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/M., New York 1999, S. 97-130.
4. Althoff (1988): Helmut Althoff, 20 Jahre Lehrstuhl und Institut für Rechtsmedizin in Aachen, o. O. 1988.
5. Arbogast (1998): Christine Arbogast, Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite 1920-1960 (= Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland, 7), München 1998.
6. Arlt (1995): Fritz Arlt, Polen-, Ukrainer-, Judenpolitik im Generalgouvernement für die besetzten Gebiete 1939/40 und Oberschlesien 1941/43 und im Freiheitskampf der unterdrückten Ostvölker, Lindhorst 1995.
7. Autorenkollektiv für Nestbeschmutzung (1996): [Autorenkollektiv für Nestbeschmutzung], Schweigepflicht. Eine Reportage. Der Fall Schneider und andere Versuche, nationalsozialistische Kontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte aufzudecken, 2. Aufl., Münster 1996.
8. Baader (1999): Gerhard Baader, Die Erforschung der Medizin im Nationalsozialismus als Fallbeispiel einer Kritischen Medizingeschichte, in: Ralf Bröer (Hrsg.), Eine Wissenschaft emanzipiert sich. Die Medizinhistoriographie von der Aufklärung bis zur Postmoderne, Pfaffenweiler 1999, S. 113-120.
9. Baader (2002): Gerhard Baader, Heilen und Vernichten. Die Mentalität der NS-Ärzte, in: Angelika Ebbinghaus, Klaus Dörner (Hrsg.), Heilen und Vernichten. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen, Berlin 2002, S. 275-294.
10. Babaryka (2008): Gregor Babaryka, Das Pathologische Institut der Universität München in der Ära Max Borst von 1910-1946, in: Elisabeth Kraus (Hrsg.), Die Universität München im Dritten Reich. Aufsätze Teil II (= Beiträge zur Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, 4), München 2008.
11. Bach (1989): Christiane Bach, Die Zwangssterilisierungen auf der Grundlage des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses im Bereich der Gesundheitsämter Leipzig und Grimma, die Tötung Geisteskranker und die Rolle der erbbiologischen Erfassungs- und Begutachtungspraxis der Psychiatrie zwischen 1933 und 1945, Leipzig 1989.
12. Bähr (2006): Johannes Bähr unter Mitarbeit von Ralf Ahrens, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs (= Die Dresdner Bank im Dritten Reich, 1), München 2006.
13. Bald (2003): Detlef Bald, Die „Weiße Rose“. Von der Front in den Widerstand, Berlin 2003.

14. Bareuther (1998): Herbert Bareuther, *Medizin und Antisemitismus. Historische Aspekte des Antisemitismus in der Ärzteschaft* (= Sigmund Freud-Institut, Materialien, 17), Münster 1998.
15. Baumann/Bönnemann/Mewen (2003): Guido Baumann, Otto Bönnemann und Walter Meven, *Die Tragödie von Aachen*, Aachen 2003.
16. Bauer (2002): Axel W. Bauer, *Vom Nothaus zum Mannheimer Universitätsklinikum. Krankenversorgung, Lehre und Forschung im medizinhistorischen Rückblick*, Ubstadt-Weiher 2002.
17. Bauer/Hoede (2001): Thomas Bauer, Roland Hoede, *In guten Händen. Vom Bockenheimer Diakonissenverein zum Frankfurter Markus-Krankenhaus 1876-2001*, Frankfurt/M. 2001
18. Beck (1936): Werner Beck, *Hodenveränderungen bei bösartigen Geschwülsten*, Diss. med. Univ. Breslau 1936.
19. Beck (1995): Christoph Beck, *Sozialdarwinismus – Rassenhygiene, Zwangssterilisation und Vernichtung „lebensunwerten Lebens“*. Eine Bibliographie zum Umgang mit behinderten Menschen im „Dritten Reich“ – und heute, Bonn 1995.
20. Benz (2009): Wolfgang Benz, *Wie wurde man Parteigenosse?*; Frankfurt/M. 2009.
21. Berger (1994): Eva Berger, „Rentabilität“ im Krankenhaus in den 20er Jahren und die Realisierungen in der Weimarer Zeit bzw. im Nationalsozialismus, in: Christoph Meinel, Peter Voswinkel (Hrsg.), *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten*, Stuttgart 1994, S. 71-82.
22. Bildstein/Groß/Kühl (2009): Klaus Bildstein, Dominik Groß, Richard Kühl, „Betreff meines ärztlichen Gutachtens gebe ich die eidestattliche Versicherung ab, dasselbe nach bestem Wissen erstattet zu haben“. Psychiatrische Anträge an Erbgesundheitsgerichte am Beispiel des Alexianerkrankenhauses Aachen (1934-1939), in: Stefanie Westermann, Richard Kühl und Dominik Groß (Hrsg.), *Medizin im Dienst der „Erbgesundheit“*. Beiträge zur Geschichte der Eugenik und „Rassenhygiene“ (= *Medizin und Nationalsozialismus*, 1), Münster 2009, S. 39-54.
23. Binding/Hoche (1920): Karl Binding, Alfred Hoche, *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form*, Leipzig 1920.
24. Birk (2005): Hella Birk, *Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“*. Eine Untersuchung zum Erbgesundheitswesen im bayerischen Schwaben in der Zeit des Nationalsozialismus, Augsburg 2005.
25. Birmanns (1998): Martin Birmanns: *Die Aachener Justiz im Zeitalter des Nationalsozialismus*. Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 101(1997/98), S. 209-265.
26. Bitschi (2006): Markus Christian Bitschi, *Das Heilig-Geist-Spital zu Ravensburg. Vom Armenhospital zum Krankenhaus, 1845-1945*, Beimerstetten 2006.
27. Bock (1986): Gisela Bock, *Zwangssterilisationen im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik* (= *Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin*, 48), Opladen 1986.
28. Bolk (1983): Reinhard Bolk, *Das Krankenhaus Am Urban. Medizingeschichtliche Untersuchung eines Krankenhauses der Stadt Berlin von seiner Gründung 1887 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945*, Berlin u.a. 1983.

29. Borchers (1926): Eduard Borchers, Allgemeine und spezielle Chirurgie des Kopfes, einschließlich der Kiefer und der Mundhöhle, Berlin 1926.
30. Borchers (1947a): Eduard Borchers, [Redebeitrag.] Protokoll zur 96. Tagung der Vereinigung Niederrheinisch-Westfälischer Chirurgen, Zentralblatt für Chirurgie 72 (1947), S. 335-336.
31. Borchers (1947b): Eduard Borchers, Fragen und Antworten um die Wiederherstellung der Samenwege bei sterilisierten Männern, Der Chirurg 17/18 (1947), S. 130-132.
32. Borrenkott (2009): Axel Borrenkott, NS-Ärzte mit späterer Karriere in Aachen, in: Aachener Nachrichten vom 3.4.2009.
33. Boventer (1982): Karl Boventer, Als Chefarzt gegen die Nazis gekämpft. Professor Beltz vor 100 Jahren geboren, in: Aachener Nachrichten vom 19.8.1982.
34. Boventer (1988): Karl Boventer, Zur Erinnerung an Professor Dr. med. Ludwig Beltz, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 94/95 ([1987-]1988), S. 440-459.
35. Braß (2004): Christoph Braß, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Saarland 1935-1945, Paderborn 2004.
36. Brünner/Pomiluek (1997): Hubertus Brünner, Klaus-Dieter Pomiluek, Helfen und Heilen im Spiegel der 150jährigen Geschichte der Städtischen Krankenanstalten Krefeld (1845-1995), Historia Hospitalium 20 ([1995-]1997), S. 262-274.
37. Bussche (1989): Hendrik van den Bussche, Im Dienste der „Volksgemeinschaft“. Studienreform im Nationalsozialismus am Beispiel der ärztlichen Fortbildung (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 4), Berlin u.a. 1989.
38. Büsche-Schmidt (1992), Gerlind Büsche-Schmidt, Die junge Industriestadt und die stationäre Versorgung ihrer Kranken. Das Krankenhauswesen in Wolfsburg von 1941 bis 1991, Historia Hospitalium 17 ([1989-]1992), S. 265-314
39. Capellmann (1956): Carl Capellmann, Das Reserve-Lazarett Aachen 1940-1944, insbesondere sein Einsatz September 1944, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 68 (1956), S. 381-395.
40. Castell Rüdenhausen (1991): Adelheid Gräfin zu Castell Rüdenhausen in Verbindung mit Jens Nöller, Kommunale Gesundheitspolitik in der Zwischenkriegszeit. Sozialhygiene und Rassenhygiene am Beispiel Gelsenkirchen, in: Norbert Frei (Hrsg.), Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1991, S. 67-80.
41. Chroust (1993): Peter Chroust, Karrieren in der Provinz. Zur sozialen Situation und politischen Orientierung der Professoren an der Medizinischen Fakultät Gießen 1918-1945, in: Eckhard Heesch (Hrsg.), Heilkunst in unheilvoller Zeit. Beiträge zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1993, S. 119-138.
42. Cienciala/Lebedeva/Materski (2007): Anna M. Cienciala, Natalia S. Lebedeva, Wojciech Materski (Hrsg.), Katyn. A crime without punishment, New Haven 2007.
43. Čumakov (2009): Fjodor Ivanovič Čumakov, Krieg und Gefangenschaft (1941-1946). Herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Florian Mildenerger, München 2009.

44. Dewey et al. (2006): Marc Dewey, Udo Schagen, Wolfgang U. Eckart et al., Ernst Ferdinand Sauerbruch and his ambiguous role in the period of National Socialism, *Annals of Surgery* 244 (2006), S. 315-321.
45. Dhom (2001): Georg Dhom, *Geschichte der Histopathologie*, Berlin u.a. 2001.
46. Döbber/Groß/Schreiber (2010): Carola Döbber, Dominik Groß, Jürgen Schreiber, „Mysterium des Lebens“. Der Mediziner Max Krabbel zwischen Resistenz und Mitwirkung, in: Richard Kühl, Tim Ohnhäuser, Gereon Schäfer (Hrsg.), *Verfolger und Verfolgte. „Bilder“ ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus* (= *Medizin und Nationalsozialismus*, 2) Münster 2010, S. 69-86.
47. Doneith (2008): Thorsten Doneith, August Mayer. Ein Klinikdirektor in Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Nachkriegszeit (= *Contubernium*, 9), Stuttgart 2008.
48. Donhauer (2005): Johannes Donhauer, *Das Gesundheitsamt im Nationalsozialismus. Der Wahn vom „gesunden Volkskörper“ und seine tödlichen Folgen*, 2., überarb. Aufl., Neuburg/Donau 2005.
49. Eckart (1997): Wolfgang U. Eckart, *Medizin und Kolonialimperialismus. Deutschland 1884-1945*, Paderborn 1997.
50. Eckart/Neumann (2006): Wolfgang U. Eckart, Alexander Neumann (Hrsg.), *Medizin im Zweiten Weltkrieg. Militärmedizinische Praxis und medizinische Wissenschaft im „Totalen Krieg“* (= *Krieg in der Geschichte*, 30), Paderborn 2006.
51. Effert (1995): Sven Effert, *Die Medizinische Fakultät*, in: Klaus Habetha (Hrsg.), *Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970-1995*, Aachen 1995, S. 540-559.
52. Ehlers (1994): Paul Nikolai Ehlers, *Die Praxis der Sterilisierungsprozesse in den Jahren 1934-1945 im Regierungsbezirk Düsseldorf. Unter besonderer Berücksichtigung der Erbgesundheitsgerichte Duisburg und Wuppertal*. München 1994.
53. Einhaus (2006): Carola Einhaus, *Zwangssterilisation in Bonn (1934-1945). Die medizinischen Sachverständigen vor dem Erbgesundheitsgericht* (= *Rechtsgeschichtliche Schriften*, 20), Köln 2006.
54. Erbstöber (1969): Helmut Adolf Gottfried Erbstöber, *Die Geschichte der Augenheilkunde in Aachen*, Diss. med. RWTH Aachen 1969.
55. Esch (1997): Michael G. Esch, *Die Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Düsseldorf und die Rolle der „Medizinischen Akademie“*, in: Ders., Kerstin Griese, Frank Sparing et al. (Hrsg.), *Die Medizinische Akademie Düsseldorf im Nationalsozialismus*, Essen 1997, S. 199-227.
56. Esch et al. (1997): Michael G. Esch, Kerstin Griese, Frank Sparing et al. (Hrsg.), *Die Medizinische Akademie Düsseldorf im Nationalsozialismus*, Essen 1997.
57. Fangerau (2001): Heiner Fangerau, *Etablierung eines rassenhygienischen Standardwerkes 1921-1941. Der „Baur-Fischer-Lenz“ im Spiegel der zeitgenössischen Rezensionsliteratur* (= *Marburger Schriften zur Medizingeschichte*, 43), Frankfurt/M. u.a. 2001.
58. Färber-Töller/Lüderitz (2004): Gudrun Färber-Töller, Sascha Lüderitz, *Medizinethik – aus medizinhistorischer Sicht. Ein Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. med. Dr.*

- phil. Axel H. Murken, in: Gudrun Färber-Töller, Sascha Lüderitz, Bernhard Schmenk (Hrsg.), *Medizinethik im Spannungsfeld. Studium, Profession, Gesellschaft*, Aachen 2004, S. 189-199.
59. Faust (1980): Anselm Faust, Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), *Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, 4.2), Stuttgart 1980, S. 31-49.
60. Fings (1996): Karola Fings, Messelager Köln. Ein KZ-Außenlager im Zentrum der Stadt (= Schriften des Dokumentationszentrums der Stadt Köln, 3), Köln 1996.
61. Fleiter (2005): Rüdiger Fleiter, Das Städtische Gesundheitsamt Hannover und die Umsetzung der nationalsozialistischen Erb- und Rassengesetzgebung, in: Sabine Mecking, Andreas Wirsching (Hrsg.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimension kommunaler Herrschaft* (= Forschungen zur Regionalgeschichte, 53), Paderborn u.a. 2005, S. 325-339.
62. Feustel/Gliesing (2006): Sophia Feustel, Johanna Gliesing, *Ein Hospital am Rande der Stadt. Das Krankenhaus Ranis 1855-2005*, Berlin 2006.
63. Formanski (2006): Birgit Formanski, *Vom Klösterchen zum Krankenhaus. Zur Geschichte des Rheinbacher Krankenhauses, 1866-1946*, Rheinbach 2006.
64. Forsbach (2006): Ralf Forsbach, *Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich“*, München 2006.
65. Forßmann/Boeminghaus (1959): W[erner] Forßmann, H[ilf] Boeminghaus, Karl Heusch zum 65. Geburtstag, *Zeitschrift für Urologie* 52 (1959), S. 603-605.
66. Frank (2003): Sascha Frank, *Das Forschungs- und Innovationspotential ambulanter Laboratorien der motorisierten Luftwaffen-Feldlaboratorien von 1940-1947*, Diss. med. Univ. Düsseldorf 2003.
67. Frank/Moll (2006): Monika Frank, Friedrich Moll (Hrsg.), *Kölner Krankenhaus-Geschichten. Am Anfang war Napoloen ...*, Köln 2006.
68. Frei (1991): Norbert Frei (Hrsg.), *Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit* (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1991.
69. Frik (1991): Wolfgang Frik, Die Geschichte der Medizinischen Fakultät, in: Axel Hinrich Murken (Hrsg.): *Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen*, Zülpich 1991, S. 21-41.
70. Gahlen (1973): Walther Gahlen, Philipp Keller, 1891-1973, *Der Hautarzt* 25 (1974), S. 361-362.
71. Gasten (1992): Elmar Gasten, Zum Verhältnis von katholischer Kirche und Nationalsozialismus. Das Beispiel Aachen, in: Harm Kluefing (Hrsg.), *Nation, Nationalismus, Postnation. Beiträge zur Identitätsfindung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln u.a. 1992, S. 133-159.
72. Gasten (1993): Elmar Gasten, *Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944*, Frankfurt/M. 1993.

73. Gillissen (1943a): Günther Gillissen, Versuche zur Feststellung der Dickenwachstumsgeschwindigkeit eines geschichteten Plattenepithels (Epidermis von Cavia), Diss. med. Univ. Jena 1943.
74. Gillissen (1943b): Günther Gillissen, Histologische Untersuchungen über die Fettresorption im Karpfendarm, Diss. rer. nat. Univ. Straßburg 1943.
75. Gindele (1991): Alexander U. Gindele, Die Düsseldorfer Hautklinik und ihre historische Entwicklung von 1896-1982, Diss. med. Univ. Düsseldorf 1991.
76. Goertz (2009): Wolfram Goertz, Aachener Ärzte im Dritten Reich. Zeitzeugen gesucht, in: Rheinische Post vom 7.4.2009.
77. Götz (2004): Annette Götz, Vom städtischen Krankenhaus zum SRH Zentralklinikum Suhl. Einblicke in 111 Jahre Krankenhaus-Entwicklung in Suhl, Suhl 2004.
78. Gradmann (1998): Christoph Gradmann, Leben in der Medizin. Zur Aktualität von Biographie und Prosopographie in der Medizingeschichte, in: Norbert Paul, Thomas Schlich unter Mitarbeit von Stefanie Kuhne (Hrsg.), Medizingeschichte. Aufgaben, Probleme, Perspektiven, Frankfurt/M., New York 1998, S. 243-265.
79. Greither (1939): Aloys Greither, Selbstmord und Erziehung. Eine kulturphilosophische, psychologische und pädagogische Studie, Leipzig 1939.
80. Greither (1958): Aloys Greither, Wolfgang Amadé Mozart. Seine Leidensgeschichte an Briefen und Dokumenten dargestellt, Heidelberg 1958.
81. Grenville (1992): John A. S. Grenville, Juden, „Nichtarier“ und „Deutsche Ärzte“. Die Anpassung der Ärzte im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 29), Hamburg 1992, S. 191-206.
82. Groß/Schäfer (2008): Dominik Groß, Gereon Schäfer, Medizinische Wissenschaft im Dritten Reich. Das Beispiel Aachen. Ein Forschungsaufriß, in: Gertrude Ceph-Kaufmann, Dominik Groß, Georg Mölich (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte im Rheinland unter besonderer Berücksichtigung von Raumkonzepten (= Studien des Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte, 2), S. 193-212.
83. Grundmann (2007): Kornelia Grundmann, Die gesundheitliche Versorgung in Hessen unter amerikanischer Besatzung und ihr Einfluss auf die Entnazifizierung des medizinischen Personals. Das Beispiel der Marburger Universitätskliniken, in: Sigrid Oehler-Klein, Volker Roelcke (Hrsg.), Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2007, S. 169-188.
84. Gütt/Rüdin/Ruttke (1934): Arthur Gütt, Ernst Rüdin, Falk Ruttke, Zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Gesetz und Erläuterungen, München 1934.
85. Guttstadt (1900): Albert Guttstadt, Krankenhaus-Lexikon für das Deutsche Reich. Die Anstaltsfürsorge für Kranke und Gebrechliche und die hygienischen Einrichtungen der Städte im Deutschen Reich am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, Berlin 1900.
86. Haar (2009): Ingo Haar, Zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung der NSDAP, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M. 2009, S. 60-73.

87. Hahn (2000): Daphne Hahn, Modernisierung und Biopolitik. Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch in Deutschland nach 1945, Frankfurt/M., New York 2000.
88. Hahn/Kavčič/Kopke (2005): Judith Hahn, Silvija Kavčič, Christoph Kopke (Hrsg.), Medizin im Nationalsozialismus und das System der Konzentrationslager. Beiträge eines interdisziplinären Symposiums (= Mabuse-Verlag Wissenschaft, 82), Frankfurt/M. 2005.
89. Harsch (1998): Donna Harsch, The Iron Front. Weimar social democracy between tradition and modernity, in: David E. Barclay, Eric D. Weitz (Hrsg.), Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York, Oxford 1998, S. 251-274.
90. Harten/Neirich/Schwerendt (2006): Hans-Christian Harten, Uwe Neirich, Matthias Schwerendt, Rassenhygiene als Erziehungsideologie des Dritten Reichs. Bio-bibliographisches Handbuch (= edition bildung und wissenschaft, 10), Berlin 2006.
91. Heimendahl (2003): Klaus von Heimendahl (Hrsg.), Das Johanniter-Krankenhaus in Treuenbrietzen. Vom Wanderarbeitsheim zur Fachklinik, Berlin 2003.
92. Heiss (2007): Heinz-Dieter Heiss, Das städtische Krankenhaus im Spital zum Heiligen Geist zu Schwäbisch Gmünd (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwäbisch-Gmünd, 11), Schwäbisch Gmünd 2007.
93. Heitzer (2005): Horst W. Heitzer, Zwangssterilisation in Passau. Die Erbgesundheitspolitik des Nationalsozialismus in Ostbayern 1933-1939 (= Passauer historische Forschungen, 13), Köln u.a. 2005
94. Henke (2007): Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Tödliche Medizin im Nationalsozialismus. Von der Rassenhygiene zum Massenmord (= Schriften des Deutschen Hygienemuseums Dresden, 7), Köln u.a. 2007.
95. Herber (2002): Friedrich Herber, Gerichtsmedizin unterm Hakenkreuz, Leipzig 2002.
96. Herbert (1996): Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.
97. Hering (1991): Rainer Hering, Der „unpolitische“ Professor? Parteimitgliedschaften Hamburger Hochschullehrer in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer (Hrsg.), Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945, Bd. 1 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 3.1), Berlin, Hamburg 1991, S. 85-111.
98. Herz (1926): Richard Herz, Ein an Hauterscheinungen diagnostizierter Fall von Promyelozytenleukämie mit sarkomatösem Einschlag, Diss. med. Berlin 1926.
99. Heusch (1921): Karl Heusch, Die Bedingungen der kindlichen Pylorusstenose“, Zeitschrift für Kinderheilkunde 31 (1921), S. 158-187.
100. Heusch (1936): Karl Heusch, Urologie und Volksgesundheit, Zeitschrift für Urologie 30 (1936), S. 823-832.
101. Heusch (1942): Karl Heusch, Blasenkrebs, Leipzig 1942.

102. Heusch (1957a): Karl Heusch, Zeittafel zur Geschichte der „Deutschen Gesellschaft für Urologie“, Zeitschrift für Urologie 50 (1957), S. 649-652.
103. Heusch (1957b): Karl Heusch, Fünfzig Jahre „Deutsche Gesellschaft für Urologie“. Festvortrag bei Eröffnung des Jubiläums-Kongresses zu Wien, 3. September 1957, in: Zeitschrift für Urologie, Sonderband „Wiener Kongreßbericht“, Leipzig 1957, S. 13-21
104. Heusch (1960): Karl Heusch, Zehn Jahre Urologische Klinik Aachen, Der Krankenhausarzt 33 (1960), S. 75-77.
105. Heusch (1975): Karl Heusch, Erinnerungen an Otto Ringleb zum 100. Geburtstag, Der Urologe 15 (1975), S. 119-120.
106. Heyll (2006): Uwe Heyll, Wasser, Fasten, Luft und Licht. Die Geschichte der Naturheilkunde in Deutschland, Frankfurt/M., New York 2006.
107. Hinz-Wessels (2004): Annette Hinz-Wessels, NS-Erbgesundheitsgerichte und Zwangssterilisation in der Provinz Brandenburg (= Schriftenreihe zur Medizin-geschichte des Landes Brandenburg, 7), Berlin 2004.
108. Hoede (2001): Roland Hoede, Zwischen klinischem Alltag und menschlicher Tragödie, 1933-1945, in: Thomas Bauer, Roland Hoede (Hrsg.), In guten Händen. Von Bockenheimer Diakonissenverein zum Frankfurter Markus-Krankenhaus 1876-2001, Frankfurt/M. 2001.
109. Hoff (1942): Ferdinand Hoff, Behandlung innerer Krankheiten, 2. Aufl., Leipzig 1942.
110. Hoff (1971): Ferdinand Hoff, Erlebnis und Besinnung. Erinnerungen eines Arztes, Berlin u.a. 1971.
111. Hoffstadt (2010): Anke Hoffstadt, Frontgemeinschaft? Der „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ und der Nationalsozialismus, in: Gerd Krumeich (Hrsg.), Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 191-206.
112. Hübener/Rose (2007): Kristina Hübener, Wolfgang Rose (Hrsg.), Krankenhäuser in Brandenburg. Vom mittelalterlichen Hospital zum Krankenhaus in der Moderne (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, 16), Berlin, 2007.
113. Hüntelmann/Vossen/Czech (2006): Axel C. Hüntelmann, Johannes Vossen, Herwig Czech (Hrsg.), Gesundheit und Staat. Studien zur Geschichte der Gesundheitsämter in Deutschland 1870-1950 (= Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, 104), Husum 2006.
114. Hulverscheidt (2009): Marion Hulverscheidt, Die klinische Prüfung des Sontochin. Arzneimittelforschung im Krieg, in: Nicholas Eschenbruch, Viola Balz, Ulrike Klöppel et al. (Hrsg.), Arzneimittel des 20. Jahrhunderts. Historische Skizzen von Lebertran bis Contergan, Bielefeld 2009, S. 143-166.
115. Irmisch (2006): Maik Irmisch, Aloys Greither. Hautarzt zwischen Mozart, Hesse, Dix und Scharf, Norderstedt 2006.
116. Jäger (1910): Edmund Jäger, Zum Kampf gegen die Schund- und Schmutzliteratur, Deutsche Worte 10 (1910), S. 185-187.
117. Jäger (1998): Ludwig Jäger, Seitenwechsel. Der Fall Schneider/Schwerte und die Diskretion der Germanistik, München 1998.

118. Jaud (1996): Ralph J. Jaud, Der Landkreis Aachen in der NS-Zeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem katholischen Grenzgebiet 1929-1944, Frankfurt/M. 1996.
119. Jens (2005): Inge Jens (Hrsg.), Hans Scholl und Sophie Scholl. Briefe und Aufzeichnungen, 9. Aufl., Frankfurt/M. 2005.
120. Jetter (1966-1987): Dieter Jetter, Geschichte des Hospitals, 6 Bd.e, Wiesbaden 1966-1987
121. Johannsen (2005): Lorenz Peter Johannsen, Kinderarzt Karl Leven. Lebensspuren – Todesspur (= Jüdische Memoiren, 13), Teetz 2005.
122. Joho (1998): Michael Joho (Hrsg.), „Die überwältigendste Stätte von Nächstenliebe und Wohltätigkeit“. 175 Jahre Allgemeines Krankenhaus St. Georg. Eine etwas andere Festschrift, Hamburg 1998.
123. Justizministerium des Landes NRW (2008): Justizministerium des Landes (Hrsg.), Justiz und Erbgesundheit. Zwangssterilisation, Stigmatisierung, Entrechtung. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in der Rechtssprechung der Erbgesundheitsgerichte 1934-1945 und seine Folgen für die Betroffenen bis in die Gegenwart, Düsseldorf 2008.
124. Kalkmann (2003): Ulrich Kalkmann, Die Technische Hochschule Aachen im Dritten Reich (1933-1945) (= Aachener Studien zu Technik und Gesellschaft, 4), Aachen 2003.
125. Katscher (1990): Liselotte Katscher, Krankenpflege und „Drittes Reich“. Der Weg der Schwesternschaft des Evangelischen Diakonie-Vereins 1933-1945, Stuttgart 1990.
126. Kater (2000): Michael H. Kater, Ärzte als Hitlers Helfer, Hamburg, Wien 2000.
127. Kauffman (1978): Christopher J. Kauffman, Dienst am Kranken. Geschichte der Alexianerbrüder, Bd. 2, Aachen 1978.
128. Kerl (2000): Jacqueline Kerl, Das städtische Krankenhaus St. Georg von seiner Einweihung 1913 bis zum Jahre 1955, Diss. med. Univ. Leipzig 2000.
129. Klee (1983): Ernst Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt a. M. 1983.
130. Klee (1985): Ernst Klee (Hrsg.), Dokumente zur „Euthanasie“, Frankfurt/M. 1985.
131. Klee (1997). Ernst Klee, Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer, Frankfurt/M. 1997.
132. Klee (2000): Ernst Klee, Deutsches Blut und leere Aktendeckel. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft feiert 80. Geburtstag – und schön't ihre Geschichte, Die Zeit vom 12. Oktober 2000.
133. Klee (2001): Ernst Klee, Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945, Frankfurt/M. 2001.
134. Klee (2007): Ernst Klee, Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2. Aufl., Frankfurt/M. 2007.
135. Klüppel (1985): „Euthanasie“ und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalten Haina und Merxhausen. Eine Chronik der Ereignisse 1933-1945 (= Nationalsozialismus in Nordhessen, 4), 3. Aufl., Kassel 1985.

136. Koch (2004): Wilhelm Koch (Bearb.), 700 Jahre Krankenhaus Brakel. Vom Heilig-Geist-Hospital 1304 zum St.-Vincenz-Hospital Brakel 2004. Das Buch zum Jubiläum, Höxter 2004.
137. König/Kuhlmann/Schwabe (1997): Helmut König, Wolfgang Kuhlmann, Klaus Schwabe (Hrsg.), Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997.
138. Königs (1995): Diemuth Königs, Joseph Vogt. Ein Althistoriker in der Weimarer Republik und im Dritten Reich (= Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 168), Basel, Frankfurt/M. 1995.
139. Koppen (1967): Bodo von Koppen, 100 Jahre Evangelischer Krankenhausverein zu Aachen, Luisenhospital, Aachen 1967.
140. Koslowski (1977): Leo Koslowski, Eduard Borchers, Deutsche Medizinische Wochenschrift 102 (1977), S. 97.
141. Koslowski (2001): Leo Koslowski, Chirurgie 1945 bis 2000. Ein Weg durch viele Schulen, Stuttgart 2001.
142. Kösters (1997/98). Christoph Kösters, Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Aachen, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 101 (1997/98), S. 87-124.
143. Kozuschek (2002): Waldemar Kozuschek, Die Medizinische Fakultät der Universität Breslau der Jahre 1811 bis 1945, in: Ders. (Hrsg.), Historia Wydziałów Lekarskiego i Farmaceutycznego Uniwersytetu Wrocławskiego oraz Akademii Medycznej we Wrocławiu w latach 1702-2002/ Geschichte der Medizinischen und Pharmazeutischen Fakultäten der Universität Breslau sowie der Medizinischen Akademie Wrocław in den Jahren 1702-2002 (= Acta Universitatis Wratislaviensis, 2434), Wrocław 2002, S. 45-155.
144. Krabbel (1927): Max Krabbel, Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, Hochland 24 (1927), S. 621-633.
145. Krabbel (1935): Max Krabbel, Erfahrungen bei Sterilisationsoperationen, Die Medizinische Welt 9 (1935), S. 563-564.
146. Kramer (1999): Sabine Kramer, „Ein ehrenhafter Verzicht auf Nachkommenschaft“. Theoretische Grundlagen und Praxis der Zwangssterilisation im Dritten Reich am Beispiel der Rechtsprechung des Erbgesundheitsobergerichts Celle (= Hannoversches Forum der Rechtswissenschaft, 10), Baden-Baden 1999.
147. Krankenhaus Großschweidnitz (2002): Krankenhaus Großschweidnitz (Hrsg.), 100 Jahre Krankenhaus Großschweidnitz. Von der Königlich Sächsischen Heil- und Pflgeanstalt zum Sächsischen Krankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Neurologie, Großschweidnitz 1902-2002, Großschweidnitz 2002.
148. Krebs/Tschacher (2005): Stefan Krebs, Werner Tschacher, Der schwierige Umgang mit dem Erbe der NS-Vergangenheit. Ein Forschungsprojekt zur Hochschulgeschichte der RWTH, RWTH-Themen 2 (2005), S. 94-95.
149. Krebs/Tschacher (2007): Stefan Krebs, Werner Tschacher, „Im Sinne der rassischen Erneuerung unsers Volkes“ Albert Huyskens, die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde und das Aachener Stadtarchiv im Nationalsozialismus, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 109 (2007), S. 215-238.

150. Krebs/Tschacher (2009): Stefan Krebs, Werner Tschacher, Vom Heldenkult zur Skandalbewältigung. Überlegungen zur akademischen Erinnerungskultur der RWTH Aachen, *Geschichte im Westen* 24 (2009), S. 171-199.
151. Krebs/Tschacher (2010): Stefan Krebs, Werner Tschacher, „Eine Art von Gewissensforschung“? Konstruierte Brüche und Kontinuitäten an der Technischen Hochschule Aachen 1928-1950, in: Noyan Dinçkal, Christof Dipper, Detlev Mares (Hrsg.), *Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im „Dritten Reich*, Darmstadt 2010, S. 255-286.
152. Krischel et al. (2010): Matthis Krischel, Friedrich Moll, R. Engel et al., Forschungsperspektiven zur Geschichte der Urologie in Deutschland, 1933-1945, *Der Urologe* 49 (2010), S. 1188-1193.
153. Kudick (2002) Gudrun Kudick, 100 Jahre Krankenhaus Zeven (1902-2002). Soziale Kompetenz vom Krankenhaus der Inneren Mission zum Martin-Luther-Krankenhaus und zur OsteMed, Zeven 2002.
154. Kühl (1997): Stefan Kühl, *Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M., New York 1997.
155. Kühl (2010): Richard Kühl, Vom „Schund und Schmutz“ zum „Zeitalter der Zärtlichkeit“? Populäre sexuelle Aufklärungsliteratur nach der Zerschlagung der „jüdischen“ Sexualwissenschaft, in: Richard Kühl, Tim Ohnhäuser, Gereon Schäfer (Hrsg.), *Verfolger und Verfolgte. „Bilder“ ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus (= Medizin und Nationalsozialismus, 2)*, Münster 2010, S. 111-173.
156. Kühl/Ohnhäuser/Schäfer (2010): Richard Kühl, Tim Ohnhäuser, Gereon Schäfer (Hrsg.), *Verfolger und Verfolgte. „Bilder“ ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus (= Medizin und Nationalsozialismus, 2)*, Münster 2010.
157. Kühl/Schäfer (2010): Richard Kühl, Gereon Schäfer, Widerstand im Widerspruch. Über Eduard Borchers, in: Richard Kühl, Tim Ohnhäuser, Gereon Schäfer (Hrsg.), *Verfolger und Verfolgte. „Bilder“ ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus (= Medizin und Nationalsozialismus, 2)*, Münster 2010, S. 87-108.
158. Künzel (1999): W. Künzel, *Das Pathologisch-Hygienische Institut Chemnitz und seine Leiter von 1898 bis 1998*, Beiträge zur Stadtgeschichte von Chemnitz 3 (1999), S. 135-156.
159. Kuss (1999): Erich Kuss, *Ein Klinikdirektor in politischer Bedrängnis*, Aachen 1999.
160. Kullig[-Schmitz] (1974): Elfriede Kullig[-Schmitz], *Die Prosektur der Aachener Krankenanstalten (1909-1966)*. Geschichte, Struktur, Leistung, Diss. med. RWTH Aachen 1974.
161. Labisch (1979/80): Alfons Labisch, *Krankenhauspolitik in der Krankenhausgeschichte*, *Historia Hospitalium* 13 (1979/80), S. 217-233.
162. Labisch (1994): Alfons Labisch, „Planwirtschaft im Krankenhaus“. Zur Kontinuität/Diskontinuität im öffentlichen Krankenhauswesen in der Frühphase des NS-Regimes, in: Christoph Meinel, Peter Voswinckel (Hrsg.), *Medizin, Naturwissenschaft, Technik im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten*, Stuttgart 1994, S. 83-91.

163. Labisch (2002): Alfons Labisch, Die „hygienische Revolution“ im medizinischen Denken. Medizinisches Wissen und ärztliches Handeln, in: Angelika Ebbinghaus, Klaus Dörner (Hrsg.), Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen, Berlin 2002, S. 68-89.
164. Labisch/Spree (1996): Alfons Labisch, Reinhard Spree (Hrsg.), „Einem jeden Kranken in einem Hospitale sein eigenes Bett“. Zur Sozialgeschichte des allgemeinen Krankenhauses in Deutschland im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1996.
165. Labisch/Spree (1995): Alfons Labisch, Reinhard Spree, Die Kommunalisierung des Krankenhauswesens in Deutschland während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, in: Wysocki (Hrsg.), Kommunalisierung im Spannungsfeld von Regulierung und Deregulierung im 19. und 20. Jahrhundert (= Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F., 240), Berlin 1995, S. 7-47.
166. Labisch/Spree (2001): Alfons Labisch, Reinhard Spree (Hrsg.), Krankenhausreport 19. Jahrhundert. Krankenhausträger, Krankenhausfinanzierung, Krankenhauspatienten, Frankfurt/M. 2001.
167. Labisch/Tennstedt (1985): Alfons Labisch, Florian Tennstedt, Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ (= Schriftenreihe der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf, 13.1-2), Düsseldorf 1985.
168. Ladoucette (2009): Jean Charles François de Ladoucette, Reise im Jahre 1814 durch das Land zwischen Maas und Rhein, ergänzt durch Noten mit einer geographischen Karte, Mönchengladbach 2009. (EA Paris 1818).
169. Lampert (1991): Udo Lampert, Die Pathologische Anatomie in der Zeit des Nationalsozialismus unter besonderer Beachtung der Rolle einiger bedeutender Fachvertreter an deutschen Universitäten und Hochschulen, Diss. med. Univ. Leipzig 1991.
170. Laschke (2003): Michael Laschke, Das Oskar-Ziethen-Krankenhaus Berlin-Lichtenberg. Von der städtischen Krankenanstalt zum paritätischen Gesundheitszentrum, Leipzig 2003.
171. Leggewie (1998): Claus Leggewie, Von Schneider zu Schwerte. Das ungewöhnliche Leben eines Mannes, der aus der Geschichte lernen wollte, München 1998.
172. Lentner/Riepe (1991): Andreas Lentner, Wolfgang Riepe, Die Geschichte der Hautklinik, in: Axel Hinrich Murken (Hrsg.): Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Zülpich 1991, S. 161-169.
173. Lentner/Riepe (1994): Andreas Lentner, Wolfgang Riepe, Leiter und Direktoren der Aachener Hautklinik, in: Festschrift zur Emeritierung von Herrn Univ.-Prof. Dr. med. Wolf Meinhof (im März 1994), S. 9-24, URL: <http://www.ukaachen.de/content/page/1358869> [20.01.10]
174. Lenzen (1979): Dieter Lenzen, Beitrag zur Aachener Medizinalgeschichte des 19. Jahrhundert, Diss. med. RWTH Aachen 1979.
175. Lerchenmüller/Simon (1999): Joachim Lerchenmüller, Gerd Simon, Maskenwechsel. Wie der SS-Hauptsturmführer Schneider zum BRD-Hochschullehrer Schwerte

- wurde und andere Geschichten über die Wendigkeit deutscher Wissenschaft im 20. Jahrhundert, Tübingen 1999.
176. Ley (2004): Astrid Ley, Zwangssterilisation und Ärzteschaft. Hintergründe und Ziele ärztlichen Handelns 1934-1945, Frankfurt/M. 2004.
177. Lienert (1998): Marina Lienert, Das Rudolf-Heß-Krankenhaus in Dresden-Johannstadt. Zentrum der Neuen Deutschen Heilkunde im Dritten Reich, in: Reiner Pommerin (Hrsg.), Dresden unterm Hakenkreuz (= Dresdner historische Studien, 3), Köln u.a. 1998, S. 209-226.
178. Lienert (2001): Marina Lienert, Das Stadt Krankenhaus Dresden-Johannstadt in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Albrecht Scholz, Caris-Petra Heidel, Marina Lienert (Hrsg.): Vom Stadt Krankenhaus zum Universitätsklinikum. 100 Jahre Krankenhausgeschichte in Dresden, Köln 2001, S. 105-142.
179. Lifton (1988): Robert Jay Lifton, Ärzte im Dritten Reich, Stuttgart 1988.
180. Lofti (2000): Gabriele Lofti, Die KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Berlin 2000.
181. Lohff (2009): Brigitte Lohff, Die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Nationalsozialismus, in: Christoph Cornelißen, Carsten Mish (Hrsg.), Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus (= Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, 86), Essen 2009, S. 119-134.
182. Loth/Rusinek (1998): Wilfried Loth, Bernd A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/M., New York 1998.
183. Meusch (2005): Matthias Meusch, Medizin im Nationalsozialismus, in: Werner E. Gerabek, Bernhard D. Haage, Gundolf Keil et al. (Hrsg.), Enzyklopädie Medizingeschichte, Berlin, New York 2005, S. 907-915.
184. Meyer/Albrecht (1999/2000): Lutz-Henning Meyer, Jörg Albrecht, Kliniken und Krankenhäuser in Aachen, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 102 (1999/2000), S. 413-443.
185. Mittermayer (1991): Christian Mittermayer, Die Geschichte des Institutes für Pathologie, in: Axel Hinrich Murken (Hrsg.), Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Zülpich 1991, S. 103-109.
186. Mitscherlich/Mielke (1949): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Heidelberg 1949.
187. Moll/Rathert/Fangerau (2009): Friedrich Moll, Peter Rathert, Heiner Fangerau, Urologie und Nationalsozialismus am Beispiel von Leopold Casper (1859-1959), Der Urologe 48 (2009), S. 1094-1102.
188. Moll et al. (2010): Friedrich Moll, Matthis Krischel, Peter Rathert et al., Urologie und Nationalsozialismus, Der Urologe 49 (2010), S.1179-1187.
189. Moll/Krischel/Fangerau (2010): Friedrich Moll, Matthis Krischel, Heiner Fangerau, Urology in Germany, Nazism and World War II, in: Johan Mattelaer, Dirk Schultheiss (Hrsg.), Europe. The Cradle of Urology, Arnheim (2010), im Druck.

190. Mokros/Schwenke/Meißemann (2007): Winfried Mokros, Eberhard Schwenke, Wilhelm Meißemann (Hrsg.), *Das Krankenhaus Altstadt, 190 Jahre Städtische Krankenanstalt in Magdeburg 1817-2007 – Ein historischer Rückblick*, Magdeburg 2007.
191. Mommsen (2000): Wolfgang J. Mommsen, *Bürgerliche Kultur und politische Ordnung. Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle in der deutschen Geschichte 1830-1933*, Frankfurt/M. 2000.
192. Müller-Hill (1984): Benno Müller-Hill, *Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945*, Reinbek bei Hamburg 1984.
193. Murken (1982): Axel Hinrich Murken, *Er wollte bei den Kranken bleiben und bezahlte die Tapferkeit mit seinem Leben. Gedenken an Chefarzt Beltz*, in: *Aachener Volkszeitung vom 17.8.1982*.
194. Murken (1988): Axel Hinrich Murken, *Vom Armenhospital zum Großklinikum. Die Geschichte des Krankenhauses vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Köln 1988.
195. Murken (1991a): Axel Hinrich Murken (Hrsg.), *Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen*, Zülpich 1991.
196. Murken (1991b): Axel Hinrich Murken, *Die Geschichte der Medizin in Aachen*, in: Axel Hinrich Murken (Hrsg.), *Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen*, Zülpich 1991S. 1-20.
197. Murken (1991c): Axel Hinrich Murken, *Die Geschichte des Institutes für Geschichte der Medizin und des Krankenhauswesens*, in: Axel Hinrich Murken (Hrsg.), *Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen*, Zülpich 1991, S. 73-77.
198. Murken (1992): Axel Hinrich Murken, *Von einer Krankenabteilung zum Akademischen Lehrkrankenhaus. Das Diakonissen-Krankenhaus Gilead in Bethel bei Bielefeld von 1869 bis in die Gegenwart*, *Historia Hospitalium* 18 ([1989-]1992), S. 231-252.
199. Murken (2004): Axel Hinrich Murken, *Ludwig Beltz. Ärztlicher Widerstand in dunkler Zeit*, *Deutsches Ärzteblatt* 101 (2004), A 2481.
200. Nagel (2008): Anne Nagel, *„Er ist der Schrecken überhaupt der Hochschule“ – Der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund in der Wissenschaftspolitik des Dritten Reichs*, in: Joachim Scholtyseck, Christoph Studt (Hrsg.), *Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V., 9)*, Berlin 2008, S. 115-132.
201. Nitschke (1999): Asmus Nitschke, *Die „Erbpolizei“ im Nationalsozialismus. Zur Alltagsgeschichte der Gesundheitsämter im Dritten Reich. Das Beispiel Bremen*, Wiesbaden 1999.
202. Oevermann (2000): Ulrich Oevermann, *Mediziner in SS-Uniform. Professionalisierungstheoretische Deutung des Falles Münch*, in: Helhard Kramer (Hrsg.), *Die Gegenwart der NS-Vergangenheit*, Berlin, Wien 2000, S. 18-76.

203. Otten (1983/84): Hans-Hermann Otten, Das Kreiskrankenhaus Grevenbroich und seine historische Entwicklung, *Historia Hospitalium* 15 (1983/84), S. 287-312.
204. Pappert/Stucki (2006): Steffen Pappert, Regula Stucki, Formen der Verbreitung bevölkerungswissenschaftlichen Wissens in Schulbüchern, in: Rainer Mackensen (Hrsg.), *Bevölkerungsforschung und Politik im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2006, S. 67-87.
205. Paulus (2000): Helmut Paulus, Das Erbgesundheitsgericht Bayreuth und seine Tätigkeit von 1934 bis 1944, *Archiv für Geschichte von Oberfranken* 80 (2000), S. 355-406.
206. Perthes/Borchers (1932): Georg Perthes, Eduard Borchers, Verletzungen und Krankheiten der Kiefer (= *Neue deutsche Chirurgie*, 32), 2., vollst. überarb. Aufl., Stuttgart 1932.
207. Pieper (2003): Christine Pieper, Die Sozialstruktur der Chefarzte des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Barmbek 1913 bis 1945. Ein Beitrag zur kollektivbiographischen Forschung (= *Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte*, 16), Münster u.a. 2003.
208. Plaßmann-Lenzen (1979): Gertrud Plaßmann-Lenzen, Aachener Spitäler und Krankeneinrichtungen bis zum 1. Weltkrieg, Diss. med. RWH Aachen 1979.
209. Poll/Siemons (2003): Bernhard Poll (Hrsg.), Hans Siemons (Bearb.), *Geschichte Aachens in Daten* (= *Veröffentlichungen des Stadtarchivs Aachen*, 12), Aachen 2003.
210. Pross (1993): Christian Pross, Die „Machtergreifung“ am Krankenhaus, in: Johanna Bleker, Norbert Jachertz (Hrsg.), *Medizin im „Dritten Reich“*, 2. erw. Aufl., Köln, 1993, S. 97-108.
211. Prüll/Tröhler (2005): Cay-Rüdiger Prüll, Ulrich Tröhler, Hospital, Krankenhauswesen, in: Werner E. Gerabek, Bernhard D. Haage, Gundolf Keil et al. (Hrsg.), *Enzyklopädie Medizingeschichte*, Berlin, New York 2005, S. 620-267.
212. Rass/Rohrkamp/Quadflieg (2007): Christoph Rass, René Rohrkamp, Peter M. Quadflieg, General Graf von Schwerin und das Kriegsende in Aachen. Ereignis, Mythos, Analyse (= *Aachener Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 3), Aachen 2007.
213. Ratschko (2009): Karl-Werner Ratschko, Ernst Holzlöhner, Hans Gerhard Creutzfeld und Enno Freerksen. Drei Kieler Medizinprofessoren im „Dritten Reich“, in: Christoph Cornelißen, Carsten Mish (Hrsg.), *Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus*, Essen 2009, S. 135-150.
214. Reibold (1956): Johann Reibold, Die Inanspruchnahme der Städtischen Krankenanstalten in den Kriegsjahren 1939-1945, *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins* 68 (1956), S. 396-398.
215. Reim (1991): Martin Reim, Die Geschichte der Augenklinik, in: Axel Hinrich Murken (Hrsg.), *Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen*, Zülpich 1991, S. 136-148.

216. Reiter (2005): Raimond Reiter, Das Erbgesundheitsgericht Osnabrück und die Sterilisationsverfahren nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933, Osnabrücker Mitteilungen 110 (2005), S. 211-222.
217. Richarz (1987): Bernhard Richarz, Heilen, Pflegen, Töten. Zur Alltagsgeschichte einer Heil- und Pflegeanstalt bis zum Ende des Nationalsozialismus, Göttingen 1987.
218. Rupieper/Sperk (2003): Hermann J. Rupieper, Alexander Sperk (Hrsg.), Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933-1936, Bd. 2: Regierungsbezirk Merseburg, Halle/Saale 2003.
219. Rörig/Dumont (1996): Reinhold Rörig, Franz Dumont, 50 Jahre Universitätsklinikum Mainz. 1946-1996. Vom Städtischen Krankenhaus zum Krankenhaus der Maximalversorgung, Mainz 1996.
220. Rüter (2001): Martin Rüter, Ärzte im Nationalsozialismus. Neue Forschungen und Erkenntnisse zur Mitgliedschaft in der NSDAP, Deutsches Ärzteblatt 98 (2001), A 3264-3265.
221. Sachs (2003a): Ruth Hanna Sachs (ed. and trans.), Gestapo Interrogation Transcripts. Willi Graf, Alexander Schmorell, Hans Scholl, and Sophie Scholl Lehi/Utah 2003.
222. Sachs (2003b): Ruth [Hanna] Sachs, White Rose History. Vol. I: Coming together (January 31, 1933 – April 30, 1942). The unfinished Story, Lehi/Utha 2003.
223. Sachs (2005): Ruth Hanna Sachs (ed.), Two Interviews: Hartnagel and Wittenstein (annotated), Lehi/Utah 2005.
224. Sack (1998): Birgit Sack, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19-1933), Münster 1998.
225. Sanford (2005): George Sanford, Katyn and the Soviet Massacre of 1940. Truth, Justice and Memory (= Routledge series on Russian and East European Studies, 20), London u.a. 2005.
226. Schaper (1981/82): Hans-Peter Schaper, Aspekte der Kritik traditioneller Krankenpflegegeschichtsschreibung, *Historia Hospitalium* 14 (1981/82), S. 321-335
227. Schäfer/Döbber/Groß (2010): Gereon Schäfer, Carola Döbber, Dominik Groß, Martin Staemmler. Pathologe und Hochschullehrer im Dienst der nationalsozialistischen „Rassenpolitik“, in: Richard Kühl, Tim Ohnhäuser, Gereon Schäfer (Hrsg.), Verfolger und Verfolgte. „Bilder“ ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus (= Medizin und Nationalsozialismus, 2) Münster 2010, S. 211-237.
228. Schilling (2005): Willy Schilling, Hitlers Trutzgau. Thüringen im Dritten Reich, Bd. 1, Jena 2005.
229. Schleiermacher (1998): Sabine Schleiermacher, Sozialethik im Spannungsfeld von Sozial- und Rassenhygiene. Der Mediziner Hans Harmsen im Centralausschuß für Innere Medizin (= Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, 85), Husum 1998.
230. Schmider (1999) Klaus Schmider, Auf Umwegen zum Vernichtungskrieg? Der Partisanenkrieg in Jugoslawien, 1941-1944, in: Rolf-Dieter Müller, Hans Erich

- Volkman (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, Oldenburg 1999, S. 901-922.
231. Schmidt (2004): Klaus Schmidt, Das gefährdete Leben. Der Kölner Arzt und Gesundheitspolitiker Franz Vonessen (1892-1970), Köln 2004.
232. Schmidt (2009): Ulf Schmidt, Karl Brandt. Medizin und Macht im Dritten Reich, Berlin 2009.
233. Schmitz-Cliever (1963): Egon Schmitz-Cliever, Die Heilkunde in Aachen von römischer Zeit bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 74/75 (1963), S. 5-162.
234. Schmuhl (1987): Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ 1890-1945 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 75), Göttingen 1987.
235. Schoeneck (1932): Hans Schoeneck, Neue Zentrums-Schiebung vorbereitet! Aus der Dunkelkammer/Gegen parteipolitische Geschäfte, In: Westdeutsches Grenzblatt vom 9.9.1931
236. Scholl (2006): Inge [Aicher-]Scholl, Die Weiße Rose, erw. Neuausg., 12. Aufl., Frankfurt/M. 2006 (EA 1992, Orig.-A. 1952).
237. Scholz (2000): Albrecht Scholz (Red.), Dresdener Medizin zwischen Krankenhaus und Fakultät (= Schriften der Medizinischen Fakultät Carl Gustav Carus der Technischen Universität Dresden, N.F. 4), Dresden 2000.
238. Schreiber/Lohmeier (2011.): Jürgen Schreiber, Jens Lohmeier, Nationalsozialistische Gesundheitspolitik und die Region Aachen im Spiegel des „Westdeutschen Beobachters“ (1933-1944), Sudhoffs Archiv (2011), im Druck.
239. Schwartz (1995): Michael Schwartz, Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933 (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 42), Bonn 1995.
240. Schwoch (2009): Rebecca Schwoch, Ärztliche Standespolitik im Nationalsozialismus. Julius Hadrich und Karl Haedenkamp als Beispiele (= Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, 95), Husum 2009.
241. Seipolt (1995): Harry Seipolt, „...kann der Gnadentod gewährt werden“. Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“ in der Region Aachen, Aachen 1995.
242. Siemons (1996): Hans Siemons, Zwischen den Schlagbäumen. Wilhelm Rombach, ein Leben für das Grenzland, Aachen 1996.
243. Siemons (1998): Hans Siemons, Kriegsalltag in Aachen. Not, Tod und Überleben in der alten Kaiserstadt, Aachen 1998.
244. Sievert (1996): Lars Endrik Sievert, Naturheilkunde und Medizinethik im Nationalsozialismus (Mabuse-Verlag Wissenschaft, 28), Frankfurt/M. 1996.
245. Sigusch (2008): Volkmar Sigusch, Geschichte der Sexualwissenschaft, Frankfurt/M., New York 2008.
246. Simons (1992): Konrad Simons, 125 Jahre Evangelischer Krankenhausverein zu Aachen, Luisenhospital Haus Cadenbach, Aachen 1992.
247. Slenczka (2008): Ruth Slenczka: Das Johanniterkrankenhaus der Hessischen Genossenschaft in Nieder-Weisel. Ein ländliches Krankenhaus im Zeitalter des

- Ausbau der staatlichen Gesundheitsfürsorge 1870-1975, Jahrbuch der hessischen kirchengeschichtlichen Vereinigung 59 (2008), S. 247-264.
248. Staemmler (1930): Martin Staemmler, Eduard Kaufmann zum siebenzigsten Geburtstag, Klinische Wochenschrift 9 (1930), S. 623.
249. Staemmler (1932a): Martin Staemmler, Rassenhygiene im Dritten Reich, Ziel und Weg 1 (1932), S. 14-20.
250. Staemmler (1932b): Martin Staemmler, Rassenpflege im völkischen Staat, München 1933 (77.-81. Tsd. 1941).
251. Staemmler (1933a): Martin Staemmler, Geburtenrückgang und Rasseniedergang, Westdeutsches Aэрzteblatt (1933), S. 233-239.
252. Staemmler (1933b): Martin Staemmler, Aufgaben des Rassenamtes der ärztlichen Spitzenorganisation, Universum [o. Jg.] (1933), S. 1517.
253. Staemmler (1933c): Martin Staemmler, Rassenpflege und Judenfrage, Westdeutsches Grenzblatt vom 8. April 1933.
254. Staemmler (1933d): Martin Staemmler, Rassenpflege und Schule, in: Pädagogisch-psychologisches Institut in München (Hrsg.), Die Erziehung im nationalsozialistischen Staat, Leipzig 1933, S. 132-154 [auch in: Sächsische Schulzeitung 101 (1933), S. 196-202 u. S. 361-375, zugleich als Monographie, siehe Staemmler (1934b); unter demselben Titel Auszüge auch in: Die deutsche Schule (1933), S. 327-332; Bayerische Lehrerzeitung (1933), S. 157-161; Scholle Bd. 9 (1933), S. 563-567].
255. Staemmler (1933e): Martin Staemmler, Aufgaben und Ziele der Rassenpflege, Allgemeine medizinische Central-Zeitung 100 (1933), S. 139 [auch, zum Teil unter den variierenden Titeln „(Die) Aufgaben der (nationalsozialistischen) Rassenpflege“ in: Deutsches Aэрzteblatt (1933), S. 319-324; Korrosion. Beilage der Apothekerzeitung (1933), S. 177; Die Irrenpflege (1933), S. 170; Deutsche Zeitschrift für Krankenpflege und Gesundheitsfürsorge 27 (1933), S. 66 u. 74., Thüringer Erzieher 1 (1933), S. 50-51].
256. Staemmler (1933f): Martin Staemmler, Reichen unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse aus, um praktische Rassenpflege und Bevölkerungspolitik zu treiben?, Gesundheit und Erziehung 46 (1933), S. 339-349.
257. Staemmler (1933g): Martin Staemmler, Die Sterilisierung Minderwertiger vom Standpunkt des Nationalsozialismus, Eugenik, Erbpflege 3 (1933), S. 97-110.
258. Staemmler (1933h): Martin Staemmler, Volk und Rasse, Berlin o. J. (1933).
259. Staemmler (1933i): Martin Staemmler, Gesetzgebung und Rassenpflege, Die deutsche Apotheke [o. Jg.] (1933), S. 505.
260. Staemmler (1933j): Martin Staemmler, Schule und Rassenhygiene, Deutsches Bildungswesen. Erziehungswissenschaftliche Monatsschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes für das gesamte Reichsgebiet 1 (1933), S. 39-47.
261. Staemmler (1934a): Martin Staemmler, Das Judentum in der Medizin, in: Theodor Fritsch (Hrsg.), Handbuch der Judenfrage. Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes, 31. Aufl., Leipzig 1933, S. 393-405. [Auszug auch in: Sächsisches Aэрzteblatt 104 (1934), S. 206-211]

## VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

262. Staemmler (1934b): Martin Staemmler, Rassenpflege und Schule (=Friedrich Mann's pädagogisches Magazin, 1379), Langensalza 1934.
263. Staemmler (1934c): Martin Staemmler, Der Sieg des Lebens. Lesestücke zur Rassenkunde, Berlin o. J. (1934).
264. Staemmler (1934d): Martin Staemmler, Die Frauen und die Rassenpflege, in: Ellen Semmelroth, Renate von Stieda (Hrsg.), N.S. Frauenbuch, München 1934, S. 122-128.
265. Staemmler (1934e): Martin Staemmler, Das Bekenntnis zur Rasse, Korrespondenz für Volksaufklärung und Rassenpflege 1934, Nr. 2, S. 1-2.
266. Staemmler (1934f): Martin Staemmler, Vererbungslehre und Rassenpflege, Aerzteblatt für Sachsen 104 (1934), S. 344.
267. Staemmler (1934g): Martin Staemmler, Die Ursachen des Geburtenrückgangs, Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 31 (1934), S. 184 [auch in: Westdeutsche Aertzezeitung (1935), S. 105].
268. Staemmler (1934h): Martin Staemmler, Einiges über rassekundliches Schrifttum, Völkische Kultur (1934), S. 464-470.
269. Staemmler (1935a): Martin Staemmler, Wie verankern wir rassenhhygienisches Denken im Volksgewissen?, Jahreskurse für ärztliche Fortbildung 26 (Januar 1935), S. 59-66.
270. Staemmler (1935b): Martin Staemmler, Rassenkunde und Rassenpflege, in: Heinz Woltereck (Hrsg.), Erbkunde, Rassenpflege, Bevölkerungspolitik, Leipzig 1935, S. 95-200.
271. Staemmler (1935c): Martin Staemmler, Was ist Rasse?, in: Ernst Wegner (Hrsg.), Rassenhygiene für Jedermann, Dresden 1935, S. 58-91.
272. Staemmler (1935d): Martin Staemmler, Deutschlands Bevölkerungslage, in: Ernst Wegner (Hrsg.), Rassenhygiene für Jedermann, Dresden 1935, S. 92-119.
273. Staemmler (1935e): Martin Staemmler, Die rassenhhygienische Gesetzgebung und ihr weiterer Ausbau, in: Ernst Wegner (Hrsg.), Rassenhygiene für Jedermann, Dresden 1935, S. 120-135.
274. Staemmler (1935f): Martin Staemmler, Reiner Tisch zwischen deutsch und jüdisch, Die völkische Schule 13 (1935), S. 349-350.
275. Staemmler (1935g): Martin Staemmler, Rassenpflege im völkischen Staat. Gekürzter Sonderdruck [von Staemmler (1933a) für das Rassenpolitische Amt der NSDAP. Mit 12 Rassenköpfen auf einer Tafel, München, Berlin 1935 (21.-30. Tsd. 1937].
276. Staemmler (1935h): Martin Staemmler, [Nachruf auf] Leonhard Jores, in: Verhandlungen der Deutschen Pathologischen Gesellschaft, 28. Tagung, 1935, S. 354.
277. Staemmler (1936a): Martin Staemmler, Der Rassengedanke des Nationalsozialismus, Buenos Aires 1936.
278. Staemmler (1936b): Martin Staemmler, Chronische Vergiftungen mit Nikotin, Virchow's Archiv 295 (1936), S. 366-393.
279. Staemmler (1936c): Martin Staemmler, Ueber Keimschädigung durch Genußgifte (= Die Alkoholfrage im neuen Deutschland, 8), Berlin 1936.

280. Staemmler (1936d): Martin Staemmler, Rasse im Schrifttum, *Das Volk* (April 1936), S. 43-47 u. 89-92.
281. Staemmler (1937a): Martin Staemmler, *Deutsche Rassenpflege* (Schriftenreihe des Rassenpolitischen Amtes und des Reichsbundes), 1937.
282. Staemmler (1937b): Martin Staemmler, Ausgleich der Familienlasten, *Deutsches Recht* 7 (1937), S. 228.
283. Staemmler (1937c): Martin Staemmler, Rasse im Schrifttum, *Das Volk* (1937), S. 592-600.
284. Staemmler (1937d): Martin Staemmler, Führerauslese und Schule, *Die deutsche Berufserziehung* 17 (1937), S. 348.
285. Staemmler (1938a): Martin Staemmler, Das Problem der erbkranken und der asozialen Familien und ihre Behandlung, *Volk und Rasse* 13 (1938), S. 37-44.
286. Staemmler (1938b): Martin Staemmler, C. Nauwerck zum Gedächtnis, *Deutsche medizinische Wochenschrift* 64 (1938), S. 1588.
287. Staemmler (1938c): Martin Staemmler, in: Eberhard Hasper (Hrsg.), *Volk, Welt, Wissen*, (Jahres-)Bd. 1, Nordhausen 1938, S. 103-140.
288. Staemmler (1939a): Martin Staemmler, Wesen und Bedeutung der Auslese, *Neues Volk. Beilage der Deutschen Apothekerzeitung*, 7. April 1939, S. 12 u. 16.
289. Staemmler (1939b): Martin Staemmler, Die Auslese im Erbstrom des Volkes (=Nationalsozialistische Schulungsschriften, 4), Berlin 1939.
290. Staemmler (1939c): Martin Staemmler, Rassenpflege im Deutschen Reich, *Deutsche Monatshefte in Polen (Neue Folge)* 2 (1939), S. 318-323.
291. Staemmler (1940): Martin Staemmler, Rassenkunde und Rassenpflege [überarb. Fassung von Staemmler (1935b)], in: Heinz Woltereck (Hrsg.), *Erbkunde, Rassenpflege, Bevölkerungspolitik. Schicksalsfragen des deutschen Volkes*, 5. Aufl., Leipzig 1940, S. 97-206.
292. Staemmler (1941a): Martin Staemmler (Gespräch), Frontkämpfer in den Hörsälen. BBR-Gespräch mit dem Rektor der Universität Breslau über das Kriegsstudium, *Breslauer Neueste Nachrichten* vom 26. Februar 1941.
293. Staemmler (1941b): Martin Staemmler, Ein Manneswort über die Treue, *Das Vorfeld* 1 (1941), Nr. 8/9, S. 31.
294. Staemmler (1942a): Martin Staemmler, Der Sieg des Lebens ist der Sinn der Welt. Einführung in lebensgesetzliches Denken (= Schriftenreihe [der Reichsjugendführung] für die Schulung der Hitlerjugend, 2), Berlin 1942.
295. Staemmler (1942b): Martin Staemmler, Örtliche Erfrierungen, ihre pathologische Anatomie und ihre Pathogenese, *Zentralblatt für Chirurgie* 69 (1942), S. 1757-
296. Staemmler (1944a): Martin Staemmler, Über anatomische Folgeerscheinungen örtlicher Erfrierungen, *Virchow's Archiv* 312 (1944), S. 509-533.
297. Staemmler (1944b): Martin Staemmler, Die Erfrierung. Untersuchungen über ihre pathologische Anatomie und Pathogenese, Leipzig 1944.
298. Staemmler (1955): Martin Staemmler, Joachim Wienbeck, *Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Pathologie* 39 (1955), S. 441-442.
299. Staemmler/Bieneck (1940): Martin Staemmler, Edeltraut Bieneck, *Statistische Untersuchungen über die Todesursachen der deutschen und jüdischen*

- Bevölkerung von Breslau in den Jahren 1928-37, Münchener medizinische Wochenschrift 87 (1940), S. 447-450.
300. Stelbrink (2003): Silke Stelbrink, Walter Kikuth und das Hygienische Institut an der Medizinischen Akademie Düsseldorf, in: Wolfgang Woelk, Frank Sparing, Karen Beyer et al. (Hrsg.), Nach der Diktatur. Die Medizinische Akademie Düsseldorf nach 1945, Essen 2003, S. 303-324.
301. Sterner (2000): Lieselotte Sterner, Sankt Vinzenz. Ein katholisches Krankenhaus in Braunschweig. Diözese Hildesheim in Vergangenheit u. Gegenwart 68 (2000), S. 341-352.
302. Sterzl (2001): Anton Sterzl, Der weite Weg des Hugo Cadenbach. Ein deutsches Leben 1916-2000. Aachen 2001.
303. Stöckel (2002): Sigrid Stöckel (Hrsg.), Die „rechte Nation“ und ihr Verleger. Politik und Popularisierung im J. F. Lehmanns Verlag 1890-1979, Berlin 2002.
304. Stürzbecher (1988): Manfred Stürzbecher, Zur Geschichte des Krankenhauswesens der Reichshauptstadt in der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkrieges, Historia Hospitalium 17 ([1986-]1988), S. 170-191.
305. Tascher (2010): Gisela Tascher, Staat, Macht und ärztliche Berufsausübung 1920-1956. Gesundheitswesen und Politik: Das Beispiel Saarland, Paderborn u.a. 2010.
306. Thouet/Linden/Trees (1996): Hans-Josef Thouet, Jürgen Linden, Wolfgang Trees, Hugo Cadenbach. Aachens Ehrenbürger zum 80. Geburtstag, Aachen 1996.
307. Truss/Stief/Jonas (1999): Michael C. Truss, Christian G. Stief, Udo Jonas, Werner Forssmann. Surgeon, urologist, and Nobel Prize winner, World Journal of Urology 17 (1999), S. 184-186.
308. Tschacher (2004): Werner Tschacher, „Ich war also in keiner Form aktiv tätig.“ Alfred Buntru und die akademische Vergangenheitspolitik an der RWTH Aachen 1948-1960. Geschichte im Westen 19 (2004), S. 197-229.
309. Uhle (1999): Roger Uhle, Neues Volk und reine Rasse. Walter Gross und das Rassenpolitische Amt der NSDAP (RPA) 1934-1945, Diss. phil. RWTH Aachen 1999.
310. Vanja (1991): Christina Vanja (Hrsg.), Euthanasie in Hadamar. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in hessischen Anstalten, Kassel 1991.
311. Villiez (2009): Anna von Villiez, Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung „nicht arischer“ Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945 (= Studien zur Jüdischen Geschichte, 11), München, Hamburg 2009.
312. Vasold (1998): Manfred Vasold, Das städtische Krankenhaus Nürnberg während des Dritten Reiches, Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 61 (1998), S. 763-826.
313. Vondra (1990): Hana Vondra, Malariaexperimente in Konzentrationslagern und Heilanstalten während der Zeit des Nationalsozialismus, Diss. Med. Hochschule Hannover 1990.
314. Vossen (1998): Johannes Vossen, Das Unrecht als Amtshandlung. Quellen zur nationalsozialistischen „Erb- und Rassenpflege“ im Kreis Herford, Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 1998, S. 181-192.

315. Vossen (2001): Johannes Vossen, Gesundheitsämter im Nationalsozialismus. Rassenhygiene und offene Gesundheitsfürsorge in Westfalen 1900-1950, Essen 2001.
316. Vossen (2005): Johannes Vossen, Erfassen, ermitteln, untersuchen, beurteilen. Die Rolle der Gesundheitsämter und ihrer Amtsärzte bei der Durchführung von Zwangssterilisationen im Nationalsozialismus, in: Margret Hamm (Hrsg.), Lebensunwert – Zerstörte Leben. Zwangsterilisation und „Euthanasie“, Frankfurt/M. 2005, S. 86-97.
317. Voswinckel (2001): Peter Voswinckel, [Artikel] Pauwels, Friedrich, in: Neue deutsche Biographie, Bd. 20, Berlin 2001, S. 141.
318. Voswinckel (2002): Peter Voswinckel (Bearb./Hrsg.), Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte der letzten fünfzig Jahre von Isidor Fischer †. Nachträge und Ergänzungen, Bd. 3, Hildesheim u.a. 2002.
319. Waigand (2001): Beate Waigand, Antisemitismus auf Abruf. Das Deutsche Ärzteblatt und die jüdischen Mediziner 1918-1933, Frankfurt a. M. 2001.
320. Wagner (2007): Helmut Wagner, Konvent und Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in der Zeit des Nationalsozialismus (1938 - 1945), in: Karl-Heinz Braun, Fr. Engelbert W. Raab, Helmut Wagner (Hrsg.), Christliche Gastfreundschaft – einst und jetzt. 250 Jahre Konventshospital Barmherzige Brüder Linz, Linz, 2007, S. 89-102.
321. Weigmann (1990): Regina-Maria Weigmann, Friedrich Pauwels (1885-1980). Leben und Werk, Diss. med. RWTH Aachen 1990.
322. Weingart (1988): Peter Weingart (zusammen mit Peter Kroll und Kurt Bayertz), Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/Main 1988.
323. Wenge (2006): Nicola Wenge, Kölner Kliniken in der NS-Zeit. Zur tödlichen Dynamik im lokalen Gesundheitswesen 1933-1945, in: Monika Frank, Friedrich Moll (Hrsg.), Kölner Krankenhaus-Geschichten. Am Anfang war Napoloen ..., Köln 2006, S. 546-569.
324. Wenske (2008): Slatomir Joachim Wenske, Die Herausbildung urologischer Kliniken – Ein Beitrag zur Berliner Medizingeschichte, Diss. med. FU Berlin 2008, URL [http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS\\_derivate\\_000000004559/Dissertation-Wenske.pdf](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000004559/Dissertation-Wenske.pdf).
325. Wenzel (2009): Mario Wenzel, Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M. 2009, S., 19-38.
326. Westermann (2010): Stefanie Westermann, Verschwiegenes Leid. Der Umgang mit den NS-Zwangssterilisationen in der Bundesrepublik Deutschland (= Menschen und Kulturen, 7), Köln u.a. 2010.
327. Westermann/Kühl (2009): Stefanie Westermann, Richard Kühl, „Entsterilisierung“. Medizinische Diskussion und Praxis der Refertilisierung von Zwangssterilisierten nach 1945, in: Stefanie Westermann, Richard Kühl, Dominik Groß (Hrsg.), Medizin im Dienst der „Erbgesundheit“. Beiträge zur Geschichte der Eugenik und

- „Rassenhygiene“ (= Medizin und Nationalsozialismus, 1), Münster 2009, S. 199-212.
328. Westermann/Kühl/Groß (2009): Stefanie Westermann, Richard Kühl, Dominik Groß (Hrsg.), Medizin im Dienst der „Erbgesundheit“. Beiträge zur Geschichte der Eugenik und „Rassenhygiene“ (= Medizin und Nationalsozialismus, 1), Münster 2009.
329. Westermann/Kühl/Ohnhäuser (2010): Stefanie Westermann, Richard Kühl, Tim Ohnhäuser, NS-„Euthanasie“ und Erinnerung. Vergangenheitsaufarbeitung – Gedenkformen – Betroffenenperspektiven (= Medizin und Nationalsozialismus, 3), Münster 2010.
330. Westermann/Schäfer (2008): Stefanie Westermann, Gereon Schäfer, „Medizin ohne Menschlichkeit“. Ärztliche Verfehlungen im Nationalsozialismus und ihre Aufarbeitung, in: Dominik Groß, Hans Joachim Winkelmann (Hrsg.), Medizin im 20. Jahrhundert. Fortschritte und Grenzen der Heilkunde seit 1900, München 2008, S. 218-231.
331. Wiesenberg (1986): Klaus Wiesenberg, Die Rechtsprechung der Erbgesundheitsgerichte Hanau und Gießen zu dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933. Ergänzt durch eine Darstellung der heutigen Rechtslage zur Unfruchtbarmachung, Frankfurt/M. 1986.
332. Wolter (2007): Stefan Wolter, „Der Fluchstaat macht Gewalttat“ – Krankenanstalten im Sog des Bösen. Zwangssterilisierungen im preußischen Regierungsbezirk Magdeburg in den Jahren 1934-36, *Historia Hospitalium* 25 ([2006-]2007), S. 37-61.
333. Wolter (2009): Stefan Wolter, Im Geiste edler, hilfreicher Menschlichkeit. Vom Städtischen Krankenhaus Merseburg zum Saalekreisklinikum – 100 Jahre Geschichte, Halle/Saale 2009.
334. Wolterreck (1934): Heinz Wolterreck (Hrsg.), Erbkunde, Rassenpflege, Bevölkerungspolitik, Leipzig 1934.
335. Wolters (2009): Christine Wolters, Humanexperimente und Hohlglasbehälter aus Überzeugung. Gerhard Rose: Vizepräsident des Robert-Koch-Instituts, in: Frank Werner (Hrsg.), Schaumburger Nationalsozialisten. Täter, Komplizen, Profiteure, Bielefeld 2009, S. 407-442.
336. Woywodt et al. (2006): Alexander Woywodt, Marion Haubitz, Hermann Haller et al., Wegener's granulomatosis, *Lancet* 367 (2006), S. 1362-1366.
337. Zankel (2008): Sönke Zankel, Mit Flugblättern gegen Hitler. Der Widerstandskreis um Hans Scholl und Alexander Schmorell, Köln u.a. 2008.
338. Zielke (1997): Heiko Zielke, Sozial- und Rassenhygiene. Friedrich Erhard Haag und das Hygienische Institut, in: Michael G. Esch, Kerstin Griese, Frank Sparing et al. (Hrsg.), Die Medizinische Akademie Düsseldorf im Nationalsozialismus (= Düsseldorf Schriften zur Neuen Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalen, 47), S. 139-164.

## VIII. Abkürzungsverzeichnis

BÄK	Bundesärztekammer
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GzVeN	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
EGG	Erbgesundheitsgericht
EGOG	Erbgesundheitsobergericht
NS-Ärztebund	Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsofferversorgung
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
SA	Sturmabteilung der NSDAP
SD	Sicherheitsdienst
RAG	Reichsarztregister
RÄK	Reichsärztekammer
RÄO	Reichsärzteordnung
RDB	Reichsbund Deutscher Beamter
RLB	Reichslehrerbund
SS	Schutzstaffel
VDA	Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland

*Abkürzungen von Archiven im Quellenverzeichnis (siehe Kap. VI.1)*



## **IX. Abbildungsnachweis**

Stadtarchiv Aachen:

*Abbildungen 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 15, 32*

Bundesarchiv Berlin (NS-Zentralkartei):

*Abbildungen 9, 12, 20, 21, 22, 23, 30, 33, 34, 36*

Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der RWTH Aachen

*Abbildungen 13, 19, 35*

Privatbesitz:

*Abbildungen 10 (Hanns Paul Jouck), 16 (Ruth Lankes), 29 und 31 (Ludwig Beltz)*

Axel Hinrich Murken (Hrsg.), Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Aachen 1991, S. 163:

*Abbildung 4*

Bodo von Koppen, 100 Jahre Evangelischer Krankenhausverein zu Aachen. Luisenhospital 1867-1967, Aachen 1967, S. 101:

*Abbildung 18*

Erklärung § 5 Abs. 1 zur Datenaufbewahrung

Hiermit erkläre ich, dass die dieser Dissertation zu Grunde liegenden Originaldaten

- in den Archiven, die im Quellen- und Literaturverzeichnis (Kap. VII. 1) aufgeführt sind,

hinterlegt sind.

Richard Kühl

Die vorliegende Studie wurde von der Medizinischen Fakultät der RWTH Aachen gefördert. Es handelt sich um das erste größere Projekt zur Rolle der Aachener Krankenanstalten im „Dritten Reich“. Im Fokus stehen die Biographien der Chefärzte, die zwischen 1933 und der Gründung der Universitätsklinik (1966) in Aachen tätig waren.

Die Ergebnisse der Studie konterkarieren die kolportierte Legende des „katholischen Aachener Widerstands“ in der NS-Zeit. Das Buch belegt darüber hinaus, das Aachen nach 1945 zu einem „Auffangbecken“ für NS-belastete Ärzte wurde.

ISBN 978-3-86219-014-0